

# Stenographisches Protokoll

47. Sitzung des Kärntner Landtages - 28. Gesetzgebungsperiode  
Donnerstag, 28. November 2002

## Inhalt

**Fragestunde** (S. 5607)

**Aktuelle Stunde** (S. 5626)

Antragsteller: FPÖ-Fraktion; Thema:  
"Volkskultur und Brauchtum in Kärnten"

Debatte: Dipl.-Ing. Gallo (S. 5626), Mag.  
Cernic (S. 5627), Ing. Eberhard (S. 5628),  
Dr. Haider (S. 5629), Mag. Schaumberger  
(S. 5631)

Tatsächliche Berichtigung: Mag. Cernic (S.  
5632)

Lutschounig (S. 5633), Kreutzer (S. 5634),  
Schlagholz (S. 5635), Mag. Grilc (S. 5636),  
Dr. Haider (S. 5637), Ferlitsch (S. 5639)

Erweiterung der Tagesordnung (S. 5640)

**Tagesordnung** (S. 5640)

**1. Ldtgs.Zl. 177-83/28:**

Bericht und Antrag der Landesregierung  
zum Entwurf eines Beschlusses über den  
Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben  
des Landes Kärnten für das Jahr 2003 so-  
wie der Stellenpläne des Landes Kärnten  
2003, dem Budgetbericht im Sinne des Art.  
61 Abs. 3 und 4 K-LVG und zum Budget-  
programm 2000 bis 2004 gem. Art. 61 Abs.  
2 K-LVG, Änderungen zum Landtagsbe-  
schluß vom 22.6.2001 sowie Bericht und  
Antrag der Landesregierung zum Entwurf  
eines Beschlusses, mit dem der Landesre-  
gierung Zustimmungen und Ermächtigun-  
gen zum LVA 2003 erteilt werden

Einbegleitung durch Landesfinanzreferen-  
ten LH-Stv. Ing. Pfeifenberger (S. 5641)

**2. Ldtgs.Zl. 238-14/28:**

Bericht und Antrag des Finanz-, Wirt-  
schafts-, Tourismus- und Technologie-  
ausschusses zur Regierungsvorlage betref-  
fend den I. Nachtragsvoranschlag zum Lan-  
desvoranschlag 2002; Änderungen der Zu-  
stimmungen und Ermächtigungen

Zur Geschäftsordnung: Unterrieder (S.  
5650)

**Ldtgs.Zl. 631-1/28:**

Prüfungsverlangen des Landtages vom  
28.11.2002 auf Antrag von Abgeordneten  
des SPÖ-Klubs betreffend die Überprüfung  
des 185.000 € Musikkoffers durch den  
Landesrechnungshof

Berichterstatter: Mag. Neuner: (S. 5650)

Redner: Dr. Wutte (S. 5651), Dr. Strutz (S.  
5656), Unterrieder (S. 5659), Ing. Pfeifen-  
berger (S. 5662), Mag. Dr. Kaiser (S.  
5664), Sablatnig (S. 5667), Arbeiter (S.  
5670), Stangl (S. 5672)

Annahme mit Mehrheit (FPÖ ja, SPÖ nein,  
ÖVP ja) (S. 5674)

**3. Ldtgs.Zl. 612-2/28:**

Bericht und Antrag des Finanz-, Wirt-  
schafts-, Tourismus- und Technologieaus-  
schusses betreffend Rettung der Halbinsel  
"Maria Loretto"

Berichterstatter: Arbeiter (S. 5674)

Redner: Mag. Neuner (S. 5674) Mag. Dr.  
Kaiser (S. 5676), Dr. Wutte (S. 5676)

Einstimmige Annahme (S. 5677)

**4. Ldtgs.Zl. 260-24/28:**

Anfragebeantwortung von LR Gerhard  
Dörfler zur Dringlichkeitsanfrage von Ab-  
geordneten des SPÖ-Klubs betreffend  
Rückforderungen von Familienzuschüssen  
von Jungfamilien

Mündliche Anfragebeantwortung durch LR  
Dörfler (S. 5677)

**5. Ldtgs.Zl. 626-1/28:**

Anfragebeantwortung von LR Gerhard  
Dörfler zur schriftlichen Anfrage von Ab-  
geordneten des ÖVP-Klubs betreffend Sa-  
nierung der B 95 Turracher Straße und To-  
talsperre - Freigabe am 18.10.2002

Mündliche Anfragebeantwortung durch LR Dörfler (S. 5678)

**6. Ldtgs.Zl. 124-14/28:**

Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses zur Regierungsvorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Landesabgabenordnung 1991 geändert wird ./ mit Gesetzentwurf

Berichtersteller: Mag. Neuner (S. 5680)

Einstimmige Annahme in 2. und 3. Lesung (S. 5681)

**7. Ldtgs.Zl. 440-15/28:**

Bericht und Antrg des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses betreffend Unfallversicherung für Feuerwehreinheiten

Berichtersteller: Lobnig (S. 5681, 5682)

Redner: Gritsch (S. 5681), Koncilia (S. 5682)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Wutte (S. 5683)

Einstimmige Annahme (S. 5683)

**8. Ldtgs.Zl. 630-2/28:**

Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses zur Regierungsvorlage betreffend Veräußerung der Liegenschaft EZ 61 GB 72195 Waidmannsdorf, Forstgarten Siebenhügel

Berichtersteller: Lobnig (S. 5683)

Einstimmige Annahme (S. 5684)

**9. Ldtgs.Zl. 217-5/28:**

Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales und Gesundheit zur Regierungsvorlage betreffend den Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft 1999/2001

Berichtersteller: Kollmann (S. 5684)

Redner: Warmuth (S. 5685), Wulz (S. 5686), Sablatnig (S. 5687)

Einstimmige Annahme (S. 5688)

**10. Ldtgs.Zl. 191-17/28:**

Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales und Gesundheit zur Regierungsvorlage betreffend den Tätigkeitsbericht samt Rechnungsabschluß für das Jahr 2001 des Kärntner Krankenanstaltenfonds

Berichterstellerin: Wulz (S. 5689)

Redner: Sablatnig (S. 5689)

Einstimmige Annahme (S. 5690)

**11. Ldtgs.Zl. 548-2/28:**

Bericht und Antrag des Ausschusses für Europa- und Föderalismusfragen betreffend EU-Weißbuch "Jugendpolitik"

Berichtersteller: Volautschnig (S. 5690)

Redner: Mag. Dr. Kaiser (S. 5691), Dr. Egger (S. 5692)

Einstimmige Annahme (S. 5693)

**12. Ldtgs.Zl. 16-18/28:**

Bestellung in die kollegialen Schulbehörden des Bundes (Landesschulrat Elternvertreter; Vorschlag FPÖ)

Einstimmige Annahme (S. 5693)

**13. Ldtgs.Zl. 16-19/28:**

Bestellung in die kollegialen Schulbehörden des Bundes (Landesschulrat Lehrervertreter, Elternvertreter; Vorschlag ÖVP)

Einstimmige Annahme (S. 5693)

**Mitteilung des Einlaufes (S. 5694)**

Anträge von Abgeordneten (S. 5694)

**Beginn:** Donnerstag, 28.11.2002, 09.03 Uhr

**Ende:** Donnerstag, 28.11.2002, 16.54 Uhr

**Beginn der Sitzung: 09.03 Uhr**

**V o r s i t z :** Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**, Zweiter Präsident **Ferlitsch**,

Dritter Präsident **Mitterer**

**A n w e s e n d :** 33 Abgeordnete

Entschuldigt: **Mag. Ragger, Ramsbacher, Schwager**

Mitglieder des Bundesrates: **Ing. Klamt, Dr. Kanovsky-Wintermann, Mag. Trunk, Würschl, Ing. Gruber**

Am Regierungstisch: Landeshauptmann **Dr. Haider**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy**, Landesrat **Dörfler**, Landesrat **Ing. Rohr**, Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Wurmitzer**;

Landesamtsdirektor **Dr. Sladko**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 47. Sitzung des Kärntner Landtages und möchte Sie alle recht herzlich begrüßen. Ich begrüße die Abgeordneten! Ich begrüße die Regierungsglieder, die Herren und Damen Bundesräte! Ich begrüße die Mitarbeiter des Amtes der Landesregierung und auch die Vertreter der Medien!

Und insbesondere freut es mich, daß ich Schülerinnen und Schüler des Bundesgymnasiums Viktring in Begleitung von Frau Professor Gferer begrüßen kann!

Der Landtag ist beschlußfähig. Entschuldigt haben sich der Landtagsabgeordnete Franz Schwager, der Landtagsabgeordnete Ramsbacher und Landtagsabgeordnete Mag. Ragger.

Herzlich gratulieren möchte ich auch insbesondere dem Dritten Präsidenten Peter Mitterer, der demnächst, der gerade Geburtstag gefeiert hat. (3. Präs. Mitterer: *Brauchst aber nicht sagen den wievielten!*) Herr Präsident, alles Gute und Gesundheit auch weiterhin! (*Beifall im Hause*)

Ich komme nun zur Fragestunde der 47. Sitzung des Kärntner Landtages. Ich möchte vorweg noch sagen, daß in der Obmännerkonferenz eine Erweiterung der Tagesordnung vereinbart wurde und darüber hinaus, daß vor der Mittagspause - die eine Stunde dauern wird - die Budgeteinbegleitung durch den Herrn Landesfinanzreferenten erfolgen wird und danach dann die restlichen Tagesordnungspunkte abgehandelt werden, so daß wir in etwa um 17.00 Uhr doch die Sitzung beenden können.

## Fragestunde

Ich rufe die erste Anfrage auf.

### 1. Ldtgs.Zl. 346/M/28: Anfrage des Abgeordneten Lutschounig an Landesrat Wurmitzer

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Zuhörer auf der Tribüne!

Sehr geschätzter Herr Landesrat Wurmitzer! Welche Begleitmaßnahmen haben Sie im Zusammenhang mit der Auszahlung des Kärntner Schulstartgeldes für Kärntner Familien gesetzt?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Das Schulstartgeld hat einige grundlegende Voraussetzungen und politische Bewertungen. Und zwar nach der Auffassung derjenigen, die das Schulstartgeld in diesem Landtag beschlossen haben, sind die Familien die tragenden Säulen unserer Gesellschaft. Die Unterstützer dieser Aktion gehen davon aus, daß es keine Alternative zur Familie gibt und keine Lebensform, die den Kindern mehr Geborgenheit, Sicherheit und Prägung für das Leben vermitteln können als gerade die Familien. Das Ziel der Aktion "Schulstartgeld" ist daher, die Familien zu stärken und ihnen gerade in einer Phase, wo sie besonderen finanziellen Bedarf haben, entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Das ist im Schuljahr 2001/2002 zum ersten Mal zur Auszahlung gelangt. Wir

## Wurmitzer

haben damals ein Schulstartgutscheinmodell eingeführt in Form von zwei Gutscheinen zu je 500 Schilling, die auch vom Großteil der Bevölkerung aufgenommen wurden, von den Eltern und Erziehungsberechtigten auch eingesetzt wurde und zum Wohle und zum Nutzen der Schüler, der Pflichtschüler unseres Landes eingesetzt wurden.

Wir haben im Schuljahr 2002/2003 eine neue Form der Auszahlung gewählt und zwar in Form einer Multifunktionskarte, einer elektronisch ablesbaren Karte vergleichbar mit einer Bankkarte. Und diese Karte wurde von 98,18 Prozent der Familien in Anspruch genommen. Das heißt man kann sagen, praktisch eine 100prozentige Ausnützung mit Ausnahme derer, die von sich aus auf die Auszahlung oder auf die Inanspruchnahme dieses Schulstartgeldes verzichtet haben.

Wir haben aber bei der Einführung dieser Karte mehrere Nutzeffekte miteingebaut. Der erste, daß diese Karte eine längere Laufzeit hat und auf jeden Fall fünf Jahre Gültigkeit hat, zumindest so lange eine Familie schulpflichtige Kinder hat, die ihren ordentlichen Wohnsitz in Kärnten haben. Diese Karte ist jederzeit über Antrag beim jeweiligen Gemeindeamt wieder aufladbar. Die Gemeinden sind also ... Oder ohne die Mitwirkung der Gemeinden ist diese Aktion nicht durchführbar, weil die Gemeinden im Besitze der Daten sind. Die Gemeinden führen die Schulmatrik und wissen genau, welche Familien schulpflichtige Kinder haben. Es ist also mit dieser Karte neben verbunden ein Rabattbonus und zwar auf die volle Laufzeit, auf die volle Gültigkeitsdauer der Karte zwischen 0,8 und 2 Prozent und zwar immer. Bei jedem Einkauf kann dieser Rabattbonus genutzt werden. Das heißt also ein Vorteil in jedem Fall und es ist auch möglich, über die Banken diese Karten wieder aufzuladen und sie als normale Bankkarte oder Zahlungskarte, bargeldlose Zahlungskarte zu verwenden und jeweils den Rabatt zu nutzen. Wir sind dabei - und gemeindeeinzelne Maßnahmen sind ohne weiteres möglich - mit den Gemeinden Vereinbarungen zu treffen, daß die Schüler zu sportlichen Einrichtungen, zu Freizeiteinrichtungen und auch zu kulturellen Veranstaltungen besonders begünstigte Eintrittspreise bekommen. Hier sind wir erst am Anfang, weil es also mit jeder der 132 Gemein-

den Sondervereinbarungen in der Frage geben muß. Wir sind aber auch bereit mit dem Handel Kärntens, der ja sozusagen auch Nutznießer dieser Aktion ist, Aktionen durchzuführen. Wir haben vor Anfang Oktober die Aktion "Schuljause" durchgeführt und unter den Kärntner Schulen Jausenaktionen verlost mit biologischen Lebensmitteln. Es gibt derzeit eine Aktion vor Weihnachten in Vorbereitung, ebenfalls als Ratifikation für die Benutzer dieser Karte. Und insgesamt soll das und das ist das Ziel, diese Familienkarte eine VIP-Karte für die Kärntner Familien werden, denn sie ist auf die Familien, die in Kärnten ihren Wohnsitz haben beschränkt. Damit bleibt auch die Kaufkraft, die auf diese Karte eben aufgebucht wird, ausschließlich in unseren eigenen regionalen Einkaufszentren und Kaufgeschäften erhalten. Es ist also nicht möglich in Nachbarländern mit dieser Karte einzukaufen. Auch das war mit ein Gedanke, daß man auch die Kaufkraft, die dadurch entsteht, hier im Bundesland beläßt. Sie bietet noch eine ganze Reihe von Ausbaumöglichkeiten, auch andere Familienleistungen auf diese Karte zusätzlich zu buchen. Wir sind hier erst am Anfang und ich werde dem Hohen Haus jeweils über entsprechende Schritte der Umsetzung berichten. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens FPÖ-Fraktion eine Wortmeldung gewünscht dazu? - Das ist nicht der Fall! Seitens der SPÖ hat sich Abgeordnete Wulz gemeldet. Ich bitte, die Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordnete **Wulz** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Landesrat! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! In Kärnten gibt es über 800 Geschäfte, in denen man das Schulstartgeld einlösen kann. Davon ist nur ein einziges Geschäft, das unter Kunstgewerbe eingetragen ist. Die Inhaberin des Geschäftes ist die ÖVP-Abgeordnete Elisabeth Scheucher-Pichler.

Meine Zusatzfrage daher: Welcher Artikel für unsere Schulkinder bietet das Kunstgeschäft "Scheucher-Pichler Kunst" in Klagenfurt an?

**Wulz**

Danke! (*Abg. Mag. Scheucher-Pichler: Das ist unglaublich!*)

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Frau Abgeordnete! Dadurch, daß es eine Verschränkung mit zwei Karten in Kärnten gibt und zwar die "Shop-In Karte" und die "Familienkarte" ist es möglich, daß der Eindruck entsteht, daß solche Geschäfte an dieser Aktion mitwirken. Es ist ausgeschlossen, daß Nichtschulartikel mit dieser Karte erworben werden. Wir haben auch Probekäufe gemacht, gedeckte Probekäufe gemacht und es war in keinem einzigen Fall feststellbar, daß die Karte mißbräuchlich verwendet wird. (*Abg. Wulz: Danke!*) Daher schließe ich das auch für den Fall der Abgeordneten Scheucher aus und es ist - das möchte ich deutlich sagen - nicht verboten in Österreich, ein Geschäft zu betreiben und sich an Aktionen zu beteiligen. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird eine Zusatzfrage gewünscht? (*Abg. Lutschounig: Danke, verzichte!*) Ich darf darauf hinweisen, daß Zusatzfragen laut Geschäftsordnung nur einen Fragesatz beinhalten sollten und ersuche, sich daran zu halten.

Ich komme nun zur

**2. Ldtgs.Zl. 347/M/28:****Anfrage des Abgeordneten Mag. Grilc an Landesrat Wurmitzer**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landesrat! Wie ist der derzeitige Projektstand im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen des Interreg-Programmes?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Ich bin froh, daß ich Gelegenheit habe über die Interreg-Projekte, über die grenzüberschreitenden Projekte in diesem Hohen Haus zu berichten. Interreg-Projekte haben die Aufgabe Unterschiede im wirtschaftlich, ökonomischen, ökologischen, sozialen Gefüge in Grenzräumen zu beseitigen bzw. zu verringern. Daher ist die Europäische Union bereit, relativ spürbar finanzielle Unterstützung zu gewähren, um grenzüberschreitende Projekte zu unterstützen. Es geht darum, Gefälle auszugleichen, um den Anschluß von künftigen Beitrittsländern an die Europäische Union zu erleichtern.

Daher gab es schon in den Jahren 1995 bis 1999 das Programm "Interreg II", und zwar "Österreich - Slowenien" und "Österreich - Italien". Im Programm "Österreich - Slowenien" wurden 92 Projekte mit Gesamtkosten von 240,964.000 österreichische Schilling umgesetzt. Sie sehen also, hier ist relativ viel Geld im Einsatz. Das Programm "Österreich - Italien": Italien ist ja ein Partnerland der Europäischen Union, daher sind die Förderbeträge niedriger, Gesamtkosten 81,039.000 österreichische Schilling. Derzeit läuft in der Periode 2001 bis 2006 das Programm "Interreg III", und zwar mit folgenden Schwerpunkten: erstens gewerblich-industrielle touristische Entwicklung. Es geht hierbei darum, grenzüberschreitende Tourismusprojekte zu realisieren, zum Beispiel Urlaub am Bauernhof in Slowenien, in Kärnten Urlaub am Bauernhof, in Friaul, in Kärnten. Es gibt sogar einen dreisprachigen Katalog mit entsprechenden Angeboten. Es geht, zum zweiten, um übergreifende soziale Fragen. Es geht um transnationale Zusammenarbeit im Bereich des Arbeitsmarktes. Es geht also um eine nachhaltige harmonische, ausgewogene Entwicklung der Arbeitsmärkte bei künftigen Beitrittsländern.

Es ist sehr erfreulich, in diesem Zusammenhang zu vermerken, daß sich gerade der Beitrittskandidat Slowenien hervorragend entwickelt hat, daß Slowenien in etwa 70 % der Wertschöpfung der österreichischen Wirtschaft und des europäischen Durchschnitts erreicht und heute eine höhere Wertschöpfungsquote aufweist als zum Beispiel die EU-Mitgliedsländer Portugal oder Griechenland. Slowenien hat diese Programme

## Wurmitzer

hervorragend genutzt und hat einen gewaltigen Fortschritt erzielt. Davon kann man sich auch überzeugen, wenn man das Land bereist und die Baumaßnahmen und den Wirtschaftsaufschwung feststellen kann.

Es geht, drittens, aber auch um ökologische Zusammenarbeit, um die Erhebung und Erforschung von Grundlagen, aber auch um den Austausch von Erfahrung, zum Beispiel beim Einsatz von Alternativenergien. Es geht weiters um Zusammenarbeit in der Raumordnung, weil Raumordnung in Zukunft ja auch grenzüberschreitend sein muß. Es geht um gemeinsame Infrastrukturmaßnahmen. Ein Beispiel aus der vergangenen Periode ist der Paulitschsattel im Bereich der Gemeinde Eisenkappel hinunter in das Logartal auf slowenischer Seite: eine hervorragend entwickelte Ausflugsstraße, die auf diese Initiative zurückzuführen ist.

Derzeit haben wir - obwohl die Periode erst seit 2001 läuft und erst zwei Jahre dauert - bereits 50 % der Projektkosten beantragt bzw. 50 % des Volumens schon angesprochen, und zwar stehen für dieses Programm, für das Programm "Interreg III a" Österreich insgesamt 25,5 Millionen Euro (oder rund 350 Millionen Schilling, nach alter Rechnung) zur Verfügung. Dazu kommt eine Kofinanzierung von 20 % aus Bundes- und Landesmitteln und 10 % Privatmitteln.

Mit Österreich - Italien beträgt das Programm derzeit 8,8 Millionen Euro; ebenfalls die Kofinanzierung durch Bund und Land in dem Bereich. Mit Slowenien sind derzeit 41 Projekte genehmigt. Das bedeutet einen Ausschöpfungsgrad von 40,7 %. Weitere elf Projekte sind im Stadium der Bearbeitung, das heißt kurz vor der Genehmigung.

Mit Italien sind derzeit 19 Projekte genehmigt, was einen Ausschöpfungsgrad von 36 % bedeutet. Weitere 20 Projekte sind derzeit im Stadium der Bearbeitung. Wir werden sicher - und das ist das Ziel! - in diesen Programmen keinen Euro, weder in Brüssel noch in Wien, liegenlassen, sondern wir werden dieses Projekt voll ausnützen, um die Grensräume sowohl bei uns in Kärnten als auch die Grensräume in unseren beiden Nachbarstaaten entsprechend zu entwickeln.

Es gibt noch eine zweite Initiative, die im Lau-

fen ist. Das ist das "Interreg III b"-Programm. Hierbei gibt es zwei Schwerpunkte. Der eine ist der Alpenraum, an dem die Länder des gesamten Alpenbogens beteiligt sind. Das zweite Programm ist "TACIS". Das ist ein Programm, das auf eine nachhaltige Raumentwicklung in diesen betroffenen Staaten hinauszielt. Es ist davon auszugehen, zum ersten, daß das Programm voll umgesetzt wird. Zum zweiten ist eine hohe Bereitschaft feststellbar, sowohl auf slowenischer Seite als auch auf italienischer Seite, Trägerorganisationen sowohl im privaten Bereich als auch auf Vereinsbasis als auch im Bereich von Genossenschaften zu finden, um diese Programme umzusetzen. Es geht um ein gemeinsames Waldwegeprojekt von Sillian bis hinunter nach Marburg, durch drei Staaten. Es geht um gemeinsame touristische Projekte; es geht um eine gemeinsame Arbeitsmarktverwaltung. Es geht, kurzum, also darum, Lebensbedingungen anzugleichen und Barrieren durch die Grenzen zu beseitigen.

Eines muß man dazu sagen, und das würde ich mir erlauben, hier vorzuschlagen: Es gibt eine Barriere, die noch immer sehr viele grenzüberschreitende Initiativen behindert. Das sind die Sprachen. Wir Kärntner haben in bezug auf die italienische Sprache viel zu geringe Kenntnisse, das heißt ein Großteil unserer Bevölkerung kann mit unseren südlichen Nachbarn nicht sprechen. Wir haben auch große Mängel im Bereich der slowenischen Sprache. Wir werden also hierfür unbedingt in Form von Intensivkursen auf der Universität, aber auch im Rahmen unserer Fachschulen und unserer höheren Schulen noch bedeutende Arbeit leisten müssen, um tatsächlich auch Europäer zu werden. Für einen Schweizer ist es selbstverständlich, daß er die drei Sprachen Deutsch, Französisch und Italienisch beherrscht. Es sollte auch für einen Kärntner selbstverständlich werden, zumindest die Grundbegriffe in den drei Sprachen Italienisch, Slowenisch und Deutsch zu verstehen, um sich tatsächlich an dieser Stelle der Europäischen Union entsprechend behaupten zu können, denn diese Wirtschaftspartner sind für uns von entscheidender Bedeutung. Derzeit ist es so, daß die Republik Slowenien doppelt so viel aus Österreich importiert, als wir aus Slowenien importieren. Das heißt, wir haben eine hochaktive Handelsbilanz. Derzeit ist es schon so, daß mehr

**Wurmitzer**

als 50 % der Auslandsinvestitionen in Slowenien österreichischen Ursprung sind. Hier tun sich also neue Felder auf, und diese Felder können nur von jenen bearbeitet werden, die sich auf diesen Feldern auch bewegen können, das heißt, die, die sprachlichen Voraussetzungen beherrschen. Das darf ich gerade mit Blick hinauf auf die Galerie sagen, weil dort oben so viele jungen Damen sind, die ich herzlich begrüßen darf! Ich würde Ihnen einen guten Rat geben, wenn Sie das hören wollen: Lernen Sie Sprachen, Sprachen und noch einmal Sprachen! In Zukunft werden Sie damit absolut alle Vorteile genießen können, die das gemeinsame Europa bringen wird! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der FPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Seitens der SPÖ hat sich Herr Dr. Kaiser für eine Zusatzfrage gemeldet.

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

In der Hoffnung, daß sich Ihr Wunsch nach vermehrtem Sprachenlernen, sehr geehrter Herr Landesrat, erfüllen möge, frage ich Sie: Gibt es spezifische Interreg-Programme in unserem Bundesland, die als Vorbereitung für die Schaffung einer "EUREGIO" zwischen Kärnten, Slowenien und/oder Italien betrachtet werden können?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Ja, natürlich gibt es diese Vorbereitungen. Wir haben uns zu diesem Zweck schon in der Vergangenheit, und zwar auf Initiative des Kollegen Unterrieder, seinerzeit als Landesrat und Mitglied der Landesregierung, als Bundesland Kärnten an dem Programm "EUREG", was also die Kurzform für das gemeinsame Arbeitsmarkt-Programm ist, beteiligt.

Es ist erfreulich, daß hier gerade über die Funktionäre dieser Organisation Botschafterleistungen erbracht werden. Ich möchte es hier ganz offen aussprechen: Es ist in erster Linie Frau

Mag. Oberrauner, die - mit dem Sitz in Villach - intensive Kontakte zu unserer Nachbarregion Friaul Julisch-Venetien aufrecht erhält und jetzt auch diese Kontakte auf die Region Venetien, mit der Hauptstadt Venedig, ausgedehnt werden; speziell mit Schwerpunkt in der Provinz Belluno, weil sie vergleichbare Daten hat. Wir haben hiermit erstens einmal einen intensiven Erfahrungsaustausch.

Wir sprechen alle "Interreg-Programme" auch mit den entsprechenden Regierungsmitgliedern der betroffenen Regionen ab. Es entwickelt sich wirklich ein Geist nicht nur guter, sondern hervorragender Nachbarschaft, wie es ihn in der Vergangenheit nicht gegeben hat. Ich bin sehr zuversichtlich, daß unser Land auch davon sehr intensiv Profit verspüren wird! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wünscht der Fragesteller noch eine Zusatzfrage? *(Abg. Mag. Grilc: Danke, ich habe keine Zusatzfrage!)*

Ich komme zur Anfrage 3:

**3. Ldtgs.Zl. 348/M/28:****Anfrage des Abgeordneten Ing. Eberhard an Landesrat Wurmitzer**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Ing. Eberhard** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die "Agenda 2000" wurde im Vorfeld sehr oft kritisiert; da und dort auch in Frage gestellt.

Herr Landesrat, ich frage Sie daher: Welche Auswirkungen hat die "Agenda 2000" auf die Einkommenssituation in der Land- und Forstwirtschaft?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Die "Agenda" ist ein Agrar-

## Wurmitzer

programm der Europäischen Union, das auf einen Zeitraum von sechs Jahren verbindlich und vertraglich vereinbart ist. Das ist ein gewaltiger Vorteil, denn damit ist es der Landwirtschaft und ist es unseren Bauern möglich, mittelfristig bzw. langfristig planen zu können, weil sich die Vertragsbedingungen in diesem Zeitraum nicht verändern. Die "Agenda" ist also ein Vertragswerk, das dazu da ist, garantierte Erträge für die Landwirtschaft in Europa zu sichern. Daß diese Verträge und die Bedingungen dieser Verträge gut sind, merkt man daran, daß die derzeitigen Beitrittskandidatenländer darum kämpfen, ähnlich gute Vertragsbedingungen für ihre Landwirtschaft beim Beitritt zur Europäischen Union zu erhalten. Das wird nicht möglich sein, weil die Finanzmittel der Europäischen Union nicht ausreichen, um ein derartiges Agrarprogramm auch in den künftigen Beitrittsländern zu fahren. Das heißt, es ist zu erwarten, daß in den künftigen Beitrittsländern das Agrarprogramm nur ungefähr 25 % der Agrarleistungen und der Ausgleichszahlungen ausmachen wird wie in den derzeitigen Mitgliedsländern. Daher - und das kann man auch aus dem "Grünen Bericht" des Bundeslandes Kärnten deutlich ablesen - ist auf jeden Fall die "Agenda" in ihren positiven Auswirkungen nicht zu unterschätzen! Sie ist das Sicherungsinstrument einer flächendeckenden Landwirtschaft in Europa.

Daß die Österreicher dieses Instrumentarium hervorragend nutzen, ist aus der Tatsache ableitbar, daß wir in Österreich zwar nur 3 % der landwirtschaftlichen Fläche der Europäischen Union haben, daß wir aber 30 % der Mittel des "ÖPUL-Programmes" der Europäischen Union beziehen. Wir sind in dieser Frage, was das landwirtschaftliche Umweltprogramm namens "ÖPUL" betrifft, Europameister, man kann ohne Übertreibung sagen: Weltmeister! Alle beneiden die europäischen Landwirte um ihren hohen Standard an naturnaher bzw. biologischer Produktion, die dazu führt, daß wir dieses Programm voll ausnützen.

Und dieses Programm wirkt sich so aus, daß rund 30 Prozent heute - zwischen 30 und 34 Prozent - des bäuerlichen Einkommens durch Ausgleichszahlungen - und zwar sowohl Erbschwerniszahlungen für unsere Bergbauern, aber auch für die Inanspruchnahme von Umweltprogrammen - umgesetzt bzw. spürbar werden. Man

kann also sagen, rund ein Drittel des bäuerlichen Einkommens ist europäischen Ursprungs. Es ist ein garantiertes Geld, das allerdings - und das ist natürlich ein Nachteil für öffentliche Gelder insgesamt - mit Bürokratie verbunden ist. Denn ohne Anträge, ohne Antragsstellung, ohne Mehrfachanträge, sind solche Zahlungen nicht zu erhalten. Das war also ein Umdenkprozeß, der auch die österreichische Landwirtschaft und auch die Kärntner Landwirtschaft direkt betroffen hat, daß man sich auf einmal mit doch einer relativ intensiven Antragstellung abfinden mußte. Und ich möchte es nicht versäumen unserer Landwirtschaftskammer an dieser Stelle für ihre Unterstützung bei diesen Fragen herzlich zu danken. Sie hat dazu beigetragen, daß der Großteil der Anträge fristgerecht und auch richtig ausgefüllt vorgelegt wurde und daß die Bauern dieses Landes auch in relativ kurzer Zeit ihr Geld bekommen haben.

Ich darf sagen, heute, aus heutiger Sicht muß man sagen, daß dieses Programm für die Landwirtschaft Kärntens unverzichtbar ist. Kärnten hat landwirtschaftlich keine guten Bedingungen. 56 Prozent der Fläche Kärntens sind mehr als 1000 Meter hoch, sind mehr als 1000 Meter über dem Meer gelegen. Und von den Neigungen unserer Hänge brauche ich in dem Haus nichts zu berichten. Das ist Ihnen hinlänglich bekannt. Das heißt, gerade ein Bergbauernland, wie das unsrige mit einer kleinen Struktur, mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 13 bis 16 Hektar, muß enormen Wert auf solche Programme legen. Und ich hoffe, daß es auch möglich sein wird, nach dieser Programmperiode 2006 ein Nachfolgeprogramm der Agenda 2006 bis 2013 zu schaffen, damit auch die bäuerliche Landwirtschaft wieder mittelfristig und langfristig planen kann. Die Auswirkungen kann man im Grünen Bericht ablesen. Und zwar haben sich im vergangenen Jahr, im Jahr 2001, die durchschnittlichen Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft in Kärnten je Betrieb um 13 Prozent erhöht. Das ist eine sehr positive Zahl und es ist unser Bestreben, auch durch Maßnahmen, durch ständige Maßnahmen, dazu beizutragen, daß das bäuerliche Einkommen Schritt halten kann und nicht soweit zurückfällt, weil damit eine negative Auswirkung auf den bäuerlichen Berufsstand, auf die Investitionsfähigkeit, überhaupt auf die Betriebsstrukturen und auf



**Wurmitzer**

eine flächendeckende Landwirtschaft in Kärnten befürchtet werden müßte. Es ist unser Auftrag, unser gemeinsamer politischer Auftrag, um jeden Bauernhof in Kärnten zu kämpfen. Denn die Agrikultur ist die Grundlage unserer gesamten Kultur. Und Kärnten bleibt auch in Zukunft ein Bauernland und daher sind Maßnahmen in diesem Bereich von existenzieller Bedeutung für unser Bundesland. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der FPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? - Herr Abgeordneter Lobnig hat sich gemeldet. Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Lobnig** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geschätzter Herr Landesrat! Die Existenzsicherung ist eine der größten Sorgen der heimischen Land- und Forstwirte. Daher stelle ich die Zusatzfrage: Ist es richtig, daß durch die EU-Osterweiterung sowie der Veränderung des Verteilungsschlüssels die österreichischen Bauern eine Kürzung der Direktzahlung von mindestens 20 Prozent hinnehmen werden müssen?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Herr Abgeordneter! Ich habe ja auf die Problematik der Agrarpolitik, vor allem durch den unterschiedlichen Standard der einzelnen Beitrittsländer schon hingewiesen. Da darf ich nur ein Beispiel hernehmen. Also, ich nehme das Beispiel Polen her. Polen hat einen Anteil der Bevölkerung in der Landwirtschaft von derzeit noch rund 30 Prozent! Das heißt, jeder dritte Beschäftigte in Polen ist noch immer in der Landwirtschaft beschäftigt. In Österreich sind wir etwa bei zwischen 3 und 4 Prozent, die also in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Das heißt, unsere Effizienz, unsere Wertschöpfung aus der Landwirtschaft ist ja ungleich höher. Und daher muß es ein enormes Interesse sein zu schauen, daß man in Polen eine ähnliche effiziente Landwirtschaft mit ähnlicher Produktions-

fähigkeit bzw. auch mit ähnlichem Standard erreicht, vor allem was die Ökologie anbelangt - das ist der zweite, nächste Punkt - wie sie bei uns üblich ist. Ich glaube auch, daß es falsch ist, hier mit Angst zu operieren. Denn, unter den neuen Beitrittswerbern sind zum Beispiel Länder dabei, die sogar Agrarimportländer sind.

Zum Beispiel ist der Staat Slowenien ein Agrarimportland, ist also nicht in der Lage, die Lebensmittelversorgung aus eigener Kraft zu decken, sowie zum Beispiel Österreich, zumindest bei den Grundnahrungsmitteln. Daher haben wir hier sehr unterschiedliche Bedingungen und es wird daher ein politisches Kunststück sein, hier einen derartigen Ausgleich zu finden, der die Finanzkraft der Europäischen Union nicht überlastet, auf der anderen Seite aber den hohen Standard in den bestehenden Mitgliedsländern sicherstellt. Und wir werden in den Verhandlungen mit der Europäischen Union, die erst jetzt beginnen werden, die Interessen Österreichs entsprechend zu vertreten haben. Ich vertraue hier wirklich auf unseren Minister Mag. Willi Molterer, der ein hervorragender Vertreter Österreichs im Europäischen Rat ist und auch dort bisher schon bewiesen hat, daß es, wenn es um die agrarischen Interessen Österreichs geht, das sie bei ihm in guten Händen sind und daß wir also, wie wir es bisher auch verstanden haben, wie gesagt, als Profiteur dieser derzeit geltenden Agrarpolitik Nutzen ziehen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? - Frau Abgeordnete Mag. Schaumberger, bitte!

Abgeordnete **Mag. Schaumberger** (SPÖ):

Sehr geehrte Damen und Herren! Schade, daß dem Referenten kein einziges Wort des Bedauerns *(Der Vorsitzende: Ich bitte, die Anfrage zu stellen! Keine Kommentare!)* ... über die Lippen gekommen ist, daß 11,7 Prozent der rinderhaltenden Betriebe im vergangenen Jahr aufgehört haben. *(Abg. Lutschounig: Frage! Frage! Keine*

**Mag. Schaumberger**

*Kommentare!*) Sie werdens erwarten! Sie werdens erwarten! Herr Referent, halten Sie es für richtig, daß 34 Prozent der Bäuerinnen und Bauern € 1.574,--, das sind 6 Prozent der gesamten Mittel für 36,4 Arbeitsstunden je Hektar bekommen, während 1,9 Prozent der Gutsbetriebe im Durchschnitt € 56.865,--, das sind 12 (Abg. Dr. Wutte: *Die Frage disqualifiziert sich von selbst!*) Prozent der gesamten Mittel, für 17 Arbeitsstunden je Hektar bekommen? Oder, umgelegt auf ein anderes Beispiel: Ein Arbeiter, ein Angestellter, würde vom Staat € 50.000,-- für 17 Arbeitsstunden bekommen, während 40 andere mit € 1000,-- für 37 Arbeitsstunden abgespeißt werden? Halten Sie das für richtig? (Abg. Dr. Wutte: *Wie war die Frage?!*) Ja, schwierige Materie! (Der Vorsitzende: *Frau Abgeordnete, ich glaube, daß wir die Verpflichtung haben, die Geschäftsordnung einzuhalten. Und ich bitte auch in Zukunft Fragen zu stellen, die eindeutig sind und nicht zwei, drei Fragen beinhalten! - Ich bitte, Herr Landesrat!*)

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Frau Kollegin Schaumberger! Ich halte es nicht für richtig, daß Sie meinen, daß Sie auf diese Art und Weise Klassenkampf unter den Bauern machen müssen. (Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Abg. Mag. Schaumberger: *Ja, da sieht man, man wird eines Besseren belehrt!*) Das Frage- und Antwortspiel erlaubt mir jetzt also ein bißchen auszuführen. Es gibt natürlich unterschiedliche Strukturen, es gibt unterschiedliche Betriebsgrößen. Sie haben zwei Möglichkeiten, entweder, daß Sie alle über einen Kamm scheren und gleiche Betriebsgrößen machen und das gleichmäßig aufteilen wollen. Das wäre dann ein Schritt in Richtung Kommunismus. Da werden wir Sie nicht begleiten auf diesem Weg. Das andere ist, daß man insgesamt ... (Abg. Mag. Schaumberger: *Oder den Fischler-Plan, Herr Referent! - Der sagt auch! - Abg. Lutschounig: Das ist Klassenkampf! - Abg. Mag. Schaumberger: Oder den Fischler-Plan! - Abg. Lutschounig: Oder den Schaumschläger-Plan! - Der Vorsitzende: Frau Abgeordnete, bitte, Sie haben Ihre Anfrage gestellt!*) Frau Abgeordnete, Sie sollten mir vielleicht doch Gelegenheit geben, Ihre Anfrage zu beantworten. Das Zweite ist, daß man für jeden Betrieb, der bestimmte be-

triebspezifische Leistungen bringt, Sockelbeträge einführt. Und das geschieht in Österreich. Wir sind der einzige Staat in der Europäischen Union, der erstmals Sockelbeträge für landwirtschaftliche Betriebe eingeführt hat, was zu einer Verschiebung der Fördermittel - ich möchte sagen - im erheblichen Ausmaß um etwa 1 Milliarde Euro in Richtung kleine Betriebe geführt hat. Der nächste Schritt ist, daß man eine Staffe- lung der Flächenförderungen nach Größe ein- führen wird. Das ist der nächste Schritt. Und ich bin überzeugt, wir werden zu ausgewogenen Verhältnissen kommen. Das Ziel muß immer eine flächendeckende Landwirtschaft für ganz Österreich zu tragbaren Bedingungen sein. Und das ist das Ziel. Davon werden wir uns nicht abhalten lassen. (Beifall von der ÖVP-Fraktion.)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wünscht der Anfragesteller noch eine Zusatz- frage? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Anfrage

**4. Ldtgs.Zl. 349/M/28:****Anfrage der Abgeordneten Mag. Scheucher-Pichler an Landesrat Wur- mitzer**

Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Scheucher-Pichler** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Anfrage an Herrn Landesrat Wurmitzer lautet wie folgt: Sehr geehrter Herr Landesrat! Welche Umset- zungsmaßnahmen werden aus den Erfahrungs- werten aus den Hochwasserkatastrophen für den präventiven Katastrophenschutz getroffen?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Hoher Landtag! Ich muß einmal zur Aktualität der Anfrage gra- tulieren. Die war nicht planbar, aber es hat ges- tern wieder, vorgestern wieder Hochwasserer-

## Wurmitzer

eignisse in diesem Bundesland gegeben. Daher ist diese Frage, ich möchte sagen, fast von einer Brisanz. Und zwar ist es immer ... es geht im Wesentlichen um zwei Fragen. Die erste Frage ist die Frage der Alarmierung bei Hochwasserereignissen. Das ist nicht ganz leicht. Und zwar, weil sehr oft im Zuge solcher Ereignisse Stromausfälle zu verzeichnen sind, weil auch der Geräuschpegel durch die Niederschläge sehr hoch ist und Alarmsignale nicht gehört werden. Und, ja, weil die Fenster geschlossen sind im Falle solcher Ereignisse, sodaß viele die Sirenen nicht hören und daher in Gefahr kommen. Ich habe selbst einen Erfahrungsbericht aus Niederösterreich bekommen, wo sehr viele ältere Leute in Häusern von Wassermassen eingeschlossen waren, weil sie die Alarmsignale nicht gehört haben.

Das Zweite, was wir im Zusammenhang dieser Ereignisse feststellen müssen, daß speziell alte und ältere Bausubstanz, Häuser- und Gebäudebestände in der sogenannten roten und gelben Hochwasserzone gelegen sind. Das heißt, dieser Zustand ist dadurch entstanden, daß man ein wenig unachtsam geworden ist durch Jahre oder Jahrzehnte ohne Hochwasser, relativ nahe an Hochwasserräume und Überflutungsbereiche herangebaut hat und auch Baumaßnahmen an Stellen aufgeführt hat, wo sie nichts zu suchen haben, wo also ein Gefährdungspotenzial gegeben ist. Das hängt damit zusammen, daß von der Raumplanung die Flächenwidmungspläne in Kärnten erst im Jahr 1968 erstmals eingeführt wurden. Daß es erst seit dem Jahr 1968 überhaupt Flächenwidmungspläne in Kärnten gibt und daß die Gefahrenzonenpläne erst 20 Jahre später, am Beginn der 90iger-Jahre, in diesem Bundesland erstellt wurden. Wir haben daher den Sachverhalt, daß es Ortschaften und Ortsteile gibt, die dadurch einfach bedroht sind. Daher ist eine der logischen Konsequenzen aus diesen Ereignissen, daß man jene Siedlungsbereiche, die in der roten Zone oder in der gelben Zone sind, möglichst rasch und zwar prioritär durch vorrangige Schutzwasserbauten sichert. Ich habe gestern das Gailtal besucht und habe gesehen, daß sich die Ortschaft Stranig praktisch schutzlos, ohne Schutzbau, in einem Hochwasser- und Überflutungsbereich befindet. Wenn man dann sieht, daß das Wasser bei der Ortstafel praktisch nur mehr die Schrift herauschauen läßt, dann

weiß man was in den Häusern drinnen los ist. Daß da alles überflutet wird, daß Werte zerstört werden, daß Bausubstanz überhaupt vernichtet wird und daß Häuser unbewohnbar werden. Wir haben daher mit der Wildbachverbauung und auch mit dem Referenten Reinhart Rohr vereinbart, daß wir prioritär vorrangig jene Bereiche bauen werden und verbauen werden, die in gelber bzw. roter Hochwasserzone gelegen sind. Es wird einen Differenzenplan geben. Das heißt, ein Plan der alle Flächen diesbezüglich, Gefährdungsflächen, in Kärnten ausweist. Und nach diesem Prioritätenkatalog wird dann vorgegangen. Es wird aber nicht möglich sein - das möchte ich ausdrücklich betonen - alle Gefahrenzonen im roten Bereich, in den roten Gefahrenzonen, zu beseitigen. Ich möchte ein Beispiel erwähnen. Die Gemeinde Steinfeld im oberen Drautal ist - oder der Hauptort Steinfeld - ist zu einem großen Teil in der roten Gefahrenzone.

Man müßte wahrscheinlich, um eine totale Hochwassersicherheit zu gewährleisten, den Großteil des Ortes überhaupt abtragen. Das wird nicht möglich sein! Daher muß man Überlegungen anstellen, wie man unter den gegebenen Umständen trotzdem durch vorgelagerte Sicherungsbauten Überflutungen, Verklausungen minimieren kann. Ganz ausschließen wird man sie nicht können. Es wartet also in dieser Frage noch sehr, sehr viel Arbeit auf uns, die wir nur gemeinsam mit Anstrengung aller politischen Kräfte dieses Hauses bewältigen kann. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der FPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall! Seitens der SPÖ hat sich Herr Präsident Ferlitsch zu einer Zusatzfrage gemeldet. Ich bitte, sie zu stellen!

Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Herr Landerat, ich frage Sie: Wird der Katastrophenfonds aus Ihrer Sicht auf Bundesebene wieder zur Gänze

**Ferlitsch**

aufgestockt, der halbiert wurde?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Ja, es ist das eine Frage, die nicht in meinen Kompetenzbereich geht, Herr Präsident, nachdem ich für die Bundespolitik nicht zuständig bin - ich bin Landesrat in Kärnten, aber ich möchte sie trotzdem beantworten. Es ist absolut im Interesse des Landes und die Ereignisse der vergangenen Monate haben gezeigt, daß der Katastrophenfonds entsprechend dotiert sein muß, um bei Schadensereignissen auch relativ rasch und unbürokratisch helfen zu können. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird eine weitere Zusatzfrage von der Anfragerin gewünscht? *(Abg. Mag. Scheucher-Pichler: Nein, danke!)* - Das ist nicht der Fall! Dann kommen wir zur Anfrage

**5. Ldtgs.Zl. 350/M/28:  
Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing.  
Gallo an Landesrat Wurmitzer**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Hoher Landtag! Die Gemeinde Hüttenberg ist nicht zum ersten Mal Gegenstand einer Anfrage hier im Landtag, vor allem wenn es um die Verwendung von Landesmitteln geht. Im Mittelpunkt auch in der Vergangenheit war in erster Linie der Herr Bürgermeister. Und ich darf daran erinnern, daß wir in der vergangenen Periode sogar die Allgemeine Kärntner Gemeindeordnung geändert haben, um negative Auswüchse zu verhindern zum Beispiel, daß das Vieraugenprinzip nicht bei einer Person hängen bleibt, die mehrere Funktionen in einem inne hat.

Auch jetzt gibt es wieder einen Fall, wo Landesgeld der Gemeinde überwiesen worden ist für

einen speziellen Fall, nämlich zur Schuldenabdeckung des Geo-Zentrums-Hüttenberg, nur dieses Geld ist dort, wo es eigentlich hingehört hat, nicht angekommen - zumindest bis zum Zeitpunkt der Einbringung meiner Anfrage.

Daher, Herr Landesrat Wurmitzer, frage ich Sie: Wie wird von Ihnen sichergestellt, daß BZ-Mittel, die der Gemeinde Hüttenberg überwiesen werden, auch tatsächlich widmungsgemäß für die Abdeckung der Schulden des Geo-Zentrums-Hüttenberg eingesetzt werden?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Präsident! Natürlich ist es das Bestreben des Gemeindereferenten absolut dafür Sorge zu tragen, daß Geld, daß Bedarfszuweisungen zweckentsprechend eingesetzt wird. Die Umwidmung von zugesagten oder die Umwidmung von zugesagten Bedarfszuweisungen ohne Zustimmung der Landesregierung ist nicht möglich.

Und nun zum Sachverhalt: Vom damaligen Finanzreferenten Herrn Landeshauptmann Dr. Zernatto und Gemeindereferenten Dr. Haller wurden am 24.03.1999 für die Abdeckung der kumulierten Verluste des Geo-Zentrums eine Sonderbedarfszuweisung von 1.650.000 Schilling in Aussicht gestellt. Diese Sonderbedarfszuweisung wurde am 03.12.1999 vom Landtag beschlossen. Die schriftliche Zusicherung erfolgte am 08.03.2000. Weiters wurde von der Marktgemeinde im Rahmen des BZ-Gespräches am 29.06.2000 eine BZ, eine Bedarfszuweisung in der Höhe von 350.000 Schilling für das Geo-Zentrum in Hüttenberg zugesagt und auch zugesichert. Die Anweisung der Sonderbedarfszuweisung erfolgte am 23.08.2000 und wurde diese zur Gänze für den kumulierten Verlust in der Höhe von 2.067.000 Schilling verwendet. Mit gleichem Datum wurde die Bedarfszuweisung jedenfalls für die Abdeckung des kumulierten Verlustes zur Anweisung gebracht.

So und jetzt kommt der springende Punkt. Zwischen dem Geo-Zentrum und der Raiffeisenbank Hüttenberg wurde eine Vereinbarung geschlossen, wonach die Raiffeisenbank auf eine Kreditforderung von 447.846,12 Schilling nur dann besteht, wenn dies die hinkünftige finanzielle

**Wurmitzer**

Lage des Geo-Zentrums gestattet. Das heißt die Bank ist dem Geo-Zentrum entgegengekommen. Und dadurch hat also die ... Aus diesem Grunde konnten mit der Sonderbedarfszuweisung die gesamten Bankschulden abgedeckt werden und die Bedarfszuweisung brauchte für diesen Zweck vorerst nicht eingesetzt werden.

Über die Verwendung der Bedarfszuweisung wurde vom Herrn Bürgermeister Schratte mitgeteilt, daß 100.000 Schilling für den Start, Neustart Geo-Zentrum und andererseits für die Abdeckung gegenseitiger Verbindlichkeiten zwischen den Betrieben Geo-Zentrum und touristische Anlagen eingesetzt wurden. Der Herr Bürgermeister wurde am 11.10.2002 anlässlich einer Aussprache von der Abteilung 3 zur Vorlage der entsprechenden Unterlagen aufgefordert. Die entsprechenden Unterlagen sind noch nicht vorhanden. Sollte die Gemeinde diese Bedarfszuweisungen tatsächlich zweckwidrig verwendet haben, dann werden diese von der Gemeinde zurückgefordert oder bei den künftigen Bedarfszuweisungen in Abzug gebracht. Es ist also nicht möglich, ohne Zustimmung der Landesregierung eigenhändige und eigenmächtige Änderungen der Zweckwidmungen vorzunehmen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall! Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist auch nicht der Fall! Dann hat der Fragesteller noch eine Zusatzfrage!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landesrat! Ist es gesetzmäßig, daß der Bürgermeister ohne Kenntnis und Information der Landesregierung und Befassung des Gemeinderates eigenmächtige Verfügungen trifft?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Dazu ganz ein klares Wort. Es ist dem Bürgermeister nicht erlaubt, ohne Zustimmung des Gemeinderates über Bedarfszuweisungen zu verfügen. Und es ist in diesem Falle auch die

Zustimmung der Landesregierung notwendig. Eine derartige Zustimmung liegt nicht vor.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit, meine Damen und Herren, ist die Anfrage 5 erledigt. Wir kommen zur Anfrage

**6. Ldtgs.Zl. 351/M/28:****Anfrage des Abgeordneten Mag. Dr. Kaiser an Landeshauptmann Dr. Haider**

Ist der Herr Landeshauptmann im Raume? *(Der LH befindet sich in den Abgeordnetenreihen. - LH Dr. Haider: Ich bin da!)* Bitte schön, Herr Landeshauptmann! Ich habe Sie nicht gesehen.

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Welche Aufträge hat die Klagenfurter Rechtsanwältin Dr. Alexandra Slama vom Land Kärnten bis dato erhalten und welche Beträge wurden dafür verausgabt?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf Ihnen sagen, daß wir seit 1999 die Praxis haben, daß wir entsprechend einer Liste, einer vollständigen Liste der Klagenfurter und Kärntner Rechtsanwälte regelmäßig versuchen, die einzelnen Anwälte mit Agenden zu betrauen. Konkret, die in Rede stehende Rechtsanwältin Dr. Slama hat neun Aufträge absolviert. *(Abg. Kaiser: Und finanziell?)* Hm!

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der FPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? - Bitte, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann! Ist die Frau Dr. Slama die einzige Anwältin, die Aufträge von Seiten des Landes erhalten hat?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Nein, Herr Abgeordneter! So wie ich eingangs gesagt habe, sind derzeit 80 Causen in Behandlung. Mit diesen Causen wurden beauftragt der Mag. Christian Anetter, Dr. Rainer Paar, Rechtsanwalt Mag. Birgit Frass, Dr. Günther Fornara, Mag. Heimo Fresacher, Mag. Felix Fuchs, Mag. Gernot Föz, Dr. Gernot Helm, Mag. Peter Herbst-Pacher, Dr. Gerald Herzog, Mag. Udo Hohensasser, Mag. Christian Hoja-Trattnig, Mag. Günther Huainigg, Dr. Horst Kilzer, Dr. Anton Knes, Dr. Birgit Latai-Nagl, Dr. Wolfgang Tautschnig, Mag. Robert Dobrounig, Mag. Christian Leyroutz, Mag. Georg Luckmann, Dr. Herwig Nedwed, Dr. Peter Patterer, Dr. Franko Perc, Dr. Siegfried Rack, Dr. Peter Riedl, Dr. Erich Robatsch, Dr. Heinz Sacher, Dr. Karl Safron, Dr. Reinhard Schubert, Dr. Michael Tschulter, Dr. Helmut Sommer, Dr. Dieter Stromberger, Mag. Peter Paul Suntinger, Dr. Walter Vassold, Dr. Karlheinz Waysocher, Dr. Peter Musil, Dr. Egbert Frimmel, Dr. Gernot Murko, Kanzlei Dr. Safron - Dr. Franz Großmann - Dr. Leopold Wagner, Mag. Alexander Todor Kostic, Dr. Manfred Opetnik, Mag. Michael Hirm. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Danke! Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall! Doch! Der Herr Abgeordneter Hinterleitner hat sich gemeldet. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Hinterleitner** (ÖVP):

Herr Landeshauptmann! Sie haben jetzt so viele Anwälte aufgelistet. Nach welchen Kriterien wurden diese Anwälte ausgewählt?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Wir gehen nach einer Liste vor, so wie das seinerzeit auch in der Straßenverwaltung eingeführt haben bei der Vergabe von Planungsaufträgen: die Größe der Kanzlei, die Leistungsfähigkeit der Kanzlei, nach dem Umfang und die Causen und die Raschheit der Absolvierung. Ich glaube, daß wir damit eine Zufriedenheit auch bei den Anwälten erzeugt haben. Denn in den vergangenen Jahren bis zu meinem Amtsantritt war es so, daß etwa eine Handvoll Rechtsanwälte, in der Zahl waren es sieben, in den Genuß von Aufträgen gekommen sind und die haben sich das ganze Geschäft des Landes geteilt. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Burger-Scheidlin!)* Wir haben das geöffnet und es hat jeder jetzt die Möglichkeit mit dabei zu sein. Und wie Sie sehen ist die Liste sehr umfangreich und jeder kommt zum Zug. *(Heftiger Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wünscht der Fragesteller noch eine Zusatzfrage? - Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Ich wünsche bitte, Herr Landeshauptmann: Wer entscheidet nach den von Ihnen dargestellten Kriterien über die Rechtsvertretung?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Die Landesamtsdirektion nach den von uns vorgegebenen Kriterien.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 6. Anfrage erledigt. Wir kommen zur Anfrage

**Dipl.-Ing. Freunschlag****7. Ldtgs.Zl. 352/M/28:****Anfrage der Abgeordneten Wulz an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Pfeifenberger**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen! (*Die Frau Abg. war nicht vorbereitet und sucht die Unterlagen zusammen.*) Habe ich Sie erschreckt, Frau Abgeordnete? (*Heiterkeit beim Vorsitzenden.*) Bitte!

Abgeordnete **Wulz** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Pfeifenberger! Vom Herbst bis zum Frühjahr 2000 wurden mehrere Anträge um Subventionen für die Gemeinnützige Schuldnerberatung im Landtag mit Unterstützung der ÖVP und FPÖ eingereicht. Schon zu diesem Zeitpunkt wurde im Rechnungshof eine Rechnungshofüberprüfung von Frau Landesrätin Dr. Schaunig-Kandut beantragt. Massive Forderungen in der Öffentlichkeit aber auch im Landtag kamen vom Abgeordneten Jost, die inzwischen in Konkurs gegangene Schuldnerberatung mit Millionen von Schillingen zu subventionieren.

Warum, Herr Landesrat Pfeifenberg, wollten Sie trotz ausreichender Informationen die Steuergelder der Kärntner Bevölkerung in diesen inzwischen in Konkurs gegangenen Verein fließen lassen?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Hohes Haus! Geschätzte Frau Abgeordnete! Diese Frage sollten Sie lieber Ihrer Sozialreferentin stellen. Von mir als Finanzreferent wurde kein Euro an die Gemeinnützige Schuldnerberatung ausgezahlt. Und ich war derjenige, der auch im Kärntner Landtag im Ausschuß gefordert hat, daß der Rechnungshof die Gebarung dieses Vereines überprüfen sollte. Damit ist diese Affäre ins Rollen gekommen und es ist eigentlich verwunderlich, daß die Sozialabteilung die Auszahlung durchgeführt hat, ohne vorher eine eingehende Kontrolle durchzuführen. Und diese Verantwortung liegt ausschließlich bei der Sozialreferentin. Und ich bitte daher, die Frage an die

Frau Kollegin Schaunig zu richten. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der FPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? - Auch nicht der Fall. Hat die Antragstellerin noch eine Zusatzfrage? - Wie Sie gehört haben, offensichtlich nicht?

Abgeordnete **Wulz** (SPÖ):

Ja, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, laut meinen Informationen wurde die Rechnungsüberprüfung von Frau Landesrätin Dr. Schaunig beantragt. Was sagen Sie dazu?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Dann müssen Sie das Protokoll des Landtagsausschusses noch einmal genau lesen. Dort steht der Antrag drinnen, daß der Kollege Jost und ich gefordert haben, daß der Rechnungshof die Gebarung überprüft. Das hätte aber schon vorher die Sozialabteilung machen können. Ich verstehe nicht, warum man hier Tatsachen falsch darstellt, obwohl die Verantwortung für diese Mißstände eindeutig bei der Kollegin Schaunig liegt! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit, meine Damen und Herren, ist die 7. Anfrage erledigt. Wir kommen zur 8. Anfrage:

**8. Ldtgs.Zl. 353/M/28:****Anfrage des Abgeordneten Schlagholz an Landesrat Dörfler**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Hohes Haus! Herr Landesrat! Welche Baufirmen wurden von Ihnen seit Ihrem Amtsantritt mit Straßenbauarbeiten, gegliedert in Projekte, in Anbotsummen und in Abrechnungen, betraut?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Hohes Haus! Geschätzter Herr Abgeordneter! Im Zeitraum vom 5. 4. 2001 bis 31. 12. 2001 wurden folgende Bauvorhaben vergeben:

Landesstraßen L:

April 2001: Ankogel Straße L 8 254.000 Euro an die Strabag, Villach;

Mai 2001: Farrendorfer Straße L 98, Gesamtkosten 70.000 Euro an die Strabag, Villach; Hallegger Straße L 75, Gesamtkosten 14.000 Euro an Swietelsky, Villach; Klippitztörl Straße L 91, Hangsicherungsarbeiten, Gesamtkosten 360.000 Euro an die Universale-Bau, Klagenfurt;

Juni 2001: Goggausee Straße L 80, Gesamtkosten 510.000 Euro, vergeben an Universale-Bau, Klagenfurt;

Juli 2001: Haimburger Straße L 114, Gesamtkosten 1,029.000 Euro, an Strabag, Völkermarkt; Fresacher Straße L 40, Gesamtkosten 496.000 Euro, an Swietelsky Villach; Traginer Straße L 41, Projekt Weißenbachbrücke, 365.000 Euro Gesamtkosten, an die FP-Bau Pucher, Wolfsberg;

August 2001: Edlinger Straße L 144, Gesamtkosten 102.000 Euro, vergeben an die Strabag in Völkermarkt; Förderlacher Straße L 59, Gesamtkosten 313.000 Euro, vergeben an Massivbau, Klagenfurt; Töscheldorfer Straße L 62 a 785.000 Euro, Firma Kostmann, St. Andrä; St. Pauler Straße L 135, Gesamtkosten 160.000 Euro, an die Strabag in Völkermarkt; Ossiacher See Südufer Straße L 49, Gesamtkosten 660.000 Euro, Allbau, Klagenfurt; Buchholzer Straße L 45a, Gesamtkosten 325.000 Euro, an die Alpine/Mayreder, Villach; Diexer Straße L 113, Gesamtkosten 163.000 Euro, an die Strabag, Völkermarkt;

September 2001: Innerkremser Straße L 19, Gesamtkosten 57.000 Euro, vergeben an die Strabag in Spittal an der Drau; Teuchen Straße L 46, Projektkosten 193.000 Euro, vergeben an die Firma Kostmann; Keutschacher Straße L 97,

152.000 Euro Projektkosten, an Asphalt Ges. Riegler in Klagenfurt; St. Stefaner Straße L 139, Gesamtkosten 76.000 Euro, Auftrag vergeben an die Firma Mörtl in Wolfsberg; Sörger Straße L 93a, 86.000 Euro Projektkosten, vergeben an Steiner-Bau, St. Paul im Lavanttal; Straßenmeisterei Klagenfurt-Ost, 102.000 Euro Projektkosten, an Asphalt Ges. Riegler, Klagenfurt;

Oktober 2001: Keutschacher Straße L 97, Projektkosten 14.000 Euro, an die Firma Kaim in Wien; Wörther See Straße L 96, Felssicherungsarbeiten, Gesamtkosten 23.500 Euro, ebenfalls Firma Kaim in Wien; Wörther See Straße L 96, Projektkosten 56.000 Euro, an die Strabag in Klagenfurt; Steinbichler Straße L 93, 318.000 Euro Kosten, vergeben an Strabag, Klagenfurt; Trögner Straße L 131, 387.000 Euro Projektkosten, vergeben an die FP-Bau Pucher, Wolfsberg; Krastal Straße L 38, Afritzbachbrücke, Gesamtkosten 41.000 Euro, vergeben an die Strabag in Villach; Gemmersdorfer Straße L 140, Gesamtkosten 62.000 Euro, vergeben an die Firma Kostmann in St. Andrä; Ankogel Straße L 8, Gesamtkosten 58.000 Euro, vergeben an die Strabag in Spittal.

Nun zu den Landesstraßen B:

April 2001: Gurktal Straße B 93, Kosten 130.000 Euro, Auftragsvergabe an die Firma Kaim in Wien; Loiblpaß Straße B 91, Gesamtkosten 942.000 Euro, vergeben an die Universale Bau, Klagenfurt;

Mai 2001: Gailtal Straße B 111, Gesamtkosten 326.000 Euro, vergeben an die Firma Seiwald in Kötschach; Gailtal Straße B 111, Schinzengrabenbrücke, Gesamtkosten 144.000 Euro, vergeben an die Strabag in Spittal an der Drau; Drautal Straße B 100, Spittal Burgplatz, das war eine Instandsetzung, 174.000 Euro Projektkosten, vergeben an die Firma Swietelsky in Spittal; August 2001: Mölltal Straße B 106, Projektkosten 230.000 Euro, vergeben an die Strabag, Spittal an der Drau; B 82 Seeberg Straße, Projektkosten 217.000 Euro, Auftragsnehmer Firma Asphalt Ges. Riegler, Klagenfurt;

September 2001: Katschberg Straße B 99, Felssturz, 88.000 Euro Projektkosten, vergeben an die Firma Felbermayr; B 70 Packer Straße, B 92, B 317 (Spurrinnensanierung): 27.600 Euro Projektkosten, vergeben an die KAB, Spittal an der Drau; Gurktal Straße B 93, Projektkosten 50.000 Euro, vergeben an die Teerag-Asdag in Kla-



## Dörfler

genfurt; Kärntner Straße B 83, Projektkosten 94.000 Euro, vergeben an die Asphalt Ges. Riegler in Klagenfurt; B 100 Drautal Straße, Projektkosten 326.000 Euro, Vergabe an die Firma Teerag-Asdag in Klagenfurt; Packer Straße B 70, Projektkosten 87.000 Euro, vergeben an die Strabag in Völkermarkt;

Oktober 2001: Drautal Straße B 100, das Baulos Gerlamoos - Dellach/Drau, Belagsarbeiten, 217.000 Euro Projektkosten, vergeben an die Alpine/Mayreder in Villach; Drautal Straße B 100, Obergottesfeld - Kleblach, Brückenneubau, Gesamtkosten 290.000 Euro, vergeben an die FP-Bau Pucher in Wolfsberg; Kärntner Straße B 83, 315.000 Euro Projektkosten, vergeben an die Teerag-Asdag; Plöckenpaß Straße B 110, Projektkosten 600.000 Euro, vergeben an die Firma Seiwald in Kötschach; Loiblpaß Straße B 91, Krassingbrücke, 580.000 Euro Projektkosten; vergeben an die Universale-Bau in Klagenfurt; Großglockner Straße B 107, Felssicherung, Gesamtkosten 125.000 Euro. Die Firma Swietelsky in Klagenfurt hat den Auftrag erhalten. Katschberg Straße B 99, ein Projekt mit 101.000 Euro Kosten, an die Firma Hufnagel-Bau in Wernberg; Millstätter Straße B 98, Radenthein - Feld am See, 543.000 Projektkosten, Firma Kostmann, Spittal an der Drau;

Autobahnen:

Im Februar 2001 wurde das Projekt Südautobahn A 2, Großliedltunnel West, Brücken- und Belagssanierung vergeben, Gesamtkosten 5,330.000 Euro an die Firma Held & Francke in Salzburg;

April 2001: Südautobahn A 2, Brückensanierung, Gesamtkosten 166.000 Euro, an die Firma Reisner & Wolf;

Mai 2001: Südautobahn A 2, Brückensanierung, Gesamtkosten 1,230.000 Euro, vergeben an die Firma Massivbau in Klagenfurt; Tauernautobahn A 10, Brückensanierung, Gesamtkosten 1,8 Millionen Euro, vergeben an die Firma KBB;

Juni 2001: Südautobahn A 2, Umfahrung Völkermarkt, 79.000 Euro, an die Asphalt Ges. Riegler in Klagenfurt; Südautobahn A 2, 268.000 Euro, eine weitere Brückensanierung, vergeben an die Mageba Bau; Tauernautobahn A 10, Brückensanierung, Gesamtkosten 101.000 Euro, Universale-Bau Klagenfurt; Südautobahn A 2, AST Klagenfurt, Verkehrssicherheitsmaßnahmen, Gesamtkosten 130.000 Euro, an die

Firma Felser; ein zweites Projekt, mit 145.000 Euro, an die Firma Forster;

Bauvergaben vom 1. 1. 2002 bis 31. 10. 2002, wieder aufgegliedert in Landesstraßen L, Landesstraßen B und Autobahnen:

Ich beginne mit den Landesstraßen L:

April 2002: Metnitztal Straße, ein Projekt mit 2 Millionen Euro, vergeben an die Universale-Bau, Klagenfurt; Hochrindl Straße L 65, Projektkosten 520.000 Euro, an die Firma Steiner-Bau in St. Paul im Lavanttal; Hochrindl Straße L 65, Einbindung, Neubau, 2,6 Millionen Euro Auftragsvolumen, vergeben an die Strabag, Villach;

Mai 2002: Klippitztörl Straße L 91, Kosten 204.000 Euro, Massivbau, Klagenfurt, hat den Auftrag erhalten; Kreuzner Straße L 33, ein Brückenbauprojekt mit 325.000 Euro. Erhalten hat dieses Projekt die Universale-Bau in Klagenfurt;

Juni 2002: Falkertsee Straße, Projektkosten 123.000 Euro, Auftragnehmer Firma ArGe Strabag-Stuag, Klagenfurt;

Juli 2002: Keutschacher Straße L 97, Ortsdurchfahrt Schiefing, Kosten 70.000 Euro, vergeben an die Würfler-Bau, Eberndorf; Gradeser Straße L 62b, Zufahrt Grades, 260.000 Euro Projektkosten, vergeben an die Universale-Bau, Klagenfurt;

August 2002: Rosental Straße L 56, Projektkosten 260.000 Euro. Erhalten hat diesen Auftrag die Firma Hufnagel in Wernberg. Köttmannsdorfer Straße L 99, Projektkosten 1,6 Millionen Euro. Diesen Auftragszuschlag hat die Firma Steiner-Bau in St. Paul im Lavanttal erhalten.

September 2002: Krastal Straße, Ortsdurchfahrt Puch, Gesamtkosten 1,3 Millionen Euro, an die Firma Strabag in Villach vergeben; Diexer Straße L 113, Gretschnitz - St. Ulrich, Gesamtkosten 1,3 Millionen Euro. Diesen Auftrag hat die Ar-Ge Asphalt Ges. Riegler - Gebr. Haider, Klagenfurt, erhalten;

Oktober 2002: Harbacher Straße L 77, Projektkosten 35.000 Euro, Asphalt Ges. Riegler, Klagenfurt.

Nun zu den Landesstraßen B:

Jänner 2002: Drautal Straße B 100, Projektkosten 180.000 Euro, Verkehrslichtsignalanlage, Siemens-AG, Klagenfurt;

April 2002: Friesacher Straße B 317, Brücken-

## Dörfler

sanierung, Kosten 160.000 Euro, an die Massivbau in Klagenfurt; Drautal Straße B 100, Ober-gottesfeld - Kleblach, Brückenneubau, Gesamtkosten 600.000 Euro. Erhalten hat diesen Auftrag die ArGe Strabag - Alpine/Mayreder in Villach; Drautal Straße B 100, Kleblach-Lengholz, Straßenausrüstung, Gesamtkosten 654.000 Euro. Den Auftrag hat die Strabag in Villach erhalten.

Mai 2002: Seeberg Straße B 82, Ortsdurchfahrt Kühnsdorf, Gesamtkosten 65.000 Euro. Diesen Zuschlag hat die Firma Massivbau in Klagenfurt erhalten. Ossiacher Straße B 94, Wegunterführung, Brückeninstandsetzung, Gesamtkosten 135.000 Euro, Zuschlag: Strabag, Klagenfurt; Drautal Straße B 100, Berg/West - Errichtung Parallelweg, Gesamtkosten 300.000 Euro. Den Zuschlag hat die Firma Winkler-Bau in Greifenburg erhalten. Kleinkirchheimer Straße B 88, Einbindung L 13 - Römerbad, Gesamtkosten 740.000 Euro. Den Auftrag hat die Firma Strabag in Spittal erhalten. Millstätter Straße B 98, Ortsdurchfahrt Seeboden, Kreisverkehr und Ortsdurchfahrt, Gesamtkosten 375.000 Euro. Den Zuschlag hat die Strabag in Spittal an der Drau erhalten. Mölltal Straße B 106 Rottau - Gratschach, Brückensanierung, Gesamtkosten 1,3 Millionen Euro, Auftragnehmer: Firma Held & Francke, Feistritz/Drau; Gailtal Straße B 111, Draschitz, Belagsarbeiten, Gesamtkosten 1,070.000 Euro, Auftragnehmer: Firma Allbau in Klagenfurt;

Juni 2002: Görtschitztal Straße B 92, Gesamtkosten 604.000 Euro. Diesen Auftrag hat die Firma Paul in Friesach erhalten. Großglockner Straße B 107, Ortsdurchfahrt Döllach, Gesamtkosten 450.000 Euro, vergeben an die Firma Fürstauer in Winklern;

Juli 2002: Ossiacher Straße B 94, Liebenfels - Tauchendorf, Sanierung der Betondecke, Gesamtkosten 1,365.000 Euro. Diesen Auftrag hat die ArGe Universale-Bau - Kostmann, Klagenfurt, erhalten; Kärntner Straße B 83, Thörl - Staatsgrenze, Instandsetzung, Gesamtkosten 500.000 Euro. Den Zuschlag erhielt die Firma Allbau in Klagenfurt. Da ist ein zweiter Teil, der Radweg gehört zu diesem Projekt, mit 267.000 Euro. Den hat auch die Firma Allbau in Klagenfurt durchgeführt.

Da ist ein zweiter Teil, eben der Radweg - gehört zu diesem Projekt - € 267.000,--, den hat

auch die Firma Allbau in Klagenfurt durchgeführt. Ossiacher Straße B 94 - Lärmschutz in Feldkirchen/Ost - € 305.000,-- Projektkosten; den Zuschlag hat die Firma Universale-Bau in Klagenfurt erhalten. Die Millstätter Straße B 98 Ortseinfahrt Treffen; Kosten € 240.000,--; den Zuschlag hat die Universale in Klagenfurt bekommen. Turracher Straße B 95 - Gnesau Haidenbach - Instandsetzung; Gesamtkosten € 820.000,-- wurde an die Firma Kostmann in St. Andrä vergeben. Seeberg Straße B 82 Kühnsdorf Buchhalm, Radweg; Gesamtkosten € 54.500,--. Diesen Auftrag hat die Firma Liesnig-Beton in Bleiburg erhalten. Millstätter Straße B 98 Tschall-Millstatt; Projektkosten € 2.150.000,-- an die Firma Strabag in Spittal/Drau.

August 2002: Das war überhaupt der stärkste Monat bei den Vergaben. Kärntner Straße B 83 in Villach - Verkehrslichtsignalanlage Udinestraße; Kosten € 45.000,--. Den Auftrag hat die Arge Swietelsky/Universale-Bau erhalten. Friesacher Straße B 317 Herzogstuhl Belagsarbeiten; Kosten € 580.000,-- an die Firma Kostmann in St. Andrä. Drautal Straße B 100 Oberdrauburg Landesgrenze, Instandsetzung; Kosten € 565.000,--; Zuschlag an die Arge Alpine-Mayreder/Osttiroler Asphalt. Lavamünder Straße B 80 Umfahrung Gehöft Tiefenbacher; Gesamtkosten € 520.000,--; Zuschlag an die Firma Kostmann St. Andrä. Gurktal Straße B 93 Ortsdurchfahrt Weitensfeld/Ost Weitensfeld/West; € 300.000,-- Projektkosten; Zuschlag an die Universale in Klagenfurt. Packer Straße B 70 Kabonhof-Lindenhof; Gesamtkosten € 160.000,-- an die Strabag in Völkermarkt vergeben. Ossiacher Straße B 94 Sattendorf Annenheim; Gesamtkosten € 20.000,-- an die Swietelsky in Villach. Ossiacher Straße B 94 St. Veit Kreisverkehr; Gesamtkosten € 350.000,-- an die Strabag in Klagenfurt. Görtschitztal Straße B 92 St. Filippen Krobathen; Gesamtkosten € 750.000,-- an die Universale-Bau in Klagenfurt. Bleiburger Straße B 81 Talübergang Neuhaus Radwegbau; € 34.000,-- Projektkosten; Zuschlag an die Firma Mörtl in Wolfsberg. Seeberg Straße B 82 Ortsdurchfahrt Kühnsdorf; Gesamtkosten € 650.000,--; Zuschlag an die Asphalt GesmbH Riegler in Klagenfurt.

September 2002: Gailtal Straße B 111 St. Pauler Hügel - Kötschach Belagsanierung; Gesamtkos-

**Dörfler**

ten € 200.000,--; Zuschlag an die Firma KAB, Loosdorf. Packer Straße B 70 Griffen/West AST Völkermarkt/Ost, Belagsarbeiten; Gesamtkosten

€ 250.000,--; Zuschlag an die Asphalt Riegler GesmbH in Klagenfurt. Packer Straße B 70 Belagsarbeiten; die Kosten € 270.000,--; Zuschlag an die Strabag in Völkermarkt. Packer Straße B 70 Rami - St. Andrä, Belagsarbeiten; Gesamtkosten

€ 300.000,--; Zuschlag an die Firma Kostmann in St. Andrä. Drautal Straße B 100 Lengholz-Steinfeld Belagsarbeiten; Gesamtkosten € 250.000,--; vergeben an die Firma Kostmann in Spittal/Drau. Ossiacher Straße B 94 Anbindung Glanegg; Kosten € 410.000,--; vergeben an die Asphaltbau Riegler in Klagenfurt. Wurzenpaß Straße B 109, Försterhaus, Instandsetzungsprojekt; € 170.000,-- Projektskosten; vergeben an die Firma Porr in Klagenfurt. Weißensee Straße B 87 in Hermagor; Gesamtkosten € 180.000,--; vergeben an die Firma Seiwald in Kötschach. Turracher Straße B 95 Belagssanierung in Waiern bei Feldkirchen; *(Es herrscht Unaufmerksamkeit und Unruhe im Hause.)* Gesamtkosten € 50.000,--; vergeben an die Firma Swietelsky in Feldkirchen. Görtschitztal B 92 Krobathen-Pischeldorf, Belagsinstandsetzung; Kosten € 620.000,-- und Radwegprojekt Pischeldorf-Krobathen € 235.000,-- vergeben an die Alpine-Mayreder *(Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Bitte, um ein bißchen mehr Aufmerksamkeit für den Herrn Landesrat, für seinen Bericht!)* in Klagenfurt. Görtschitztal Straße B 92 Klein St. Paul Eisenbahnkreuzung, Belagsarbeiten; Gesamtkosten € 470.000,--; vergeben an die Arge Alpine-Mayreder/Asphaltbau Riegler in Klagenfurt. *(Es herrscht weiter Unaufmerksamkeit und Unruhe im Hause.)*

Nun zu den Autobahnen im Jahr 2002:

Südautobahn A2 - Brückensanierung *(Der Vorsitzende: Meine Damen und Herren, wenn eine Anfrage gestellt wird, dann soll man zuhören was der Herr Landesrat oder das befragte Regierungsglied zu antworten hat. Denn schließlich können wir das sein lassen, wenn kein Interesse an der Antwort besteht.)* Vielleicht haben manche ein bißchen ein Problem mit dem Erfolg im Kärntner Straßenbau. *(Der Vorsitzende: Ich bitte fortzufahren, Herr Landesrat!)* So, nun zu den Autobahnen.

April 2002: Südautobahn A2 - Brückensanierung; € 245.000,-- Projektskosten; an die Massivbau in Klagenfurt.

Juni 2002: *(Es erfolgen weitere Zwiegespräche in den Bänken der SPÖ-Abgeordneten. - Zwischenruf von Abgeordneten Unterrieder. - Lärm im Hause.)* Freilich, die kriegst dann schriftlich auch noch. Ich hoffe, du hast soviel Zeit, daß alles daliest. *(Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Bitte!)* Karawankenautobahn A 11 Objekt KA3 Brückensanierung; € 190.000,--; Firma Held & Francke in Salzburg. Tauernautobahn A 10 Objekt D 12, Brückensanierung; € 73.000,-- Euro; vergeben an die Strabag in Spittal.

Und im Oktober 2002: Südautobahn A 2 Pack - Völkermarkt; € 92.000,-- an die Firma Mörtl.

Vielleicht noch der Interesse halber eine Gesamtzusammenstellung der jeweiligen Firmen. Gewünscht? *(Diese Frage richtet sich an den Anfrager Abg. Schlagholz, der dies bejaht!)* Gut! Ich werde die Anfrage ordentlich beantworten, wie es gewünscht ist. *(Abg. Schlagholz: Danke!)* Im Zeitraum April 2001 bis 31.12.2001 haben folgende Unternehmen Aufträge aus dem Straßenbau erhalten: Alpine-Mayreder € 621.000,--; die Firma Allbau € 660.000,--; Asphaltbau Riegler € 565.000,--; die Firma Felbermayer € 88.000,--; die Firma Felsner € 130.000,--; die Firma Forster € 145.000,--; Held & Francke € 5.330.000,--; Hufnagel € 101.000,--; KAB € 27.600,--; die Firma Kaim € 167.500; die Firma KBB 1,8 Millionen Euro; die Firma Kostmann € 1.583.000,--; die Firma Magebau € 268.000,--; die Firma Massivbau € 1.543.000,--; Firma Mörtl € 76.000,--; Firma Pucher € 1.042.000,--; Reisner & Wolf € 166.000,--; die Firma Seiwald € 926.000,--; die Firma Swietelsky € 809.000,--; die Firma Steiner-Bau € 86.000,--; die Strabag € 2.769.000,--; die Firma Teerag-Asdag € 691.000,-- und zum Abschluß im Alphabet die Universale mit € 2.493.000,--.

Im Zeitraum 1.1.2002 bis 31.10.2002 haben folgende Unternehmen Aufträge erhalten: Alpine-Mayreder € 1.890.000,--; Allbau € 2.104.000,--; Asphaltbau Riegler € 2.645.000,--; die Firma Fürstauer € 450.000,--; Held & Francke € 1.490.000,--; Hufnagel € 260.000,--; KAB € 200.000,--; die Firma Kostmann €

**Dörfler**

2.505.000,--; die Firma Liesnig-Bau € 54.500,--; Massivbau € 674.000,--; Mörtl € 126.000,--; die Firma Paul € 604.000,--; die Porr € 170.000,--; die Firma Seiwald € 180.000,--; die Siemens € 180.000,--; Swietelsky € 115.000,--; die Firma Steiner-Bau € 2.120.000,--; die Strabag € 9.530.000,--; die Universale-Bau € 5.545.000,--; die Firma Winkler € 300.000,-- und die Firma Würfler € 70.000,--.

Sie sehen also, daß wir im Straßenbau wirklich von einem Quantensprung rechnen oder reden dürfen. Wir haben ja alleine für die Bundesstraßen B - und da war unser Landeshauptmann der Erfolgsverhandler schlechthin - bisher einen Durchschnitt von € 42,9 Millionen pro Jahr für den Straßenbereich erhalten. Das war 9,2 Prozent. Und wir haben jetzt 10,21 Prozent. Das sind € 53,34 Millionen pro Jahr, gesichert bis zum Jahr 2008. Zu erwähnen ist auch noch, daß mit diesem Bauvolumen in etwa 10.000 Arbeitsplätze in Kärnten gesichert werden. Und man kann davon ausgehen, daß diese auch damit bis zum Jahre 2008 gesichert sind, ohne die Infrastrukturprojekte, die wir ja im Rahmen des Generalverkehrsplanes bereits fixiert haben. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der FPÖ eine Zusatzfrage gestellt. Ich bitte Herrn Abgeordneten Lobnig, sie zu stellen!

Abgeordneter **Lobnig** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Landesrat! Meine Zusatzfrage: Welche Infrastrukturprojekte konnten, vor-enthalten von finanziellen Mitteln des Bundes, in der Amtszeit von Landeshauptmann Haider und Ihnen als zuständigen Referent, umgesetzt bzw. begonnen werden?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Ja, wir haben bei der Verhandlung zur Verlängerung der Bundesstraßen - wie schon erwähnt - eine wesentliche Mittelaufstockung herausverhandelt. Wir haben für die Drautal Bundesstraße

- ich sage es immer noch gerne in Schilling, weil damit die Höhe einfach anders zur Kenntnis genommen wird - 855 Millionen Schilling, ein Zusatzpaket für die B 100. Das ist gerade für diese Region (*Einsetzender Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) eine absolute Verkehrsnotwendigkeit. Und wir haben natürlich im Rahmen des Generalverkehrsplanes ein ganzes Kärntenpaket geschnürt. Sie wissen, der Gräberntunnel ist bereits nächstes Jahr zu dieser Zeit befahrbar. Gleichzeitig haben wir die Vereinbarung mit der Asfinag, daß der Vollausbau Pack - praktisch mit Abschluß und Verkehrsübergabe des Gräberntunnels wird der alte saniert und gleichzeitig der Brückenbau vorangetrieben - sodaß wir bis in etwa 2007 den Vollausbau Pack erreicht haben.

Zu erwähnen ist auch, daß wir im Bereich Tauern - Katschbergtunnel jetzt die definitive Zusage der Asfinag haben, daß wir nächstes Jahr mit dem Katschberg-Tunnelbau beginnen können. Sie wissen, in den 70iger-Jahren wurde dieses Projekt ja abgebrochen. Wir haben ja bereits 933 Meter Tunnel, der erstaunlicherweise als, naja, militärischer Tunnel verwendet wurde. Und ich möchte eines festhalten: Wir brauchen nie mehr einen 29. Mai 1999! Und ich bin auch erstaunt, über die lokale Politik des Landeshauptmannes von Salzburg, daß er mit einer UVP die vom Gesetz her nicht vorgesehen ist, dieses Projekt verzögert. Ich mache jeden politisch Verantwortlichen für ein Tunnelunglück in dieser Zeit verantwortlich. Das ist nicht zulässig. Die Schlagzeilen, die Grausamkeiten des 29. Mai 1999, dürfen nie mehr passieren, daher 2003 Tunnelausbau am Katschberg. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Ein Projekt, das uns allen, glaube ich, ganz besonders dem Landeshauptmann und mir, aber vor allem auch dem Bürgermeister von Bleiburg und Ruden am Herzen liegt, das ist die Lippitzbachbrücke. Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal bei dir, Herr Bürgermeister bedanken (*Angesprochen wird Abg. Mag. Grilc.*) auch bei deinem Nachbarbürgermeister. Wir haben den Planungsbüros kein überflüssiges Geld gegeben. Wir haben aus sieben Projekten in einer Stunde mit den Gemeindevorständen das Richtige gemacht - das wurde ja fachlich bestätigt. Wir haben die Finanzierung gesichert. Wir ha-

## Dörfler

ben zwei Jahre Zeit gewonnen und werden nächstes Jahr spätestens, Herr Bürgermeister, zum Bleiburger Wiesenmarkt diese Baustelle für den Süden Kärntens feierlich eröffnen, nicht eröffnen sondern vor allem auch bauen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Ja, erinnern möchte ich noch an die GAV-Villach; ein 300 Millionen-Schilling-Paket, wo es auch in meiner Zeit gelungen ist, die Verträge mit dem Bund zu unterfertigen. Das heißt, der Bund finanziert 100 Millionen Schilling; das Land Kärnten auch 100 Millionen Schilling und die Stadt Villach 100 Millionen Schilling. Somit hat die Stadt Villach dann eine moderne Verkehrsaufschließung, die sie so dringend für die wirtschaftliche und Verkehrsentwicklung braucht. Die multifunktionellen Kontrollplätze Kellerberg und Haimburg - Haimburg ist bereits in Bau - der Kontrollplatz ist ja auch in Betrieb genommen. Damit haben wir auch eine wesentliche Verbesserung der LKW-Sicherheit auf den Autobahnen in Kärnten. Nachdem Haimburg nächstes Jahr in Betrieb geht, wird anschließend Kellerberg gebaut.

Vom Packabschnitt habe ich schon erwähnt, das ist im Grunde praktisch unterschiftsreif am Tisch. Das sind 111 Millionen Euro und da sind wir ja - wie schon erwähnt - nach der Verkehrsübergabe des Gräberntunnels im Zeitplan. Die Raststätte Techelsberg, das ist wohl auch eine Kärntner - wie soll ich sagen - Verkehrsbühne und Tourismusbühne. Wir haben den Spatenstich vor einigen Tagen gefeiert. Und das war keine Entscheidung gegen Wernberg und keine für Techelsberg, das möchte ich einmal festhalten. Das war eine für Kärnten. Das ist der beste Standort, den es für eine Autobahn-Raststätte in Kärnten überhaupt gibt. Und ich glaube, ein Tourismusland wie Kärnten hat einfach die Verpflichtung, keinen Kampf zwischen zwei Gemeinden zu führen, sondern ein Projekt für Kärnten zu machen.

Ich freue mich, daß es nach schwierigen Verhandlungen gelungen ist, ein Projekt für Kärnten auf diesem Standort in die Wege zu leiten und das nächste Jahr zu Jahresende betriebsbereit sein wird. Die Firma Strabag in Spittal, ist der Projektant und wir gehen davon aus, daß das wirklich ein Kärntner Herzeigprojekt ist. Sie sehen also, wir haben in den letzten Jahren flei-

Big für Kärnten gearbeitet. Wir haben einen Aufholprozeß gestartet und wir können davon ausgehen, daß letztendlich, neben der Verlängerung der Bundesstraßen, diese Infrastrukturpakete in Kärnten erstärkend am Arbeitsmarkt spürbar sein werden. Sie sind es schon. Einige Firmen haben sogar gebeten - und wir haben es auch getan - Baulose, die jetzt vergeben wurden in das Frühjahr zu verschieben, daß wir sofort - soferne es das Wetter zuläßt - mit diesen Maßnahmen beginnen können. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Seitens der ÖVP hat sich Herr Abgeordneter Ing. Eberhard gemeldet. Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Ing. Eberhard** (ÖVP):

Herr Landesrat! Bis wann wird das Provisorium Verlegung eines Teilstückes der Weinebene Straße fertig sein?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Ich möchte mich für die Anfrage eigentlich bedanken. Ich war gestern als Holzfäller mit unten. Die Frau Bürgermeister hat die Jause gebracht. Und ich habe das, was wir am Montag besprochen haben - da möchte ich mich bei den Kollegen Georg Wurmitzer und Reinhart Rohr bedanken, ... Wir haben ein Verfahrenstempo an den Tag gelegt, daß wir das, was üblicherweise für das Frühjahr geplant war, jetzt begonnen haben - das heißt gestern mit der Schlägerung und Rodung. Am Montag beginnt tatsächlich die Baustelle am Berg und am 16. Dezember wird dieses Baulos befahrbar sein. Damit haben wir gewährleistet ... Ich habe 470 Unterschriften der betroffenen Bürger erhalten. Wir haben gewährleistet, daß letztendlich am 16. Dezember dieses Schigebiet aber auch die Bewohner dort wieder eine Zufahrt haben. Und ich möchte - das halte ich noch einmal fest - mich bei den Regierungskollegen, bei der BH Wolfsberg und beim Straßenbauamt Wolfsberg bedanken, die das Tempo,

## Dörfler

das ich vorgegeben habe, auch umgesetzt haben. Und es war für mich eine Freude, zehn Fichten dort zu schlägern, weil es einfach auch ein Zeichen von Tempo ist. Ich freue mich, wenn wir gemeinsam etwas für Kärnten weiterbringen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Der Fragesteller hat noch eine Zusatzfrage! *(Abg. Schlagholz: Danke, es war sehr ausführlich!)* Ja, meine Damen und Herren, Hohes Haus! Es war eine sehr umfangreiche Fragebeantwortung und man sieht, daß sich doch in Kärnten sehr, sehr, sehr viel bewegt und es wird ja schriftlich - wie der Herr Landesrat gesagt hat - diese Beantwortung auch den Fraktionen zugeleitet werden.

Die Fragestunde wurde durch diese ausführliche Lesung oder den Vortrag des Herrn Landesrates um 50 Prozent überschritten, sie ist de facto schon lange abgelaufen. Es sind die Anfragen von 9 bis 17 nicht zur Aufrufung gekommen. Ich

darf die Abgeordneten fragen, wie sie ihre Anfragen beantwortet wünschen. Anfrage 9: Frau Mag. Cernic? *(Mag. Cernic: Mündlich!)* Mündlich, in der nächsten Sitzung! Anfrage 10: Herr Abgeordneter Stangl? *(Abg. Stangl: Mündlich!)* Mündlich, in der nächsten Sitzung! Anfrage 11: Abgeordneter Koncilia? *(Abg. Koncilia: Mündlich!)* Mündlich, in der nächsten Sitzung! Anfrage 12: Herr Abgeordneter Schober? *(Abg. Schober: Mündlich!)* Mündlich! Anfrage 13: Frau Mag. Schaumberger? *(Mag. Schaumberger: Mündlich!)* Mündlich! Die Anfrage 14: Herr Abg. Dipl.-Ing. Gallo? *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Mündlich, bitte!)* Mündlich! Anfrage 15: Herr Abgeordneter Ing. Eberhard? *(Abg. Ing. Eberhard: Mündlich!)* Anfrage 16: Herr Abgeordneter Dr. Strutz? *(Abg. Dr. Strutz: Mündlich!)* Mündlich! Und Anfrage 17, die Anfrage des Herr Abgeordneten Jost? *(Abg. Jost: Mündlich!)* Mündlich! Das wird so geschehen und in der nächsten Fragestunde wird so vorgegangen.

Hohes Haus! Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde.

## Aktuelle Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des freiheitlichen Klubs vor. Nach dem Rotationsprinzips ist auch die FPÖ an der Reihe. Das Thema lautet "Volkskultur und Brauchtum in Kärnten". Ich erteile dem Redner der Antragsteller das erste Wort, es ist dies Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo. Besonders möchte ich auf die generelle Redezeitbeschränkung in der Aktuellen Stunde von fünf Minuten hinweisen. Ich darf bitten, die Redezeit einzuhalten.

Und bevor Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo zu sprechen beginnt, möchte ich noch Schülerinnen und Schüler der Landwirtschaftlichen Fachschule Goldbrunnhof unter der Begleitung von Herrn Koschnig herzlich hier im Hohen Hause begrüßen! *(Beifall im Hause)*

Ich bitte den Herrn Abgeordneten, zu sprechen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Jugend! Nicht nur in den Supermärkten hat die Berieselung mit Advent- und Weihnachtsliedern aus der Konserve längst eingesetzt. Auch das Kalenderjahr neigt sich seinem Ende zu und es wird vielfach an Bilanzen gearbeitet.

Vor wenigen Tagen hat die von unserem Kulturreferenten Landeshauptmann Dr. Jörg Haider ins Leben gerufene 2. Kärntner Brauchtumsmesse wieder sehr erfolgreich stattgefunden und ihre Pforten geschlossen. Die Verleihung der Kärntner Kulturpreise steht unmittelbar bevor. Das skizziert ein wenig das Umfeld, so daß wir uns als FPÖ-Klub gesagt haben, diskutieren wir einmal hier in der politischen Vertretung des Landes Kärnten "Brauchtum und Volkskultur", deren Stellenwert im Lande und auch deren Be-

## Dipl.-Ing. Gallo

deutung. Das war also der Anlaß der Aktuellen Stunde.

Wenn wir von Volkskultur sprechen, erleben wir so manches Phänomen. Unter anderem gibt es einige, die meinen, das sei ein abgegriffener Begriff. Mit dieser Ansicht wird vieles negiert. Es wird negiert, daß es sich dabei um ein Leben im Jahres- und im Lebensfestkreis handelt. Es wird negiert die Kraft des Überlieferten. Es wird negiert die Freude an dem Bewährten. Und es wird übersehen, daß es dabei auch um ein Bindemittel im Generationengeflecht geht, um das Zusammenspiel von Arbeits- und Freizeitwelt, um vielfältige Rituale von der Geburt bis zur Verabschiedung unserer Toten und bis zum Stellenwert unserer Familie.

Wenn wir von Volkskultur sprechen, dann sollten wir auch von freier Entfaltung, von Wechselwirkung zwischen Erinnerung und Neuland, von Freude an Harmonie und von der Notwendigkeit Sprache, Stimme und alle Sinne einzusetzen. Daher liegen wir sicher richtig, wenn wir unsere traditionelle Volkskultur als wesentlichen Teil unserer Heimat betrachten. Und dies um so mehr, als praktisch jeder fünfte Kärntner, jede fünfte Kärntnerin sich in irgendeiner Weise mit Brauchtum, mit Volkskultur beschäftigen. Das geschieht sehr oft und sehr anschaulich mit beispielhafter Hingabe und auf sehr vielfältige Art und Weise von Alt und Jung. Hier wird Breitenkultur gelebt und Freude vermittelt. Es ist daher richtig, daß wir gesagt haben, wir müssen Hochkultur, Volkskultur und die alternative Szene gleichstellen. Und seit Landeshauptmann Dr. Jörg Haider Kulturreferent ist, haben wir von der politischen Seite - das darf ich offen sagen - beachtliche Beiträge dazu geleistet. Die Rednerinnen und Redner nach mir werden Ihnen das zu Gehör bringen.

Ich erinnere selbst daran, daß wir zu allererst das Kulturförderungsgesetz geändert haben und zwar dahingehend, daß auch ermöglicht werden kann, für Volkskultur Förder- und Würdigungspreise zu vergeben, und daß auch die Dotation für diese Preise massiv erhöht worden ist. Ich halte es für erwähnenswert, daß der Fachbeirat für Volkskultur auch Preisträger - und nicht einmal - vorgeschlagen hat, die auch der slowenischen Volksgruppe angehören. Und ich erwähne zusätzlich, daß genau dieser Fachbeirat

auch unter einem Vorsitzenden, der selbst auch mit slowenischer Zunge spricht, tagt, und daß daher all die Vorwürfe, die von dieser Seite dem Herrn Landeshauptmann Einseitigkeit vorwerfen, durch nichts zu begründen sind. (*Vorsitzender: Eine Minute Redezeit noch!*) Brauchtum ist so etwas wie die Liturgie unseres Volkslebens. Es ist also die Vielfalt ebenso wichtig wie Harmonie und ein menschliches Klima. Erfrischende Ergebnisse für Seele und Sinne sind ein wirksames Rezept gegen Gleichmachelei, Egoismus und Beziehungsverarmung. So, daß ich all jenen sehr herzlich danke, die ihren Beitrag dazu leisten, ob das jetzt im Stillen geschieht, ob hörbar, sichtbar, spürbar. Wir sollten auch keine Berührungsängste mit den Orten wo das stattfindet haben, denn nicht zu unrecht heißt es, das Wirtshaus ist die Hochschule der Volksmusik.

Ich möchte abschließend auch uns als Politiker selbst etwas ins Stammbuch schreiben, um den eingeschlagenen Weg erfolgreich fortzusetzen. Weil es aktuell ist, habe ich mir erlaubt, ein Gstanzl daraus zu machen. (*Abg. Lutschounig: Aber singen! - Unruhe im Hause - Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Ich bitte um Aufmerksamkeit für das Gstanzl noch!*) "Die Politikersproch ist monchmol a bißl verwegen. Jo tuan sie sogen und nit viel tuat sich bewegen." Das wollen wir nicht! (*Heiterkeit beim Vorsitzenden. - Beifall von der FPÖ-Fraktion - Vorsitzender: Die Redezeit betrug 5 Minuten und 17 Sekunden.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Cernic das Wort.*)

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Sie, Herr Dr. Haider, Kulturreferent sind, versuchen Sie Volkskultur und Brauchtum ideologisch zu vereinnahmen und gegen andere Formen von Kunst und Kultur auszuspielen. Heute müssen die beiden sogar als Thema für eine Aktuelle Stunde herhalten, damit werden sie wieder einmal instrumentalisiert für politische Zwecke und sie werden auch ein bißchen mißbraucht zur Verdrängung sonntäglicher Wahnachwehen. Das ist ein unnötiges Manöver, weil Brauchtum und

**Mag. Cernic**

Volkskultur bei uns in Kärnten immer schon bewahrt und gepflegt wurden. Sie sind Gott sei Dank nicht zum touristischen Aufputz verkommen, sondern sie sind lebendiger Bestandteil vieler kultureller Aktivitäten, an denen sich auch viele junge Leute beteiligen. Sie sind auch immer gut gefördert worden in diesem Land. Ich darf nur daran erinnern, daß die Initiative "Kind und Volkskultur" von einem Kulturreferenten Ausserwinkler ins Leben gerufen wurde und eigentlich haben sich die Vertreter aller politischer Parteien immer dieses Bereiches angenommen. Jedenfalls scheint mir Ihre Darstellung, daß Sie zu uns aus Oberösterreich anrücken mußten, um die Kärntner Volkskultur und das Kärntner Brauchtum zu retten, wirklich ein bißchen lächerlich. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Der hat ja noch gar nichts gesagt!*) Das vielfältige kulturelle Leben in Kärnten braucht keine Polarisierung, sondern es braucht die gegenseitige Akzeptanz. Wenn man mit unserem kulturellen Erbe gut umgehen will, dann haben wir einen doppelten Auftrag. Einerseits gilt es das, was uns aus der Vergangenheit an Werten übermittelt wurde, zu bewahren. Andererseits müssen wir natürlich auch Neues schaffen und schaffen lassen, um selbst kulturelles Erbe zu hinterlassen. Und diese beiden Dinge müssen wir an die nächsten Generationen weitergeben. Das ist für mich dann ein traditionsbildender Prozeß.

Für uns Sozialdemokraten gibt es daher überhaupt keinen Widerspruch zwischen der Pflege von Brauchtum und Kultur und der Förderung von Zeitgenössischem. Beides muß in ausgleichendem Maße stattfinden können. Für beides müssen wir sorgen, daß es nach besten Kräften ermöglicht wird. Es wird der politisch Verantwortliche an der Gesellschaft schuldig, der einen dieser beiden Bereiche gröblich vernachlässigt und genau das passiert derzeit in Kärnten.

In Villach, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Stadt wo ich zu Hause bin, zeigen wir vorbildlich, wie es eigentlich gehen könnte. Brauchtum und Volkskultur werden gleichermaßen geachtet und gefördert wie Zeitgenössisches und Experimentelles. Und in beiden Bereichen setzen wir nicht auf einen regionalen Kulturseparatismus, so wie Sie das tun, Herr Kulturreferent, sondern wir auf einen offenen Austausch über die Grenzen hinweg. Das Ziel dieser Vor-

gangsweise ist nicht eine Nivellierung und eine Vereinheitlichung kultureller Eigenheiten, sondern das Ziel ist wirklich das Erleben von Differenz als Wert und als Bereicherung. Eine solche Kulturpolitik würde ich mir für Kärnten auch wünschen. Aber wir bieten Ihnen natürlich an, bei uns in Villach in die Lehre zu gehen. (*Heftiger Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Eberhard das Wort.*)

Abgeordneter **Ing. Eberhard** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Schüler von der Schule Goldbrunnhof! Kultur, Kulturgeschehen ist Lebensbereicherung. Man sagt auch, Kultur ist die Seele einer Gesellschaft. Und je kälter, inhaltsleerer eine Gesellschaft wird, um so mehr muß sich die Kultur in einem Lande positionieren. Und somit tragen auch die Kulturaktivitäten sehr oder wesentlich auch zur Identitätsfindung und damit zum gemeinschaftlichen Bewußtsein bei.

Kärnten ist reich an Kulturaktivitäten. Die 140 Trachtenvereine als Beispiel, die 133 Blasmusikkapellen, die vielen oder die große Zahl unserer Gesangsvereine leisten einen erheblichen Beitrag zur Kultur- und zur Brauchtumpflege in unserem schönen Kärntnerland. Unsere Musikschulen leisten einen wesentlichen Beitrag. Da haben wir eigentlich weniger Sorgen was den Musikernachwuchs betrifft.

Ich darf in dem Zusammenhang erwähnen, daß wir uns freuen, daß unserem Wunsche nach Aufstockung unserer Musikschulen in Kärnten um 19 Dienstposten im Budget 2003 Rechnung getragen wird. Damit wird es noch leichter sein, daß unsere Musikschulen ihren Aufgabenbereich im Sinne der Kärntner Bevölkerung, im Sinne der Kärntner Jugend erfüllen werden können. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Schwieriger wird die Situation im Bereich unseres Sängernachwuchses. Ich meine daher, daß es dringend notwendig ist, für die Kultur- und Brauchtumpflege schon im Schulalltag das Interesse dafür zu wecken, das Interesse dafür zu fördern. Es gibt hier sicher viele Möglichkeiten, aber eine einer Möglichkeiten, die in Kärnten schon vorhanden waren, ist die monatlich er-



**Ing. Eberhard**

scheinende Zeitschrift der Kärntner Landsmannschaft. Man hat viele Jahre hindurch diese Zeitschrift unseren Schulen, unseren öffentlichen Stellen, kostenlos zur Verfügung gestellt. In der Zwischenzeit wurde das eingestellt. Das mußte deshalb eingestellt werden, weil die Kärntner Landsmannschaft von sich aus nicht mehr in der Lage ist, die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel aufzubringen. Ich glaube, es wäre daher notwendig und auch richtig, daß die öffentliche Hand einspringt und die Kärntner Landsmannschaft dabei unterstützt, daß diese Zeitschrift wieder in den öffentlichen Ämtern und den Schulen in Zukunft aufliegt. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Was die Kunst- und Kulturförderung allgemein betrifft, brauchen wir mehr Berechenbarkeit, brauchen wir aber auch einen bestimmten Planungshorizont, mit der Möglichkeit einer mehrjährigen Finanzierbarkeit. In diesem Zusammenhang möchte ich hier auch erwähnen, daß immer wieder Klage geführt wird, daß die Förderungsmittel im zeitlichen Jahresablauf zu spät ausgezahlt werden. Wir haben, was die Mehrjährigkeit der Kulturförderung betrifft, einen Vorschlag und auch einen Antrag im Kärntner Landtag in Richtung Kärntner Kulturstiftung eingebracht. Ich möchte hier ganz klar und deutlich zum Ausdruck bringen: Alle Kunst- und Kulturschaffenden, bis hin zum Kärntner Kulturgremium, wollen und begrüßen diese Kulturstiftung. Nur einer blockiert das hierzulande - wir haben einen Antrag eingebracht -: Es ist der Kulturausschußobmann. Er findet es nicht der Mühe wert, obwohl es alle Kunst- und Kulturschaffenden wollen, *(Abg. Dr. Wutte: Unerhört! Unerhört! - Lärm im Hause.)* obwohl es auch das Kulturgremium will, hier diesen Antrag endlich einer entsprechenden Behandlung zuzuführen. *(Zwischenruf der Abg. Mag. Cernic. - Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Ich meine auch, daß wir in der Kulturförderung *(Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!)* mehr Gerechtigkeit brauchen. Ich erwähne hier stichwortmäßig den "St. Pauler Kultursommer", ich erwähne hier die Förderung der Kärntner Landsmannschaft, im Vergleich zum Kärntner Bildungswerk. *(Abg. Jost: Es ist eh alles erhöht worden!)* Sie ist erhöht worden, aber was war da vorher, im Jahre 2000 und 2001?! Ich weiß

schon, 2002 sind zusätzliche Mittel geflossen.

Meine Damen und Herren! Seien wir froh und dankbar für den gelebten Idealismus, was die Kultur- und Brauchtumpflege in unserem Lande betrifft. Was wären unsere Orte, unsere Dörfer, was wäre unser Tourismusgeschehen ohne die bunte Vielfalt des Brauchtums und des Kulturgeschehens bei uns hier in Kärnten, landesweit! Was wir nicht brauchen, was unsere Gäste nicht wollen, sind *(Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!)* importierte Halloween-Feste aus Amerika. Was wir nicht brauchen, sind Selbstdarstellungsevents. *(Abg. Dr. Wutte: Jawohl!)* Unsere Gäste wollen vielmehr unsere Identität, unsere Lebensform bei uns hierzulande erleben und kennenlernen. Danke! *(Abg. Dr. Wutte: Bravo! - Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Als nächster hat sich Herr Landeshauptmann und Kulturreferent Dr. Haider gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß alle mit der Entwicklung sehr zufrieden sind - aber immer noch mehr wollen. Das ist auch gut so, denn bis zum Jahre 1999 haben wir ja wirklich eine schlechte Situation im Bereich der Volkstums- und Brauchtumpflege gehabt. Die waren eben so, wie es die sozialistische Abgeordnete gesagt hat, immer schon da, und weil sie immer schon da waren, brauchen sie auch keine Unterstützung (?). *(Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Zwischenruf der Abg. Mag. Cernic.)* Das ist ungefähr so, wie Sie immer gesagt haben: "Kärnten wählt sowieso sozialistisch, daher brauchen wir von Wien in Kärnten nichts zu investieren." Genauso hat das Bundesland auch bis 1999 ausgesehen.

Ich glaube also, meine Damen und Herren, daß wir Ihnen anhand der Beispiele schön zeigen können, daß es eine echte Schwerpunktbildung gegeben hat. *(Zwischenruf der Abg. Mag. Cernic)* Disziplin ist nicht jedermanns Sache, aber ich, zum Beispiel, höre Ihnen zu, wenn Sie re-

**Dr. Haider**

den. Das ist auch eine Form der Kultur, nämlich der politischen Kultur hier im Haus. (*Lärm in der SPÖ-Fraktion. - Einwand der Abg. Mag. Cernic.*) Ich höre Ihnen immer zu, nur Sie sind nicht in der Lage, zuzuhören, weil Sie ständig reden wollen. - Wir haben im Rahmen der Kulturpolitik einen Schwerpunkt gesetzt. Das ist auch kritisiert worden: daß wir die Volkskultur- und die Brauchtumpflege stärker berücksichtigen. Ich bekenne mich dazu, weil das einfach zwingend notwendig ist. Es ist dies erstens einmal ein Beitrag zur regionalen Absicherung unserer Entwicklung. Die Menschen im örtlichen Bereich, im Dorf, pflegen die Kultur sehr intensiv. Und wenn es gelingt, auch der Jugend die Tür zur Volkskultur und zur Brauchtumpflege zu öffnen, dann haben wir den ersten wesentlichen Faktor gesetzt, daß es nicht zu leichtfertigen Abwanderungen kommt, sondern zu einer stärkeren Identität der Menschen auch mit ihrer Region. Das ist für uns gesellschaftspolitisch und ideologisch, wenn Sie so wollen, eine Weichenstellung. Und dafür genießen wir uns auch überhaupt nicht! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Wir haben daher, auch in einem Abstimmungsprozeß mit dem Blasmusikerverband und den Musikschulwerken in den Bezirken, ein neues Konzept für das Musikschulwerk erarbeitet, daß wir wirklich jene Lehrer einstellen, die wir brauchen, um den jugendlichen Nachwuchs zu betreuen. Daher ist es aufgrund eines Sponsorvertrages mit der Hypo gelungen, bereits mit Beginn des heurigen Schuljahres (2003/2004) zusätzliche Lehrer im Kärntner Bildungswerk einzustellen. Wenn das Budget auch noch beschlossen wird, dann werden wir hier einen weiteren Schritt setzen. Das heißt, daß wir in Summe 17 neue teilzeitverpflichtete Lehrer und 23 Vollzeitlehrer haben, in Summe, die wir jetzt zusätzlich beschäftigen können, in diesem Schuljahr. Ich glaube, das ist der größte Sprung, den es seit der Gründung des Kärntner Musikschulwerkes und der Regelung auf gesetzlicher Basis im Jahre 1989/90 gegeben hat. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Wir haben darüber hinaus auch eine entsprechende Steigerung bei den Ansätzen. Ich darf Ihnen nur sagen, daß etwa das Kärntner Volksliedwerk gegenüber meinem Vorgänger heute

beim Budget 182 % mehr Mittel zur Verfügung hat und daß der Blasmusikerverband sein Budget gegenüber meinem Vorgänger, der von den Sozialisten so gelobt worden ist, um 330 % mehr Budget zur Verfügung hat, daß der Kärntner Sängerbund um 58 % mehr Budget hat, daß das Kärntner Bildungswerk heute bereits über 2,5 Millionen Basisförderung hat und eine Reihe von Projekten, in der Wirtshauskultur, in der Sängerausbildung, Chorakademie usw. in Millionenhöhe hat; daß der Amateurtheaterverband um 110 % mehr Budget hat, daß auch die Kärntner Landsmannschaft - Herr Kollege, Sie dürften einen Zahlensturz gemacht haben (*Abg. Ing. Eberhard: 2002!*) - um 280 % mehr Budget hat als vor meinem Amtsantritt. (*Abg. Dr. Strutz: Danke! Bravo! - Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Herr Kollege, es gibt noch eine Personalsubvention, das heißt wir stellen auch noch Arbeitskräfte zur Verfügung. Wir haben im Rahmen unserer Aktivitäten auch eine Förderungsrichtlinie für die Brauchtumsverbände, für die Volkskulturverbände, für die Sänger, für die Musiker, die ja in diesen Ansätzen nicht enthalten sind. Das ist die Basisförderung für die Dachverbände. Darüber hinaus gibt es entsprechende Mehrförderungen für Musikkapellen. Die Musikkapellen haben heute gegenüber der Zeit vor meinem Amtsantritt sechsmal so viel Individualförderung wie die einzelnen Musikkapellen, mit fast zwei Millionen Schilling jährlich. Die Chöre haben insgesamt um fünfmal so viel wie vor meinem Amtstritt, und wir haben ein modernes Förderungssystem eingeführt.

Wir haben darüber hinaus auch einen Koordinator für Musikerziehung installiert. (*Vorsitzender: Sie haben noch eine Minute Redezeit!*) Prof. Bernhard Zlanabitnig. Nachdem wir festgestellt haben, daß das Chorsingen in den Schulen nicht mehr sehr durchgängig praktiziert wird, wir haben nur mehr in 47 % der Schulen Schulchöre, haben wir die Initiative jetzt gestartet, daß wir eine Art musikpädagogische Schwerpunktsetzung machen. Es gibt also einen Koordinator für Musikerziehung in den allgemeinen Pflichtschulen, Prof. Zlanabitnig, der vor einigen Monaten begonnen hat, wobei wir bisher Liederblätter für die Schulen entwickelt haben, um ein eigenes Notenpaket zusammenzustellen. Wir haben die „1. Kärntner Sing- und Sporttage“ zwischen 31. August und 3. September erstmals

**Dr. Haider**

am Wörther See in Cup Wörth veranstaltet, mit großer Beteiligung! Wir mußten viele abweisen, weil sehr viele Kinder kommen wollten. Wir haben eine Lehrerfortbildung an der Chorakademie für die Chorleiterausbildung gemacht in den Schulen; wir haben eine Veranstaltung "Stimmprobentage des Singens" in Vorbereitung. Wir machen Gruppen... (*Vorsitzender: Herr Landeshauptmann, die Redezeit ist abgelaufen!*) und erheben die Chorsituation im Schulbereich. Wir haben jetzt erfolgreich die "Brauchtumsmesse" abgeschlossen, die zum zweitenmal durchgeführt wurde, die alle gelobt haben, die der wirkliche Renner ist und die nahezu 30.000 Besucher in diesen zwei Tagen gebracht hat. Das ist, glaube ich, ein riesiger Erfolg, wo 57 Kulturvereine und Organisationen aktiv an 19 großen Veranstaltungen, von der Gala angefangen, im Forum gemacht haben. (*Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Herr Landeshauptmann, bitte zum Schluß zu kommen!*) Ja. Ich glaube, daß das ein Hinweis ist, daß die Volkskultur lebt, daß das Angebot angenommen wird und daß Kärnten wieder zum Aushängeschild in der Brauchtumpflege wird. (*Abg. Dr. Strutz: Bravo! - Anhaltender Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Als nächste hat sich Frau Abgeordnete Mag. Schaumberger gemeldet. Ich erteile ihr das Wort! (*Zwischenruf des Abg. Koncilia*) Bitte, Frau Mag. Schaumberger! (*Zwischenruf der Abg. Mag. Cernic*) Ich habe Frau Mag. Schaumberger bereits das Wort erteilt. Sie werden ja wohl noch Zeit haben!

Abgeordnete **Mag. Schaumberger** (SPÖ):

Sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem ich also heute in der Früh im Fax die Ansage gehabt hat, heute geht es um Volkskultur und Brauchtum, ist mir ein Spruch eingefallen, den Goethe einmal gesagt hat: "Der arme Schiffbrüchige, über dem die Wellen zusammenschlagen, rudert mit dem Arm, um sich oben zu halten. Die Reaktion auf die Gefahr des Untergangs ist die Kultur." Mir ist eingefallen, daß wahrscheinlich

wohl deswegen heute Volkskultur und Brauchtum auf dem Tapet sind, denn, meine Damen und Herren, hätte diese Freiheitliche Partei noch ein bißchen ihr Ohr am Volk, dann hätte sie sich heute in der Aktuellen Stunde - und ich denke, dazu dient die Aktuelle Stunde - nämlich mit jenen Ängsten beschäftigt, die die Menschen in den Hochwassergebieten haben. Aber die Freiheitliche Partei hat das nicht mehr.

Meine Damen und Herren! Wenn wir heute über Volkstum und Brauchtumskultur reden und die FPÖ im Bereich der Schiffbrüchigkeit ist, dann, denke ich, sollten Sie trotzdem, Herr Landeshauptmann, die Tatsachen, die die Frau Abgeordnete Mag. Cernic gesagt hat, hier nicht verdrehen. Also Volkskultur und Brauchtum müssen heute erhalten. Gut so! Meine Damen und Herren, wir von der Sozialdemokratischen Partei werden es nicht zulassen, daß Sie sich erneut der Volkskultur bedienen, um wiederum und erneut ausgewählt antiintellektuelle und neoliberalistische Mobilisierung zu betreiben. (*Unruhe im Hause*) Die FPÖ hat lange genug, meine Damen und Herren, der Volkskultur den Beigeschmack des Folkloristischen auf der einen Seite und des Traditionellen auf der anderen gegeben. Sie waren es, die Bierzelte und Frühschoppen als Ihre volksculturelle Bühne gesehen haben und sie mißbraucht haben. Und es wird immer unerträglicher, wie Sie, Herr Landeshauptmann - (*LH Dr. Haider verläßt den Saal.*) Sie sind schon wieder weg, aber Sie werden ja wohl wiederkommen -, die volksculturelle Bühne gesehen haben. (*LR Ing. Rohr: Er ist beleidigt, bitte!*) Wenn man nämlich brav klatscht, wie das letztmal beim Kathreintanz, dann bekommt man so en passant 100.000 Schilling. In der Festrede, als die Leute nicht geklatscht haben, hat man das also nicht bekommen.

Ich denke, wer es ehrlich mit Volkskultur meint, braucht diese Geschichten nicht. Und sie kommen auch nicht mehr an. Kulturelle Ansagen dienen dazu, wie insgesamt die Politik der FPÖ gemacht wird, schwarz- und weißzumalen. Ihr erster Redner hat es heute wieder deutlich gemacht: Da die Kultur des Volkes - und dort die Kultur der Eliten. (*Abg. Jost: Aber Sie beleidigen damit die vielen Chöre!*) Damit haben Sie auf Zeit der Volkskultur geschadet. Aber, was für mich noch viel schlimmer ist: Sie haben das

**Mag. Schaumberger**

Leben der einfachen Menschen nicht ernst genommen, denn Volkskultur ist keine ausschließlich bewahrende, festhaltende und fortschrittsfeindliche Kraft, sondern die Kultur des Volkes, der Menschen, unterzieht sich dauernder Veränderung und Neuerungen, beeinflusst von Welttoffenheit, meine Damen und Herren, und möglichen Weltkulturen.

Volkskultur ist längst nicht nur auf bäuerliche Arbeitswelt und handwerkliche Kunstformen ausgerichtet, sondern ist Teil der Alltagskultur, des städtischen Lebens, geworden. Sie umfaßt die Lebens- und Arbeitswelt, Wohn- und Wohnkultur, Kleidung und Mode, Alltagskommunikation. Sie umfaßt die Bräuche des Jahreslaufes und die Bräuche des Lebenslaufes sowie Volksmedizin und Medienkultur. Und wir alle wissen, wie wichtig zum Beispiel die Musik ist, weil sie ein unverzichtbarer Teil der Vielfalt in Europa ist. Was wären alle die Feste und Feiern, hin bis zur Fronleichnamsprozession, zu den Dorffesten, zu all den Einweihungen, ohne die Beiträge der Menschen, die sich mit Volkskultur befassen.

Und ich denke, daß die Pflege der heimischen Volkskultur, das Singen, das Musizieren, das Theaterspielen, nicht nur den Menschen selbst dient, zur eigenen Freude, sondern es zum Wohle und zum Selbstbewußtsein für uns alle ist. Und ich denke, wir sollten von dieser Stelle aus, einmal (*Der Vorsitzende: Noch eine halbe Minute Redezeit, bitte!*) all jenen danke sagen für ihren Einsatz. Meine Damen und Herren! Wer Brauchtum und wer vor allem Volkskultur ernst nimmt, der muß sich für Kulturentwicklung einsetzen. Herr Landeshauptmann, Sie werden es draußen sicher mithören: Christbaumbeauftragter und Schenkungsonkel der Willkürlichkeiten sind zu wenig und ist durchschaubar geworden. Wir brauchen eine Kulturentwicklung, die sich mit Forschung der Volkskultur beschäftigt, damit beschäftigt, wie lokale Kulturen in einer globalisierten Welt sich darstellen und (*Der Vorsitzende: Die Redezeit ist abgelaufen!*) den Wandel und Neuformierung von Traditionen vollziehen. Danke. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, darf ich Frau Abgeordneter Mag. Cernic zur tatsächlichen Berichtigung das Wort erteilen.

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Herr Präsident, ich möchte ... (*Die Abgeordnete geht zu einem Platz, wo sich ein Mikrophon befindet.*) Herr Präsident! Ich möchte 3 Punkte in der Rede des Herrn Kulturreferenten tatsächlich berichtigen. Zum einen wurde in der Rede des Kulturreferenten festgestellt, daß die seit Herbst zusätzlich in der Musikschule bezahlten Arbeitsplätze aus Mitteln der Hypo bezahlt werden. Das ist so nicht richtig, weil die Hypo hat ihre Sponsoringgelder an andere Bedingungen geknüpft und für andere Bereiche fixiert. (*LH Dr. Haider: Aber Sie bestreiten nicht, daß soviel eingespart wird deswegen!*) Es ist daher die Einstellung dieser Personen aus Mitteln erfolgt, die intern in Bereich Musikschulen/Landeskonservatorium umgeschichtet werden.

Zum Zweiten wurde in dieser Rede des Herrn Kulturreferenten behauptet, daß in den Schulen nicht mehr Chor gesungen wird und damit der fälschliche Eindruck erweckt, ... (*Unruhe im Hause.*) und damit der fälschliche Eindruck erweckt, daß dort der Wille nicht mehr besteht, Chor zu singen. (*LH Dr. Haider: Ist das eine Rede, oder? ....*) Ich weise darauf hin, ich berichtige das insofern ... (*Direktor Mag. Weiß: Bitte, zur tatsächlichen Berichtigung! - Der Vorsitzende: Keine Mutmaßungen, sondern nur tatsächliche Berichtigung! - Mehrere Zwischenrufe aus der FPÖ-Fraktion. - Lärm und Unruhe im Hause.*) Ja, das ist so gesagt worden. Es wird in den Schulen nicht mehr chorgesungen. (*LH Dr. Haider: In 47 Prozent der Schulen wird wieder gesungen! - Es erfolgen mehrere Zwischenrufe aus der FPÖ-Fraktion. - Lärm im Hause.*) Es wird nicht mehr chorgesungen! Damit haben Sie ... (*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen. - Lärm im Hause. - LH Dr. Haider: Das ist keine tatsächliche Berichtigung, was Sie da tun. Das ist eine Rede! - Der Vorsitzende gibt wiederum das Glockenzeichen. - Es herrscht Lärm und Unruhe im Hause. - Der Vorsitzende: Bitte, ich*

**Mag. Cernic**

möchte ... - *LH Dr. Haider: ... eine zweite Rede!*) Ich kann also, Herr Präsident ... (*Der Vorsitzende: Zur tatsächlichen Berichtigung! - LH Dr. Haider: Was hab' ich gesagt?*) kann ich nur tatsächlich berichtigen, was ich für mich aus dieser Rede entnommen habe. (*Es erfolgen ständige Zwischenrufe aus der FPÖ-Fraktion. - Lärm im Hause. - Der Vorsitzende: Sie sollen tatsächlich berichtigen, Frau Abgeordnete bitte, sonst kann ich Ihnen das Wort nicht mehr geben!*) Daß nicht mehr Chor gesungen werden kann in den Schulen, hängt zusammen damit, daß die entsprechenden Förderstunden im Zuge der Sparmaßnahmen gestrichen worden sind.

Und zum Dritten möchte ich die Behauptung des Kulturreferenten berichtigen, daß wir uns dagegen aussprechen, daß Volkskultur gefördert wird. Das ist so nicht richtig. Wir freuen uns als Sozialdemokratische Partei, wenn Volkskultur gefördert wird. (*Der Vorsitzende: Machen Sie die tatsächliche Berichtigung, bitte! Das ist eine Meinung von Ihnen!*) Ich berichtige! (*Der Vorsitzende: Ich werde Ihnen jetzt das Wort entziehen, weil das eine Zusatzrede ist. Sie können sich ja wieder melden!*) Aber Herr Präsident, ich berichtige ... (*Der Vorsitzende: Sie können sich ja wieder melden, nicht!?*) Ich berichtige, ... (*Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Sie können sich wieder melden, Frau Abgeordnete! Sie verwechseln hier Kraut und Rüben, nicht? Die Geschäftsordnung ist einzuhalten! Melden Sie sich. Sie können noch einmal fünf Minuten reden!*) Herr Präsident! (*Der Vorsitzende: Ich habe Sie geläutet. Ich habe geläutet, Frau Abgeordnete! Ich entziehe Ihnen jetzt das Wort, bitte!*) Das werde ich aushalten. (*Der Vorsitzende: Ich bitte die Abgeordneten, sich an die Geschäftsordnung zu halten. Ich kann hier kein Co-Referat zur tatsächlichen Berichtigung halten. - Dies löst Beifall von der FPÖ-Fraktion aus. - Sie haben die Möglichkeit, sich noch einmal zu melden. - Als nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Lutschounig. - Abg. Koncilia: In den letzten Monaten hat sich der Präsident oft nicht an die Geschäftsordnung gehalten!*)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

(*Unaufmerksamkeit und Lärm im Hause.*) Sehr geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geehrten

Damen und Herren! Die Volkskultur in Kärnten ist weder eine Erfindung der FPÖ und des Kulturreferenten Jörg Haider, noch ist es so, daß jene, die Volkskultur aktiv betreiben - und Sie können mir glauben, ich bin einer der das wirklich tut seit drei Jahrzehnten - jene, die sich in die Volkskultur in Kärnten aktiv einbringen, auch nicht mit dem Touch versehen werden dürfen, daß sie die Weltoffenheit vielleicht nicht haben, Frau Kollegin Schaumberger! Das muß ich hier in aller Deutlichkeit sagen. Gott sei Dank haben wir in Kärnten eine große Tradition, eine lange Tradition, was die Volkskultur und das Brauchtumswesen betrifft. Und es ist durchaus auch positiv anzumerken, daß es hier auch entsprechenden Förderansätze für diesen Bereich gibt. Die haben wir aber immer gehabt. Und ich glaube, es sollte kein Kampf zwischen Volkskultur ... (*Abg. Mag. Schaumberger: Bescheiden!*) und - ja wie bescheiden oder wie großzügig - Ansätze waren immer da. Und ich glaube, daß man auch nur mit dem Geldverteilen allein die jungen Leute nicht dazu überwinden und überreden kann, sich verstärkt dieser Volkskultur zu verschreiben, sich zu engagieren. Darum geht es ja, daß es junge Menschen gibt, die diese Tradition nicht als Kitsch sehen, sondern daß sie tatsächlich das Gelebte, das Ererbte, auch wieder weiterbringen und weitertragen. Und das sind, glaube ich, die Wurzeln. Die kann man nicht so sehr mit dem Geld machen. Nur darf man sie auch nicht mißbrauchen für irgendwelche Großveranstaltungen, sondern das muß aus dem Volk kommen. Da muß man spürbar merken, daß das auch der Wille dieser jungen Menschen ist, sich dieser Volkskultur ... (*LH Dr. Haider: Was heißt da mißbrauchen?!*) zu ... naja, ich glaube, Herr Landeshauptmann da brauchen wir uns nicht sehr verbreitern, sondern das ist alles schon gesagt worden heute und ich brauche mich hier nicht wiederholen, daß volkskulturelle Veranstaltungen dort auch in der gewohnten Bierzeltmanier ... (*LH Dr. Haider: Wo, wo?!*) Ja, das haben wir ja jahrelang erlebt, Herr Landeshauptmann! Tu nicht so, als ob du das heute das erste Mal erleben würdest. Und dort hast du das ja zelebriert. Du hast ja zu spüren gegeben, daß das ja für dich eine tolle Bühne ist, auf der du die Volkskultur siehst und auch (*LH Dr. Haider: Sag' mir ein Beispiel! - Es erfolgen weitere Zwischenrufe von LH Dr. Haider. -*

## Lutschounig

*Lärm und Unruhe im Hause.*) verwendest. Also, dazu will ich eigentlich jetzt nichts mehr sagen, sondern ich glaube, meine geschätzten Damen und Herren, wir brauchen die Volkskultur, wir brauchen Brauchtum.

Es ist aber auch für die moderne Kunst und Kultur Platz in diesem Lande. Und wir haben es ja auch bewiesen mit unserem Kulturpreis den wir unlängst vergeben haben, daß für alle in diesem Lande Platz ist. Und Kultur, Kulturschaffende, brauchen einen gewissen Freiraum, da bedarf es keiner Zensur, das brauchen wir alle nicht. Und es ist auch so, daß wir die nicht auf einer Seite politisch einordnen wollen. Das heißt, wir wollen auch nicht haben, daß die Kultur wirklich in einem Eck, auch nicht von der Kunst her und von der modernen Kultur, daß sie nur linkslastig irgendwie in Anspruch genommen wird, von den Linken, sondern ich glaube, daß hier auch alle ihr Schaffen, ihre Entfaltungsmöglichkeit haben dürfen und haben sollen. Wir jedenfalls sind hier weltoffen. Wir sind hier nicht eingeschränkt. Bei uns haben alle Platz und wir sind sehr froh, daß alle die Möglichkeiten haben ... (*Zwischenruf von Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo. - Lärm im Hause.*) Na gut, Herr Kollege Gallo, wenn man über ... Ihre Dinge hernimmt und sich Ihre Reden in den letzten Wochen verstärkt vor Augen führt, dann muß ich sagen, dann ist es immer eine besondere Zensur deinerseits gewesen, wo du alles was in diesem Land kulturell passiert ist verdammt hast was so passiert ist, wenn es sich nicht um Volkskultur gehandelt hat. Bei uns ist alles wichtig. Volkskultur ist das Gelebte, wo aber tausende Menschen sich dieser Volkskultur, diesem Brauchtum, verschreiben. Und das soll auch weiterhin so gefördert werden, auch finanziell von den Ansätzen her. Auch eine Brauchtumsmesse hat ihre positiven Aspekte. Das wollen wir überhaupt nicht in Abrede stellen. War gut und ist zu begrüßen (*Der Vorsitzende: Noch eine Minute Redezeit!*) was hier gemacht worden ist. Und ich glaube, daß die Leute auch auf diese Art und Weise bei solchen Veranstaltungen wieder merken, daß sich in diesem Land auch auf der Volkskulturseite etwas tut, daß sich brauchtumsmäßig etwas tut, daß wir hier auch wirklich die Regeln, ... (*Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Abg. Steinkellner: Na also!*) das fortführen, was wir überliefert bekommen haben und wo wir das nicht, wie in den

anderen Bundesländern, zum Kitsch machen für touristische Zwecke. Das ist in Kärnten Gott sei Dank nicht der Fall. Aber ich glaube, daß alle in der Kultur Platz haben müssen, daß wir nicht die Volkskultur gegen die moderne Kunst und moderne Kultur ausspielen sollen. Die ÖVP ist jedenfalls offen für beide Seiten. Wir wollen weder die eine noch die andere Seite irgendwie punzieren bzw. belasten, sondern alle haben Platz, alle sollen sich entfalten und alle sind, glaube ich auch, förderungswürdig.

Und an die SPÖ vielleicht noch ein Wort. Wenn Sie auch die Volkskultur fördern - es hat ja diesbezüglich auch Gespräche gegeben, als wir die Förderung von den Kulturen, von den heimat-treuen Verbänden, etwa andiskutiert haben ... (*Der Vorsitzende: Die Redezeit ist abgelaufen!*) dann waren Sie dagegen bzw. wollten haben, daß auch die moderne Kunst hier gefördert wird. Das ist ein anderer Ansatz. Aber ich glaube, wir können in einem Budgetansatz nicht beides hineingeben. (*Zwischenruf Abg. Mag. Cernic. - Lärm im Hause. - Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Die Redezeit ist abgelaufen!*) Wenn Sie das auch wollen, das können wir in einem anderen Antrag auch machen. Und wenn Sie dem Budget dann auch die Zustimmung geben, dann wird sich auch für so eine Forderung, glaube ich, ein Platz finden und ... (*Der Vorsitzende unterbrechend: Ich bitte, zum Abschluß zu kommen!*) Danke. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Die Redezeit betrug 5 Minuten und 40 Sekunden. Als nächste hat sich Frau Abgeordnete Kreutzer gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abgeordnete **Kreutzer** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann! Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Internationalisierung, Globalisierung, sind die gängigsten Schlagworte unserer modernen Zeit. Volkskultur und Brauchtum - zusammengeführt unter dem Begriff "Tradition" - haben trotz all dieser hektischen Zeit für viele Menschen in unserem Lande größte Bedeutung, obwohl das einigen

**Kreutzer**

politischen Mitbewerbern nicht gefällt und sie das ein bißchen anders sehen und mit Tradition nicht viel anfangen können. Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir Tradition im Sinne von Weitergabe und Übernahme von Volkskultur und Brauchtum verstehen, so merken wir sehr schnell, daß Muttersprache, Werte wie Toleranz, Sittlichkeit, Redlichkeit, Beständigkeit, Anstand, Treue, aber besonders die Erhaltung volksspezifischer Bräuche, (Chorgesang, Blasmusiken, Trachten) die Identität jedes einzelnen, aber auch die Identität von Gruppen und die eines Landes bestimmen und prägen. Darum war und ist es unserem Kulturreferenten ein großes Anliegen nach jahrelangem Aushungern der Volkskultur im Budget, sehr geehrte Damen und Herren, durch unseren SPÖ-Kulturreferenten Ausserwinkler, der wirklich - ohne hier eine Lüge zu verbreiten - die Hochkultur sehr vorzog. Frau Mag. Cernic, das müssen Sie mir schon zugeben, weil darüber haben wir des öfteren diskutiert. Also, darum war es unserem Herrn Landeshauptmann ein Anliegen, in der Volkskultur verstärkte Akzente und Prioritäten zu setzen. Einiges ist bereits jetzt hier von ihm selber angeführt worden. Ich möchte noch einmal kurz replizieren. Chorakademie in Ferlach, Richtlinien und Förderungen des Blasmusikverbandes, verstärkte Förderung des musikalischen Nachwuchses - auch in den Schulen ganz eine wichtige Sache - und finanzielle Förderung der Chorleiterausbildung im Sängerbund. Und was mir besonders am Herzen gelegen ist, was Sie ja alle wissen, ist die Sanierung des Kärntner Freilichtmuseums, die Seele Kärntens eigentlich. Und vor allem durch die heuer zum zweiten Mal ausgerichtete Brauchtumsmesse, um Brauchtum möglichst vielen Menschen hier in Kärnten nahebringen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir wissen, wer Volkskultur und Brauchtum für überflüssig hält, schätzt das aktuelle jetztbezogene Wirken einzelner Menschen gering. Denn genau betrachtet ist Brauchtum und Volkskultur das einzige verbindende Glied der Menschen. Deshalb wurde auch soviel Geld für die Volkskultur und Brauchtum zur Verfügung gestellt. Denn sehr geehrte Damen und Herren, je rascher die weltweite Kulturverflachung voranschreitet, desto größer wird die Sehnsucht nach Identität. Das heißt, seine Traditionen in einer überschaubaren

Gemeinschaft leben zu können. Sehr geehrte Damen und Herren! Volkskultur ist auch soziale Arbeit. Sie dient der Prävention für das heutige größte Problem, nämlich der Orientierungslosigkeit vor allem bei unseren jungen Menschen. Die Einbindung der jungen Menschen in das öffentliche Geschehen auch bei Brauchtum, unter Beachtung der Wertschätzung dieser, wird der Jugend Hoffnungslosigkeit und Orientierungslosigkeit nehmen. Volkskultur und Brauchtum ist letztlich das, was Generationen verbindet und so zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft eine Brücke baut und uns hilft, unsere Identität, unsere Kärntner Identität, zu erhalten und zu bewahren. Ich danke Ihnen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schlagholz das Wort.)*

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wenn nun meine Vorrednerin die Suche nach Identität und die Orientierungslosigkeit der heutigen Gesellschaft angesprochen hat, dann glaube ich, hat sie auch an den Zustand ihrer eigenen Partei gedacht, denn diesen hat sie in den letzten Tagen wahrlich unter Beweis gestellt und der Öffentlichkeit dargelegt. Daher sehe ich das Klammern an die Volkskultur und an die Brauchtumpflege so wie einen Strohalm, den Sie in diesen Tagen nötig haben.

Geschätzte Damen und Herren! Volkskultur in Kärnten das ist so ein "No-Na" Thema, sowie wie wir heute unter Umständen zum Thema machen könnten "Singen in den Bergen". *(Abg. Steinkellner: Das ist für euch ein "No-Na" Thema, schämen Sie sich!)* Geschätzte Frau Steinkellner, es findet statt! Es findet statt, ob mit oder ohne uns. Es gehört zur Identität Kärntens, seitdem es stattfindet und das seit Jahrhunderten, seit es dieses Kärntner Volk gibt, geschätzte Frau Steinkellner! *(Zwischenrufe von den Abg. Steinkellner und Kreutzer)* Volkskultur wird jetzt als Steckenpferd oder dient als Steckenpferd. Und ich sage Ihnen, Volkskultur vor Ort, die schon stattgefunden hat auch in Zeiten, in denen, wie Sie es heute gesagt haben, es kein Geld gegeben hätte. Es hat sie gegeben die Volkskultur. Weil es nicht unbedingt notwendig

## Schlagholz

ist, daß man mit der Gießkanne drüber fährt, geschätzte Damen und Herren! (*Zwischenruf aus der FPÖ-Fraktion*) Weil sie ihren Freiraum braucht. Sie entwickelt sich von selbst, geschätzte Frau Kollegin!

Und die Volkskultur vor Ort, die auch wichtig ist und ich habe schon gesagt, schafft aber nicht den fehlenden Arbeitsplatz, der dazu beitragen könnte, daß unsere Jugend in den Regionen bleibt, geschätzte Damen und Herren! Viele Organisationen in Kärnten gibt es, Initiativen, Projekte, Vereine, Verbände mit einer hohen fachlichen und pädagogischen Profession und Kompetenz, geschätzte Damen und Herren, die das Leben, das gesellschaftliche in unserem Bundesland beleben, bereichern, unsere Jugend begleiten, beschützen, die präventiv tätig sind tagtäglich unentgeltlich, geschätzte Damen und Herren! Viele von ihnen, die heute nicht hervorgekehrt werden, werden negiert, werden an ihrer so wichtigen Arbeit behindert. Über viele von denen wird nicht das Füllhorn ausgegossen. Viele von denen müssen sich in der Förderrubrik anstellen. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß manches stagniert und auch rückläufig ist, geschätzte Damen und Herren! Die danach fragen und stöhnen um ihre Fördermittel, um auch aktiv sein zu können in ihrem Sinne zum Wohle Kärntens und auch zum Wohle der Jugend.

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit auch mit dem Kulturverständnis in Kärnten ganz kurz auseinandersetzen und ich zitiere daher aus dem Vorhabensbericht 1999 für die laufende Periode, die ja noch dauern sollte bis 2004. Hier steht geschrieben: "Nicht verhindern sondern ermöglichen, nicht einmischen, nicht verbieten und nicht befehlen, lautet die Devise des Kulturreferenten. Neues muß zugelassen werden, es muß nicht immer verstanden werden - ermöglichen und nicht verhindern. Dem Experiment der Provokation muß freier Raum geschaffen werden. Der künstlerischen Freiheit sollen keine Grenzen gesetzt werden." Eine Zeile später: "Aktivitäten jedoch, die zum Nachteil des Landes geraten, sollen keine Förderung aus öffentlichen Mitteln erhalten." Das heißt hier wird schon die Zensur eingeführt der Kunst, der Freiheit der Kunst. In einem Wort wird sie gepredigt, im nächsten Absatz wird schon die sogenannte Zensur aufgezeigt. Jene Zensur, die für die Volkskultur - Gott

sei Dank sage ich - und für die Brauchtumpflege keine Gültigkeit hat, denn Volkskultur und Brauchtumpflege ist die ideale Kulturform, um für das Seelenheil nach den vielen vor und zurück, nach den vielen ab und wieder da, jetzt nötiger ist denn je. Und ich sage Ihnen bei dieser Gelegenheit, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Was du alles zur Kultur zählst!*) wie jede andere kulturelle Ausprägung ist auch die Volkskultur und ist auch die Brauchtumpflege undenkbar ungeeignet für eine politische Einvernahme, (*Vorsitzender: Eine Minute Redezeit noch!*) sei es von wem auch immer.

Entwicklung von Neuen ermöglichen im Sinne der Träger der Volkskultur in Kärnten, bewahren und pflegen des Alten wird seit Jahrzehnten von den Trägern der Kärntner Volkskultur, dem Heimatwerk, den Landsmannschaften, dem Trachtenverband, vor allem dem Kärntner Bildungswerk und anderen vorbildlich gelebt und auch gestaltet. Seit 1947 ist das außer Streit gestellt, ist die Volkskultur und die Brauchtumpflege gut organisiert und zwar außerhalb des politischen Einflusses auf privater Ebene in Vereinen, Verbänden und auch Gott sei Dank im Zusammenspiel mit der Wirtschaft. Bewahren wir daher das kulturelle Erbe vor tagespolitischer Sentimentalität derer, die nicht wissen, wo gerade zu dieser Zeit ihr Platz ist. Und dem Herrn Gallo mit auf dem Weg, wenn Sie Gstanzn lesen tuan, tuan Sie sich erkundigen, es gibt schon profunde Personen in Kärnten, die Ihnen das auch überliefern können in Schriftform. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Was soll ich jetzt tun?! - Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Grilc das Wort.*)

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe diesen politischen Schlagabtausch zwischen der SPÖ und den Freiheitlichen in Wahrheit erwartet und kann dafür um so leichter unsere mittlere Position definieren, (*Abg. Mag. Cernic: Daß Ihr keine eigene Meinung habt!*) indem wir für sowohl als auch eintreten - für Volkskultur, wie für die sogenannte Hochkultur. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*) Wir sollten aber auch durchaus selbst-



**Mag. Grilc**

kritisch anmerken und zur Kenntnis nehmen, daß nicht wir Politiker es sind, die Kultur schaffen. Wir können höchstens ein Klima machen oder beeinflussen, Kultur schaffen, tun eben wirklich andere.

Und ein Zweites ist mir abgegangen in der Debatte. Wir haben eigentlich nur über Geldverteilung gesprochen und über Volkskultur, über Chöre, Blaskapellen usw. und haben den Begriff des Brauchtums, der in der heutigen Aktuellen Stunde als zweiter Begriff auf der Tagesordnung steht, den haben wir eigentlich bei Seite gelassen. Vielleicht auch deswegen, weil das ein Begriff ist, der viel weniger politisch zu vereinnahmen ist. Denn wenn Sie daran denken vom Weihnachtsbaum bis zum Räuchergefäß, vom - sagen wir - Osterfeuer bis zum Kirchtag, vom Erntedankfest hin zum Barbarazweig sind das alles Dinge, die in Wahrheit ganz woanders her kommen aus dem religiösen Bereich vor allem und aus dem ursprünglich bäuerlich, ländlichen Lebenswesen und aus der Art, wie man dort eben den Jahresalltag abgespielt und abgespult hat. Mit der Verlagerung und Veränderung auch dieser Gesellschaft gibt es natürlich eine Tendenz Abnahme des Brauchtums in einigen Bereichen. Und natürlich gehe ich mit allen anderen konform, die sagen, die Identität einer Region ist auch begründet und nachhaltig begründet in den Bräuchen. Denn das Großstädtische, das findet man mitunter in ähnlicher oder vielleicht sogar gleicher Form in vielen Bereichen. Das kann in Innsbruck ähnlich geschehen wie in Graz, in Klagenfurt oder Wien. Aber das typische, das regionale das sollten wir also durchaus mit dem anderen kombinieren und nicht einen Gegensatz vielleicht herbei reden. Sondern der Reichtum einer Region und eines Landes kann ja nur darin liegen, daß wir das bodenständig gewachsene schätzen, versuchen das auch an die Jüngeren weiter zu tradieren und gleichzeitig uns natürlich öffnen für die Einflüsse, die wir positiv im Sinne der Hochkultur sehen. Eines natürlich sollten wir dabei auch kritisch beachten, das hat der Kollege Eberhard angezogen, Einflüsse, die über Medien, über das Fernsehen aus anderen Kontinenten kommen ... Ich habe zum Beispiel ein Problem mit den ausgehöhlten Kürbisköpfen, (*Abg. Kreutzer: Halloween!*) Halloween, die allgemein Einzug halten. Aber auch das wird möglicherweise eine Tendenz sein

in 50, 100 Jahren gehört das möglicherweise zu unserem Brauchtum dazu wie seinerzeit der Christbaum, der ja auch später hin einmal Einzug gehalten hat.

Nur eine letzte Bemerkung: Mit Geld allein schaffen wir - sage ich noch einmal in aller Deutlichkeit - weder Volkskultur, noch Brauchtum. Sondern unsere Überzeugung ist jene, daß wir das, was wir als vererbungswürdig ansehen, auch weitergeben und versuchen in den jüngeren Generationen auch dafür Verständnis zu finden. Und, auch das sollte - glaube ich - deutlich gemacht werden, glaubwürdig ist man dann, wenn man auch selbst diese Dinge praktiziert und vorlebt. Dann kann man davon ausgehen, daß auch die Jüngeren das übernehmen. Danke! (*LH Dr. Haider: Gut, Grilc! - Heftiger Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Als nächster Redner hat sich Herr Landeshauptmann noch einmal zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm dieses!

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Grunde genommen hat es keine detaillierten Anmerkungen gegeben, was anders zu machen wäre. Daher bin ich ganz zufrieden, daß im Bereich der Volks- und Brauchtumsarbeit die Schwerpunkte, die wir gesetzt haben, richtig sind.

Der Herr Kollege Schlagholz hat ja sogar an meine Erklärung bei Amtsantritt erinnert, zu ermöglichen im Kulturbereich. Genau das ist das Ziel. Wir ermöglichen vieles, ohne uns einzumischen. Ich denke etwa an die Chorakademie, die ein eigenes Budget hat, das sie angelegt hat, um über die Jahre hinweg aus den Erträgen die Ausbildung der Chorleiter und die entsprechende Chorakademie zu finanzieren. Ich denke daran, daß es uns am vergangenen Wochenende gelungen ist, die beiden Verbände Landestrachtenverband mit dem Verband der Heimat und Trachtenverbände zusammenzubringen und nach 50 Jahren wieder eine gemeinsame Plattform zu

**Dr. Haider**

bilden. Wir haben dem Blasmusikerverband eine Grundlage ermöglicht, daß sie eigenständig ihre Arbeit machen können. Die Bläserphilharmonie der Jugend ist nur ein sichtbarer Ausdruck, die schon zum zweiten Mal beim Carinthischen Sommer mit großem Beifall Konzerte gegeben hat.

Oder ich denke auch an das Musikschulwerk, weil auch gemeint worden ist, ja wichtig ist, daß die Jugend das annimmt. Sie nimmt es an, meine Damen und Herren! Die Jugend nimmt es an. Als ich angetreten bin, haben wir 6.300 Schüler im Musikschulwerk gehabt, jetzt haben wir 8.500 mit steigender Tendenz. Und wir haben dafür gesorgt, daß es eben mehr Personal und mehr Möglichkeiten auch der Unterstützung der musizierenden Jugend gibt. Und das sollte man einfach so stehen lassen. (*Zwischenruf von Abg. Mag. Cernic*) Frau Kollegin, Ihr Problem ist ein ganz anderes! Sie ärgern sich darüber, daß es dem Kulturreferenten gelungen ist, für die Kulturarbeit und für das Musikschulwerk neben dem Budget von der Hypo-Bank viele Millionen zu organisieren. Und das können Sie drehen und wenden wie Sie wollen. Wenn Sie hier wieder etwas Falsches gesagt haben, dann muß ich Sie daran erinnern, daß Ihre Aussagen dazu geführt haben, daß die derzeitige Leiterin des Musikschulwerkes, die Frau Dr. Ladstätter, die ja bekanntermaßen eine sozialistische Parteigängerin war, Ihnen das Parteibuch jetzt zurückgegeben hat, weil sie sagt, sie läßt sich das nicht gefallen, wie Sie sich hier aufführen. (*Abg. Dr. Strutz: Eine gute Entscheidung! - Heftiger Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Vor kurzem passiert, weil die Leute, die in der Kulturarbeit tätig sind, sich diese negative larmoyante Gezeter an Dingen, die im Lande verbessert werden, einfach nicht gefallen lassen. Sind Sie froh, daß die jungen Leute das akzeptieren. Sind Sie froh, daß wir noch nie so viel junge Leute in den Blasmusikkapellen und in den Chören gehabt haben. Sind Sie froh, daß wir Tausende junge Menschen mehr im Musikschulwerk integriert haben, und daß das funktioniert. (*Heftiger Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Und wenn die Frau Abgeordnete Schaumberger da irgendwo einen Widerspruch erkennt zwischen der Hochkultur und der Volkskultur und das also ideologisch unterfrachtet, dann haben

Sie wahrscheinlich Ihren 68er-Komplex noch nicht ganz korrigiert. (*Unruhe in der SPÖ-Fraktion*) In Wirklichkeit gibt es ja dort keinen Widerspruch, denn junge Menschen, sind zwar sehr modern ausgerichtet, aber sie haben auch die Füße am Boden, meine Damen und Herren, und wurzeln letztlich in der Tradition unseres Heimatlandes und das zeigen Ihnen alle, die hier mittun.

Und ich bin schon sehr gespannt auf Ihre nächste Rede bei irgendeiner Eröffnung, wo Sie angeblich nicht gerne hingehen, wenn etwas im Bierzelt stattfindet und auch von Kollegen von der ÖVP, die ja früher immer gesagt haben, wir sind die Bierzelpolitiker. Heute drängen sie sich alle hinein und wollen alle reden dort. Also bitte lassen Sie die Kirche im Dorf, (*Abg. Dr. Wutte: Aber uns wollen sie reden hören, Herr Landeshauptmann! - Unruhe im Hause*) sind Sie ehrlich. Auch wenn ein Chor im Bierzelt ... Auch wenn ein Chor oder eine Blasmusikkapelle im Bierzelt auftritt, ist es trotzdem noch kein negatives Kulturerlebnis, sondern sollten wir froh sein, daß sich das alles in Wirklichkeit abspielt. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Wir haben ja wirklich die Institutionen neu gemacht. Wir haben die Chorakademie geschaffen. Wir haben die Bläserphilharmonik geschaffen. Wir haben das Freilichtmuseum saniert. Das ist ja alles auch letztlich von Ihnen goutiert worden. Wir haben die älteste Bergkapelle Österreichs, die zweitälteste Bergkapelle Österreichs, (*Vorsitzender: Sie haben noch eine Minute Redezeit!*) die älteste Kärntens mit der Patenschaft ausgestattet, um sozusagen dort der Jugend wieder die Chance zu geben mitzumachen. Und wir sind dabei einen Ideenwettbewerb um die bessere Darstellung auch historischer Denkmäler wie den Herzogstuhl durchzuführen.

Wir werden hier mit einer Zeitung versuchen, einen Ideenwettbewerb zu machen, damit der Herzogstuhl nicht so armselig in der Gegend herumsteht, weil er ja das wichtigste rechtshistorische Dokument Kärntens ist. Und das sollte uns etwas wert sein! Das sind alles Dinge, die auch zur Kulturpolitik gehören und zu denen man, glaube ich, aus Ihrer Sicht "Ja!" sagen kann. Wir sind dabei, auch Ossiach zu nutzen, weil die Nachnutzung von Ossiach ja letztlich Sinn machen soll. Dort findet derzeit gar nichts

**Dr. Haider**

statt. Das ist mit einem Riesenaufwand aufgekauft und adaptiert worden; (*Vorsitzender: Herr Landeshauptmann!*) ist nicht einmal winterfest. Wir wollen dort eine Alpen-Adria-Musikakademie etablieren, so wie es in Baden-Württemberg, wie es in Bayern ist. Ich darf Sie heute schon einladen: Ich werde demnächst mit Ihnen, mit den Interessierten, eine Exkursion in diese Kulturakademie machen. Wir werden dort sehen, wie man Ganzjahresbetriebe im Bereich der Kultur und der Musik machen kann. (*Vorsitzender: Herr Landeshauptmann!*) Ossiach könnte so ein Anwendungsfall werden. Ich glaube, grenzüberschreitende Musik- und grenzüberschreitende Kulturkooperation, (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen, Herr Landeshauptmann!*) die auf Kärntner Boden stattfindet, ist eine tolle Sache. Und Frau Cernic wird bei der Eröffnung sicherlich in der ersten Reihe sitzen und wird sich daran drängen, auch wieder ins Scheinwerferlicht zu kommen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt 2. Präs. Ferlitsch das Wort.*)

**Zweiter Präsident Ferlitsch (SPÖ):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich glaube, man muß einmal grundsätzlich feststellen, daß das Brauchtum und die Volkskultur die Identität eines Tales oder einer Talschaft darstellt. Auch da muß man sagen, daß gerade die ländlichen Regionen eine Großmacht in diesem Bezug sind. Ich stehe nicht an, in diesem Hause all jenen herzlich zu danken, die sich auf freiwilliger Basis dieser Kultur zur Verfügung stellen und sie am Leben erhalten! Wir wissen alle, daß das nicht immer sehr leicht ist und auch mit großen finanziellen Einschränkungen durchzuführen ist. Wenn ich nur einen Teilbereich herausnehme: Ihnen ist sicherlich das Kufenstechen im Gailtal geläufig und sehr, sehr bekannt. Zahlreiche Leute, Tausende Bürgerinnen und Bürger aus dem In- und Ausland, sind immer wieder gerne dabei, um diesen Brauch mitzuerleben und mitzugestalten. Trotzdem muß man feststellen, daß der Ursprung, wenn ich auch das noch sagen darf, irgendwo im Dunkel liegt. Es gibt einerseits die Meinung, daß das mit der Türkenver-

treibung im 15. Jahrhundert zusammenhängt. Andererseits wieder ist die Meinung vorhanden, daß es ein mittelalterliches Ritterspiel darstellen sollte.

Eines ist dazu festzustellen: daß sich die Kirchtagsburschenschaften gerne bereit erklären, diesen Brauch am Leben zu erhalten. Dazu ist zu sagen, daß nicht mehr alle im Reitsport so geläufig sind, wie man das eigentlich als Voraussetzung für diesen Brauch haben müßte. Jeder ist nicht Besitzer eines Pferdes, darum sind die Aufwendungen sehr groß und sehr hoch. Ein weiterer Punkt ist, daß es keine Versicherung mehr gibt, die seit dem vergangenen Jahr abschließen will, mit den Burschenschaften, denn im Falle eines Unfalles haften ja die Reiter. Wir sind alle aufgerufen, mit den Versicherungsgesellschaften darüber zu sprechen, daß es doch eine Möglichkeit gibt, diese Versicherung durchzuführen.

Auch zahlreiche Bücher wurden von Seiten der Gemeinden in den letzten Jahren verfaßt. Man muß festhalten, daß das Brauchtum und die Volkskultur einen breiten Raum in diesen Büchern hat. Es ist besonders wichtig, daß man das auch der Nachwelt in diesem Zusammenhang erhält.

Ein weiterer Punkt ist, daß wir von Seiten der Sozialdemokratie einen Antrag gestellt haben, und zwar war das bereits am 2. März 2001, daß man ersucht, daß die Unterstützung des ländlichen Vereinswesens in der Form erfolgt, daß die Landesregierung den Gemeinden empfiehlt, mindestens ein Prozent des ordentlichen Haushaltes für die Vereinsförderung zur Verfügung zu stellen. Leider Gottes wurde dieser Antrag bis auf die Berichterstatterwahl nicht weiter verfolgt. Ich würde aber ersuchen - nachdem jetzt 1,8 Millionen Euro im Budget vorgesehen sind -, daß man versucht, auch in diesem Bereich dem Antrag näherzutreten, um die Grundkosten für die Vereine, vor allem auch in den Abgangsgemeinden, sicherstellen zu können.

Ich darf abschließend noch einmal hervorheben, daß man dieses Brauchtum erhalten soll, aber nicht für andere Zwecke verwendet. Es haben die 23 Burschenschaften, vor allem des Unteren Gailtales und Mittleren Gailtales einen "Kodex der Burschenschaften" im Zusammenhang mit

## Ferlitsch

dem Brauchtum und dem Kufenstechen erstellt, in dem sie eindeutig feststellen, daß dieser Brauch am Leben erhalten, aber nicht verfälscht werden sollte, indem man das Kufenstechen in anderen Bereichen durchgeführt.

Ich darf noch sagen: Wenn man den Jahreskreis der Brauchtumsveranstaltungen hernimmt, so beginnt das bereits im Jänner mit dem Dreikönigssingen, dann vielen Osterbräuchen, Kirchtagen, weiters folgt der Hüttenberger Reiftanz, das Kranzreiten in Weitensfeld und so weiter und so fort. Auch die Brauchtumswochen in den einzelnen Gemeinden finden bei der Bevölkerung großen Anklang.

Abschließend darf ich wohl feststellen, daß es ganz, ganz wichtig ist, daß wir das Brauchtum

und die Volkskultur hochhalten, nämlich insofern, daß man versucht, die Jugend an die ländlichen Regionen zu binden, damit sie die Heimat nicht vergißt und immer wieder gerne nach Hause kommt.

In diesem Sinne darf ich abschließen und noch einmal allen herzlich danken, die sich in dem Zusammenhang für die Erhaltung dieses Brauchtums einsetzen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Damit ist die Aktuelle Stunde beendet. - Ich komme zur

## Tagesordnung

unserer 47. Sitzung und möchte folgendes mitteilen: In der Obmännerkonferenz wurde vereinbart, noch einige Behandlungsgegenstände auf die heutige Tagesordnung zu nehmen. Ich ersuche Sie um Ihre Zustimmung zur Erweiterung der Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte 6 bis 13. Als Tagesordnungspunkt 6: Ldtgs.Zl. 124-14/28, Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Landesabgabenordnung 1991 geändert wird; als Tagesordnungspunkt 7: Ldtgs.Zl. 440-15/28: Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses betreffend Unfallversicherung für Feuerwehreinsätze; als Tagesordnungspunkt 8: Ldtgs.Zl. 630-2/28, Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses betreffend Veräußerung der Liegenschaft EZ 61, GB 72195, Waidmannsdorf, Forstgarten Siebenhügel; als Tagesordnungspunkt 9: Ldtgs.Zl. 217-5/28, Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales und Gesundheit betreffend den Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft 1999 - 2001; als Tagesordnungspunkt 10: Ldtgs.Zl. 191-17/28, Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales und Gesundheit zur Regierungsvorlage betreffend den Tätigkeitsbericht samt Rechnungsabschluß für das Jahr 2001 des

Kärntner Krankenanstaltenfonds; als Tagesordnungspunkt 11: Ldtgs.Zl. 548-2/28, Bericht und Antrag des Ausschusses für Europa- und Föderalismusfragen betreffend EU-Weißbuch "Jugendpolitik"; als Tagesordnungspunkt 12: Ldtgs.Zl. 16-18/28, Bestellung in die kollegialen Schulbehörden des Bundes (Landesschulrat Elternvertreter; Vorschlag FPÖ) und letztlich als Tagesordnungspunkt 13: Ldtgs.Zl. 16-19/28, Bestellung in die kollegialen Schulbehörden des Bundes (Landesschulrat Lehrervertreter, Elternvertreter; Vorschlag ÖVP).

Wer mit der Erweiterung der von mir vorgetragenen Tagesordnungspunkte 6 bis 13 einverstanden ist, den möchte ich um ein zustimmendes Handzeichen bitten! - Das ist einstimmig so beschlossen. Ich werde so vorgehen.

Wir kommen nun zum 1. Tagesordnungspunkt:

### 1. Ldtgs.Zl. 177-83/28:

**Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2003 sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten 2003, dem Budgetbericht im Sinne des Art. 61 Abs. 3 und 4 K-LVG und zum Budgetprogramm 2000 bis 2004 gem.**

**Dipl.-Ing. Freunschlag****Art. 61 Abs. 2 K-LVG, Änderungen zum Landtagsbeschluß vom 22. 6. 2001 sowie Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum LVA 2003 erteilt werden**

Die Budgeteinbegleitung erfolgt durch den Landesfinanzreferenten, Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Karl Pfeifenberger als zuständiges Mitglied der Landesregierung. Ich erteile dem Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter und Finanzreferenten das Wort und ersuche ihn, einer langjährigen Tradition entsprechend, nicht von der Regierungsbank, sondern vom Rednerpult aus zu sprechen!

Landesfinanzreferent Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Hoher Landtag! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Geschätzte Damen und Herren! "Mehr Geld für die Zukunft Kärntens!" ist das Motto für das Budgetjahr 2003. - Nach drei erfolgreichen Jahren der Konsolidierung und Schuldenverringerung bauen wir an der Zukunft unseres Landes konsequent weiter, das heißt dort, wo es Mängel gibt, sie auszumerzen; dort, wo es Ungerechtigkeiten gibt, sie zu beseitigen; dort, wo Hilfe gebraucht wird, sie zu geben.

Die Notwendigkeit, soziale Kompetenz und wirtschaftlichen Aufschwung parallel zu entwickeln, ist uns eindrucksvoll gelungen. Die Erhaltung von Schulen, Nahversorgern, Gendarmerieposten, Krankenhäusern und Postämtern ist für uns Grundlage unseres politischen Handelns für die Menschen unseres Landes. Das sind nachweisbare Erfolge für die Lebensbedingungen im Lande, und sie zeigen soziale Verantwortung.

Immer mehr rücken der Mensch und seine Bedürfnisse für eine lebenswerte Zukunft in den Mittelpunkt unserer Entscheidungen. Beste Beispiele sind die Beschäftigungsgarantie in den Landeskrankenhäusern, der Ausbau der Senioren- und Pflegeheime und die Ausweitung beim Pflegepersonal zur Betreuung älterer Menschen in ihrer eigenen Umgebung. Mehr Lehrer für

Volks- und Hauptschulen, aber auch eine Vielzahl neuer, zusätzlicher Musiklehrer für die Jugend sind Zeugen einer Politik für die Menschen.

Der Erfolg in der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist ein Meilenstein, wo vor allem Ausbildungsprogramme und Lehrlingsoffensive Abhilfe geschaffen haben. Höchste Beschäftigung seit 1945, beste Werte bei der Inlandsproduktion und eine gute Auftragslage sind Beweise für Stabilität und Erfolg. Geringere Arbeitslosigkeit als der Bundesdurchschnitt hat erhöhte Kaufkraft und verstärktes Wachstum ermöglicht.

Kärnten hat sich im Mittelfeld der Bundesländer behauptet. Kärnten wächst schneller als die Nachbarn. Kärnten hat die neuen Chancen wahrgenommen und holt auf! Sogar im Bereich der Bauwirtschaft liegt Kärnten durch öffentliche Aufträge besser als der Rest der Bundesländer.

Stolz kann Kärnten auch auf den Tourismus sein! Seit drei Jahren können wir wieder Zuwächse an Nächtigungen und Wertschöpfung verbuchen. Das ist ein schöner Beleg unserer Arbeit. Erstmals über zehn Millionen Übernachtungen im Sommer seit zehn Jahren sind ein Beweis für sich! (*Beifall von LH Dr. Haider und der FPÖ-Fraktion*)

Effiziente Strukturen mit hoher Eigenverantwortung bringen enorme Beschäftigungsimpulse für das ganze Land. Verstärkte und konzertierte Auftritte fördern die Chancen international. Investitionen beleben das regionale Gewerbe und die Dienstleister. Der Arbeitsplatz um die Hausecke und in der eigenen Region ist wieder interessant geworden.

Der Aufwärtstrend, geschätzte Damen und Herren, wird auch weiterhin gewährleistet sein. Die Weichen dazu sind gestellt. Kärnten ist wieder in. Kärnten ist preiswert und noch immer das freundlichste Urlaubsland in Österreich. Alle bisherigen Investitionen durch die öffentliche Hand sind deshalb mehr als berechtigt und sollen auch in Zukunft stattfinden.

Das war ein kleiner Auszug aus den Ergebnissen und Entwicklungen der letzten drei Jahre.

Das Budget 2003 wurde mit zwei Schwerpunkten ausgestattet: Soziale Verantwortung für unsere Menschen einerseits und Ausgleich und

## Ing. Pfeifenberger

Entwicklung des ländlichen Raumes andererseits sind die wesentlichen Eckpfeiler unserer Budgetpolitik. Beide Schwerpunkte tragen die Grundbedürfnisse unserer Mitbürger im Lande in sich. Beide Bereiche sind Fundamente der Entwicklung unserer Zukunft! Die Unterstützung gilt jenen Menschen, die sie brauchen und kommt dorthin, wo sie notwendig ist, nämlich im ländlichen Raum.

125 Millionen Euro mehr als im Budget 2002 fließen in den Sozialbereich und in den ländlichen Raum als Ansage gegen die Abwanderung, gegen den Kaufkraftschwund und gegen den Verlust an Bodenhaftung und gegen die Vernachlässigung von Brauchtum und Volkskultur. Das erscheint mir politisch wesentlich und wird mein politisches Handeln dahingehend massiv beeinflussen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Ausgleich und Gerechtigkeit im Einsatz öffentlicher Mittel zu Gunsten des ländlichen Raumes sind für mich persönlich die wohl wichtigste Weichenstellung der Kärntner Landespolitik. Neue Arbeitsplätze im Tourismus werden regionalen Aufschwung zu Stande bringen. Verstärkte Bemühungen, kleine Unternehmen in Kooperationen zusammenzuführen, sichern die Wettbewerbsfähigkeit und eröffnen neue Marktchancen. Die bereits installierten Beispiele zeigen große Erfolge auf und ermutigen zu weiteren intensiven Anstrengungen.

Die Tourismusförderungen und die Gewerbeförderungen sind wichtige Voraussetzungen der betrieblichen Weiterentwicklung und sichern stabile Unternehmen mit Ganzjahresarbeitsplätzen. Unsere Betriebe können nun Qualitätsverbesserungen, Modernisierungen sowie Erneuerungen in der Produktion in Angriff nehmen. Das Land hat genügend Geld zur Verfügung gestellt und erwartet einen enormen Investitionsschub. Die Errichtung von Gewerbeparks für mehrere Gemeinden zusammen läßt sparsame aber effiziente Infrastruktur entstehen. Bessere Verkehrsanbindungen und Erschließungen durch Datenautobahnen über die Kärntner Gemeinden werden Voraussetzungen für Wachstum und endogene Regionalentwicklung schaffen. Zugang zu Bildungseinrichtungen im regionalen Bereich für die Jugend (Fachhochschulen, HTL's, College, WIFI, BFI und K-Tech-Zentren) sind die wichtigsten Voraussetzungen,

um Betriebe in den Regionen ansiedeln zu können. Das Potential endogener Entwicklungsressourcen in Betrieben und Regionen ist enorm hoch. Es muß freigelegt und gepflegt werden zum Erreichen einer neuen Bewußtseinsorientierung im ländlichen Raum. Der Irrglaube nur Zentralräume können sich entwickeln, muß umgedreht werden. Dank modernster Informations- und Kommunikationstechnologien ist die Standortwahl fast nebensächlich. Entscheidend sind gut ausgebildete Fachkräfte und optimale Erreichbarkeit unterstützt durch vorhandene Lebensraumqualitäten. Damit rechtfertigen wir den erhöhten Bedarf an Unterstützung für Investitionen im ländlichen Raum. Die Chancen aber auch die Ressourcen sind vorhanden. Gehen wir an die Arbeit und setzen Taten! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Dort Arbeitsplätze schaffen, wo die Menschen leben und ihre Heimat haben, ist das Ziel unseres politischen Handelns. Keine Wurzeln ausreißen und den Verlust von wertvollem Kulturgut riskieren, der Abwanderung einen Riegel vorschieben, die Dörfer zu erlebniswerten Zentren weiterentwickeln, um den Menschen wieder Halt und Heimatbewußtsein zu geben - das ist mit dieser Verantwortung gemeint. Dazu gehört natürlich auch eine optimale Versorgung im Personennahverkehr und im ländlichen Wegenetz. Beide Wünsche wurden zufriedenstellend erfüllt. Noch dazu kommt, daß alle Rückflüsse aus EU-Programmen ausschließlich der Erhaltung des ländlichen Wegenetzes zu Gute kommen. Der Nachholbedarf ist sehr groß und wird starke Impulse für das örtliche Gewerbe bringen.

Durch diese Verlagerung der Budgetschwerpunkte ist es mir gelungen, verstärkte Investitionen in den Gemeinden in Gang zu setzen. 11 Millionen Euro fließen zusätzlich direkt als SBZ für Projekte zur Schaffung neuer Arbeitsplätze oder verschiedener Bedürfnisse von Vereinen und Initiativen. Kollege Wurmitzer hat die Zeichen der Zeit erkannt und setzt ebensolche Schwerpunkte in regionaler Entwicklung. Enorme Ausweitung der Biomasse-Energiegewinnung im kommunalen Bereich; verstärkte Anstrengungen bei nationalen Agrarförderungen für unsere Bauern; Zusatzprogramm ländliches Wegenetz; Nationalparkentwicklung; Verstärkung der Kooperationen zwischen Tourismus und Landwirtschaft; Finanzierung von Gewerbe-

## Ing. Pfeifenberger

flächen durch den Bodenbeschaffungsfonds sind Beweise für den richtigen Weg der Kärntner Politik im Sinne der Regionen. Mein Dank gilt deshalb auch in besonderer Weise dem Gemeindereferenten für die Bereitschaft, auch seine Sondermittel in Höhe von 14,5 Millionen Euro dafür einzusetzen, um mit mir wichtige Akzente in Kärnten umzusetzen. Es besteht auch ein sehr enger Konnex in den einzelnen Sektoren Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft, Verkehr, Gemeinden und sozialer Verantwortung. Das eine ist vom anderen unmittelbar abhängig und kann nur durch gemeinsames Bemühen zum Erfolg führen. Diesen Erfolg haben wir nur dann, wenn wir nicht parteipolitisch agieren, sondern uns der Verantwortung für die Menschen und den Erwartungen der Regionen besinnen. *(Einsetzender Beifall der FPÖ-Fraktion.)* Dieser Schulterschuß ist die Klammer und Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung in den ländlichen Räumen.

Dazupassend und ebenso wichtig ist der Bereich Brauchtum und Heimatpflege. Landeshauptmann Dr. Haider wird künftig die Unterstützung und Pflege unseres Kulturgutes intensivieren. Das alles hängt mit sehr viel Idealismus und Freiwilligkeit in tausenden Vereinen zusammen, welche durch ihre Tätigkeiten wohl einen wesentlichen Anteil an der Schönheit und Beliebtheit unseres Landes haben. Deshalb muß verstärkt am Erhalt und der Nachwuchspflege im Bereich Brauchtum und Heimatpflege gearbeitet werden. Diese Mittel sind notwendig und gut investiert, weil sie durch Engagement der handelnden Personen in den Vereinen tausendfach zurückkommen. Nicht zu unterschätzen ist der daraus resultierende Nutzen für unsere Wirtschaft.

Verstärkte Aufmerksamkeit hat im Budget der Bereich Arbeitsmarkt und Jugendbeschäftigung. Gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten ist unsere Regionalkompetenz besonders gefordert. Es gilt, jeden Arbeitsplatz bestmöglich zu sichern und unseren Unternehmen in schwierigen Zeiten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Das rot/grüne Experiment in Deutschland wird auch uns in Österreich schaden. Steuererhöhungen, falsche Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik und hohe Schulden führen zu Depressionen in den Köpfen der Unternehmer.

Österreich und Kärnten haben die Chance dem zu entgehen. Einsatz von Reserven zur Steuer-senkung bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern und Anhebung der öffentlichen Investitionen haben oberste Priorität. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Kärnten hat in den letzten zwei Jahren gezeigt, daß Erlöse aus Reserven, richtig investiert, Stabilität und Konjunktur bringen und die auch halten. Daher müssen jetzt die Weichen neu gestellt werden, um verstärkte Hilfestellung in krisengeschüttelten Branchen setzen. Das hat auch im Budget 2003 Niederschlag gefunden und ist der einzig richtige Weg. Mehr Geld für die Arbeitnehmer und für die Jugendbeschäftigung - das bestätigt unsere Politik für die Menschen. Einsatz der Reserven in einer kritischen Zeit bringt rechtzeitig neue Impulse im Tourismus, im Gewerbe und der Forschung und auch in der Bildung. Zusätzliche 4 Millionen Euro und verstärkte Bemühungen bei der Förderung und Einrichtung von Betriebskooperationen werden hier Erfolg zeigen. Große Anstrengungen für den Erhalt bestehender Arbeitsplätze durch geeignete Stiftungsmaßnahmen unterstützen dies zusätzlich.

Auch die jetzt mit dem KWF ausverhandelte Schwerpunktsetzung im Bereich der Sanierung und Restrukturierung kommt der allgemeinen Erwartung verstärkter Hilfestellung konsequent nach. Der KWF bearbeitet, abgestimmt mit dem Land, die großen Sanierungsfälle, die Kärnten Technologie ist verantwortlich für die Kleinsanierungen und Hilfestellungen bei der Beratung kleiner Gewerbebetriebe in Schwierigkeiten. Diese konzertierte Vorgangsweise wird flächendeckend durch ein ausgesuchtes Beraternetz mit entsprechenden Erfolgskriterien ausgestattet, um präventiv Insolvenzen und Pleiten abzuwenden. Vielfach wird auch das Problem aus Bankenkreisen (Börsenentwicklung, IT-Branche) in die Unternehmen hineingetragen und durch Verweigerung von Expansions- und Investitionsfinanzierung potenziert. Dabei ist es auch erforderlich, geeignete Haftungen und Eigenkapitalgarantien von öffentlicher Seite zur Verfügung zu stellen. Jedes Unternehmen, das Schwierigkeiten hat, hat denselben Anspruch auf Hilfestellung und jeder Arbeitsplatz, der dadurch gerettet werden kann, braucht nicht neu geschaffen werden. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Zum wirtschaftlichen Aufschwung und der Mo-

**Ing. Pfeifenberger**

bilisierung der endogenen Potentiale im ländlichen Raum trägt der Tourismus den wesentlichen Anteil bei. Überall dort, wo touristische Infrastruktur geschaffen wurde, haben wir niedrige Arbeitslosigkeit (Beispiel Bezirk Hermagor) und eine solide Wirtschaftsentwicklung. Mit einem Erfolg von 4 Prozent Zuwachs und erstmals mehr als 10 Millionen Übernachtungen im Sommer ragt Kärnten unter den österreichischen Bundesländern hervor. Der Erfolg gibt uns bei den getroffenen Entscheidungen der letzten Jahre Recht. Kein Schigebiet aufgeben, weil regional auch für die einheimische Bevölkerung wichtig, neue Kooperationen in der Hotellerie (MHK); verstärktes Bemühen einer Zusammenarbeit mit den Regionen zur Schaffung buchungsentscheidender Angebotsgruppen und die Bewerbung von typischen Kärnten-Erlebnissen. Frühjahr (Radfahren, Gesundheit, Wellness, Golf) oder Herbst (Herbstzeit bei Freunden, Heimatherbst) bringen neue und kaufkräftige Gästeschichten nach Kärnten. Authentische Erlebnisse in der Begegnung mit der Kärntner Eigenart haben nachhaltig Erfolg und sichern die Wirtschaftlichkeit von neuen Investitionen. Wassererlebnisinfrastruktur am Millstättersee, Seebühne am Wörthersee, Erlebnisbad zur Ganzjahresbenutzung am Klopeinensee werden dem Sommer- aber vor allem dem Ganzjahrestourismus förderlich sein.

Eine weitere tägliche Linienflugverbindung von mitteldeutschen Zentren bringt nächstes Jahr tausende Urlaubsgäste nach Kärnten. Die Kooperation mit RWE hat großes Potential, deutsche Urlaubsgäste nach Kärnten zu bringen und diesen positiven Trend zu unterstützen. Da werden wiederum die Regionen die Gewinner sein. Da werden Investitionen der Unternehmer erstmals nach fünf Jahren refinanzierbar. Da gibt es viele neue Arbeitsplätze und die Region kann wieder aufatmen. Diesen eingeschlagenen Weg behalten wir bei und halten alle versprochenen Zusagen zur Schaffung eines lebenswerten ländlichen Raumes ein.

Zur Stärkung der Kaufkraft in Kärnten stellen wir aus dem Budget 2003 für unsere Familien insgesamt 56,7 Millionen Euro zur Verfügung. Kinderbetreuungseinrichtungen und -leistungen, Familienförderung, Kindergeld und Schulstartgeld haben Vorrang für unsere Familien. Der

private Konsum ist noch immer der Motor der Wirtschaft. Kommt dieser zum Stottern, sind die Auswirkungen auf alle Bereiche negativ. Deshalb haben wir für das kommende Jahr um 15,7 Millionen mehr für Familien und Kinder budgetiert. Das ist die Zukunft, das ist die konsequente Einhaltung unserer Versprechen in den nächsten Jahren. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Geschätzte Damen und Herren! Ein durch die Sozialdemokratie vernachlässigter Bereich waren die Sozialleistungen unseres Bundeslandes. Jahrzehntelange knausrige und bürokratieaufblähende Sozialpolitik hat durch unsere neue soziale Verantwortung Gott sei Dank ein jähes Ende gefunden. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Mehr Gerechtigkeit für Menschen in Notlagen, Verstärkung von Pflegeleistungen und Hauskrankenhilfe, Aufstockung der Jugendwohlfahrt und vieles mehr zeichnen unsere politische Handlungsweise für die Hilfsbedürftigen aus. 15 neue Senioren- und Pflegeheime und mehr an Personal für Pflege und Betreuung ist auch ein Dankeschön der jungen Generation an die Nachkriegs- und Aufbaugeneration. Vor allem der Weg, den Menschen dort wo sie ihre Wurzeln haben, Pflegeeinrichtungen zu schaffen und sie damit in ihrer Heimat zu versorgen, ist unser erklärtes Ziel einer menschlichen regionalen Entwicklung. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Damit entstehen in den Tälern und kleinen Zentren neue wichtige Arbeitsplätze und es profitiert auch das Dienstleistungsgewerbe davon. Insgesamt 33 Millionen Euro mehr werden 2003 zur Verfügung stehen und diese Ziele zu untermauern.

Ebenso wichtig erscheint uns für den ländlichen Raum ein funktionierendes, effizientes aber auch leistbares Gesundheitswesen. Auch hier sind 16 Millionen Zusatzmittel vorhanden. Flächendeckende Versorgung, schlanke Organisation und Ausschöpfung der Synergien sind Bestandteil der Strukturpolitik im Gesundheitswesen. Angepaßt und den tatsächlichen Erfordernissen der Menschen entsprechende Leistungsangebote sind einzurichten und vorzugeben. Diese politische Verantwortung liegt beim Gesundheitsreferenten und muß wahrgenommen werden. Handlungsbedarf ist deshalb dringend gegeben, weil durch unkontrolliertes Vorgehen in den Häusern Leistungen angeboten werden, die erstens nie-



**Ing. Pfeifenberger**

mand erwartet und zweitens über die LKF-Punkte nicht finanzierbar sind. Dieser Fehlentwicklung muß Einhalt geboten werden, weil ansonsten wichtige notwendige Leistungen der Gesundheitsversorgung zu kurz kommen und durch fehlendes Geld von Gemeinden und Land nicht getragen werden können. Diese Aufgabe ist vom zuständigen Gesundheitsreferenten zu erledigen und stellt eine Mindestverantwortung in der Exekution des Budgetvollzuges dar. Immer mehr Geld für unnötige Leistungen und Angebote von Seiten der Sozialdemokratie zu fordern, ohne selbst die grundlegenden Aufgaben im eigenen Referatsbereich zu erledigen, wird es auf Dauer nicht geben und wird bei dauerhafter Ablehnung des Budgets von den beiden anderen Parteien nicht mitgetragen werden. Diesen Appell richte ich an den Gesundheitsreferenten und die Sozialreferentin als jemand, der seine Großzügigkeit nicht mit den Füßen treten läßt und einfordert, Parteipolitik hinter Sachpolitik zu stellen und danach zu handeln. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Nehmen Sie sich ein Beispiel an Bürgermeister Häupl, der dem Wiener Sozialbereich eine Nullrunde verordnet hat.

In Anlehnung an diese Beurteilung stellt sich längerfristig aus meiner persönlichen Sicht die Frage, ob es für das Land besser wäre, die politische Arbeit auf Regierungsverantwortung und Opposition neu auszurichten und damit klare Fronten zu schaffen. Ein dauerhaftes "Mehr-Geld-Fordern" der SPÖ für Dinge, die niemand braucht und dann bei wichtigen Entscheidungen in Tauchstation zu gehen, kostet dem Land nur viel Geld und bringt den Menschen keine Transparenz.

Der Weg einer klar definierten Regierungsverantwortung und einer starken Opposition ist für mich ideal, weil die Qualität der Umsetzung und das Tempo von Reformen steigen würde. Regierungsverantwortung heißt die Zukunft ermöglichen und Chancen ausnützen. Opposition ist dabei eine notwendige Kontrolle und das demokratische Gegengewicht. So gesehen versteht das in der Bevölkerung wirklich niemand, alle Referate der Sozialdemokratie mit mehr Geld auszustatten, um dann mit Unwahrheiten und parteipolitischer Polemik in der Öffentlichkeit geprügelt zu werden. *(Abg. Koncilia: Worüber*

*redest du?!)*

Wie schon vorhin ausgeführt, hat der Verkehr und die damit in Einklang stehende Anbindung des ländlichen Raumes aus volkswirtschaftlicher Sicht auch eine enorme Bedeutung. Die größten Fehler für dieses Land haben die politisch Verantwortlichen vor 30 Jahren vollzogen. Die verkehrstechnische Anbindung von Wirtschaftsräumen und -zentren war und ist seit der Völkerwanderung der wohl wichtigste Erfolgsfaktor eines nachhaltigen Aufschwungs. Kärnten hat hier jahrzehntelang Nachteile in Kauf genommen und müssen, weil Politiker sich in Wien nicht durchgesetzt haben. Jetzt, nach 30 Jahren gelingt Kärnten unter Landeshauptmann Haider ein Quantensprung. 3 Milliarden Euro fix vereinbarte Finanzierungen zum Ausbau des Schienen- und Straßennetzes werden per Gesetz (Generalverkehrsplan) für Kärnten auf die nächsten 15 Jahre gesichert. Kärnten kann seinem Landeshauptmann Haider hier über alle Parteigrenzen hinweg zu ehrlichem Dank verpflichtet sein, er hat Kärntens Interessen in Wien wie kein anderer vor ihm durchgesetzt. *(Heftiger Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

All die roten und schwarzen Versprechungen der ehemaligen Landespolitiker waren heiße Luft – jetzt wird projiziert, geplant und überall in Kärnten gebaut. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* 25 Jahre Diskussion Drautalbundesstraße, 20 Jahre Diskussion Lippitzbachbrücke und Erschließung des Kärntner Unterlandes sind beendet – jetzt wird gebaut.

Herr Landeshauptmann, die Menschen wissen um die Qualität dieser Beschlüsse Bescheid und sind auch dankbar dafür. Damit verbunden ergeben sich neue Chancen für die entlegenen und durch verkehrstechnische Nachteile betroffenen Täler für Betriebsansiedlungen - Beispiel Mahle, Tourismusinvestitionen - Beispiel Petzen und bringen auch neue Besucher dorthin. Das Leben auf dem Land wird auch für die einheimische Bevölkerung interessanter, bessere Verkehrsverbindungen durch private Nahverkehrspartner erlauben die Hoffnung, eine Schubumkehr in der Abwanderung in Gang zu setzen. Die drohende Verdünnung und Auszerrung im ländlichen Raum kann nur durch gezielte Zuwanderung, durch Verkehrsanbindung und Wirtschaftsentwicklung erfolgreich bekämpft werden.

**Ing. Pfeifenberger**

Da sind in Wahrheit aber auch die Gemeinden gefordert. Wenn es der Wirtschaft gut geht, dann lebt auch die Gemeinde davon. Bei allen Überlegungen von kommunalen Investitionen soll die Sorgfalt, die Wirtschaftlichkeit und die Zweckmäßigkeit die Hauptrolle spielen. Es ist mir gelungen, sehr viele wichtige Gemeindeprojekte aus der Taufe zu heben und damit wirtschaftliche Impulse zu schaffen. Das ist sehr wichtig und war immer ausschließlich von der Qualität des Projektes abhängig. Die Parteifarbe hat für mich nie eine Rolle gespielt und sie wird es auch in Zukunft nicht. So gesehen ist auch die Zusammenarbeit mit dem Gemeindefereenten fruchtbar und erfolgreich, weil auch er mit seinen Überlegungen im Gleichklang mit mir geht. Für Luxus und Geldverschwendung haben wir beide kein Verständnis – der nachhaltige Nutzen für die Menschen in der Gemeinde ist unser Anliegen.

Ich wünsche mir, daß auch verstärkt Synergien der beiden Gebietskörperschaften wahrgenommen werden, um Einsparungspotentiale durch Modernisierung zustande zu bringen. Außerdem müssen wir gemeinsam darauf achten, die Ertragskraft durch zukunftssträchtige Investitionen zu erhöhen. Auch innerhalb der Gemeinden sollte man öfters und offener über brachliegende Potentiale diskutieren – das Land stellt sich jederzeit dieser Herausforderung. Die Investitionsdynamik der Gemeinden soll unterstützt werden, aber es darf nicht ausschließlich auf Kosten des Landes gehen. Auch muß es verstärkte Anstrengungen in der Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen geben. Die Bemühungen von Landeshauptmann Haider, Landesrat Wurmitzer und mir sind erfolgreich. Mit Friaul-Julisch-Venetien und dem Veneto, mit Kroatien und Südtirol haben wir intensive Verhandlungen geführt – die verstärkte Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Gemeinden, Landwirtschaft und Tourismus zeigt Früchte. 2003 geht es um verstärkte Auftritte Kärntens als Wirtschaftsstandort und attraktiver Lebens- und Urlaubsraum. Messen, Veranstaltungen, Bewerbungen und Workshops sind vielfach geplant und erfolgversprechend. Durch das weit ausgedehnte Netz der Hypo wird auch der Zugang zu den wirtschaftlich reichsten Regionen Europas in Norditalien ermöglicht.

Auch das für Europa negative Experiment Rot/Grün in Deutschland bietet uns in Kärnten vielfältige Chancen. Auf meinen Vorschlag wird die Kärnten Technologie im gesamten deutschen Sprachraum zwei Betriebsansiedlungsprofis engagieren, welche Unternehmer kontaktieren, die aus Frust und Belastung Deutschland verlassen und nach Österreich kommen wollen. Hier hat Kärnten mit seinen Facharbeiterpotential größte Chancen, Investitionen hier an Land zu ziehen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Auch von den in Kärnten ansässigen Konzernleitungen internationaler Unternehmungen besteht die Bereitschaft, im Rahmen solcher Veranstaltungen und Workshops die Vorteile des Standortes Kärnten zu untermauern. Als Botschafter Kärntens können sie über die professionelle Abwicklung von Ansiedlungs- und Investitionsvorhaben berichten und somit wesentliche Überzeugungsarbeit leisten.

Hoher Landtag, geschätzte Damen und Herren! Nach dem die Gesamtentwicklung im Sommer- und Wintertourismus eine sehr gute ist und wir ausreichend motivierte Unternehmer mit Investitionsbereitschaft in Kärnten haben, erlaube ich mir, mich aus dem operativen Geschäft im Tourismus zurückzuziehen und rein strategische Vorgaben mit Experten zu entwickeln. (*Abg. Hinterleitner: Ist das wahr?!*) Die Struktur und notwendigen Reformschritte sind umgesetzt – letzter Akt dieser von mir begonnenen Reformarbeit ist die Einrichtung einer sogenannten Tourismusholding Kärnten. Diese soll in Form der jetzigen TIK ihre Aufgaben übernehmen und die Funktion einer Managementholding-Gesellschaft ausüben. Mit ihren Rechten als Gesellschafter synergetisch die Möglichkeiten der einzelnen Konzernunternehmungen und -beteiligungen nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten optimiert ausschöpfen, um eine nachhaltig positive Tourismusedwicklung im Land Kärnten sicherzustellen. Zweck ist es auch, die in den vorhandenen Gesellschaften bestehenden Stärkefelder im Sinne des Tourismus in Kärnten zu bündeln, dies unter Festlegung von strategischen Vorgaben im Sinne einer Gesamtsteuerung durch ein professionelles Management. Die Ausstattung mit Beteiligungskapital ist bereits vollzogen und in Kooperation mit der Hypo wird sich einiges an größeren Investitio-

## Ing. Pfeifenberger

nen im Hotel-, Wellness- und Gesundheitsbereich in den nächsten Jahren ergeben. Ziel ist es, mittelfristig wieder 15 Millionen Übernachtungen jährlich zu erreichen und damit refinanzierbare Projekte in die Wege zu leiten.

Ein von mir gesetzter und wesentlicher Schwerpunkt wird der Ausbau der Aktivitäten in den Technologieparks sein. Hier ist geplant, sogenannte K-Tech-Zentren einzurichten, das heißt ein gebündeltes Angebot von Dienstleistungen für Betriebe im Park oder für Betriebe in Kooperationen oder Netzwerken außerhalb des Parks zu schnüren. Das Programm umfaßt eine schlagkräftige Verwaltungs- und Beratungseinheit zur endogenen Entwicklung der Partnerbetriebe und Netzwerke. Darin erkennen wir hohe Erfolgspotentiale für die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, der Steigerung der Innovationskraft zur Entwicklung neuer Produkte und Technologien. Dieses Segment ist der Kernbereich der Wirtschaftsentwicklung für KMU's. Diese K-Tech-Zentren werden auch kleinere, externe Gewerbeparks in den Talschaften managen und dort abgestimmte Leistungen anbieten. Sogenannte Innovations- und Betriebsassistenten werden gegen gefördertes Entgelt bereitgestellt und übernehmen die Entwicklungsarbeit für Netzwerkaufbau. Auch soll dabei besonders darauf geachtet werden, daß marktfähige Produktentwicklung und Know-how-Aufbau dort Vorrang haben. Nur so können unsere KMU's exportfähig gemacht werden und sich größeren Herausforderungen und Märkten stellen. Mit diesen optimierten und organisierten Netzwerken der Kooperationen kann beispielsweise ein Hoffnungsmarkt bearbeitet und bedient werden, ohne Gefahr zu laufen, als kleiner Unternehmer von sogenannten großen GU's erdrückt zu werden. Sogenannte gewerbliche GU's sind aufgrund ihrer Flexibilität sehr wettbewerbsfähig und einer der wichtigsten Faktoren der Kärntner Wirtschaftsentwicklung.

Ein sehr wichtiges Projekt ist auch der Aufbau einer IT-Struktur mit dem Vorhaben Lakesidepark. Die Finanzierung von Landesseite ist garantiert, die ersten Maßnahmen sind in Umsetzung und die Hoffnung, vom Bund Geld für den Ausbau der Uni zu bekommen sehr groß. Als Ersatz für eine technische Fakultät an der Uni wäre eine Stärkung der Informatik mit neuen

Themen dringend erforderlich – dies aber in enger Kooperation mit den Fachhochschulen. Der Aufbau weiterer Studienrichtungen Mechatronik, Sensomotorik und Robotik bzw. Infotronik wäre empfehlenswert. Der Lakesidepark ist mit den Forschungseinrichtungen wie CTR und anderen, mit den beiden Clustern in eine geeignete IT-Kooperation mit Klagenfurt und Villach einzugliedern. Aber als hochrangiges Ziel ist eine technische Fakultät an der Uni gegeben.

Diese Feststellung vertritt auch der von mir nach Kärnten geholte internationale Experte Prof. Dr. Franz Josef Radermacher. Er ist aber auch der Meinung, daß Kärnten mit seinen Synergiepotentialen und ausgeprägten Schwerpunkten als Land zu einer der nachhaltigen, wenn nicht überhaupt nachhaltigsten Region Europas werden kann. Die Besonderheiten vor allem der landschaftlichen Situation und die Lage am Schnittpunkt der drei großen europäischen Sprach- und Kulturkreise sind hierfür sehr günstig. Im Zuge einer EU-Erweiterung Richtung Südosteuropa hat Kärnten gute Chancen. Auch die erfolgreichen Initiativen der Biotechnologie wie Biodiesel, Solartechnik, Biogas und Biowärme sowie Bioenergie haben große Zukunft und bieten enorme Arbeitsmarktpotentiale. Hier kann Kärnten zur Vorzeigeregion mutieren – verbunden mit Forschungseinrichtungen – sogar Weltruf erlangen. Deshalb forciert auch die Kärnten Technologie diese Bemühungen namhafter Unternehmungen wie Green-one-Tech, Biodiesel Kärnten in St. Veit und Arnoldstein.

Das sind zusammengefaßt die wesentlichen Vorstellungen der Finanz- und Wirtschaftspolitik für das Jahr 2003. Wir verfolgen das Ziel, Kärnten im Wachstumsschritt mit Nachbarregionen gleichzuschalten. Dabei kommt es wesentlich darauf an, daß genügend Finanzmasse zur Verfügung steht, um Zukunftsinvestitionen ohne Schulden zu tätigen. Unser Budgetkurs ist deshalb auch so angelegt, daß die Neuverschuldung abweichend vom Wert 2002 nur geringfügig ansteigt. Das sind genau 7,5 Millionen Euro. Zuwachs oder 0,04 Prozent gemessen am BIP. Diese Zunahme ist angesichts der gewaltigen Ausdehnung der Ausgaben um 242 Millionen Euro oder 15,3 Prozent im Vergleich zu 2002 gerechtfertigt. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion - LH Dr. Haider: Bravo!)* Wichtig ist dabei der

**Ing. Pfeifenberger**

Budgetkurs, das heißt die Entwicklung der Neuverschuldung. Berücksichtigung muß dabei auch finden, daß der Verlust an Ertragsanteilen von 22 Millionen Euro, um die sich diese Summe die Neuverschuldung auch im Budgetprogramm verändert. Stellt man diese Summe von 22 Millionen Euro den Beträgen an investiven zusätzlichen Maßnahmen gegenüber, so ergibt sich ein Vergleich zu 2002 eine Ziffer 22 zu 181 Millionen Euro. Das zeigt auch, daß wir hier die Maßnahmen richtig gesetzt haben, und daß damit auch wichtige Investitionen getätigt werden können. Das Ziel, am Abbau der Neuverschuldung festhalten zu wollen, bleibt aufrecht. In Zeiten schwacher Konjunktur ist es auch für einen Finanzreferenten notwendig, zusätzliche Mittel für öffentlich unterstützte Projekte bereitzustellen. Das haben wir in ausreichendem Maße getan, der Beschäftigungseffekt gibt uns Recht und die angemessene Neuverschuldung ist damit gerechtfertigt.

Der Kärntner Weg in der Finanzpolitik ist wertsichernd und belastungsfrei. Einerseits kommen ausgegebene Darlehen aus Rücklagen wieder in die Landeskassa, andererseits entstehen durch landesfinanzierte Projekte wie Pflegeheime in Form langfristiger Darlehen keine Belastungen für die Bevölkerung.

Kärnten ist eines der wenigen Bundesländer, in denen es in drei Jahren freiheitlicher Regierungsbeteiligung keinen Cent an neuen Belastungen gegeben hat. (*Beifall von LH Dr. Haider und der FPÖ-Fraktion*) Wir haben die Schulden unserer Vorgänger abgebaut und sind auf dem besten Wege, ein vertretbares Ansteigen der Schulden zuzulassen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß neue Spielräume im Land und in den Gemeinden wichtige anstehende Vorhaben durch Zins- und Tilgungersparnisse ermöglicht haben. Wir halten diesen Weg für absolut wichtig! Er führt uns - trotz vieler neuer Verpflichtungen und Maßnahmen - zum Ziel und ist somit konform mit den Maastricht-Kriterien.

Kärnten hat trotz der geringen Finanzkraft viel geleistet, in den letzten drei Jahren. Neue zusätzliche Einnahmen können erst 2004, möglicherweise durch Privatisierungen, erwartet werden. Sollten sie zustande kommen, können damit die Schulden abgebaut und getilgt werden und kann das Land schuldenfrei gemacht werden. Ausga-

benseitige Einsparungen können nur gezielte gesamtheitliche Umsetzungsvorhaben im Zuge der Verwaltungsreform und des Outsourcings bringen. Eine Verlagerung von Aufgaben auf die nächste Ebene bringt niemandem zusätzliches Geld; es muß zu einer tatsächlichen Reduktion von Aufgaben führen. Erst dann kann von "positiven Effekten" gesprochen werden. Die Beispiele anderer Bundesländer zeigen eine deutliche Abnahme der Ausgaben durch Wegfall von Personal und Verwaltungsaufwand.

Ich schlage deshalb vor, daß ein Benchmarking durchgeführt wird, um den Status quo in puncto Auswirkungen zu vergleichen, bevor wir in die Umsetzung des Großprojektes "Verwaltungszentrum" gehen. Ein Projekt in dieser Größenordnung muß auf die Budgetgestaltung der nächsten Legislaturperiode große Auswirkungen haben. Damit verbunden, soll auch der Wettbewerb innerhalb der Gebietskörperschaften stattfinden. Ich denke, im Zeitalter der Informations- und Kommunikationstechnologie muß eine Verlagerung in andere Verwaltungseinheiten (hin- und hinunter) dann jederzeit möglich sein, wenn Einsparungen dies sinnvoll erachten lassen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die bedenkliche Entwicklung von neuen Aufgaben, Maßnahmen und Verpflichtungen, die in weiterer Folge zu Ausgaben ohne Einnahmen führen. Im Zuge der Einführung der Kostenrechnung wird von uns ab 1. 1. 2003 besonderes Augenmerk auf derartige Entwicklungen zu legen sein - ansonsten zu befürchten ist, daß ständig neue Leistungen im Sozialreferat erfunden werden, wofür es keine tatsächlichen Erfordernisse gibt. Steigerungsraten jenseits der Zehnprozentmarke sind auf Dauer nicht verkraftbar und werden nur dann finanzierbar sein, wenn dafür auch Einnahmen Drittverpflichteter entstehen.

Auch eine Änderung des Finanzierungsschlüssels lehne ich kategorisch ab - weil dies nur dazu führt, mit neuen Leistungen jene Ersparnisse der Gemeinden durch höhere Ausgaben für neue Maßnahmen zu kompensieren. Hier erwarte ich auch vom Gemeindebund Widerstand und Gegenwehr!

Auch die Entwicklung von Planstellen, einschließlich der Dienstzettel, macht mir in gewis-

**Ing. Pfeifenberger**

ser Weise Sorgen. Es gibt nur wenige Ausnahmen, wie zum Beispiel die Musiklehrer, wo eine Ausweitung wirklich berechtigt ist. Eine Zusammenlegung von Abteilungen ist meiner Ansicht mehr denn je zu fordern, um sich in den nächsten drei Jahren bereits auch der Kompetenzcenterstruktur anzupassen.

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Das Budget 2003 hat die wesentliche Zielsetzung, eine verstärkte Mittelzuführung für Investitionen zu erreichen, ohne neue Schulden in Kauf zu nehmen. Damit erhöhen sich die öffentlichen Aufträge und stabilisieren zu erwartende Konjunkturerinbrüche. Starke Zunahmen haben der Sozialbereich und die Maßnahmen im ländlichen Raum. Aus meiner Sicht soll dabei erreicht werden, daß die Auswirkungen positive Effekte gegen die drohende Abwanderung bewirken. Der Schaffung neuer Arbeitsplätze vor Ort ist bei all diesen Überlegungen oberste Priorität einzuräumen. Alle Investitionen sind mit Sorgfalt, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit auszuführen und im nachhinein auf ihre Wirkung zu überprüfen. Die Erhaltung von Strukturen im ländlichen Raum ist lebenswichtig und soll daher unterstützt werden. Es soll ein „Ausgleich Region und Zentralraum“ zustande kommen, was im Budget 2003 eindrucksvoll dokumentiert und festgeschrieben ist. 242 Mehrausgabenansätze im Vergleich zu 2002 sind ein deutliches Zeichen dafür.

Aber auch für jene Menschen, die Hilfe benötigen, ist mehr Geld vorhanden. Die soziale Verantwortung für das Land und die Menschen liegt mir am Herzen! Das rechtfertigt übermäßige Steigerungsraten zu den Vorjahren - es rechtfertigt aber auch einen vertretbaren Anstieg der Verschuldung. Wir stärken damit außerdem die Einkommen der Familien, die unsere Unterstützung dringend brauchen.

Eine Investition in die Kaufkraft der Kärntner Bevölkerung ist sinnvoll, weil dies vielfach über die Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung spürbar wird. Deshalb bleibt auch die Forderung auf eine Steuersenkung für kleine Einkommen und für kleine Unternehmer für das Jahr 2003 bestehen. Sie muß kommen: egal, welche Bundesregierung und Koalition zustande kommt! Eine Steuerquote, wie sie derzeit in Österreich besteht, wird unsere Chance bei einer

EU-Erweiterung schmälern. Es geht um den Wirtschaftsstandort Österreich und Kärnten. Die sehr negative Entwicklung in Deutschland kann unsere Chance sein. Eine Steuerpolitik auf Kosten der kleinen Leute ist unsozial und schwächt die Wirtschaft! Die Heranziehung enormer Reserven im Bund ist möglich, aber auch notwendig, um tatsächlich 2003 eine Verminderung der Abgaben umzusetzen. Auch die Länder und Gemeinden werden bereit sein, einen angemessenen Beitrag zu leisten.

In diesem Sinne ist das Budget 2003 zur Beschlußfassung vorgelegt worden. Es ist ein Budget mit sehr viel Vision und sozialer Verantwortung für die Menschen. Es widmet sich vor allem dem ländlichen Raum und seiner Bevölkerung. Es trägt einer veränderten Wirtschaftslage Rechnung. Es hat eine vertretbare Entwicklung der Verschuldung, gemessen an den positiven Auswirkungen der beiden Schwerpunkte. Es könnte jederzeit von allen Fraktionen akzeptiert werden und wird einen gewichtigen Beitrag leisten, den Aufschwung in Kärnten zu beschleunigen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und die Zukunft in Kärnten positiv zu gestalten!

Ich möchte mich bei meinen Mitarbeitern bedanken und bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall von LH Dr. Haider und der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Der Herr Finanzreferent hat mit seiner Budgeteinbegleitung das Budget, den Voranschlag 2003, erläutert und hat uns auch ein kleines Präsent übergeben, das uns beim Studium dieses umfangreichen Konvolutes etwas Erleichterung und Entspannung bieten sollte. *(Abg. Dr. Wutte: Eine bittere Pille!)*

Ich habe nun, laut Vereinbarung in der Obmännerkonferenz, die Aufgabe, Ihnen eine Mittagspause zu geben, und zwar bis 13.30 Uhr. Dann wird der Nachtragsvoranschlag zur Diskussion stehen. Ich unterbreche hiermit die Sitzung bis 13.30 Uhr.

*(Unterbrechung der Sitzung um 12.23 Uhr)*

**Dipl.-Ing. Freunschlag**

(Fortsetzung der Sitzung nach der Mittagspause um 13.32 Uhr.)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Wir nehmen die unterbrochene Landtagssitzung wieder auf. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**2. Ldtgs.Zl. 238-14/28:  
Bericht und Antrag des Finanz-,  
Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses zur Regierungsvorlage betreffend den I. Nachtragsvoranschlag zum Landesvoranschlag 2002; Änderungen der Zustimmungen und Ermächtigungen**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Mag. Neuner. Mit der Zuweisung dieser Materie an den Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß ist die erste Lesung erfolgt. (Abg. Unterrieder meldet sich zur Geschäftsordnung.) Zur Geschäftsordnung Herr Klubobmann Unterrieder!

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren Abgeordneten! Ich darf gemäß § 64 der Kärntner Landtagsgeschäftsordnung einen Antrag stellen, betreffend € 185.000,--Musikkoffer, § 30 Absatz 2, Ziffer 1 Kärntner Landtagsgeschäftsordnung.

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Der Landesrechnungshof wird aufgefordert, den vom Land bzw. Landeshauptmann Dr. Haider für die Kärntner Pflichtschulen angekauften "Musikkoffer" dahingehend zu überprüfen, ob die eingesetzten Landesmittel (€ 185.000,--) entsprechend den Grundsätzen der Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit (z.B. Aktualität und Verwendbarkeit des Musikkoffers; Retournierung des Musikkoffers durch die Pflichtschulen etc.) verwendet wurden. Es möge darüber hinaus geprüft werden, welche Beschlüsse dem Ankauf des Medienkoffers zu Grunde liegen, mit wel-

chen Mitteln und aus welchen Voranschlagssätzen des Landesbudgets die Finanzierung erfolgte, ob eine Ausschreibung durchgeführt wurde und wieviele der 164 Kärntner Betriebe der Buch- und Medienwirtschaft zur Anbotslegung eingeladen wurden?

Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Sie haben den Antrag gehört. Ich stimme darüber ab. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Nunmehr darf ich dem Berichterstatter das Wort erteilen.

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Neuner** (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Im vorliegenden Gesetzesantrag geht es gemäß Artikel 60 Absatz 1 des Kärntner Landesverfassungsgesetzes, LGBl.Nr. 85/1996 spiegelt der vom Landtag beschlossene Voranschlag die Grundlage für die Gebarung des Landes. Gemäß Absatz 4 des Artikels 66 darf die Landesregierung dem Landtag im Laufe eines Finanzjahres Nachträge zum Voranschlag vorlegen. Die Landesregierung hat dem Landtag Nachträge vorzulegen, wenn im Laufe eines Finanzjahres durch außer- oder überplanmäßige Ausgaben Überschreitungen der durch den Landesvoranschlag festgelegten Gesamtausgaben bestehen, durch Mehr- oder Mindereinnahmen der Landesvoranschlag wesentlich verändert wird oder durch Mindereinnahmen eine erhebliche Beeinträchtigung des Haushaltsgleichgewichtes droht, der durch Minderausgaben nicht ausgeglichen werden kann. Die Mehrausgaben, die Mehreinnahmen, die Ausgabeneinsparung und Mindereinnahmen sind übersichtlich dargestellt.

Ich bitte um das Eingehen in die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Klubobmann Dr. Wutte das Wort.)

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Es wundert mich schon die gewisse Mutlosigkeit der SPÖ, wenn ich damit gleich zu Beginn anfangen darf. Eine Fraktion, die in der Öffentlichkeit gegen den Nachtragsvoranschlag poltert und ankündigt, es da abzulehnen und dann es nicht einmal ... (*Abg. Unterrieder: Dich haben wir als Oberlehrer gerade gebraucht!*) nicht einmal den Mumm aufbringt, ans Rednerpult zu schreiten, um hier auch die Argumente im Hohen Haus darzulegen warum man denn das ablehnt. (*Abg. Unterrieder: Ich frage, warum du dafür bist!?*) Ja, das werde ich dir schon erklären. Das werde ich dir schon erklären. Also, eine solche Debatte zu verweigern oder nicht zu führen, halte ich für gelinde gesagt, nicht einmal für halboppositionell, sondern das ist wirklich eigentlich Verweigerung und nur noch (*Mehrere Zwischenrufe aus der SPÖ-Fraktion. - Lärm und Aufregung im Hause.*) ... nur noch verwunderlich. Es erinnert mich ein bißel an das peinliche Verschlafen des damaligen Klubobmannes Hausenblas, der eine ganze Budgetdebatte durch nicht ... (*Zwischenruf von Abgeordneten Koncilia.*) Es erinnert mich an den Kollegen Hausenblas, ich muß das sagen. (*Abg. Unterrieder: Du hast ja auch nicht abgegeben! Du brauchst keine Märchen erzählen jetzt.*) Selbstverständlich habe ich abgegeben. Also noch einmal Freunde! (*Weitere Zwischenrufe von Abg. Unterrieder.*) Mich verwundert es, daß die SPÖ nicht in der Lage ist, hier aufzutreten und das Wort zu ergreifen und zu erklären, warum sie den Nachtragsvoranschlag ablehnt. (*Mehrere Unmutsäußerungen aus der SPÖ-Fraktion. - Unruhe im Hause.*) Ihr habts ja nicht einmal eine Wortmeldung abgegeben, wie damals der Hausenblas also ein ganzes Budget, das ihr abgelehnt habt, ohne Wortmeldung seitens der SPÖ hier in diesem Haus zu Tage getreten. (*Es erfolgen mehrere Zwischenrufe aus der SPÖ-Fraktion. - Lärm im Hause.*) Und jetzt redets keinen Lavendel da drüben, sondern hörts einmal zu, was im Nachtragsbudget alles drinnen ist und wie auch eure Referate in dem Sinne sehr sehr gut ausgestattet werden. Aber ihr werdet heute dazu Nein sagen müssen.

Ich möchte nur in Erinnerung rufen. Soziale Dienste, Sozialhilfe - nehmen wir die Punkte

heraus, wo jetzt offenbar die Begründung gesucht wird, warum man es ablehnt - 25 Millionen Schilling oder 1,75 Millionen Euro. Jugendwohlfahrt - 1 Million Euro mehr; Seniorenhilfe, Seniorenförderung, Kinderbetreuungsgeld. Kinderbetreuungsgeld plus 8,8 Millionen Schilling im Nachtrag, um genau das zu finanzieren was uns als ÖVP auch immer ein Anliegen war, nämlich die Benachteiligung der Kärntner Kinder nicht zu bewirken insofern, daß eben nicht ein Umgleiten, ein Umstieg auf die Betreuungsleistung des Bundes ad hoc geschieht, sondern, daß die Kärntner Regelung weitergeführt werden kann, war immer eine Forderung von uns. Energiekonzept Arnoldstein. Ich glaube, es wird sich euer Bürgermeister massiv bedanken, wenn ihr heute dagegen stimmt, daß eineinhalb Millionen Schilling dort in Anwendung gebracht werden sollen. Und das, was mich besonders verwundert ist, wenn die SPÖ heute nein sagen wird, daß an die Gemeinden immerhin 6 Millionen Euro - also ungefähr fast 90 Millionen Schilling an Wirtschaftsimpulsen - für die Regionen Kärntens gezahlt werden. Ich glaube, wir reden alle über dieselbe wirtschaftliche Situation. Nur dann, wenn es darum geht, Maßnahmen zu ergreifen und wenn es darum geht, dann auch die Verantwortung zu übernehmen, dann ist die SPÖ leider meilenweit entfernt davon, hier Mitverantwortung zu tragen. Mich wundert es daher sehr, wie eure Argumentationslinie da aussieht.

Es ist so, daß die wirtschaftliche Lage in Kärnten nicht rosig ist. Das hat ja selbst der Finanzreferent einbekennen müssen und mehrfach sogar darauf hingewiesen. Die Konjunkturdaten, insbesondere seitens der Industrie sagen deutlich aus, daß fast alle Konjunkturindikatoren deutlich nach unten weisen. Es ist in den letzten Tagen auch medial ganz klar eine sehr unzufriedenstellende Situation im Bereich der Insolvenzen berichtet worden. Es gibt hier Überschriften, die lauten: "Pleitewelle rollt auf Kärnten zu" - Untertitel "Und das ist erst der Anfang". Das stimmt. Und das ist etwas, was wir nicht einfach hinnehmen können, sondern wo wir gefordert sind die richtige Wirtschaftspolitik zu machen. Und was man in diesen Kommentaren der Zeitungen auch liest, ist die Feststellung, daß Vieles von diesen Problemen auch hausgemacht ist. Und hausgemacht heißt nicht nur in den Firmen, sondern eben auch hausgemacht in der regiona-

**Dr. Wutte**

len Wirtschaftspolitik, für die insbesondere auch der Finanz- und Wirtschaftsreferent Verantwortung trägt. Ich erspare mir und Ihnen die Auflistung der letzten gemeldeten Konkurse und Insolvenzen, weil es ohnehin tragisch genug ist und wir das nicht einfach nur verlesen dürfen, sondern die richtigen Maßnahmen setzen.

Wenn heute ein Nachtragsvoranschlag für das heurige Budget dem Kärntner Landtag vorgelegt wird, dann ist das in erster Linie einmal das Einbekenntnis dazu, daß eine Korrektur des Budgets und des Budgetvollzuges notwendig und erforderlich geworden ist. Das ist - wenn Sie es so wollen - auch ein gewisses Eingeständnis eines Fehlers in der Budgetabwicklung dadurch, daß die Mittelverwendung oftmals eben nicht so gesteuert werden konnte, wie sie sinnvoll gewesen wäre. Und ich freue mich sehr darüber - ich sage das gleich zu Beginn - ich freue mich sehr darüber, daß wir diese Korrektur des heurigen Budgets und die nachträgliche Schwerpunktbildung in die richtige Richtung mitbeeinflussen konnten. Insofern freue ich mich darüber, daß es jedenfalls keine zwei tauben Ohren beim Finanzreferenten gegeben hat, auch darauf zu hören, was wichtig ist in diesem Land, nämlich die regionale Wirtschaft in diesem Lande anzukurbeln. Das war unsere Forderung. Wir haben gesagt, es muß die Wirtschaftskraft in den Regionen gestärkt werden. Es müssen die Gemeinde- und Regionalprojekte unterstützt werden.

Der Finanzreferent hat heute in diesem Zusammenhang auch den zuständigen Gemeindeferenten sehr gelobt. Dem wäre an sich nichts hinzuzufügen, wenn dieses Lob nicht ein bißchen spät gekommen wäre. Aber auch späte Einsicht ist eine Einsicht und das wollen wir jetzt einmal so zur Kenntnis nehmen. Ich nehme erstens an, daß dieses Lob seitens des Finanzreferenten nicht ganz uneigennützig geschehen ist. (*LH-Stv. Ing. Pfeifenberger: Sowie der Schelm denkt, so ist er!*) Aber das ist in der Politik so. Ich meine etwas ganz anderes. (*Zwischenruf von LH-Stv. Ing. Pfeifenberger.*) Ich meine etwas ganz anderes, Herr Finanzreferent! Ich muß dich daran erinnern, daß wir vor knapp einem Jahr hier im Kärntner Landtag heftig protestiert haben dagegen, daß eure Fraktion gemeinsam mit der SPÖ den investiven Haushalt, nämlich den

außerordentlichen Haushalt, im Jänner dieses Jahres, am 17. Jänner dieses Jahres, in der Kärntner Landesregierung mit einer Kreditsperre belegt hat. Das war etwas, zu dem wir damals schon gesagt haben, das ist der falsche Weg, das ist die falsche Budgetpolitik. In dem Budget, das wir gemeinsam beschlossen haben, genau den Teil zu blockieren und zu sperren, der für Investitionen in den Regionen notwendig ist. Das haben wir nicht verstanden und wir haben auch massiv dagegen gekämpft. Heute, sozusagen im auslaufenden Jahr, ist es uns endlich gelungen euch davon zu überzeugen, wie notwendig das ist, auch die Wirtschaftskraft in den Regionen zu stärken. Ich erinnere auch den Finanzreferenten daran. Es hat in seiner Fraktion und auch bei der SPÖ Überlegungen gegeben, dem Gemeindeferenten das Referat zu entziehen. Eine wirklich perverse Sinneseinstellung. Deswegen umso erfreulicher, daß heute der Finanzreferent einmal die gute und hervorragende Arbeit des Gemeindeferenten für Kärnten gelobt hat. Diesem Lob können wir nur beitreten. Wir werden es verstärken, aber es kommt ein bißchen spät ... (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*) Es kommt ein bißchen spät. Und wenn ich daran denke, liebe Freunde - ich muß das da in Erinnerung rufen - als es heuer eine Auseinandersetzung gegeben hat über die Verwendung der Mittel aus den Sonderbedarfszuweisungen, da hat eure Fraktion wirklich eine bösartigste Inseratenkampagne gegen unseren Referenten geritten, zu einer Zeit, wo er noch dazu gesundheitlich beeinträchtigt im Krankenhaus gelegen ist. Daher, bitte, ich würde mir wünschen, Herr Finanzreferent, diese Konsistenz einmal zu haben und die Anerkennung der Leistung eines Referenten, wie es unser Georg Wurmitzer in der Landesregierung ist, auch nicht nur fallweise, punktbezogen und interessenbezogen auszusprechen, sondern diese Anerkennung auch konsequent auszusprechen und nicht dann, wie es euch gerade paßt, wieder eine Inseratenkampagne zu schreiben und den Referatsentzug anzudrohen, wenn es etwas gibt das euch nicht in den Kram paßt. Dann möchte ich etwas mehr Kontinuität und auch Anständigkeit einfordern, ich möchte das in aller Deutlichkeit sagen.

Was die Kontinuität betrifft, so ist das eigentlich immer die Grundvoraussetzung für eine effiziente Wirtschaftspolitik. Ohne Kontinuität läßt sich



**Dr. Wutte**

eine Wirtschaftspolitik nicht wirklich gestalten. Und wenn ich mir das anschau, was in den letzten drei Jahren seitens des Finanzreferenten in der Wirtschaftspolitik gemacht wurde, dann möchte ich sagen, war das alles andere als ein kontinuierlicher Verlauf. Es sind viele Strukturfragen, Strukturveränderungen angekündigt worden, viele davon leider nicht umgesetzt und viele davon Gott sei Dank nicht umgesetzt. Ich würde sagen, von den vielen Strukturankündigungen sind oftmals die falschen seitens des Referenten umgesetzt worden.

Ich denke daran, daß es ihm ein Anliegen, ein Hauptanliegen ist - und das offensichtlich noch immer, dem haben wir auch einen Riegel vorgeschoben - aus seiner Person heraus, aus dem Referat heraus, verstärkt in die operative Wirtschaftsförderung einzugreifen. Das ist etwas völlig Falsches! Wir haben gesagt, die Wirtschaftsförderung gehört in einen ausgegliederten Bereich. Es muß dort anständig, seriös, einschätzbar gearbeitet werden können. Und alles, das was jetzt an Ansinnen kommt, Teile dieses Geldes aus der KWF-Schiene herauszunehmen und in eine Schiene hineinzuführen, wo einzig und allein der Finanzreferent das Sagen hat, um dann sozusagen auf Knopfdruck jene, die ihm zu Gesicht stehen mit einer Wirtschaftsförderung zu bedienen und die anderen leer ausgehen zu lassen. (*LH-Stv. Ing. Pfeifenberger: Wo?!*) Dieses Ansinnen nachzulesen ... Du kannst dich nicht einmal mehr erinnern an dieses Ansinnen. Das zeigt die Halbwertszeit deiner Ankündigungen, daß du heute nicht mehr weißt, was du vor zwei Monaten offensichtlich vorgehabt hast. (*Abg. Unterrieder: Pfeifenberger, du hast ihn zu früh gelobt!*) Es war unsere Verweigerung diesen Kurs mitzugehen notwendig, um das einzustellen. (*LH-Stv. Ing. Pfeifenberger: Wo's meinst denn da jetzt?!*) Du erinnerst dich an deine eigene Dinge offensichtlich nicht mehr! Kollege Unterrieder! Auch ihr habt's sozusagen die Strukturen nicht verändert ganz im Gegenteil. Ich erinnere an die notwendigen Strukturveränderungen ... (*Zwischenruf von Abg. Unterrieder*) Du bist wie der Gusenbauer, zuhören kannst du leider auch nicht. Das ist ganz schlecht! (*Abg. Unterrieder: Das ist eine Beleidigung! - Unruhe im Hause*) Das hast du gesagt!

Weitere Reformen, die angestanden sind, meine

Damen und Herren, die dem Budget und der Finanzpolitik gut getan hätten: Gesundheitspolitik, Sozialpolitik. Wir haben gemeinsam in beiden Bereichen eigentlichen Reformen angesagt. Die FPÖ hat trotz Warnungen den Nicht-Reformkurs mit der SPÖ eingeschlagen, das hat zu zwei bemerkenswerten, leider bemerkenswerten aber nicht besonders schönen Folgewirkungen geführt. (*Unruhe in der FPÖ- und SPÖ-Fraktion*)

Punkt eins Gesundheitsbereich: Etwa vor einem Jahr ist dann doch, nachdem ihr mehrheitlich die Überlegungen der ÖVP nicht gutgeheißen habt's, auf eine Einsparungsvariante beim LKH-Klagenfurt zu gehen, ist dann mehrheitlich durchgesetzt worden die "große Variante", um es einmal zu nennen. Und wir haben uns auch nicht verweigert, dem im Herbst des vorigen Jahres die Zustimmung zu geben, damit ein "Krankenhaus neu" entstehen kann. Nur frage ich Sie, meine Damen und Herren, die Verantwortung tragen SPÖ/FPÖ: Wo sind denn jetzt die Bagger, die schon bestellt waren? Wo ist denn jetzt die erste Phase eines Bauverfahrens? Es ist überhaupt nichts da! Vor einem Jahr habt's ihr noch auf die ÖVP eingepreßelt unter dem Motto wir verzögern den Bau. Seit einem Jahr gibt es einen Beschluß in der KABEG. Und wo sind die vorbereitenden Handlungen? Das frage ich Sie jetzt wirklich! Da ist man offensichtlich nicht in der Lage, das auch tatsächlich umzusetzen.

Sozialbereich: Wenn ich daran denke, es war unser gemeinsamer Wille mit der FPÖ, den Sozialbereich neu zu organisieren, um genau das, was der Finanzreferent Vormittag auch gesagt hat von der Sozialbürokratie, auch einzudämmen und in den Griff zu bekommen. Denn eines ist klar und an das möchte ich die SPÖ erinnern: In all diesen Jahren hat es im Sozialbereich die höchsten Steigerungsraten in den gesamten Budgetposten gegeben. Euch ist das noch immer zu wenig, das verstehe ich schon, weil ihr mit dem Geld nicht auskommt's und nicht wirtschaften könnt's. (*Unruhe in der SPÖ-Fraktion*) Wir haben gesagt, wir machen den Sozialfonds, um eben auch wirtschaftliches Denken und wirtschaftliches Handeln in die Umsetzung der Sozialpolitik hineinzubringen. (*Einsetzender Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Danke, Applaus!

**Dr. Wutte**

Danke schön, das freut mich sehr, wenn es von der FPÖ kommt - selten genug! Ich muß das deswegen aufgreifen, Seppi, weil eure Fraktion dann ohne Not und aus heiterem Himmel dieses Sozialfondsgesetz, das eigentlich schon beschlossen war, in der nächsten Sitzung des Landtages mit der SPÖ zu Grabe getragen habt's. Und heute hat der Finanzreferent das Problem der ausufernden galoppierenden Sozialkosten ohne strukturelle Veränderung und damit sozusagen auch ohne irgendeine Möglichkeit der Steuerung. Und das ist auch ein Problem unserer heutigen Budgetstruktur, daß leider versäumt wurde, weil ihr nicht die Konsequenz gehabt habt, gemeinsam mit der ÖVP eine wichtige und notwendige Reformpolitik für dieses Land durchzuführen.

Es ist das nächste Versäumnis sicher dort zu finden, daß die Arbeitsmarktpolitik möglicherweise bemüht aber letztlich ineffizient gelaufen ist, die Beschäftigtenzahlen sprechen dafür Bände. Ich möchte sie jetzt gar nicht im Einzelnen anführen. Sie sind traurig genug. Es ist zwar schön, daß wir von den Beschäftigtenzahlen steigend sind, wir sind es leider eben auch im Bereich der Arbeitslosigkeit. (*LH-Stv. Ing. Pfeifenberger: Nein, mehr Arbeit!*) Selbstverständlich, dein Wunschtraum! Das hat sicher auch damit zu tun, daß wir eben in vielen Bereichen auch der Bauwirtschaft zuwenig Impulse verzeichnen konnten. Es ist einiges geschehen, das konstatiere ich, aber zuwenig in diesem Bereich.

Und der letzte Punkt dann: Fehler, Versäumnisse und Ursachen der heutigen Situation sind wohl auch in der falschen - möchte ich einmal sagen - Außenwirtschaftspolitik zu suchen. Außenwirtschaftspolitik das heißt also Kontakt mit jenen Ländern zu finden, zu halten und zu pflegen, die unserer Wirtschaft gut tun. Und das sind im wesentlichen jene Märkte, die im Nahbereich des produzierenden Landes angesiedelt sind, das ist Oberitalien, das ist Slowenien, das ist der deutsche Markt, das ist der osteuropäische Markt. Was wurde gemacht? Erstens ist diese Chance nicht einmal halbherzig ergriffen worden. In Wahrheit ist da außer ein paar - möchte ich sagen - Persönlichkeitseinladungen aus Oberitalien von befreundeten Fraktionen nicht viel geschehen, wirtschaftspolitisch jedenfalls gar nichts. Und anstatt, daß man in der

richtigen Zeit das gemacht hätte, was wir gefordert haben, erstens eine Exportförderung. Die Exportförderungsoffensive haben wir zweimal im Landtag eingefordert, wurde permanent von SPÖ und FPÖ blockiert und dagegen gestimmt. Das ist etwas, was uns heute fehlt. Heute sind die anderen auf den Exportmärkten schneller und vor uns unterwegs. Und vor allem ist es die Kontaktsuche, wahrscheinlich mit den falschen Wirtschaftspartnern. Denn ich glaube also nicht daran - da dürft ihr mir nicht böse sein, daß der Boom an Aufträgen und die Beschäftigungsbesserung in diesem Land durch die Reisen nach Bagdad besonders angereichert werden. Es wäre wahrscheinlich sinnvoller nach Bonn, nach Berlin, nach München, nach Mailand, Oberitalien, nach Laibach oder auch in den osteuropäischen Raum zu fahren. Eine solche aktive Außenwirtschaftspolitik hätte wahrscheinlich für die Entwicklung der Kärntner Wirtschaft mehr gebracht. Daher auch das Manko, das wir konstatieren müssen. Es gibt faktisch keine effiziente Betriebsansiedlungspolitik in diesem Land und das müssen wir mit Schmerzen zur Kenntnis nehmen, daß das ein Feld ist, das überhaupt nicht bearbeitet wurde.

Heute hat der Finanzreferent erstmals eine vage Andeutung gemacht, daß er Leute in den deutschen Raum schicken wird, um Betriebe zu suchen, die vielleicht ansiedlungswürdig sind. Ist schön! Aber das hätte man bitte die letzten drei Jahre schon machen müssen, weil die Strukturprobleme und die Standortprobleme Deutschlands sind ja nicht erst durch die Wiederholung der rot/grünen Regierung in Deutschland entstanden, sondern dadurch, daß Deutschland ja bereits vier Jahre vorher eine rot/grüne Standortpolitik betrieben hat - daher eine negative. Und diese Chance wurde meines Erachtens viel zu wenig, viel zu wenig genutzt.

Daher auch in aller Klarheit an die Adresse der Freiheitlichen Partei - die Situation ist zu dramatisch, als daß man sie durch permanentes Schönreden verändern könnte, und daß man sich vorbeiwursteln oder drüberwursteln könnte, sondern es sind wirklich notwendige Maßnahmen zu ergreifen. Als erstes die notwendige Maßnahme einer wirklich effizienten Strukturreform. Zweitens die Maßnahme einer Budgetsorgfalt ernster zu nehmen. Denn eines möchte ich schon

**Dr. Wutte**

sehen und sagen, daß also jetzt zu Zeiten des Nachtrages zu Jahresende gesagt wird, wir können halt leider 1,3 Milliarden Schilling weniger in die Schuldentilgung machen, dann wäre vielleicht auch einmal eine selbstkritische Hinterfragung der eigenen Budgetpolitik auch notwendig gewesen zu sagen, weil wäre da nicht einiges gewesen in diesem Land, was wir uns hätten an sündteuren Aktionen auch ersparen können, an Eigenwerbung, an Eigenprofilierung, an Selbstvermarktungskosten. Das sind immerhin sehr, sehr viele Millionen, die in diesen Bereich gegangen sind und dann nicht zum Schluß des Jahres festzustellen: Wir haben leider nicht das Geld, daß wir die Tilgung in diesem Ausmaß fortsetzen sondern 1,3 Milliarden Schilling. Das heißt etwas mehr Budgetsorgfalt auch beim Budgetvollzug, das wäre jedenfalls dringend, dringend notwendig.

Ich möchte dann noch vielleicht zu zwei Punkten kommen, die angesprochen worden sind. Punkt eins ist also die ... Oder ein weiterer Punkt ist, was heute auch seitens des Landeshauptmann-Stellvertreters angesprochen wurde, Trennung der Agenden Regierung und Opposition. Ich glaube, das ist ein alter Hut, *(LH-Stv. Ing. Pfeifenberger: Ein guter Vorschlag!)* weil der Vorschlag ist so alt wie die demokratische Struktur unseres Landes, weil es eben immer zwei Wege gibt, das zu überlegen. *(LH-Stv. Ing. Pfeifenberger: G'scheit!)* Ich möchte sagen, die Diskussion kann man führen, Kollege Pfeifenberger, nur müßte man sie konsequenter führen. Denn Konsequenz auf diesem Gebiet würde natürlich auch bedeuten, daß ein Landeshauptmann, der etwa ein Drittel der Wähler hinter sich hat, nicht dadurch sanktioniert und damit perpetuiert und faktisch pragmatisiert ist in diesem Land, weil es keine Zweidrittelmehrheit gibt, um ihn wieder abzuwählen und die Kontrolle auszuüben. Denn ein Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition ist nur dann sinnvoll, wenn auch die Instrumente für eine effiziente Kontrolle und für die Durchsetzung dieser Kontrolle gegeben sind. Das wäre eine Aufgabe für uns, in der Verfassungsfrage nachzudenken. Aber da müßte man einiges neu ordnen, nämlich auch die Kontrolle über jene ausüben zu können, die nicht die absolute Mehrheit haben, aber sich manchmal so aufführen, wie wenn sie nicht nur die absolute sondern die ge-

samte Mehrheit in diesem Land haben. Und das tut dem Wirtschaftsstandort auch nicht gut. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)* Für uns bedeutet das aber auch, wenn wir grundsätzlich der Meinung sind, daß eine Konzentrationsregierung gut ist, dann hat das einen Grund aus Sicht der Kärntner ÖVP. Denn wir sagen, wir schauen lieber, daß in der Regierung schon das Richtige passiert. Und da ist der von dir zu Recht gelobte Landesrat Wurmitzer sicher der Richtige, der in der Regierung schon schaut, daß das Richtige passiert, als daß man dann auf die Opposition warten muß, die hinterher zwar beklagen kann, was falsch gelaufen ist, aber es nicht verhindern konnte. Und das sollte man auch überlegen, wenn man so umfangreiche strukturelle Veränderungen der Verfassungslage ins Auge faßt.

Und wenn ich zum Schluß sozusagen auch das anmerken darf, was seitens des Finanzreferenten dem Landeshauptmann an Rosen gestreut wurde, also diese Lobhudelei war für mich also etwas peinlich anmutend. Denn eines ist schon klar ... *(LH-Stv. Ing. Pfeifenberger: Kein Schwarzer und kein Roter haben das jemals geschafft!)* Ja, es ist schon recht! Ist ja alles recht, Kollege Pfeifenberger! *(LH-Stv. Ing. Pfeifenberger: Das ist die Wahrheit!)* Nur eine Frage stell dir bitte selber auch. *(LH-Stv. Ing. Pfeifenberger: Bitte!)* Wenn das alles so super war, was wir gemeinsam auch in Wien erreicht haben und was eine gemeinsame Bundesregierung für Kärnten erreicht hat, dann frage ich mich schon, warum gerade dieser Landeshauptmann, der in Kärnten weilt, die Regierung gesprengt hat. *(LH-Stv. Ing. Pfeifenberger: Der Schlüssel!)* Das frage ich mich dann schon! Weil da ist dann die Grenze zu ziehen zwischen dem, was du glaubst und zwischen dem, was du sagen mußt, um nicht morgen auch einer Säuberungsaktion zum Opfer zu fallen. Das ist die Beurteilung aus meiner Sicht für diesen vorausseilenden Gehorsam gegenüber dem Kärntner Landeshauptmann. *(LH-Stv. Ing. Pfeifenberger: Hast du den Schlüssel schon einmal gefragt?!)*

Daher komme ich zurück zum Nachtragsvorschlag und bin sehr gespannt auf die Argumentation insbesondere der Sozialistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, wie sie es damit hält, daß sie eben die genannten Punkte "soziale Dienste, Jugendwohlfahrt, Kinderbetreuungs-

**Dr. Wutte**

konzept und Energiekonzept Arnoldstein, und, und, und", warum sie dieser notwendigen Budgetkorrektur - die unsere Unterstützung hat, weil sie auch unsere Handschrift trägt -, warum sie dieser Korrektur dieses Nachtragsbudgets nicht die Zustimmung geben. Wir werden es jedenfalls tun, weil wir sagen, daß das eine späte aber um so notwendige Anpassung des Budgets 2002 ist. Danke fürs Zuhören! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Strutz das Wort.*)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Geschätzte Damen und Herren Abgeordneten! Der Finanzreferent hat heute das Budget 2003 vorgelegt. Er beschreitet damit den konsequenten Weg, den wir am Beginn dieser Legislaturperiode eingeschlagen haben und setzt hier einen erfolgreichen Weg der Budgetkonsolidierung und einer Schwerpunktsetzung, einer positiven Entwicklung für Kärnten fort.

Die Schwerpunkte, die in dieser Budgetpolitik festgeschrieben sind, die sich in diesem Budget, die sich aber auch in diesem Nachtragsvoranschlag wiederfinden, sind das konsequente Zurückdrängen der Schulden, sind das Stabilisieren des Landeshaushaltes und sind eine Schwerpunktsetzung vor allem im sozialen Bereich, im Bereich der Wirtschaftsförderung und im Bereich der Stärkung der ländlichen Regionen.

Der Nachtragsvoranschlag, Hoher Landtag, ist ein Teil der Budgetpolitik. Und da darf ich meinen Vorredner, Kollegen Wutte, korrigieren: Es ist keine Korrektur des Budgets, es ist kein Eingeständnis eines Fehlers - sondern es ist die Ergänzung des Budgets, das wir im Jahr 2002 beschlossen haben. Es ist nicht etwas Ungeöhnliches, denn jedes Jahr beschließt der Kärntner Landtag - in welcher Verantwortung auch immer, vor allem unter Landeshauptmann Zernatto haben die Nachtragsvoranschläge ganz andere Dimensionen gehabt - eine Fortschreibung, eine Weiterentwicklung des Budgets, weil eben im Finanzjahr die einen oder anderen Notwendigkeiten, die einen oder anderen Forderungen, von wem auch immer, gestellt worden sind.

Nur, dieser Nachtragsvoranschlag unterscheidet sich von allen anderen, vor allem jenen des Vorgängers Zernatto und der ÖVP-Handschrift, durch eine ganz entscheidende Entwicklung, nämlich daß dieser Nachtragsvoranschlag ohne Neuverschuldung auskommt. Die letzten Budgetergänzungen wurden immer durch ein Anhäufen, durch eine Steigerung von Schulden belegt. Dieser Nachtragsvoranschlag, den wir jetzt verabschieden, den wir beschließen, der ist ausgeglichen und kommt ohne eine Neuverschuldung aus. Und das ist, glaube ich, auch ein ganz wichtiger Punkt und ein Erfolg des Finanzreferenten. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Der Grund, warum auch dieser Nachtragsvoranschlag notwendig geworden ist, ist einerseits die internationale konjunkturelle Entwicklung, auf die wir aus Kärntner Sicht keinen Einfluß haben, sind die damit verbundenen auch Mindereinnahmen im Bereich der Ertragsanteile. Ein anderer Grund ist aber vor allem im Bereich der Wünsche der Referenten zu sehen, in den Anmeldungen und in den Forderungen der Fachabteilungen. Wenn man sich diesen Nachtragsvoranschlag ansieht, dann gibt es vor allem einen Bereich, wo die Wünsche enorm erhoben worden sind, an den Finanzreferenten, an das Budget, nämlich das Sozialbudget. Deshalb ist es für mich ebenfalls unverständlich, daß diese enormen Wünsche - die nicht immer für uns auch nachvollziehbar und ganz begründbar sind - erfüllt worden sind und trotzdem die Sozialdemokraten "Nein!" zu diesem Nachtragsvoranschlag sagen und somit auch gegen das Budget und gegen die Auszahlung dieser Mittel stimmen. Denn wenn Sie heute diesen Nachtragsvoranschlag ablehnen, dann lehnen Sie eine Schwerpunktsetzung im Landeshaushalt im sozialen Bereich ab. Dann stimmen Sie dagegen, daß die finanziellen Mittel ausbezahlt werden: für die sozialen Dienste, für die Sozialhilfe, für die Hauskrankenpflege, für die Hilfe zur Weiterführung auch sozial beeinträchtigter Menschen im Haushalt. Die Sozialdemokraten stimmen dagegen, daß die Mittel ausbezahlt werden, daß die Heime im Sozialbereich jene Mittel bekommen, die sie dringend notwendig haben. Die Sozialdemokraten stimmen dagegen, daß die Wohngemeinschaften für das betreute Wohnen mehr als eine Million Euro jetzt zur Verfügung bekommen. Die Sozialdemokraten stimmen

**Dr. Strutz**

dagegen, daß das Kärntner Nothilfswerk jetzt die finanziellen Mittel bekommt, um die beantragten Hilfen hier abwickeln zu können. Die Sozialdemokraten stimmen dagegen, daß die Seniorenhilfe, daß die Heizkostenzuschüsse jetzt, am Beginn des Winters, auch ausbezahlt werden können. Die Sozialdemokraten stimmen dagegen, daß die allgemeine Seniorenförderung, die 1.000 Schilling, die den bedürftigen Senioren ausbezahlt werden können, auch tatsächlich fließen. Die Sozialdemokraten stimmen gegen das Kinderbetreuungsgeld, gegen 8,8 (fast 9) Millionen Euro der Familien, damit sie auch eine finanzielle Besserstellung bekommen. Und deshalb rechtfertigt der Name "Sozial" im Wort "Sozialdemokratie" wirklich nicht mehr seine Legitimität! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Sie stimmen aber auch dagegen, daß die Zuschüsse an die Gemeinden für wichtige Infrastrukturmaßnahmen jetzt ausbezahlt und abgewickelt werden können.

Wir haben ein anderes Verständnis von Budgetpolitik. Wir werden mit diesem Budget 2002, das jetzt durch den Nachtragsvoranschlag erweitert wird, weitere wichtige Weichen für die gesellschaftliche, für die politische, für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Bundesland stellen und werden auch die erfolgreiche Budgetpolitik, die wir am Beginn dieser Legislaturperiode begonnen haben, bis zum Ende 2004 fortführen. Sie ist vor allem gekennzeichnet durch vier Bereiche, nämlich ein soziales Budget zu erstellen, ein innovatives Budget zu erstellen - durch neue Finanzierungsformen -, ein wirtschaftliches Budget zu erstellen, einerseits Hilfe für die klein- und mittelständischen Unternehmen in unserem Bundesland, andererseits das Zurückdrängen der Schuldenpolitik; ein familienfreundliches und vor allem ein soziales Budget.

Hoher Landtag! Diese Budgetpolitik, diese Handschrift auch unseres Finanzreferenten, ist sozial, da der Sozialbereich auch nach den in den vergangenen Jahren außerordentlichen Sprüngen Mehrausgaben hatte, die wir hier nicht nur zu verkraften hatten, sondern die wir auch bewußt gesetzt haben, weil wir gesagt haben: "Nach Jahrzehnten einer Vernachlässigung des Sozialbereiches in Kärnten ist hier ein enormer Aufholprozeß und Aufholbedarf zu gewährleis-

ten." Er hat auch heuer wieder eine Steigerung von über zehn Prozent erfahren. Wenn wir jetzt, im Nachtragsvoranschlag, noch einmal zehn Millionen Euro zum Budget 2002 nachschießen, dann kann man mit Recht sagen, daß das die soziale Handschrift des Finanzreferenten, des Landeshauptmannes, aber auch der Freiheitlichen Partei und der Österreichischen Volkspartei ist, die hier zum Ausdruck kommt.

Es ist insofern innovativ, weil wir neue Finanzierungsformen gefunden haben und auch der Konsens erreicht werden konnte, daß wir einerseits die Schulden reduzieren, daß wir auch mit Mehrausgaben - so wie jetzt im Nachtragsvoranschlag - keine neuen Schulden aufbauen, sondern daß wir auch das brachliegende Vermögen des Landes nutzen, daß wir Vermögensanteile des Landes nutzen und auch die Schaffung von Zukunftsfonds über Anleihen (Hypo, Privatisierungen, KELAG, Wohnbauforderungen etc.) abwickeln.

Ich glaube, der Schwerpunkt in diesem Budget und mit diesem Nachtragsvoranschlag ist, daß wir die sozialen Errungenschaften in Kärnten sichern und ausbauen können, daß wir unser hochwertiges Gesundheitssystem erhalten. Da möchte ich einen Sidestep zum Kollegen Wutte machen, der die Frage gestellt hat: "Wo fahren jetzt die Bagger im LKH Klagenfurt?" Zunächst einmal möchte ich schon darauf verweisen, daß wir ein Jahr lang Verzögerung dadurch gehabt haben, (*Abg. Sablatnig: Das ist ein großer Irrtum!*) daß die ÖVP auch den Beschluß über den Neubau des LKHs Klagenfurt blockiert hat. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Wutte*) Aber, Kollege Wutte: Wer glaubt, daß mit einem Beschluß nach drei Monaten bereits die Bagger anfahren, der ist naiv. Und ich weiß, daß er hier in einer provozierenden Form hier gesetzt wurde. Wir haben gerade, (*Abg. Dr. Wutte: Ein Jahr ist es her!*) Kollege Wutte, dem Wunsch der ÖVP Rechnung getragen und haben einen Architekten- und Projektwettbewerb ausgeschrieben, damit hier eine objektive Planung, eine objektive Vergabe auch in der architektonischen Gestaltung des LKHs Klagenfurt neu ist. (*Abg. Sablatnig: Das ist nichts Neues!*) Dadurch sind auch die Verzögerungen eingetreten. (*Lärm in der ÖVP-Fraktion*)

Wir möchten mit diesem Budget die Familienle-

**Dr. Strutz**

istungen für die Zukunft sichern und nach Möglichkeit auch ausbauen. Deshalb hat Landesrat Dörfler - auch gemeinsam mit dem Finanzreferenten - in Verhandlungen sicherstellen können, daß wir das Kindergeld noch einmal gegenüber dem Bund nachbessern, damit jene, die jetzt bei der Übergangsregelung oder beim Übergang zur Finanzierung von Seiten des Bundes hier auch in Kärnten noch einmal bessergestellt werden. Daher ist dieses Budget auch mit Beitrag des Nachtragsvoranschlages familien- und wirtschaftsfreundlich, da es einen familienpolitischen Schwerpunkt auch mit der besseren Auszahlung des Kindergeldes gegenüber allen anderen Österreichern sichert, das Schulstartgeld, die Kindergartenförderung einfach für die Kärntner Familien beinhaltet und auch Schwerpunkte in anderen Bereichen setzt. Dies möchte ich jetzt nur an einem Beispiel demonstrieren, nämlich in einem Bereich, und das ist ein echter Schwerpunkt in diesem Nachtragsvoranschlag. Wir haben für den Bereich der Zuschüsse an die Gemeinden, die über den Bereich der Sonderbedarfszuweisungen abgewickelt werden, Infrastrukturmaßnahmen zu unterstützen und zu fördern, in der Höhe von 6 Millionen Euro. Dies deshalb, weil wir der Meinung sind, daß die Lebensbedingungen und die Lebensqualität im ländlichen Raum wesentlich davon abhängt, wie sich auch die örtliche, wie sich die regionale Infrastruktur, wie sich die Grundversorgung auch in den Gemeinden gestaltet und weiterentwickelt. Mit den Maßnahmen, die jetzt auch über diesen Nachtragsvoranschlag verfolgt und realisiert werden können, verfolgt die Landesregierung, verfolgen Freiheitliche und ÖVP die Absicht, durch die Umsetzung von nachhaltigen Schwerpunktprojekten zu gleichwertigen Lebensbedingungen im ländlichen Raum mit jenen der Städte auch beizutragen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Es handelt sich dabei um Investitionsprojekte, die hohe wirtschaftliche, infrastrukturelle, soziale, kulturelle, aber auch touristische Bedeutung für die Regionen haben. Wir werden weiter die Mittel für die lokale "Agenda 21" hier vorsehen und eine Schwerpunktsetzung auch bei der lokalen "Agenda" setzen, das nachhaltige Handlungsprogramm hier für das 21. Jahrhundert, das ja unter anderem von der "UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung" verabschiedet wor-

den ist, damit auch in Kärntens Regionen konkret umgesetzt werden kann.

Etwa 25 % der Mittel sollen auch für die Förderung der Biomasse und Nahwärmeversorgung verwendet werden. Da Kärnten ein sehr waldrreiches Land ist, könnten allein in diesem Bereich - wenn Öl durch Holz als Brennstoff ersetzt wird - sehr viele neue und sichere Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen entstehen. Dazu bekennen wir uns, und daher ist auch der Bereich der Fernwärmeprojekte in den Gemeinden ein Schwerpunkt, der über diesen Nachtragsvoranschlag umgesetzt wird.

Ich darf hier einige Beispiele nennen, nur damit uns bewußt wird, wogegen jetzt auch die Sozialdemokraten stimmen, wenn sie diesen Nachtragsvoranschlag ablehnen. Sie stimmen gegen die Förderung des "Kultursommers", den Ausbau Stift St. Paul im Lavanttal, sie stimmen gegen das Hemma-Museum in Globasnitz, sie stimmen gegen das Werner-Berg-Museum in Bleiburg, sie stimmen gegen den Ausbau des Grenzlandheimes in Bleiburg, sie stimmen gegen das Schigebiet Petzen, wo wir wichtige Umweltmaßnahmen setzen werden. Wir wissen, daß wir damit auch einen touristischen Schwerpunkt setzen wollen, der gerade für die Region Feistritz - Bleiburg wichtig ist. Sie stimmen unter anderem gegen die Erschließung der Flattnitz; ein wichtiges Naherholungsgebiet, gerade für den Bezirk St. Veit für die ländliche Region. Sie stimmen gegen den Ausbau des Stiftes Pöckstein, wo wir in Straßburg ein echtes Projekt, ebenfalls für die Region entwickeln wollen, die hier im ländlichen Bereich Vorschub leistet. Sie stimmen gegen ein Projekt, ein Wellness-Therapiezentrum, in der Gemeinde Weitensfeld, wo wir zahlreiche Arbeitsplätze schaffen können, was ebenfalls einen touristischen Schwerpunkt beinhaltet. In der Region Oberkärnten lehnen Sie den Ausbau des Glocknerhauses in Heiligenblut ebenso ab wie den Gamsgrubenweg, wie eine Weiterentwicklung der Freizeitzentren in Oberdrauburg, der Veranstaltungszentren am Weißensee, der Schutzhüttensanierung im Bereich Großkirchheim und vielen anderen Bereichen mehr.

Die Sozialdemokraten stimmen gegen die karnische Region, sie stimmen gegen das Gailtal, gegen Villach wenn sie dem Naturpark

**Dr. Strutz**

Dobratsch 65.000,-- Euro vorenthalten. Sie stimmen gegen die Beschneidungsanlage am Dreiländereck. Sie stimmen gegen die Baumaßnahmen Projekt Küng in Bad Bleiberg. Sie stimmen gegen eine Betriebsweiterung in Hermagor. Sie stimmen gegen das Langlaufzentrum in

St. Jakob im Rosental, das 109.000,-- Euro bekommen soll. Sie stimmen vor allem aber durch ihre Ablehnung gegen die Fernwärmeprojektmaßnahmen. Und da frage ich mich schon: Was ist das für ein sozialdemokratischer Landesrat der für den Bereich der Umwelt zuständig ist und ein Projekt das ökologisch sinnvoll ist, das langfristig auch der ökologischen Weiterentwicklung Kärntens dient, das Arbeitsplätze sichert, ablehnt? Fernwärmeprojekt Tröpolach; Fernwärme in Gmünd; Fernwärme in Mallnitz. Das sind Schwerpunkte, die wir mit diesem Nachtragsvoranschlag setzen, der keinen Schilling mehr für das Budget beinhaltet, aber wichtige Projekte hilft zu realisieren und umzusetzen. Deshalb ist die Haltung der Sozialdemokraten für mich unverständlich. Sie stimmen gegen den Sozialbereich, sie stimmen gegen die ländlichen Regionen mit ihrer negativen Haltung. Wir wollen, Hoher Landtag, weiter für Kärnten konstruktiv arbeiten. Wir arbeiten für ein modernes und ein sozial gerechtes Kärnten. Wir wollen, daß Kärnten ein kinder- und familienfreundliches, ein Bildungs- und Innovationsland wird. Deshalb setzen wir jetzt auch die Maßnahmen im Budget, im Nachtragsvoranschlag, das von einer modernen Infrastruktur, einer zukunftsgerichteten Umwelt und Energiepolitik und von gesunden Lebensräumen geprägt ist, damit die Menschen auch in Zukunft gerne in diesem Land leben und sich hier wohlfühlen. Der von Landeshauptmann Jörg Haider, der von Finanzreferent Karl Pfeifenberger eingeschlagene Weg ist fortzusetzen. Deshalb erhält dieser Nachtragsvoranschlag auch vollinhaltlich die Unterstützung der Freiheitlichen und wir werden selbstverständlich den positiven Budgetkurs, den uns heute Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger hier präsentiert hat, voll mittragen zum Nutzen der Kärntnerinnen und Kärntner. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

*(Der Vorsitzende erteilt als nächstem Abg. Unterrieder das Wort.)*

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

*(LH-Stv. Ing. Pfeifenberger: Adi, tua nit schimpfn, gelt!)* Bleib schön locker, Karl! Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Vorerst darf ich einmal dem Kollegen Strutz dazu recht herzlich gratulieren, sich nach diesem Sonntag mit diesem Selbstbewußtsein hierher zu stellen und die Lobeshymne, wie sie jetzt die zweieinhalb Jahre oder die Zeit, die dreieinhalb bis vier Jahre, im Kärntner Landtag vorherrschte, weiterzuspielen. Es ist für mich diese Märchenstunde, die er jetzt gehalten hat, unwahrscheinlich, - daß sich in diesem Lande nichts bewegt, wenn irgendeine Partei - in dem Fall sind wir nicht mit dem Nachtragsvoranschlag einverstanden und auch nicht mit dem Budget, das für 2003 vorgelegt wird - daß sich dann in einem Lande nichts mehr bewegt. Kollege Strutz, Ihr habts ja schon alles durchgemacht, gemeinsam mit der ÖVP. Alternativbudgets in diesem Lande zu unserem Budget das wir vorgelegt haben, die nicht funktioniert haben und trotzdem hat sich in dem Lande etwas bewegt. Und trotzdem ist es in einer Demokratie legitim und erlaubt, andere Meinungen zu Budgetansätzen, zu Voranschlägen und zu Nachtragsvoranschlägen zu haben. Und das möchte ich einmal klipp und klar darstellen. Und ich muß sagen, es ist halt die Ehe, die sich jetzt anbahnt, wenn ich den Kollegen Wutte gehört habe. Die Ehe, die sich jetzt zwischen FPÖ und ÖVP anbahnt, schaut nicht ganz so gut aus. *(Mehrere Zwischenrufe von Kollegen Dr. Wutte.)* Ihr fangt ja jetzt schon, am Anfang an zu streiten bevor sie vollzogen worden ist. Das ist ja das Riesenproblem, bevor sie vollzogen worden ist. *(Abg. Dr. Wutte: Wir haben halt Standpunkte, verstehst?)* Und Kollege Wutte, die Packlerei die du anderen vorschmeißt, hat ja hingehaut *(Abg. Dr. Wutte: Ja, entschuldige, da redet gerade der Oberpackler!)* Wenn du hier von diesem Rednerpult feststellst - und ich habe dir auch zugehört, sehr genau zugehört, nicht dazwischen hineingeschrien, habe das auch ertragen - weil du gesagt hast, es wurde ja beabsichtigt oder es war die Absicht, daß man den Gemeindereferenten seines Referates beraubt. Es hat nicht stattgefunden, Kollege Wutte. *(Abg. Dr. Wutte: Das war aber ein anderer Grund! Die Irakreise war der Grund, daß ... )* Im Gegensatz hat aber eurerseits etwas anderes stattge-

## Unterrieder

funden. *(Ständige Zwischenrufe durch Abg. Dr. Wutte.)* Darf ich vielleicht ... *(Vorsitzender: Am Wort ist der Klubobmann Unterrieder bitte!)* Eurerseits hat etwas anderes stattgefunden. Die Zustimmung zu einem Nachtragsvoranschlag, zu einem Budget, war es natürlich wert, daß die Vorsitzende des Arbeitnehmerförderungsbeirates auf jeden Fall aus der ÖVP kommen muß. Und wenn es ums Packeln geht, liebe Freunde aus der ÖVP, seids ihr Weltmeister aller Klassen! Ihr wards ... *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Ihr wards mit der SPÖ in der Bundesregierung, wir haben auf Landesebene zwei Perioden gemeinsam bestritten *(Abg. Dr. Wutte: Wohl, wohl!)* und ihr wards aber nie dabei! Ihr wards nie dabei! Ihr wards nie verantwortlich und ihr wards nie zuständig! Das ist halt der Stil. Das ist euer Stil. Aber das ist nicht mein Problem. Ich möchte das ganz klipp und klar hier einmal feststellen.

Und wenn Sie, Herr Kollege Wutte, über die Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft oder über die Entwicklung im Krankenhaus Klagenfurt reden. Ich glaube, das läuft auf Schiene. *(Abg. Dr. Wutte: Ja, langsam!)* Und wir haben das letzte Mal dem Nachtragsvoranschlag zugestimmt und Sie nicht. Es ist trotzdem was in Bewegung geblieben. Es hat auch funktioniert. Es ist der Architektenwettbewerb ausgeschrieben worden. Es wird das, wenn es am Tisch liegt, *(LH-Stv. Ing. Pfeifenberger: Stubeck!)* funktionieren. Wir haben da auch kein Problem gehabt. Wir, als SPÖ, haben dem letzten Nachtragsvoranschlag zugestimmt, weil für Soziales mehr drinnen war und weil beim letzten Nachtragsvoranschlag für die Ebene der Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft und für die dort Beschäftigten die Möglichkeiten drinnen waren. Und wir stimmen jetzt diesem Nachtragsvoranschlag nicht zu, weil eben der Bereich der Krankenanstalten aus unserer Sicht zu wenig bedient ist, im personellen Bereich nicht bedient ist. Und wir haben schon oft genug ... und es ist immer der Punkt oder einer der Punkte, warum es hier zu keiner Zustimmung im Nachtragsvoranschlagsbereich kommen kann. Und weil der Kollege Wutte auch heute hier zur Kreditsperre gesprochen hat. Wir als SPÖ waren eisern und haben es gemeinsam mit der FPÖ *(Abg. Dr. Wutte: Ja, uns das Geld gesperrt!)* verhindert, daß diese Kreditsperre aufgehoben werden

konnte. Denn, wenn das passiert wäre, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus, dann würde der Nachtragsvoranschlag jetzt viel höher ausschauen. Dann würden wir nicht reden, daß es ohne große Neuverschuldung möglich ist, *(Abg. Dr. Wutte: Aber Wachstum und Arbeitsplätze!)* hier zusätzliche Maßnahmen zu finanzieren. *(Abg. Dr. Wutte: Aber Wachstum und Arbeitsplätze!)* Wir haben geschaut, daß der Griff in die Kassa durch die FPÖ nicht stattfindet, solange nicht erforderlich. Und wir haben gesagt, wenn erforderlich werden wir bereit sein, einer Aufhebung der Kreditsperre hier die Zustimmung zu geben. Das ist einmal auf jeden Fall ... da sind wir gestanden im Gegensatz zu manchen aus anderen politischen Bereichen. Wenn der Kollege Strutz heute das vorgelegte Budget, das wir ja im Dezember ausführlich zwei oder drei Tage diskutieren werden und das ein sehr gutes Budget ist. Dieses Budget hat viele Aspekte wo wir mitgehen könnten, es gibt aber Bereiche, wo wir in einem Budget - das vorgelegt worden ist - keine Chance haben, hier mitzugehen. Aber das werden wir bei Gelegenheit machen. Nur, es gibt ein so schönes Bild, Herr Kollege Pfeifenberger, diese Broschüre, die du heute ausgeteilt hast, die sehr bunt ist. Du hast einen Fehler gemacht. Dieses Budget hat die Grundlage, daß im Tresor nichts drinnen ist. Und wahrscheinlich werden wir im nächsten Jahr wieder etwas verkaufen müssen, ich weiß nur nicht mehr was. Das ist auch heute durchgeklungen... *(Zwischenruf von LH-Stv. Ing. Pfeifenberger.)* Das ist heute wieder durchgeklungen, daß wir unter Umständen noch etwas verkaufen werden. Viel haben wir nicht mehr zu verkaufen in Zukunft, um vielleicht hier zusätzlich Maßnahmen zu setzen. *(Abg. Dr. Strutz: Seids aber überall mitgegangen! - Abg. Mag. Scheucher-Pichler: Überall mitgestimmt!)*

Das Zweite, was ich auch noch feststellen möchte und das etwas als Auflockerung, Herr Kollege Strutz ... einen Erfolg haben wir schon von den Irakreisen des Herrn Landeshauptmannes - einen Erfolg haben wir zu verzeichnen - Gratissand aus der Wüste Sahara! Das war das einzig Positive, das er zu Stande gebracht hat. *(Abg. Dr. Wutte: Ist das fürs Beach-Volleyball der Sand gewesen?! - Mehrere Zwischenrufe aus der FPÖ-Fraktion. - Unruhe im Hause.)* Sand aus der Gegend wo er war bei Saddam, bei dem



## Unterrieder

damaligen Diktator. *(Es erfolgen lauthalse Zwiesgespräche unter Abgeordneten der ÖVP-Fraktion. - Unaufmerksamkeit im Hause.)*

Wir als Sozialdemokratische Partei werden auf jeden Fall aus folgenden Gründen dem Nachtragsvoranschlag nicht die Zustimmung erteilen. Erstens ist für eine zukünftige Wasserschiene - und die Menschen in diesem Land haben ein Anrecht auf Wasserversorgung, auch dort wo es Schwierigkeiten gibt im Unterland - *(Abg. Dr. Wutte: Die Hochwasserschiene!)* wichtig, daß wir Wasserquellen kaufen können. Derzeit geht es nur durch Umschichtungen im Referat des Kollegen Rohr in einigen kleinen Bereichen. Wir brauchen für diesen Bereich in einem Nachtragsvoranschlag - das war eine Forderung - ein Geld, um hier Quellen anzukaufen, um der Kärntner Bevölkerung eine sehr wesentliche Ressource zur Verfügung stellen zu können. Das ist das Wasser. Dieses zusätzliche Geld ist in diesem Nachtragsvoranschlag nicht vorgesehen und wir hoffen schon sehr schwer, daß es Gehaltsverhandlungen mit einem positiven Abschluß gibt, daß wir dann auch zur richtigen Zeit die Mittel hier zur Verfügung haben. Weil ich kenne das selbst - noch als Krankenanstaltenreferent - daß immer zu diskutieren und zu kämpfen war, damit die Mittel für die Beschäftigten dann zur Verfügung stehen. Auch das ist hier in diesem Bereich nicht vorgesehen.

Es würde uns als Sozialdemokratische Partei sehr interessieren, nachdem der Wurmitzer als Preis für die Zustimmung der ÖVP/FPÖ-Ehe ein Körbergeld gekriegt hat - Gemeinderatswahlen stehen bekanntlich ins Haus - 12,6 Millionen österreichische Schillinge hat er zusätzlich hier ... *(Abg. Sablatnig: Ja, Gott sei Dank!)* zumindest, nein 81,5 Millionen Schilling hat er zusätzlich gekriegt. Ich hätte schon gerne *(Abg. Dr. Wutte: Die braucht er ja!)* eine Liste, wo er im Land wohltuend für die Bevölkerung tätig sein wird. Eine Liste, wo aufgelistet ist, welche Absichten der Herr Gemeinderreferent mit diesem zusätzlichen Geld, unter dem Titel "Sonderbedarfzuweisungen", verfolgt. Aus meiner Sicht ist das nämlich ein Blankoscheck. *(Abg. Dr. Wutte: Wenn ein gutes Projekt hast, bist dabei! - Dies löst Heiterkeit in der ÖVP-Fraktion aus.)*

Es ist in diesem Nachtragsvoranschlag auch eine Fehlbudgetierung im Bereich der Landesholding

drinnen. Das heißt, der Verkauf der Hypo in der Höhe von 8,77 Millionen Schilling. Das heißt, jetzt wird das durch diesen Nachtragsvoranschlag bereinigt. Es ist kein Geld im Nachtragsvoranschlag für die Sportförderung, für die kleinen Vereine, vorgesehen. Für die großen Vereine gibt es gewaltige Beträge - ob das jetzt der FCK oder andere Bereiche sind - für die kleinen Vereine gibt es hier wenig an Möglichkeiten. Das heißt, hier werden, geschätzte Damen und Herren ..., *(LR Dörfler aus einer Abgeordnetenbank der FPÖ-Fraktion: Hast das Sportbudget einmal genau angeschaut!?)* Bitte! Schon, aber es geht darum, daß wir schon Forderungen und Wünsche haben können und dürfen. Und das ist ja auch möglich in einer politischen Debatte, daß wir dort zusätzliche Dotationen haben sollten, wo aus Sicht der Sozialdemokratischen Partei Schwerpunkte zu setzen sind. Für die kleinen Vereine und nicht für die großen, für die Beschäftigten und nicht nur für die, die das Geld haben in einem Land; für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und nicht für andere Maßnahmen, wo die Gießkanne eingesetzt wird. Und darum geht es ja bei Nachtragsvoranschlägen, darum geht es ja in der Budgetpolitik und in der Budgetdebatte, wenn wir darüber diskutieren bevor wir zu einer Beschlußfassung kommen. Und darum geht es auch, was wir dann in der Budgetdebatte im Dezember diskutieren werden, wo wir unsere Vorstellungen auf den Tisch legen werden, was für uns wesentlich wäre. Wichtig ist es auch, und das ist hoffentlich auch vorgesehen, daß die Leute, die jetzt mit Katastrophen bedient sind, die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt bekommen - ob das Bundes- oder Landesmittel sind - damit man rasch helfen kann. Wichtig ist auch, daß wir auch für den Wohnbaubereich - sprich Althausanierung - noch mehr Geld zur Verfügung haben. Und es ja legitim ist, damit wir hier eben zusätzliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen setzen können. Genau aus diesen verschiedensten Gründen - und ich habe nur einige anführen können und es werden die Kollegen meiner Fraktion noch einige andere Bereiche hier anführen, aus den Gründen stimmen wir diesem Nachtragsvoranschlag nicht zu.

Und Kolleginnen und Kollegen der ÖVP- und FPÖ-Fraktion! Seids so lieb, es glaubt kein Mensch, daß deswegen das Land stehenbleibt.

## Unterrieder

Weil - wie wir bereits gesagt haben – wir dem letzten Nachtragsvoranschlag und auch Budgets zugestimmt zugestimmt haben. Dem ersten Budget in der freiheitlichen Ebene als es die neue Konstruktion gab. Wir haben hier die Zustimmung gegeben - die ÖVP hat nicht zugestimmt – und trotzdem hat sich in diesem Lande viel bewegt, in diesem Lande viel bewegt! (*LH-Stv. Ing. Pfeifenberger: Die guten alten Zeiten! Du Adi, die guten alten Zeiten!*) Ob da die jetzigen Zeiten gute Zeiten sein werden, Herr Kollege Pfeifenberger, ich wünsche dir viel Glück und schönes Wetter in diesem Sinne für die Kärntner Bevölkerung. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Finanzreferenten LH-Stv. Ing. Pfeifenberger das Wort.*)

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte kurz zu den Äußerungen der Klubchefs hier Stellung nehmen. Ich darf schon sagen, daß wir hier nicht - wie kritisiert worden ist - irgendwelche Deals abgewickelt haben. Sondern wir haben korrekt das getan, was für Kärnten notwendig und wichtig war, nämlich die Maßnahmen zu unterstützen, die einerseits Pflichtbereiche (BZ) sind.

Vor allem der Sozialbereich zählt als wesentlicher Empfänger dieser zusätzlichen Gelder dazu. Wir haben ja der Kollegin Schaunig auch im Jahre 2002 mehr Geld gegeben, wesentlich mehr Geld, nämlich fast 80 Millionen Schilling zusätzlich, die sie für Ermessensausgaben benötigt hat. Das ist jetzt der Dank, Herr Kollege Unterrieder, daß man das jetzt auch noch kritisiert! (*Abg. Unterrieder: Es sind vieles Pflichtausgaben!*) Deswegen war auch meine ... Nein, Ermessensausgaben! Es sind alles Ermessensausgaben aus den sozialen Diensten, aus der Hauskrankenhilfe und aus der Jugendwohlfahrt. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Und da muß man sich auch einmal darüber unterhalten, wie das denn in Kärnten weitergehen soll. Jemand, der ständig neue Forderungen stellt, der ständig mehr Geld haben möchte, der auch eigentlich beispielhaft einer Fraktion angehört, die über

zehn oder 20 Jahre dort alles stehen gelassen hat. In dem Sozialbereich war ja Stillstand, bitte! Es war dort ja ein Zustand, der ja bedenklich war. Es hat im Sozialbereich ja immer nur rote Referenten und Referentinnen gegeben. Das war ja euer Versäumnis! Das waren ja eure Mißstände. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Und heute hier da heraus zu gehen und das zu kritisieren, daß wir drei Jahre hindurch Steigerungsraten von mehr als zehn Prozent haben, wo die Leute wirklich jetzt eine Hilfe bekommen, wo das Geld zu den Menschen kommt und nicht in die Strukturen und in irgendwelche Parteiapparate, das ist wirklich ein starkes Stück, Herr Kollege Unterrieder!

Und da muß ich einmal sagen, das wird sich in Kärnten so auf Dauer nicht spielen und deswegen war auch meine Festlegung heute, daß es gescheiter wäre Regierungsverantwortung und Opposition. Ihr seid's wirklich prädestiniert für eine klassische Oppositionspartei und das könnt's auch gut. Also das ist vielleicht wirklich der richtige Weg. (*Aufregung in der SPÖ-Fraktion*) Nein! Aber es ist einfach nicht mehr nachvollziehbar ... Ich habe alle Wünsche, alle Wünsche, die in diesen Referaten gegeben sind ... Das einzige was ich nicht finanziert habe war die Wasserschiene. Der Kollege Rohr war nicht bereit, mir ein Konzept auf den Tisch zu legen, wo auch die Gemeinden einen Beitrag leisten. Das Thema "Wasser" ist ja nicht ausschließlich eine Landeskompetenz. Wer braucht denn dort in den Gemeinden die Versorgung? Das sind ja die Bürger einer Gemeinde. Und die Gemeinde hat ja über das Tarifsysteem auch die Einnahmen. Da stellt sich schon die Frage, ob man jetzt dazu übergeht, daß man alle diese Dinge, die was kosten dem Land zuordnet und alle die Dinge, die was bringen, bleiben in der Gemeinde. Das ist halt ein Vorgehen, das auf Dauer mit Sicherheit nur dazu führt, daß das Land quasi die Unterstützungskraft verliert, daß damit auch wichtige Zukunftsinvestitionen eben nicht stattfinden, und daß wir in Wirklichkeit auch unseren Wettbewerb nicht beibehalten können.

Ich möchte das nur sagen, das ist der Punkt: Die Forderungen drei Jahre hindurch ständig mehr Geld, drei Jahre hindurch ständig neue Leistungen, die niemand in Wirklichkeit gefordert hat, die auch nicht nachvollziehbar sind, die auch

## Ing. Pfeifenberger

den Menschen draußen nix bringen. Und ich sage, ich bin bei der Kollegin Schaubig, wenn sie wirklich ehrlich und korrekt sagt, das ist aufgrund der fehlenden Mitteln und der Mängel, die es dort seit Jahrzehnten gibt zu tun. Da sind wir dabei. Deswegen haben wir auch immer wieder Geld zur Verfügung gestellt und haben das ohne Murren und ohne Kritik getan. Aber heute da heraus zu gehen - und ich höre ja die ganzen Diskussionen - und uns vor die Landesregierung dann die Leute hinschicken, die dann protestieren auf so quasi Bezahlung hin, weil da sind ja schon Protestierer aufgetreten, die sogar Geld kriegt haben fürs Protestieren. *(Unruhe in der SPÖ-Fraktion)* Ich meine, das sind schon Dinge, die wirklich für eine Überprüfung einmal reichen würden. Also da muß man echt sagen, so wird das in Zukunft nicht mehr gehen.

Und jetzt zum Nachtragsvoranschlag: Dieser Nachtragsvoranschlag wurde erstellt, weil ich am Beginn des Jahres gesagt habe, er wurde erstellt, ohne daß wir Schulden machen. Und er wurde erstellt in einem Bewußtsein, daß wir wichtige Investitionen, Pflichtausgaben damit erfüllen und finanzieren und das haben wir auf Punkt und Beistrich erledigt. Und ich habe deshalb 15 Prozent Kreditsperre verhängt, weil wir die Einnahmen aus einer strategischen Überlegung bei der Hypo-Bank nicht bekommen haben und auch nicht wollten. Die Hypo hat eine Entwicklung, die sehr gut ist für Kärnten - auch dein ehemaliger Herr Landesrat - Adi! - sitzt dort drinnen, der Herr Rauscher, der hat das alles mitbeschlossen. Bitte, da kann man nicht sagen, da tun die anderen Privatisieren und die anderen tun quasi dann das Geld verwenden oder verschwenden. Der Herr Rauscher war ja da drinnen, hat das auch mitgetragen. Das heißt wir haben gesagt, wir wollen 2003 keinen Privatisierungsschritt setzen, wir wollen das - wenn überhaupt - erst in den Jahren 4, 5, 6 und dort werden wir sehen, ob der Zeitpunkt der richtige ist. Und ob das eine Privatisierung ist oder ein Börsengang, das wird sich erst herausstellen. Wir werden auf jeden Fall dieses Unternehmen so lange mehrheitlich behalten, so lange es für Kärnten eine Nutzung bringt, so lange wir dort gute Renditen verdienen und so lange dieser Entwicklungsprozeß nicht abgeschlossen ist. Und dann werden wir darüber diskutieren, daß

es vielleicht gescheiter ist, als einen Partner hereinzuholen, daß man Teile an der Börse abgibt, weil das ist der gleiche Effekt und das Unternehmen bleibt noch immer in unserer Mehrheit. Auch dazu eine klare Aussage! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

*(Abg. Unterrieder: Und das Körpergeld für Wurmitzer ...!)* Und das Körpergeld, ja das möchte ich jetzt einmal genau diskutieren. *(Weiterer Zwischenruf von Abg. Unterrieder)* Nein! Der Kollege Wurmitzer - und das ist nachvollziehbar, der hat deshalb heute von mir auch öffentlich ein Lob erhalten, weil er bereit war diese 14,5 Millionen Schilling, die seit zwei Jahren ihm zugesagt wurden, für echte, gute Zukunftsinvestitionen in den Gemeinden bereitzustellen - und das sind die Biomasseanlagen, das ist die Rohstoffversorgung mit Hackschnitzel. Das ist die Errichtung von Projekten, die draußen Arbeitsplätze schaffen, die neue Arbeitsplätze bringen. Das sind Projekte und Initiativen wie der Nationalpark, die Naturparks und auch die ganze Kooperation mit den Nachbarregionen, die Kärnten in Wirklichkeit auch weiterbringen. Und das sage ich, das ist ein Weg, den ich auch mittragen kann. Der Kollege Wurmitzer hat auch gesagt, daß er auch damit einverstanden ist, daß wir jedes Projekt ganz genau untersuchen nach Zweckmäßigkeit, der kaufmännischen Sorgfalt und der Wirtschaftlichkeit und wenn diese drei Kriterien stimmen, dann kann man so einer Zuwendung und so einer Zuführung von Mitteln eigentlich ohne Probleme die Zustimmung geben. Und das ist kein Körpergeld, das ist kein Deal und das ist kein Geschenk an den Kollegen Wurmitzer, damit er dem Budget zustimmt, sondern das ist Regionalpolitik. Das ist die Erhaltung und die Unterstützung des ländlichen Raumes und das wird uns alle beschäftigen. Auch dein Bezirk, Herr Kollege Unterrieder, wird diese Unterstützung bitter nötig haben. Du weißt, was wir am Goldeck geschaffen haben. Du weißt, was wir am Mölltaler Gletscher geschaffen haben, was wir in Heiligenblut oben zustande gebracht haben. *(Abg. Unterrieder: Ich will eine Liste von all diesen Projekten!)* Ja! Das ist ja kein Geheimnis, der Kollege Wurmitzer geht eh in die Regierung damit. Das wird bei der nächsten Regierungssitzung alles beschlossen. Da sind aber keine Schwindeleien drinnen oder sonstiges, sondern alles wirklich gute Projekte,

## Ing. Pfeifenberger

wo draußen auch der Effekt und der Nutzen für die Bevölkerung damit gesichert ist. Und das möchte einmal klar sagen.

Wir haben einen Nachtragsvoranschlag zustande gebracht, mit einem satten Volumen Zusatzfinanzierungen ohne Schulden zu machen, ohne irgendeinen zu belasten in seinen Budgets und alle haben damit auch genug Spielraum, um die wichtigsten Aufgaben zu finanzieren. Wir haben auch den Überschuß des Jahres 2001 für den Nachtragsvoranschlag 2002 eingebracht und haben das auch dort verwendet. Auch das ist der Beweis einer sorgfältigen Finanzpolitik! Und ich glaube, daß es gerechtfertigt ist, daß man so vorgeht, und daß man diese Reserven für das einsetzt, wo sie am meisten bringen und wo sie auch damit für die Bevölkerung spürbar sind.

In diesem Sinne würde ich der sozialistischen Fraktion einmal raten, sich bei den Ansätzen, wo es um das eigene Referat geht und um die eigenen Probleme, sich auch einmal die Mühe zu nehmen, sich das anzuschauen und einmal über den eigenen Schatten zu springen und damit auch einmal einen Beweis zu liefern, daß man die Regierungsverantwortung ernst nimmt, und daß man den Menschen helfen will und nicht nur ständig parteipolitisch zu polemisieren. *(Heftiger Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Dr. Kaiser das Wort.)*

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte vorweg einmal auf einige Äußerungen des Klubobmannes Wutte eingehen, bei dem ich anfänglich fast das Gefühl gehabt habe, er würde durch die Eloge auf Landesrat Wurmitzer diesen ministerial Richtung Wien wegloben, so intensiv und so deutlich waren die Worte in diese Richtung, die Sie vielleicht auch mit Persönlichen treffen mögen.

Seine Rede war von mir nicht geteilt, aber sie war schlüssig. Nur die endgültige Schlußfolgerung - Klaus! - aus deiner Rede wäre eigentlich eine konsequente Ablehnung dieser Budgetpolitik gewesen. Denn so von Kritik gespickt, wie diese Rede war, wäre eigentlich die Schlußfol-

gerung eine Ablehnung des Nachtragsvoranschlages gewesen. Wir wissen, daß es nicht so ist. Klubobmann Unterrieder hat auch dargelegt, warum es anders ist und warum es hier jetzt zu einer gemeinsamen Vorgangsweise von ÖVP und FPÖ kommt und das ist Politik, wie sie in der Demokratie legitim ist. Daher akzeptieren wir sie auch. Was wir aber nicht akzeptieren ist, daß wir hier in einer gegebenen Situation sind, wo es nicht möglich ist, einzelne Punkte eines Nachtragsvoranschlages zuzustimmen, respektive abzulehnen. Unsere politische Schlußfolgerung ist jene, daß wir sagen Nein, diesem Nachtragsvoranschlag in seiner Gesamtheit stimmen wir nicht zu, weil eben gewisse Prioritätensetzungen nicht dem entsprechen, was sozialdemokratischer Politik wichtig erscheint.

Und wenn hier heute bereits sehr viele Lobeshymnen dargestellt wurden auf die Budgetentwicklung, auf den Schuldenabbau oder auf eine sogenannte nicht stattzufindende Nettoneuverschuldung, dann bitte ich Sie einmal, sich das in einer Grafik anzuschauen. Natürlich hatten wir im letzten Rechnungsabschluß einen Tiefpunkt, Tiefstand erreicht. Aber bereits der Rechnungsabschluß 2002 - Prognose vorausgesetzt - wird eine höhere Nettoneuverschuldung bringen, als es im Jahr 1998 der Fall war. Das heißt, die viel gerühmte Nulldefiziterreichung, keine Neuverschuldung ist eigentlich das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben steht, denn es findet de facto eine solche statt. *(Unaufmerksamkeit im Hause - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)* Das nur einmal zur Einbegleitung.

Und aus dem ableitend, meine Damen und Herren, erklärt sich auch die Position der Sozialdemokratie in diesem Bereich. Und ich nehme einen Punkt nur vom Klubobmann Dr. Strutz heran, um nachzuvollziehen, worum es uns geht. Er meint, in einer Aufzählung einzelner Punkt - herausgelesen aus den Erläuterungen - gegen welche Projekte ein Nein zu diesem Nachtragsvoranschlag sich richtet. Das mag für jemanden, der sich mit Budgetzahlen und mit den Hintergründen nicht beschäftigt hat, vielleicht sogar plausibel klingen. Wahr aber viel mehr ist und an einem Punkt mache ich es fest, am Beispiel des Langlaufzentrums St. Jakob, daß die Sozialdemokratie seit mehr als drei Jahren darauf gepocht hat, daß genau dieses Projekt realisiert

**Dr. Kaiser**

wird, daß immer wieder mit ausweichenden Antworten - insbesondere der Freiheitlichen Fraktion - das vermieden wurde. Ich erinnere an die letzte Begründung hier bei der Haushaltsdebatte, wo gesagt worden ist, na ja, man möge ja noch das Projekt auf der Flattnitz prüfen. Siehe die letzten Schneeberichte der letzten Jahre an und man weiß, wie weise es war, hier unserem Vorschlag zu folgen. Und jetzt im Nachtragsvoranschlag und es mag vielleicht zufällig mit ins Hause stehende Gemeinderatswahlen zusammenhängen, wie vielleicht so mancher Schelm vermutet - ich kann es nicht belegen, ich vermute es nur - aber, meine Damen und Herren, daß es jetzt im Nachtragsvoranschlag auf einmal diese Trendumkehr gibt, liegt - glaube ich - relativ klar auf der Hand, warum es so ist.

Und ich möchte noch zu einem weiteren Punkt kommen, der mir wesentlich in der Gesamterstellung ist. Wir müssen, wenn schon die Sozialpolitik des Landes und die Referentin so sehr gezeißelt wird, zumindestens aber auch den relativierenden Mut haben, darzustellen, daß das Land auch als letztes Glied viele Dinge gemeinsam mit den Gemeinden auffangen muß, die letztendlich aus bundespolitischen Dingen zum Tragen gekommen sind. (*Einsetzender Beifall von der SPÖ-Fraktion*) Und es ist für kleinere Haushalte kein Leichtes diese Steigerungen, diese Mehrbelastungen der letzten drei Jahre auf Bundesebene aufzufangen. Denn den Steuerzahlenden und den Leuten draußen ist es letztlich egal, wer ihnen zusätzliche Zahlungen und damit Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen aufbürdet. Und Großteils, meine Damen und Herren, war es nicht das Land - da stimme ich mit überein mit allen Fraktionen hier, weil wir eine Politik gesetzt haben, die das im Großteil vermieden hat, aber bundespolitisch wurden Dinge von Ambulanzgebühr bis zu Pensionsreduzierungen durchgeführt. Und das hat auch die Leute hier und damit die Sozialpolitik des Landes Kärnten unter Zugzwang gestellt. Also soll man nicht so tun, daß die Sozialreferentin aus reinem Gutdünken neue Dinge erfindet, die niemand braucht, wie es der Finanzreferent gesagt hat. So ist es nicht!

Wahr vielmehr ist, daß wir hier letztes Auffangbecken für verschiedene Leute, die sich sonst nicht mehr zu helfen wissen, darstellen müssen,

um auch neuen Anforderungen, die dadurch entstanden sind, zu begegnen.

Ich möchte auf einen weiteren budgetpolitisch nicht uninteressanten Bereich eingehen, den ich hier darstellen möchte. Der Stabilitätspakt war ja einer jener Meriten, die der Bundespolitik so wichtig waren, um zu sagen: "2001 hat diese Erfüllung der Maastricht-Kriterien gebracht." Gleichzeitig erfolgte ein Bericht, der auch an das Land Kärnten ergangen ist und erst gestern, meine Damen und Herren, den Abgeordneten des Kärntner Landtages übermittelt wurde. Aber - fleißig, wie wir oder einzelne von uns sind -, wir haben das natürlich auch durchgearbeitet. In diesem Stabilitätspakt steht drinnen, daß so manche Länder die Paktziele des Stabilitätspaktes, die Maastricht-Kriterien, nicht erreicht haben. Gleichzeitig wurde, insbesondere von den Ländern Steiermark und Niederösterreich, also nicht unbedingt sozialdemokratisch orientierten Ländern, vehemente Kritik an den Kriterien, die der Bund für diese Maastricht-Kriterien erstellt, übernommen und den Ländern aufgebürdet hat, geübt. Einzig und allein Kärnten - wahrscheinlich in damals noch sehr positiver Stimmung gegenüber dem Finanzminister, Karl-Heinz Grasser - hat auf jegliche Kritik und damit auch auf die Möglichkeit, Kriterien zu hinterfragen, verzichtet.

Meine Damen und Herren! Wenn ich aus dem Bericht nur zwei Passagen zitieren darf, dann unterstreicht und zeigt das auch die Dramatik, die in der Erfüllung dieser Maastricht-Kriterien letztlich liegt. Daß die Ergebnisse, so die Bundesländer Steiermark und Niederösterreich, dieser Maastricht-Kriterien und des Berichtes nicht akzeptiert werden oder daß die Natur des Berichtes völlig unklar ist, sind zwei Highlights daraus, die zeigen, daß hier sehr, sehr viel an finanzpolitischer Nachjustierung, aus unserer Sicht, notwendig ist.

Ich möchte abschließend zu drei Punkten kommen, die auch die mangelnde Prioritätensetzung im Nachtragsvoranschlag, aus unserer Sicht, kritisieren. Der erste Punkt: Es ist mir nie etwas lieber, als Zeugen und politische Aussagen anderer Parteien als Beleg dafür heranzuziehen. Sie alle werden heute die, glaube ich, sehr zukunftsweisende Bemerkung des Referenten Wurmitzer noch im Ohr haben, der gemeint hat,

**Dr. Kaiser**

Richtung Tribüne gewandt, an die damals dort sitzenden Schülerinnen und Schüler: "Lernen Sie Sprachen, Sprachen, Sprachen!" Ich habe das sofort gelobt. Ich würde mir nur eine daraus resultierende logische Politik des Landes Kärnten wünschen, die nicht die Sprachstunden, die Förderstunden, im Schulprogramm streicht und damit eben das Sprachenlernen nicht ermöglicht, sondern vielmehr fördert. Hierfür, meine Damen und Herren, vermissem ich jegliche Schwerpunktsetzung im Budget und im Nachtragsvorschlag! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Ich goutiere, daß man von sehr prosaischen Sprüchen wie "Kärnten blüht auf" nun zu einem Begriff, ich zitiere den Landesfinanzreferenten, "Kärnten holt auf" gekommen ist. Er ist noch immer nicht das Wahre, aber er ist schon "richtiger" geworden. Nur, wenn man dann gleichzeitig hier über den Bereich der Wasserschienen wichtige Enqueten, mit Fristsetzungen, von jedem Experten uns nahegelegt, unter dem Vorsitz von Präsident Freunschlag führt, dann aber nicht bereit ist, bei der ersten wichtigsten und richtigen Möglichkeit, nämlich bei der Justierung eines Nachtragsvoranschlages, genau diese Budgetposten für den notwendigen Ankauf sicherzustellen, dann ist das ganz einfach einmal "Thema verfehlt!" oder ein Nichtwahrnehmen und Nichternstnehmen der eigenen Äußerungen. Daher auch hier von dieser Warte aus vehemente Kritik der SPÖ-Fraktion an der Vorgangsweise von FPÖ und ÖVP!

Der vorletzte Punkt: Man hat über die Sportvereine gesprochen. Meine Damen und Herren! Ich bin dort sehr engagiert. Ich weiß, daß es viele der Abgeordneten aller Fraktionen hier im Hohen Haus sind. Jeder, der mit Sportvereinen zu tun hat, weiß, wie schwer sie es haben. Und sie haben es auch jetzt nicht leichter. Das einzige - und das goutiere ich auch, positiv, was ihnen jetzt ein klein wenig die Situation kurzfristig erleichtert, ist die Aufhebung der Kreditsperre durch den Landesfinanzreferenten. Aber das ist eine kurzfristige Hilfe. Was weit wichtiger ist - und hier orte ich Defizite! -, das ist die Situation, daß wir seit mehreren Jahren ein quasi Budgetmoratorium im Sportstättenbau haben, meine Damen und Herren! Das bedeutet letztlich, daß die Ausübung von Sport in den Bereichen, wie sie heute modernen adäquaten Unterbringungen

entsprechen, nicht mehr möglich ist. Oder anders formuliert: Es bedeutet, daß Landesrat Dörfner die von ihm auch bei der ASKÖ-Landeskonferenz zugesagte Verdoppelung des Sportbudgets nicht erfüllen wird können. Und auch das ist ein Grund, warum wir von Seiten der SPÖ diesen Nachtragsvorschlag ablehnen.

Letzter Punkt, den ich noch anführen möchte: Hier haben Abgeordnete aller beiden anderen Fraktionen versprochen, daß es nicht allein bei dieser Fünf-Vereine-Förderung - Sie wissen, Kärntner Heimatdienst, Landsmannschaft etc. - bleiben wird, sondern daß alle Vereine uns gleich viel wert sein werden. Sie hätten die Chance gehabt, meine Damen und Herren, Akzente bereits ohne diesen Antrag von Regierungsseite her in den Nachtragsvorschlag zu bringen. Aufforderungen dazu hat es an alle Fraktionen von sehr, sehr vielen Vereinen gegeben. Passiert ist letztlich nichts. Auch das ist ein Kritikpunkt unserer Fraktion an diesem Nachtragsvorschlag.

Zum Schluß kommend, erlauben Sie mir noch, möchte ich fast sagen, eine Klarstellung, die mir dringend und wichtig ist, *(Abg. Dr. Wutte: Alle Klarheiten beseitigen.)* weil sie aus meiner Situation heraus in aller Klarheit einmal zu benennen ist! Der Herr Finanzreferent hat aus seiner Sicht dargestellt und aufgezeigt, welche Versäumnisse die rot-grüne Regierung in Deutschland gemacht habe. Ich gebe auch offen zu, daß hier Fehler gemacht worden sind. Ich sage auch, daß wir wissen, daß wahrscheinlich auch diese Situation durch eine sehr überdimensionierte Berichterstattung im Österreichischen Rundfunk für diese Wahl mitentscheidend war. Sei es, wie es sei. - Aber, meine Damen und Herren, nehmen Sie bei diesen Analysen eines mit, die Sie hier immer wieder anstellen: Wenn das Land Deutschland - egal, ob vorher CDU-regiert und jetzt Rot-Grün regiert - dieselbe Steuerquote wie Österreich hätte, nämlich nicht die 43,4 % Steuerquote, die sie selber haben, sondern 46,3 %, wie es Österreich hat, dann schauen Sie sich das Deutsche Budget an, meine Damen und Herren! Denn das würde dann dort einen Budgetüberschuß bedeuten. Also nehmen wir einmal die Sachen realistisch, wie sie sind. Dadurch, daß die Österreicherinnen und Österreicher exorbitant viel zu diesem Staatshaushalt, der letztlich auch Landeshaushalte mitbestimmt, beitragen,

**Dr. Kaiser**

sind wir weiser da. Es ist bei weitem kein Verdienst Ihrer Fraktionen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Sablatnig das Wort.*)

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Zunächst möchte ich einige für mich wichtige Dinge ins richtige Lot rücken.

Erstens meine ich, daß die Gelegenheit, zum Nachtragsbudget zu diskutieren, auch eine Gelegenheit ist, einige Dinge aufzuzeigen, die positiv sind - und einige Dinge zu kritisieren, die zu kritisieren notwendig sind.

Ich möchte damit beginnen, daß Klubobmann Unterrieder gemeint hat, daß im Bereich der Krankenanstalten der Dienstpostenplan, der Stellenplan, nicht erweitert wurde. Ich habe die Unterlagen durchgesehen: Der Stellenplan ist von 6.269,5 Dienststellen auf 6.301 erhöht worden. Damit ist das richtiggestellt - weil sonst diskutieren wir über Dinge, die hier nicht stattgefunden haben.

Zweitens möchte ich sagen, daß die Diskussion um den Krankenhausbau-neu in Klagenfurt sicher zu kurz gegriffen wäre, zu sagen, die Volkspartei hätte ein Alternativmodell entwickelt und wäre schuld an der Verzögerung.

Geschätzte Damen und Herren! Im vorigen Sommer gab es eine große Spatenstichfeier. Offensichtlich sind die Spaten zu früh angeliefert worden. Denn wenn man im Sommer vorigen Jahres den Spatenstich für das LKH-neu in Klagenfurt bereits einberufen hat oder ein großes Fest mit Trompeten und Posaunen vorbereitet hat und wir dann aus Sorge um die Finanzierbarkeit dieses neuen Krankenhauses ein Alternativmodell entwickelt haben - über welches wir ohne weiteres verhandeln hätten können -, kann diese Zeit von zwei Monaten ja nicht der Grund sein, daß man bis heute kein Finanzierungskonzept hat. Das kann auch kein Grund sein, warum man im Jahr 2003, im Herbst vermutlich, nach Aussagen des Krankenhausreferenten Dr. Ambrozy, mit dem Bau beginnen könnte.

Ich sage dazu noch etwas: Wenn man den Architektenwettbewerb ausgeschrieben hat und der Architektenwettbewerb mit Frühjahr 2003 abgeschlossen sein soll, frage ich, warum eine ganze Delegation der Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft und des Krankenhauses Klagenfurt vor wenigen Tagen nach Aachen geflogen ist, um ein Krankenhaus zu besichtigen. Jetzt sind die Experten am Werk, ein Krankenhaus zu planen. Ich kann das höchstens als einen Betriebsausflug qualifizieren. (*Abg. Dr. Wutte: Jawohl! - Zwischenruf des Abg. Arbeiter.*) Noch dazu ist das Krankenhaus Aachen für jeden, der sich mit diesem Krankenhaus und mit dem Thema auseinandersetzt, sicher kein Beispiel für ein neues Krankenhaus in Klagenfurt.

Geschätzte Damen und Herren! Warum ist die Finanzierbarkeit der Krankenanstalten so wichtig? - Wer sich mit den Unterlagen beschäftigt hat, der weiß, daß der Schuldenstand aus dem Betriebsabgang im Jahr 2004 bereits 598 Millionen Euro betragen wird. (*Abg. Unterrieder: Das habt ja ihr beschlossen!*) Nein, nicht "ihr beschlossen", sondern das Krankenhaus macht diese Abgänge. Das Faktum ist, daß die Abgänge so festgeschrieben sind und daß diese Abgänge jemand finanzieren muß! Nach den Unterlagen der Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft, des Herrn Dr. Sonnberger, wird es im Jahr 2006 einen Schuldenstand bei den Krankenanstalten - ich habe das aus den Tilgungssummen herausgerechnet - von etwa 13 bis 14 Milliarden Schilling oder 1 Milliarde Euro geben. Wir wollten ja eine Reform haben! Diese Reform wurde aber dann mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei und der Sozialdemokraten unterbrochen.

Wir wollten auch im Sozialbereich eine Reform haben, die von den Sozialdemokraten und den Freiheitlichen gestoppt worden ist. Wer nicht bereit ist, diese beiden großen Ausgangspositionen zu reformieren, der wird daraufkommen, daß das System unfinanzierbar wird. Dazu kommt: Wenn ich 14 Milliarden Schilling oder 1 Milliarde Euro Schulden habe am Betriebsabgang, dann kann ich mir das, was ursprünglich am Krankenhaus Klagenfurt geplant war, nicht leisten. Jetzt, nachdem wir unser Projekt vorgelegt haben, sind auch die Experten in der Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft daraufgekommen, daß es um 2,2 Milliarden Schilling

**Sablatnig**

günstiger geht. Und da sage ich: Normalerweise müßte man dafür gelobt werden, ein Programm entwickelt zu haben, wo die anderen gezwungen werden, nachzudenken. Ich frage, warum sie vorher nicht nachgedacht haben, wenn sie mit Steuergeldern verantwortungsvoll umzugehen haben?! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Daher würde ich jetzt das Thema "Krankenhaus" abschließen. Ich möchte nun zum Nachtragsbudget kommen und sagen: Ob es das Gelbe vom Ei ist, darüber läßt sich diskutieren. Ich halte nur eines fest: Man braucht auch in der derzeitigen Budgetsituation eine klare Sicht für nüchterne Zahlen und für Notwendigkeiten. Wir haben uns als Volkspartei in diesem Nachtragsbudget in vielen Punkten wiedergefunden, weil es eine soziale Komponente hat, weil es eine wirtschaftliche Entwicklung sicherstellt, die in unserem Bundesland dringend erforderlich ist. Es gibt eine Reihe von sozialen Maßnahmen, die in diesem Budget festgeschrieben sind. Ich möchte sie nicht konkret zur Gänze aufzählen, aber es war wichtig, daß das Land Kärnten sich an den Restitutionszahlungen beteiligt. Das war ein Thema, das seit 1945 in den Köpfen der Gesellschaft eine Rolle gespielt hat. Hierfür zahlt das Land Kärnten nunmehr den Beitrag. Bundeskanzler Schüssel und die damalige Bundesregierung waren in der Lage, ein Paket auszuverhandeln, wo die Menschen zu ihrem Recht kommen; wenn man das so sagen kann. Jedenfalls ist das vertraglich so abgesichert.

Zum zweiten haben wir uns jahrelang für die Installierung eines Seniorengesetzes in Kärnten eingesetzt. Es war möglich, ein Seniorengesetz zu beschließen. Nunmehr ist es möglich, auch die Budgetmittel für das Seniorengesetz zur Verfügung zu stellen.

Der nächste Punkt ist, daß wir uns viele Jahre lang vielleicht zu wenig intensiv mit der Thematik der Situation der pflegebedürftigen Menschen auseinandergesetzt haben. Das Sozialbauprogramm führt dazu, daß es eine Reihe von dezentralen Pflegeheimen in unserem Bundesland geben wird. Wir möchten haben, daß es eine wohnsitznahe Versorgung der Betroffenen gibt; zunächst einmal über die extramuralen Einrichtungen, über die Hauskrankenpflege. Bei der Beschlußfassung des Sozialhilfegesetzes - ich glaube, 1992 - haben wir festgelegt, daß

jeder zu Pflegenden das Recht haben soll, aus mindestens zwei Anbietern die Dienstleistung abrufen zu können. Das hat stattgefunden. Es gibt eine Reihe von Institutionen, die sich mit der Hauskrankenhilfe beschäftigen. Dazu kommt, wenn wir die Situation der Familien kennen, daß wir die wohnsitznahe Versorgung auch im Pflegeheimbereich brauchen.

Ich sage noch etwas. Es ist die Aufgabe einer sozialen, einer humanen Gesellschaft, dafür zu sorgen, daß unsere Bürger, wenn sie älter werden, wenn sie ein Pflegeheim brauchen, nach Möglichkeit wohnsitznah versorgt werden.

Sie haben ihr ganzes Leben lang in der Gemeinde Steuer gezahlt. Sie haben ein ganzes Leben lang in der Gemeinde gesellschaftlich, kulturell, sozial gewirkt. Und wenn sie sich im vierten Lebensabschnitt, wie man heute dazu sagt, befinden, dann sollten sie vielleicht Pendler sein oder auswandern. Das wäre inhuman. Daher wollen wir haben, daß in allen Regionen unseres Landes auch entsprechende Pflegeheime entstehen, wo die orts- und wohnsitznahe Versorgung möglich wird. Und nebenbei gibt es dafür auch einen wesentlichen arbeitsplatzspezifischen Effekt.

Geschätzte Damen und Herren! Zur Budgetrede des Landeshauptmann-Stellvertreters Pfeifberger sind mir am Vormittag einige Dinge eingefallen oder aufgefallen. Ich möchte keine Rede zur Budgetrede halten, aber würde der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter und Finanzreferent die Budgetsituation vorgetragen haben, würde das für den heutigen Tag reichen. Die Einbegleitung war für mich nicht glaubwürdig. Er hat davon gesprochen, daß keine Postämter geschlossen werden. Er kennt offensichtlich das Gailtal nicht oder er kennt vielleicht die Situation der Postämter in Kärnten nicht. Er hat gesagt, daß die Wirtschaft eine großartige Auftragslage hat und daß es eine erhöhte Kaufkraft gibt. Er hat sich mit der Statistik nicht beschäftigt oder mit der Situation der Bauwirtschaft nicht beschäftigt. Er hat gemeint, daß die Wirtschaftslage in Kärnten großartig sei, weil die Tatsache wäre besser gewesen, sie so nicht zu erwähnen. Und er hat gemeint, daß es in Kärnten die Möglichkeit gibt, daß jeder einen Arbeitsplatz um die Hausecke hat. Wenn jeder nur einen Arbeitsplatz hätte, wären wir schon glücklich. Und da-



## Sablatnig

her bin ich stolz darauf, daß unser einziges Regierungsmitglied, derzeit einziges Regierungsmitglied - in Zukunft wird es anders sein - in der Lage war, ein regionales Entwicklungskonzept für das Land Kärnten im Zuge dieses Nachtragsbudgets durchzusetzen. Und die Grundlage für diese Überlegung war die letzte Volkszählung. Die letzte Volkszählung zeigt, daß fast alle ländlichen Regionen massiv an Einwohnern verlieren. Ich möchte auf meinen Bezirk hinweisen, daß selbst die Bezirkshauptstadt Hermagor 3,6 Prozent an Einwohnern verloren hat und daß setzt sich fort in allen regionalen Gemeinden in den dezentralen Regionen. Und ich sage, daß es hier notwendig sein wird, intensiv über einen Gewerbepark, ein Wirtschaftsparkprojekt in Kärnten nachzudenken. Jeder Dezentralraum hat auch Zentralräume, das muß man wissen. Und es wird notwendig sein, daß jede Bezirkshauptstadt oder jede größere Ansiedlung auch mit einem Gewerbepark ausgestattet wird. Denn dort, wo die Menschen Arbeit haben, dort siedeln sie, dort bereichern sie die Gesellschaft, dort bereichern sie das Kulturleben. Und das soll unser Anliegen sein.

Und wenn es jetzt eines Beweises dafür bedarf, was der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter heute gesagt hat, so habe ich den Wirtschaftsbericht "2001 Kärnten" vom Joanneum Research in Graz vorliegend. Und der, der für den Landeshauptmann-Stellvertreter und Finanzreferenten die Rede geschrieben hat, hat diesen Bericht offensichtlich noch nicht gesehen. Ich empfehle jedenfalls auf der Seite 51 nachzulesen. Da wird die wirtschaftliche Situation des Oberkärntner Raumes beschrieben und da steht, daß das Arbeitsplatzangebot quantitativ und qualitativ entwicklungsbedürftig ist. Also, was Deutlicheres kann von einer unabhängigen Institution nicht niedergeschrieben werden. Das ist ja nur ein Widerspruch zu dem, was der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter und Wirtschaftsreferent gesagt hat. Es steht dann weiter ... (*Zwischenruf von 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag.*) Ich kommentiere ja nur diesen Bericht. (*1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Alles schlecht machen. Du bemüht dich für Hermagor und wir ...*) Nein, nein. Nein, nein, warte! Ich habe jetzt also den Bericht Oberkärnten und Oberkärnten ist nicht Hermagor. Oberkärnten ist der ganze Siedlungsraum ab Villach hinauf. Und hier in diesem

Bericht steht, die Zusammenfassung steht ja im Wirtschaftsbericht; (*Es erfolgen weitere Zwischenrufe von 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag.*) ... ich habe sie ja nicht selber getroffen, Herr Präsident! Ich möchte nur sagen, daß es eine unterdurchschnittliche Bevölkerungsdynamik gibt und daß die Abwanderung das große Problem auch für die wirtschaftliche Entwicklung ist oder umgekehrt. Und daher möchte ich nur zum Schluß noch sagen, daß die Anzahl der niederqualifizierten Arbeitsplätze überdurchschnittlich hoch sei und die Anzahl der überdurchschnittlich guten Arbeitsplätze unterdurchschnittlich ist. Dies ist die Feststellung für Oberkärnten.

Dieselbe Feststellung gibt es für Unterkärnten. Daher bin ich nicht nur der Vertreter von Hermagor. Ich beschäftige mich schon mit den ländlichen Regionen unseres Bundeslandes und es ist im Bezirk Völkermarkt die Situation kaum anders als die im Bezirk Hermagor. Grenzregionen haben eben diese Notwendigkeit, besonders gefördert zu werden, um wirtschaftlich Schritt halten zu können. Und in der Unterkärntner Situation steht, daß die Arbeitsplatzdichte im Verhältnis zu anderen Regionen unseres Bundeslandes unterdurchschnittlich entwickelt ist, aber man stellt fest, daß die verkehrsmäßige Situation sich so positiv entwickelt hat, daß alle auspendeln können. Das kann ja bitte nicht Ziel einer Wirtschaftspolitik in Kärnten sein, daß wir alle Kärntnerinnen und Kärntner zu Pendlern machen. Unsere Politik muß dahingehend ausgerichtet sein, daß die Menschen - wie es der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter vorher gesagt hat - daß die Menschen um die Ecke - so wird es nicht funktionieren - aber in der eigenen Region auch eine Beschäftigung finden können.

Abschließend möchte ich festhalten, daß Landesrat Georg Wurmitzer in der Lage war, dieses regionale Wirtschaftsentwicklungskonzept durchzusetzen. Das hat, lieber Kollege Adi Unterrieder, mit der bevorstehenden Gemeinderatswahl überhaupt nichts zu tun, sondern mit dem notwendigen Aufholprozeß, der in den Regionen stattfinden muß. Und Georg Wurmitzer hat immer gesagt, es wird keine Geldverteilungsaktion sein. Alle Maßnahmen, die über diese wirtschaftliche und Regionalförderung stattfinden, müssen sich selbst rechnen. Das heißt, Hilfe zur Selbsthilfe bieten, damit die Menschen in den Regionen selbst in der Lage

## Sablatnig

sind, neue Arbeitsplätze zu schaffen und selbst in der Lage sind, größere Projekte in Angriff zu nehmen. Insgesamt werden in Kärnten 13 Nah- und Fernwärmeprojekte durchgeführt. Denkt man daran, wieviel die Errichtung eines Nah- oder Fernwärmeprojektes Arbeit und Beschäftigung schafft, dann haben wir hier nicht nur eine ökologische Maßnahme gesetzt, sondern eine zutiefst arbeitsplatzsichernde Maßnahme durchgeführt.

Der nächste Punkt. Dieses Regionalentwicklungskonzept ist auf die einzelnen Gebiete unseres Bundeslandes aufgegliedert und befaßt sich vornehmlich mit Wirtschaftsprojekten. Wenn ich daran denke, daß der Bezirk St. Veit etwa 6 Wirtschaftsprojekte für die Förderung vorgeschlagen hat. Daß der Oberkärntner Raum, inklusive Villach-Land, 9 Wirtschaftsprojekte beinhaltet. Daß das Drautal, der Bezirk Spittal, 10 Wirtschaftsprojekte beinhaltet. Daß der Unterkärntner Raum 8 Wirtschaftsprojekte beinhaltet. Und wenn man, umgerechnet etwa 200 Millionen Schilling - wenn ich das noch in Schilling sagen kann - auf unsere Kärntner Gemeinden überträgt, dann wird das mit den Zusatzinvestitionen die die Wirtschaft, die die einzelnen Bürger setzen werden, wird das mindestens das Doppelte an Investitionsvolumen auslösen. Und damit haben wir Arbeitsplätze vor Ort geschaffen und damit haben wir den Kärntner Gemeinden und unseren Regionen neue Impulse versetzt. Danke. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Arbeiter das Wort.)*

### Abgeordneter Arbeiter (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wie noch in jeder Rede, wenn der Kollege Sablatnig heraußen ist, sind die Zahlen die er nennt nicht ganz richtig. Ich weiß nicht, entweder kann er nicht richtig lesen, was ich glaube. *(Abg. Hinterleitner lacht dazu.)* Wenn er von den Zahlen in den Krankenanstalten im Stellenplan ausgeht, muß man von dem ausgehen, wo die Zahlen waren. Ja, ich habe ... *(Abg. Dr. Wutte: Das sind die Unterlagen der Regierung! - Abg. Sablatnig: Bitte, das ist die Unterlage der KABEG an die Regierung! Bitte!)* Ja, lieber Herr Kollege ... *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Ich habe das

auch dann ... *(Abg. Dr. Wutte: Du hast einen eigenen Stellenplan!)* Da muß man halt ... ich habe genau den Stellenplan, den wir verhandelt haben, teilweise mit *(Es herrscht Unaufmerksamkeit unter den Abgeordneten der ÖVP-Fraktion. - Lärm im Hause.)* einem Eingeständnis und teilweise gegen euer Eingeständnis. *(Abg. Dipl.-Ing. Freunschlag: Ich beantrage die Unterbrechung der Sitzung, weil das ist ... )* Der Stellenplan ... Ja, ich werde es ja gleich sagen, Herr Präsident. Kein Problem. *(Abg. Dipl.-Ing. Freunschlag: Bestandteil des Budgets ist das nicht! - Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Am Wort ist Herr Abgeordneter Arbeiter, bitte!)* Bestandteil des Budgets ist der Stellenplan von 6448 Dienstposten. Der wurde reduziert auf eine ganze Anzahl um etwa 150 Dienstposten mit eurer Zustimmung, mein lieber Herr Kollege. Man muß die anderen Unterlagen mit dazunehmen. *(Abg. Sablatnig: Herr Sonnberger ... Es herrscht Lärm und Unruhe im Hause.)* Weil aus dem Bereich 2000 hat sich der Stellenplan und das Budget, das Personalbudget für die Krankenanstalten entwickelt. Und seit 2000 ist der Herr Pfeifenberger den Bediensteten was schuldig. Mit Stimmen der SPÖ und der FPÖ haben wir damals die 25 Millionen Schilling in diesem Landtag beschlossen, die dann nie zugewiesen worden sind, obwohl das Geld da war. *(Abg. Dr. Wutte: Na und? - Mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten der ÖVP-Fraktion. - Lärm im Hause.)* Herr Kollege Wutte! Ihr wards dagegen, *(Abg. Dr. Wutte: Entschuldige, das ist ja wohl das Beste!)* weil ihr euch damals nicht ausrechnen habts können, daß ihr scheinbar bei irgendwelchen Wahlen doch ein paar Stimmen dazukriegts. Und Ihr hättets wahrscheinlich auch anders reagiert, auch zu diesem Nachtragsbudget, wenn die Wahlen schon vorher gewesen wären. *(Mehrere Zwischenrufe von Abg. Dr. Wutte und Abg. Sablatnig.)* Die 6431 Dienstposten, die Kollege Sablatnig vorgelesen hat, sind im Stellenplan 2003 enthalten. Die 25 Millionen wurden auch im Jahre 2001 dann nicht zur Verfügung gestellt, weil der Herr Pfeifenberger es trotz Zusage nicht gemacht hat, angeblich, laut Gesprächen mit euch, der ÖVP, *(Abg. Dr. Wutte: Aber wirklich nicht!)* dem Gesundheitsreferenten, dem Verantwortlichen der KABEG (Herrn Sonnberger), der Arbeitnehmervertretung, wo wir die Ver-

## Arbeiter

säumnisse der letzten Jahre 2000/2001, auch für das Budget 2002, dort in einer sehr kollegialen, sachlichen Notwendigkeit diskutiert haben und dort die Zusage erhalten haben, daß 5.000,- Euro - um die notwendigen Personalerfordernisse für das Jahr 2002 abdecken zu können - mit Zustimmung Wurmitzer, der damals noch kein Körberlgeld versprochen gehabt hat - wahrscheinlich nehme ich an - und Pfeifenberger, Ambrozy - also alle drei - eigentlich, wo man annehmen mußte, daß man diese Versprechen, die man dort beschließt auch einhält und der Antrag eingebracht worden ist von Ambrozy. Davon hat ja von euch keiner geredet, sondern ihr habts nur geredet, warum wir dagegen sind. Ich werde Ihnen jetzt noch einmal sagen, warum wir dagegen sind. Weil unter Punkt 1, 4-Fin-1841/2/2002 im Nachtragsbudget, diesen ausverhandelten und zugesagten Mitteln nämlich nicht zugestimmt worden ist. Das ist das Papier vom Finanzreferenten. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ist ja alles ausgestrichen auf dem Papier!*) Aber, Kollege Gallo! Wenn jetzt vieles andere auch ausgestrichen ist, da möchte ich nicht darauf eingehen, wirklich nicht, in keiner Form und Art und Weise.

Und lieber Herr Kollege Sablatnig! Ich bin in vielen Diskussionen mit dir nicht weit weg, weil wir ja wirklich dringliche, notwendige Diskussionen führen, ob im Sozialbereich oder auch im Gesundheitsbereich. Nur, im Endeffekt weiß ich nicht, was wir dann im Endeffekt wirklich diskutiert und so weiter haben. Wir waren die einzigen Arbeitnehmervertreter, die bereit waren, sich auch mit eurem Modell auseinanderzusetzen und das auch getan haben. Nur vorher, wie du im Aufsichtsrat den Antrag gestellt hast, daß eben auch Alternativkonzepte zum LKH-neu - oder wie man es immer nennt - eingebracht werden, sind wir schmählich alleine gewesen, wie in so vielen anderen Fragen. Damals sind den ... (*Zwischenruf von Abg. Sablatnig.*) ... da warst du nicht dabei, gar keine Frage. Das muß man auch fairerweise sagen. Da waren andere Vertreter von euch drinnen. Damals hätte man schon darüber diskutieren müssen, sollen und können. Was ist gescheit? Was ist weniger gescheit? Und gibt es vielleicht einen gemeinsamen Weg? Man kann ein solches Projekt, wie das LKH-neu, wenn es wirklich entstehen kann, nur mit einer wirklichen Gemeinsamkeit ge-

macht werden kann und auch soll.

Und ich habe damals schon gesagt, und da bin ich kritisiert worden, für so einen Bau, wo soviel daran hängt - die ganze Bauwirtschaft daran hängt, die Angestellten der Bauwirtschaft und die Arbeiter, die Bediensteten und im Endeffekt die Kärntner Bevölkerung - hätte man Einiges tun können. Die KABEG ist nach Deutschland gefahren, nicht der Betriebsrat! (*Zwischenruf von Abg. Sablatnig.*) Ja, aber da mußt du wissen, daß sie hinaufgefahren sind, um die Ablauforganisation für das jetzt bezogene ELKI anzuschauen - zumindest das ist mitgeteilt worden - und nicht was anderes. Ich bin nicht dazu da, daß ich die KABEG verteidige, obwohl es Viele sind, denen diese Dinge nicht gefallen, das möchte ich dazu sagen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß wir nicht bereit waren, auch in diesem Bereich mitzutun. Und so sind viele Gründe im Nachtragsbudget. Wenn man es verhandelt hätte - nur der Wille, nachdem sehr früh von eurer Seite her, der FPÖ, das "Hantipatscherl" gegeben worden ist, mit ein paar Millionen die übriggeblieben sind, viele Millionen die übriggeblieben waren - hat es überhaupt kein sachliches, politisches Gespräch mit der SPÖ gegeben. Weil wir hätten, weil wir hätten ... (*Zwischenrufe aus der ÖVP-Fraktion. - Lärm und Unruhe im Hause.*) - und das muß ich jetzt sagen - mein Kollege Kaiser hat das ja näher erläutert - viele Gemeinsamkeiten auch im Nachtragsbudget gefunden, über die man tatsächlich, ohne negativ zu denken, verhandeln hätte können, wenn man bitte auch die Zusagen - und leider ist der Finanzreferent nicht anwesend - und noch ein paar andere Versprechen, die hier auf den Tisch gelegt worden sind und bis jetzt nicht eingehalten hat, eingehalten hätte. Es ist aber nicht meine Art, über die Medien Aussendungen zu machen und ihn aufmerksam zu machen, sondern wir werden es dementsprechend dann am Tisch legen. Und wir haben genügend Zeit - das möchte ich jetzt auch deutlich sagen - die Punktationen, die heute eigentlich schon von vielen Rednern eingebaut worden sind, beim Budget noch am Tisch zu legen. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Stangl das Wort.*)

Abgeordneter **Stangl** (FPÖ):

Hohes Haus! Herr Präsident! Wenn ich den Ausführungen meiner Kollegen folgen darf, dann muß ich dem Finanzreferenten sagen, den Ausführungen und der Kritik vom Herrn Klubobmann Wutte soll er bitte nicht Gehör schenken. Weil sonst würde dies ein Nachtragsvoranschlag, eine akzentlose Mittelverteilung nach dem Gießkannenprinzip mit exorbitanter Neuverschuldung sein. Das war unter seines Zeichens, als Wutte und Zernatto im Finanzreferat beim Budget das Hauptwort geführt haben. Daher ist dieser Nachtragsvoranschlag vorbildlich, sehr gut. Der erste ohne Neuverschuldung. Und ich glaube, das kann man nicht dick genug unterstreichen.

Wenn Klubobmann Adam Unterrieder sagt, für alle kleinen Sportvereine mehr Förderung, stelle ich fest, es gibt mehr als vorher. Das ist klar! Daß es immer zuwenig ist, ist auch selbstverständlich! Aber ich hoffe nicht, daß Sie mit zuwenig Förderung, die Alpenarena Villach meinen. Okay! Einmal müßte es reichen.

Dann zum Langlaufzentrum Rosental und mit dem Vergleich Flattnitz, also die kriegen jetzt das Geld. Nur eines: Beide Gebiete haben keinen Schnee, sie sind beide gleich arm an Schneefall und schneeunsicher. Das muß man dazu sagen.

Wenn ich den Ausführungen mancher Kollegen folge, dann habe ich das Gefühl, wir sind in einem Jammertal. Dabei hat es nie, nie so viele SBZ für die Gemeinden gegeben. Und wenn man die Spitäler ansieht - im Bundesländervergleich bitte, speziell mit Wien brauchen wir uns überhaupt nicht schämen und verstecken, weil dort sind Spitäler zugesperrt worden. Das muß man dazu sagen. Bei den Gendarmerieposten: Am wenigsten wurden in Kärnten zugesperrt. Nur, die Verteidigung müßte die ÖVP übernehmen, weil es ja ihr Referat im Bund ist. Man soll uns nicht wieder Glauben machen, daß wir dafür die Schuld tragen - ÖVP-Referat im Bund. Dann die Gerichte bitte: Wo wurde in Kärnten ein Gericht zugesperrt, obwohl drüber geschrieben worden ist? Und ich glaube, all das sind Maßnahmen und Anstrengungen dieser Regierung. Die Bauwirtschaft ist sicher nicht in einer rosigen Lage, das wissen wir. Wir müssen aber zur

Kenntnis nehmen, daß gewisse Segmente am Auslaufen sind. Genauso bei den Wohnbauten; es gibt - und auch das müssen wir zur Kenntnis nehmen - vielfach nur mehr Wohnungsverbesserer. (*Zwischenruf aus der ÖVP-Fraktion*) Also, die exorbitante Wohnungsnot ist nicht vorhanden. Wenn, dann kann man eine weitere Umschichtung zur Althausanierung überlegen. Aber auch hier - glaube ich - sind wir einen guten Weg gegangen. Und ebenfalls im Bundesländervergleich weitaus besser als alle anderen.

Wenn ich an die Musikschule denke, na ja, vor zwei Jahren ist es ja noch wild kursiert, das wird der Absturz "die Reform des Musikschulwerkes". Und was ist geschehen? Mehr Lehrer, bessere Ausbildung und wesentlich mehr Kinder werden im Unterricht aufgenommen. (*Abg. Ing. Eberhard: Unsere Forderung!*) Ich glaube eine positive Richtung. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Arbeitslose: Herr Klubobmann Unterrieder, da gebe ich Ihnen Recht, jeder Arbeitslose ist zuviel. Aber auch hier bitte im Bundesländervergleich eine vorbildliche Handhabung, eine vorbildliche Förderung, eine vorbildliche alternative Ausbildung und die Zahlen und die Entwicklung, besser wie in den anderen Bundesländern. Und bei der Wirtschaftsentwicklung verhält es sich detto.

Also ein Pessimismus, wenn ich die globale Situation betrachte, ist angebracht. Aber ein Pessimismus, der darauf zielt, die Leistungen in Kärnten unter den Scheffel zu stellen, ist falsch. Denn wir sind trotz schlechter Rahmenbedingungen besser als alle anderen Bundesländer. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Bei der Wasserschiene bin ich nicht ganz der selben Meinung und ich gebe dem Herrn Finanzreferenten Recht, wenn er sagt, auch die Gemeinden dürfen ihren Anteil dazu leisten, denn letztendlich sind sie ja dann die Vermarkter, die Verkäufer des Wassers für die Bürger. Weil es gibt Gemeinden, die mit sehr viel Geld, mit sehr viel Ambition und hohem Wasserzins ihre Wasserversorgung in Schuß halten und vorgesorgt haben. Und andere, nach der Methode "Laissez-faire", sich nur beschweren und dann dem Land diese ureigenste Aufgabe der Gemeinde übertragen, das ist ein bißchen locker. Daher sage ich,

**Stangl**

wenn der Herr Finanzreferent die Beteiligung der Gemeinden verlangt, bevor man diesem Problem nahe tritt, sage ich: Jawohl! Und wenn es ganz dringend ist, dann sollen sie morgen einem Wasserverband beitreten, nicht erst in ein paar Monaten diesem Ansinnen und sagen: Jawohl, wir stehen dazu, wir helfen mit. Vor zwei oder einem Jahr, als das Thema angezogen worden ist, habe ich als erstes in zwei sozialistischen Gemeinden im Gailtal gelesen: "Wir sind dagegen und wenn, dann kostet es viel Geld, wenn von uns Wasser weg transportiert wird." Das ist nicht die Solidarität, die wir für Wasserschienen brauchen. Weil dann wird es wieder teuer und dann kriegt die öffentliche Hand, sprich das Land, wieder die Schuld.

Ja! Und wenn man den Nachtragsvoranschlag weiter betrachtet: Musikschulwerk habe ich schon erwähnt. Das Kindergeld, die Mehrlingsgeburten sind mit 8,8 Millionen ebenfalls berücksichtigt. Bei der Vorsorge BSE haben wir ebenfalls gewaltigen Schaden mit den Vorsorgemaßnahmen in der Landwirtschaft abgewendet. Ich glaube, die dürfen wir auch erwähnen. Was mich besonders freut, ist die Energieförderung, die Wirtschaftsförderung für Arnoldstein. Auch hier wurde wieder negativ operiert: "Wir halten kein Wort", "wir bezahlen nichts und wir geben die zugesicherten Mittel nicht." Wir geben schon, wenn alle Rahmenbedingungen passen. Sinnlos und ohne vorher festzulegen, was mit Förderung geschieht oder und nicht zu geschehen hat, ist verantwortungslos auszahlen. Aber sehen wir es positiv, jede Gemeinde wäre glücklich, wenn sie so einen Betrag in den nächsten Jahren bekommen würde.

Brauchtum: Schön, gut! Jugendwohlfahrt! Die Wirtschaftsimpulse sind gewaltig. Und wenn der Herr Sablatnig bedauert, daß im Gailtal kein Gewerbepark ist, so gebe ich ihm nur teilweise Recht, er ist nur nicht ganz informiert. Wir haben einen in Kötschach-Mauthen mit neun Hektar, dieser kostet der öffentlichen Hand nichts. Wir fangen jetzt mit der Vermarktung an. Nur bitte, setzten Sie sich nicht wieder so drauf, als ob es Ihr Werk wäre, sonst geht es mir so wie bei der Landesausstellung. Weil ab dem Tag, als in der Zeitung drinnen gestanden ist "Sablatnig für Landesausstellung in Kötschach", ist das Projekt gestorben gewesen. *(Zwischenruf des Abg. Sablatnig. - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Hat er*

*ein Bestattungsunternehmen?! - Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Daher, belassen Sie es beim Gewerbepark im Bezirk Hermagor - bei dem im Moment für die Erschließung keine öffentlichen Gelder in Anspruch genommen werden! Er ist schon erschlossen und ist gewidmet. Wenn man dann positiv dazu steht, können wir gemeinsam positive Akzente für den Bezirk setzen. Aber setzen, nicht nur reden davon! *(Abg. Unterrieder: Unter keine falschen Voraussetzungen!)* Ich danke!

Und zum Schluß noch einmal, das kann man fünf Mal wiederholen. Ich bin erst die zweite Periode im Hause, aber ich habe noch nie einen Nachtragsvoranschlag beschlossen, der mit Überschüssen abgeschlossen hat. *(Heftiger Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlußwort. *(Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte.)* Die Spezialdebatte ist beantragt. Ich darf die Damen und Herren Abgeordneten ersuchen, die Plätze einzunehmen und abzustimmen! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Bitte, Herr Berichterstatter!

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Neuner** (FPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

1. In Abänderung des Punktes 3. der vom Kärntner Landtag am 22.06.2001 beschlossenen Zustimmungen und Ermächtigungen zum Landesvoranschlag 2002, Ldtgs.Zl. 177-73/28 zu Zahl -4-FINB-2001/4-2001, werden aus den für 2002 verfügbaren Kredit-sperren 7.195.500 Euro zur teilweisen Bedeckung des I. Nachtragsvoranschlages 2002 (Ausgabeneinsparungen - Beilage) herangezogen.
2. Dem von der Kärntner Landesregierung vorgelegten I. Nachtragsvoranschlag zum Landesvoranschlag 2002 wird gemäß Arti-

**Mag. Neuner**

kel 60 des Kärntner Landesverfassungsgesetzes - K-LVG, LGBl. Nr. 85/1996, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

3. Die im Punkt 6. der vom Kärntner Landtag am 22.06.2001 beschlossenen Zustimmungen und Ermächtigungen zum Landesvoranschlag 2002, Ldtgs.Zl. 177-73/28 zu Zahl -4-FINB-2001/4-2001, an die Kärntner Landesregierung erteilte Ermächtigung betreffend die Zweckwidmung der Einnahmen an EU-Fördermittel wird insoweit abgeändert, als die Verwendung von Einnahmen an EU-Fördermittel, die für Projekte der ausgelaufenen Programmperiode 1995 bis 1999 im Rahmen des Ziel 5b Programmes und im Rahmen von EU-Sonderprogrammen aus Landesmitteln vorfinanziert werden mußten, in der Weise erfolgen kann, als diese bereits eingelangten und noch zu erwartenden Mittelflüsse nicht nur für die Kofinanzierung von EU-Projekten der laufenden Programmperiode, sondern vom jeweils zuständigen Bewirtschafter auch für die Finanzierung von Investitionen bzw. Förderungen von Investitionen in den Haushaltsjahren 2002 und 2003 verwendet werden dürfen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer die Zustimmung zum ersten Nachtragsvoranschlag zum Landesvoranschlag 2002 erteilt, den bitte ich um ein Handzeichen! Das ist mit den Stimmen der FPÖ-Fraktion und den Stimmen der ÖVP-Fraktion gegen die Stimmen der SPÖ-Fraktion so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**3. Ldtgs.Zl. 612/2/28:  
Bericht und Antrag des Finanz-,  
Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses betreffend Rettung der Halbinsel "Maria -Loretto"**

Berichterstatter ist Abgeordneter Arbeiter. Ich erteile dir das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der vorliegende Antrag wurde am 05. August von der SPÖ-Fraktion als Dringlichkeitsantrag eingebracht und wurde dem von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion zugestimmt und hat dadurch nicht die Zweidrittelmehrheit erlangt. Er wurde als normaler Antrag dem zuständigen Finanz- und Wirtschaftsausschuß zugewiesen und dort in drei Sitzungen behandelt. (*Um 15.28 übernimmt 3. Präs. Mitterer den Vorsitz.*) In der 64. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Tourismusausschusses wurden auch die verantwortlichen Stadtpolitiker der Stadt Klagenfurt als Auskunftspersonen eingeladen. Erschienen ist Herr Bürgermeister Scheucher, der Vizebürgermeister Wiedenbauer und in Vertretung von Vizebürgermeister Canori der Beamte des Magistrates Rene Cerne. Nach eingehender Befragung und Diskussion des Ausschusses wurde dort einstimmig beschlossen, ihn in den Kärntner Landtag zu bringen. Der Antrag lautet: Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses betreffend Rettung der Halbinsel "Maria -Loretto"

Ich ersuche um das Eingehen in die Generaldebatte.

(*Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Mag. Neuner das Wort.*)

Abgeordneter **Mag. Neuner** (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ritter von Metnitz war Bürgermeister in Klagenfurt. Er muß ein visionärer Bürgermeister gewesen sein, weil nachvollziehbar ist, daß es Gegenstimmen gegeben hat, wie er die damaligen Wörthersee-Gründe gekauft hat. Gerade jetzt, wo wir so viel von Privatisierung reden, ist es mir nicht gelungen, nachzuvollziehen, ob er was verkauft hat von der Stadt oder wie es gelungen ist, daß er diese Wörthersee-Gründe gekauft hat. Weil da ist heute immerhin das größte Strandbad Europas, der Europapark mit vielen Freizeiteinrichtungen.

Jetzt ist die Halbinsel Maria Loretto, um die es geht, zum Verkauf angeboten. Da gibt es einen

**Mag. Neuner**

Erbenstreit, weil es 22 Erben gibt. Diese Halbinsel ist am Markt. Jetzt können wir über den Preis diskutieren, ob es zu teuer oder zu billig war. Jedenfalls ist eine Option von der Stadt Klagenfurt gezogen worden, mit 11,5 Millionen Euro zu kaufen; ungefähr 1 Million wird an Kosten dazukommen, also mit 12,5 Millionen Euro. Dies ist im Gemeinderat einstimmig beschlossen worden - mit einer Gegenstimme von der Gemeinderätin Wulz. Jetzt sind wir in einer Zeit, wo wir eigentlich darüber diskutieren, daß wir privatisieren und daß wir nicht jetzt unbedingt Steuergeld in die Hand nehmen, um uns wieder öffentliche Aufgaben aufzuhalsen, weil ja Betriebskosten und andere Dinge entstehen. Wenn wir als Klagenfurter uns diese Zone ansehen, dann sehen wir, daß wir immenses Interesse daran haben müssen, dieses Gebiet öffentlich zu halten. Denn für alle Dinge, die sich dort abspielen, zum Beispiel Beachvolleyball-Turnier, dann die Seebühne, haben wir eine unglaubliche Fläche, mit der wir wahnsinnig viel machen können. Dazu ist jetzt vor kurzem jedem Klagenfurter und jeder Klagenfurterin vom Bürgermeister ein Brief zugeschickt worden. Darin steht unter anderem: "Sehr geehrter ..." usw. "Maria Loretto gehört nun den Klagenfurterinnen und Klagenfurtern." Äußerst erfreulich! "Die rechtliche Übernahme ist mit 1. Jänner 2003 geplant. Danach möchte ich die Klagenfurterinnen und Klagenfurter zu einer Besichtigung und zu einer Bewirtung einladen." (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Sind wir auch eingeladen?*) Wahrscheinlich auch alle Kärntner. Da sind wir hundertprozentig dafür, weil es ist ein Grundsatzbeschuß, daß wir die öffentlichen Besitzungen am See kaufen, wenn irgend etwas am Markt ist. Dann gibt es den Ringtausch, das heißt wenn für Grundstücke jetzt durch Anschwemmung Geld erzielt wird, daß der Bund das kaufen muß. Nur, da haben wir ein großes Problem. Erstens, daß natürlich der Vizebürgermeister Canori die Verhandlungen geführt hat und daß er daran einen großen Anteil hat. Zweitens, daß Bürgermeister Wiedenbauer das auch eingefordert hat und das ein einstimmiger Beschluß des ganzen Gemeinderates ist. Das ist das eine. Aber wie wir dann, in der Ausschusssitzung, gefragt haben: "Wie soll denn das finanziert werden?", hat der Bürgermeister gesagt: "Na ja, die Stadtwerke geben 4 Millionen, die Stadt 2,3, das Land 3 und der

Bund 3." Nur, der öffentliche Zuschuß - so, wie er sich das vorstellt: unter anderem wäre das das Geld von dem Ringtausch, das geht nur, denn wenn der Bund kauft, kann er dann auch mitbestimmen, wenn er verpachtet wird, daß er einen Pachtzins kriegt. Die Verfügungsgewalt kann er der Stadt übergeben. Die Stadtwerke-Direktoren sagen: „Wir machen lieber mit der Dividende etwas anderes.“ Das ist also auch nicht gesichert. Das Land wiederum sagt: die 2,5 Millionen Schilling, wo es heißt, die Stadt, die das Geld gibt, hat Karli Pfeifenberger mir gerade früher gesagt, ist in dieser Summe eigentlich schon beinhaltet.

So wichtig das für die Entwicklung der ganzen Zone dort ist: Nur, das Wichtigste, der Kaufpreis, ist nicht gesichert. Man kann wieder etwas verkaufen. Es ist dort gesagt worden, daß man das Bad Saag unter Umständen verkaufen und mit diesem Geld einen Teil kaufen könnte. Es hat Minister Molterer bei der Messeeröffnung großzügig gesagt, er wird 300 oder 400 Millionen Schilling zur Verfügung stellen. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ja, das hat er gesagt, bei der Messeeröffnung!*) Es sind gestern erst, glaube ich, die Verhandlungen mit Finanzminister Grassler erfolgt. Es ist die Frage, was da herausgekommen ist. Ich will nicht vorgreifen.

Tatsache ist, daß heute, glaube ich, die 22 Erben beim Notar unterschrieben haben, so daß theoretisch, wenn die hingehen und sagen: "Die Stadt muß diese Option ziehen.", die Stadt verpflichtet ist, das zu kaufen. Da habe ich dann schon gehört: "Dann werden wir Darlehen aufnehmen." Die müssen dann wahrscheinlich von unseren Kindern zurückgezahlt werden. Das ist ja nicht im Sinne, das ist nicht ganz durchdacht, so wichtig das Ganze auch ist!

Weites ist eine Steuerungsgruppe vorgesehen, daß man mit diesem Gesamtareal auch eine wirtschaftliche Nutzung zuführt und auch etwas Positives darauf macht. Wir unterstützen diesen Antrag, weil der Ankauf dieser Liegenschaft, die sicher auch einen gewissen Wert darstellt und dann ja der Stadt zur Verfügung steht, eindeutig im öffentlichen Interesse liegt. Danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Dr. Kaiser*

**Mag. Neuner**

*das Wort.)*

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich ziehe den imaginären Hut vor der Geschichtsmächtigkeit des Kollegen Mag. Neuner, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Du hast ja gar keinen auf!*) der den Ritter von Metnitz hier „hereinzitiert“ hat. Ergänzend nur, damit die Geschichtsvollkommenheit erfolgt, daß der auch von ihm positiv erwähnte Europapark vom damaligen Bürgermeister Ausserwinkler durchgesetzt wurde - um das Ganze auch namentlich im Protokoll zu haben.

Im Inhalt teile ich seine Ausführungen, möchte nur darauf verweisen, daß es wahrscheinlich auch ohne Hilfe, Unterstützung des Landes nicht machbar sein wird, die von einigen Politikgrößen bereits gefeierte Rettung des Bades Loretto wirklich in die Praxis umzusetzen. Ich denke daher, daß wir - auch im Zuge verschiedenster Möglichkeiten, die bereits ventiliert, wie von den Verantwortlichen im Ausschuß dargestellt wurden - hier versuchen müßten, Mittel und Wege zu finden, um dieses Areal tatsächlich in das Eigentum, und ich verwende hier den Begriff "nicht der Stadt allein", sondern der öffentlichen Hand, zu bringen. Nur das, und nur das sichert letztlich den öffentlichen Zugang auch über längere Zeiten hinweg.

Ich habe in der Ausschußsitzung die Anregung eingebracht, zu überlegen, um jetzt monetäre Geldflüsse - und wir kennen alle die Finanzsituation, wie haben sie ja beim letzten Punkt hinlänglich erläutert - zu umgehen, vielleicht auch Tauschgrundstücke mit zu verhandeln. Ich denke, daß auch das Bad Saag gewisse positive Verwendungsmöglichkeiten in der Zukunft haben kann und daß es das Land weitaus leichter hat, als es die Stadt Klagenfurt in der Vergangenheit hatte, hier als Verkäufer oder, in späterer Folge, Nutzer aufzutreten.

Ich glaube daher, um es zum Abschluß zu bringen, daß wir in dieser Vierfach-Eigentümerstruktur (Stadtwerke, Stadt Klagenfurt selbst, Land und Bund) die Möglichkeit finden müssen, dieses so wichtige und nicht mehr vermehrbare Grundstück am See für die Allgemeinheit sicherzustellen. Es müssen letztlich andere bewer-

ten, ob der Kaufpreis von 11,5 Millionen Euro dafür adäquat oder nicht adäquat ist. Eines kann man sicher sein, wenn man es mit dem Zeithorizont meines Kollegen Mag. Neuner betrachtet: Knapp hundert Jahre danach werden wir sicher sein, wenn hier Abgeordnete stehen werden, daß sie die Weitsicht des Kärntner Landtages ob dieser Entscheidung loben werden. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Klubobmann Abg. Dr. Wutte das Wort.*)

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Ja, ich glaube, den Vaterschaftsstreit brauchen wir in dieser Frage nicht weiterführen; (*Abg. Lutschounig: Ist eh plakatiert worden!*) auch die historischen Betrachtungen nicht. Ich hoffe, daß dann alle dabei sind, die auch eingeladen worden sind. Christof Neuner, du hast ja eine Einladung. Wenn du keine gehabt hättest, hätte ich dich zu diesem Freudenfest gerne mitgenommen.

Es geht jetzt eigentlich nur mehr darum, daß alle ihre Hausaufgaben machen. Ich halte nichts davon, jetzt Verunsicherung zu betreiben, weil der Beschluß der Stadtwerke gegeben ist. Du weißt selber, daß die Stadtwerke im Aufsichtsrat einen diesbezüglichen Beschluß einer Dividendenverwendung gefaßt haben - daher ist von einem gegenteiligen Beschluß der Stadtwerke nichts zu sehen und nichts zu hören. Gott sei Dank!

Was das Land betrifft, so erinnern wir den Landesfinanzreferenten an seine Verpflichtung, hier mitzuwirken. Wenn er sich nicht erinnern kann oder will, wird es beim Budget ein bisserl schwierig werden. Da gebe ich dir schon recht, Adi. Da wird es ein bisserl schwierig werden, weil das einfach zu den landespolitischen Verpflichtungen dazugehört. Dieser Antrag ist uns daher durchaus recht, der faktisch sozusagen unterstützend und ermahmend seitens des Landtages den Finanzreferenten an seine Verpflichtungen erinnert. Ich bin trotzdem zuversichtlich - da die Gespräche in den nächsten Tagen erfolgen, es werden ja laufend, fast täglich welche geführt, gestern heute und wahrscheinlich auch morgen -, daß dann eine Dreieinigkeit zwischen



**Dr. Wutte**

Stadt, Land und Bund entsteht. Die Öffentlichkeit hat ja kein Mascherl. Es ist ja dem Bürger relativ wurscht, ob er jetzt auf eine Gemeindefläche geht oder auf eine Landeswiese oder auf eine Bundeswiese, sondern er will sie allgemein zugänglich erhalten haben. Es ist unsere gemeinsame Verpflichtung, das über die drei Gebietskörperschaften zustande zu bringen. Ich bin zuversichtlich, daß das geht. Und der Landtag soll dazu die notwendige Unterstützung sein. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

*(Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. - Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlußwort. - Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. - Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.)*

Berichterstatter Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, umgehend in Verhandlungen mit Vertretern der Stadt und des Bundes zu treten, um das gesamte Areal der Halbinsel Maria Loretto (bestehend aus dem Jachthafen, Strandbad, Schloß und Restaurant) für die Öffentlichkeit in seiner Gesamtheit zu erhalten.

Ich ersuche um Annahme.

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Bevor ich abstimmen lasse, ersuche ich die Abgeordneten, die Plätze einzunehmen! Wir sind nämlich aufgrund der Situation im Moment nicht beschlußfähig, wenn die Stimmen nicht auf ihren Plätzen abgegeben werden, Herr Abgeordneter. - Ich lasse nun über die Annahme dieses Antrages abstimmen. Wer dem zustimmt: Bitte um ein Zeichen mit der Hand! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Es handelt sich dabei um:

**4. Ldtgs.Zl. 260-24/28:**

**Anfragebeantwortung von LR Gerhard Dörfler zur Dringlichkeits-**

**anfrage von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Rückforderungen von Familienzuschüssen von Jungfamilien**

Der Herr Landesrat Dörfler möchte diese Anfrage mündlich beantworten. Ich darf ihm dazu das Wort erteilen!

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Hohes Haus! Zu dieser dringlichen Anfrage folgende Erklärung. „Wie viele Familien sind von Rückforderungen des Landes für bezogene Familienzuschüsse konkret betroffen?“ war die Frage und „Wie hoch sind die Rückforderungen?“

Die Anzahl der Kärntner Familien und die Gesamthöhe der Rückforderungen werden für das Kalenderjahr 2001 im Vergleich zum Kalenderjahr 1999 wie folgt aufgelistet: Für das Jahr 2001 gab es 18.621 Antragstellungen auf Gewährung eines Familienzuschusses. Per 30. 9. 2002 sind insgesamt 297 Rückforderungsfälle für das Jahr 2001 mit dem Gesamtrückforderungsbetrag von 257.000 Euro noch offen.

Wenn man bedenkt, daß in Summe 25.780.308,87 Euro - das ist das Zehnfache des Vorjahres, des Jahres 2000 - ausgezahlt wurden und demgegenüber ein Betrag von 257.000 Euro steht, so ist der Gesamtbereich der Rückforderungen ein Anteil von 0,99 %. Das ist ein absolut verschwindender Teil an Rückforderungen.

Im Vergleich dazu noch: Im Jahr 1999 gab es insgesamt 2.770.208,50 Euro an Familienförderung. Die Rückforderungen betragen damals 0,77 %, das heißt sie sind bei einer Verzehnfachung der Familienförderung im Geldbetrag lediglich um 0,22 % gestiegen. Letztlich heißt das, daß es im Grunde absolut vergleichbar ist und daß grundsätzlich die Rückforderungen daraus entstanden sind. Ich darf auch aus dem Antrag zur Familienförderung zitieren. Da steht drinnen: "Ich verpflichte mich, Änderungen in den für die Gewährung des Familienzuschusses maßgeblichen Voraussetzungen, insbesondere in den Familienverhältnissen und im Familieneinkommen, unverzüglich dem Amt der Kärntner Landesregierung bekanntzugeben und zu Un-

## Dörfler

recht bezogene Zuschüsse zurückzuzahlen." Das heißt, grundsätzlich sind diese Rückforderungen das Ergebnis von Einkommensveränderungen im positiven Sinne. Ich möchte schon festhalten: Wenn das Einkommen so gestiegen ist, ist das ja für die geförderte Familie eben eine gute Situation. Daher ist das über den Schwellenwerten, damit eine Familienförderung ausgezahlt werden kann.

In Summe ist dieses Familienförderungspaket ein wirklich großer Erfolg. In Summe hat sich im Vergleich der Betrag verzehnfacht und haben sich die Rückforderungen um 0,22 % erhöht. Ich glaube, diese zwei Zahlen beweisen: Das Familienförderungspaket 2001 war für Kärntner Familien ein großer Erfolg! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Die Ursachen der Rückforderungen sind damit, glaube ich, ausreichend debattiert. Wie kann den betroffenen Familien geholfen werden? - Im Grunde ist es so, daß es Ratenzahlungsmöglichkeiten gibt, und Härtefälle im Familienfondskuratorium behandelt werden. Das Familienfondskuratorium ist ja aus Mitgliedern aller drei Landtagsparteien besetzt. Da werden auch wirkliche Härtefälle behandelt und zur Güte erledigt. Ich weise noch einmal darauf hin, daß es absolut auch deshalb keine Härtefälle gibt.

Dann die Frage 5, warum ich als zuständiger Referent nicht tätig geworden bin: Sie wissen ja, daß bis 3. 4. die Frau Kollegin Schaunig Kuratoriumsvorsitzende war und sie begründet hat, daß es ein "Chaos" gebe. Zugegebenermaßen hat sie mir eines hinterlassen. Ich habe dann einstimmig den Vorsitz übernommen. Sie wissen, es gibt kein Chaos mehr. Wir haben die entsprechenden Budgets ausgebaut. Wir haben die Familienförderungsstelle personell und räumlich verändert. Seit dieser Zeit gibt es eben das mir hinterlassene Chaos nicht mehr. Das möchte ich eindeutig festhalten! *(Abg. Dr. Strutz: Bravo! - Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Und wer hat die politische Verantwortung für diese Misere? Ich würde einmal sagen, eine Förderung, die um das Zehnfache erhöht wurde als Misere zu bezeichnen, das ist ja wohl wirklich eine interessante Bewertung des Ganzen. 257 Millionen Euro als Misere zu betrachten, eine Verzehnfachung der Familienförderung als

Misere zu betrachten, ist für mich schon erstaunlich, wenn die Rückforderungen nur um 0,22 Prozent gestiegen sind, gegen das Zehnfache an Geldbetrag und letztendlich die wirklichen Härtefälle auch im Kuratorium immer wieder einstimmig ausgeschaltet werden. Also, ich würde einmal sagen, von Misere kann man da in keiner Weise reden. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Danke für die Beantwortung der Anfrage. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 5 ebenfalls eine Anfragebeantwortung von Gerhard Dörfler zur schriftlichen Anfrage von Abgeordneten des ÖVP-Klubs

### 5. Ldtgs.Zl. 626-1/28:

#### Anfragebeantwortung von LR Gerhard Dörfler zur schriftlichen Anfrage von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Sanierung der B 95 Turracherstraße und Totalsperre - Freigabe am 18.10.2002

Auch hier wird der Herr Landesrat die Anfrage mündlich beantworten. Ich darf ihm dazu das Wort erteilen.

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Ja, Hohes Haus! Zur Frage 1 - Wieso wurde nach der erfolgten Freigabe des Bauloses Ponfeld der B 95 Turracher Straße zwischen Moosburg und Wölfnitz, am 18.10. um 6.00 Uhr, von Ihnen verkehrsbehindernde Werbetätigkeiten ab 06.30 Uhr, unter Mithilfe der Exekutive durchgeführt? Erstens war es keine Werbetätigkeit, sondern mir war es wichtig, ein Zeichen zu setzen, wenn der Verkehrsreferent eine Straße dem Verkehr übergibt - und wir wissen, daß sich neu ausgebaute Straßen zugegebenermaßen relativ rasch zu Raserstrecken entwickeln. Da war es mir wichtig, ein Verkehrssicherheitszeichen, eine Präventivmaßnahme, zu setzen. Und wenn ein von Dechant Engelbert Hofer gesegneter Schlüsselanhänger nicht wirklich ein symbolisches Zeichen ist, wo draufsteht "Gute Fahrt" - das hat weder mit dem Wahlkampf noch zu tun,

## Dörfler

ich bin nicht zur Wahl gestanden - da muß ich schon einmal festhalten, daß auch ein symbolischer Akt der Verkehrssicherheit eine wichtige Maßnahme ist. Und es wird mich niemand als der für die Verkehrssicherheit zuständige Referent, davon abhalten können, daß wirklich gut gemeinte Präventivmaßnahmen zur Verkehrssicherheit zu einer Werbeaktivität heruntergespielt werden. Und, Herr Klubobmann Wutte, einen gesegneten Schlüsselanhänger - ich habe auch ein Beweisphoto dafür; der Dechant Engelbert Hofer hat sie in der Kirche zu Feldkirchen gesegnet - das sollte man einfach nicht als Werbeaktivität herunterspielen, *(Abg. Dr. Wutte: Das nächste Mal nehmts Weihrauch, Kerzen ... )* sondern es war eine Verkehrssicherheits-Präventivmaßnahme. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Zur Frage 2, ob von mir die erforderlichen Bewilligungen eingeholt wurden? Also, wenn der Straßenbaureferent und Verkehrssicherheitsreferent nicht eine fertiggestellte Straße mit einer Präventivmaßnahme dem Verkehr übergeben kann und dafür vielleicht noch einen Behörden-slalom absolvieren muß, dann haben wir es ja weit gebracht in diesem Land Kärnten. *(Abg. Dr. Wutte: Ordnung muß sein!)*

Zur Frage 3 - Wurden von Ihnen die erforderlichen Bewilligungen für den Einsatz der Gendarmeriebeamten eingeholt? Ja, selbstverständlich habe ich sie eingeholt. Ich habe schriftlich den Oberst oder den Major Winkler um eine Unterstützung durch zwei Exekutivbeamte des Gendarmeriepostens ersucht. Selbstverständlich habe ich das getan!

Punkt 4 - Wurden für den Einsatz der Exekutive Überwachungsgebühren bezahlt, nachdem es sich für diesen Einsatz nicht um straßenpolizeiliche Maßnahmen gehandelt hat? Ja, bittschön! Wollen wir eine Verkehrssicherheits-Präventivmaßnahme - wenn ich dafür noch Überwachungsgebühren zahlen muß, im Wahlkampf aber ein Gendarmerietross mit Politikern durch die Gegend fährt - dann verstehe ich die Welt nicht mehr. Wenn Verkehrssicherheit bezahlt werden muß, dann ist das Wort "Verkehrssicherheit" für mich nicht mehr ernstzunehmen.

Wieso wurden von Ihnen im Vorfeld dieser Eröffnungsfeier und bei der Eröffnungsfeier selbst nicht die Bürgermeister der betroffenen Ge-

meinden Moosburg und Klagenfurt eingebunden? Ich persönlich habe den Bürgermeister, meinen persönlichen Freund Harald Scheucher gebeten, er möge bei der Eröffnung dabei sein. Er konnte am 18. nicht dabei sein. Und warum der Bürgermeister Gaggl, bevor ich ihn zu einer Ansprache gebeten habe, beleidigte Leberwurst gespielt hat, das müssen Sie den Herrn Bürgermeister Gaggl fragen.

Punkt 6 oder Frage 6 - Von wievielen Verkehrsteilnehmern wird die Strecke benützt? Es sind circa 10.000 Fahrzeuge pro Tag, davon circa 400 LKWs.

Die Frage 7 - Wie groß war der Umweg den die Verkehrsteilnehmer durch die monatelange Komplettsperre dieses Streckenabschnittes täglich auf sich nehmen mußten? 1,2 Kilometer war der Umweg. Und ich freue mich schon, in Tagen wie diesen, ein derart schlechter Herbst, es wäre eine Chaos-Baustelle im Winter gewesen. Wir haben damit gesorgt, daß am 18.10. unser Bezirk Feldkirchen und auch die Schigebiete - ich hoffe, es schneit bald - Bad Kleinkirchheim, Gerlitzen, Turrach, Falkert, Simonhöhe - in einer perfekt ausgebauten Straße vor dem Winter wieder erreichbar sind. Und 1,2 Kilometer Umweg der normal befahrbar ist, ist von der Kosten/Nutzen-Rechnung für den Verkehrsteilnehmer wesentlich besser, als wenn er wegen der Baustelle jeden Tag das Auto waschen muß und im Herbst vielleicht noch irgendwann einmal steckenbleibt.

Die 8. und letzte Frage - Wurden von Ihnen für jene Gemeindestraßen die durch die notwendig gewordenen Umwegrouten extrem belastet und geschädigt wurden, entsprechend finanzielle Mittel für die nunmehr erforderlichen Sanierungsmaßnahmen bereitgestellt? Diese Sanierungsmaßnahmen wurden von der Straßenmeisterei bereits, wie besprochen und versprochen, durchgeführt.

Und, Herr Klubobmann Wutte! Ich warte noch auf eines, auf die Einvernahme durch den Staatsanwalt, weil die Krönung dieser ganzen Sache war ja, daß man mich sogar anonym angezeigt hat. Ich hoffe, ich habe nicht aus dem Gefängnis einen Schlüsselanhänger überreichen müssen und deshalb kriegst du heute einen. *(Der Landesrat übergibt Abg. Dr. Wutte einen*

**Dörfner**

*Schlüsselanhänger. - Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Danke, damit ist der Tagesordnungspunkt 5 erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt *(Es herrscht Unaufmerksamkeit im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)*

**6. Ldtgs.Zl. 124-14/28:**

**Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses zur Regierungsvorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Landesabgabenordnung 1991 geändert wird  
./ mit Gesetzentwurf**

Berichterstatter ist der Abg. Mag. Neuner. Mit der Zuweisung dieser Materie in den Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß ist die erste Lesung erfolgt.

Ich darf dem Berichterstatter das Wort erteilen!

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Neuner** (FPÖ):

Sehr geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! In diesem Gesetzesentwurf geht es darum: Durch zahlreiche Novellen hat sich die Bundesabgabenordnung inhaltlich von der Landesabgabenordnung 1991 entfernt. Die Regelnummern über die Dienststellen für die Landesabgabenordnung sind veraltet. Da ist eine Homogenität mit der Bundesabgabenordnung durchgeführt worden, sonst hätte man nur die Beibehaltung des bisherigen Zustandes, was falsch gewesen wäre, erreichen können. Der Inhalt ist: Erleichterung für Behinderte, Maßnahmen zur Vereinfachung, Beschleunigung des Abgabenverfahrens durch Anpassungen an die Bundesabgabenordnung insbesondere hinsichtlich der Säumniszuschläge, die Wiederaufnahme und die Wiedereinsatzanträge, Übernahme der Bestimmungen über die Dienststellen in die Landesabgabenordnung 1991 und Zitatberichtigungen. Im Begutachtungsverfahren gab es keinen Einwand, von

der Arbeiterkammer nicht, vom Bund nicht, von der Landwirtschaftskammer nicht, vom Gemeindebund nicht und von der Abteilung 3 nicht.

Ich bitte um das Eingehen in die Generaldebatte.

*(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und schließt sie gleichzeitig, da keine Wortmeldung vorliegt. - Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlußwort. - Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. - Dieser Antrag wird einstimmig so angenommen. Auch die ziffernmäßige Verlesung des Gesetzes wird einstimmig angenommen. - Berichterstatter:)*

Der Landtag von Kärnten hat beschlossen:

Artikel I, Ziffer 1, Ziffer 2, Ziffer 3 ... *(Vorsitzender: Ich bitte, den ersten Satz nach dem Artikel I zu verlesen!)* Die Landesabgabenordnung 1991, K-LAO, LGBl.Nr. 128, in der Fassung der Gesetze LGBl.Nr. 51/1993, 138/1993, 44/1997, 10/1999, 54/2000, 21/2001 und 110/2001 sowie der Kundmachung LGBl.Nr. 83/1992, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1, Ziffer 2, Ziffer 3, Ziffer 4, Ziffer 5, Ziffer 6, Ziffer 7, Ziffer 8, Ziffer 9, Ziffer 10, Ziffer 11, Ziffer 12, Ziffer 13, Ziffer 14, Ziffer 15, Ziffer 16, Ziffer 17, Ziffer 18, Ziffer 19, Ziffer 20, Ziffer 21, Ziffer 22, Ziffer 23, Ziffer 24, Ziffer 25, Ziffer 26.

Ich ersuche um Annahme.

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Die Annahme von Artikel I ist beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand! - Das ist einstimmig so beschlossen. Bitte, weiter zu verlesen!

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Neuner** (FPÖ):

Artikel II

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Auch hier ist die Annahme beantragt. Bitte, um

**Mitterer**

ein Zeichen mit der Hand! - Das ist einstimmig so beschlossen. Bitte Kopf und Eingang!

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Neuner** (FPÖ):

Gesetz vom 28.11.2002 mit dem die Landesabgabenordnung 1991 geändert wird

Der Kärntner Landtag hat beschlossen. Ich ersuche um Annahme.

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Die Annahme von Kopf und Eingang wird beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist einstimmig so geschehen. Wir kommen nun zur 3. Lesung.

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Neuner** (FPÖ):

Der Landtag von Kärnten möge beschließen:

Dem Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Landesabgabenordnung 1991 geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich ersuche um Annahme.

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Die Annahme der 3. Lesung ist beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand! - Danke, das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

**7. Ldtgs.Zl. 440-15/28:****Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses betreffend Unfallversicherung für Feuerwehreinsätze**

Berichterstatter ist der Abgeordnete Lobnig. - Ich darf ihm das Wort erteilen.

Berichterstatter Abgeordneter **Lobnig** (FPÖ):

Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Und zwar dieser Initiativantrag der Freiheitlichen beruht darauf, wie wir wissen, daß es im Bereich der Feuerwehreinsätze immer wieder zu Unfällen kommt, wo Arbeitnehmer dann aufgrund dieser Unfälle eben in Krankenstand gehen müssen und die Kosten eben der Betrieb dann zu tragen hat, hier soll es eine Entlastung geben. Bisher war es so, daß eben solche Unfälle vom Gesetzgeber als Freizeitunfälle eingeteilt oder klassifiziert werden und daher die Unfallversicherung jetzt einmal nur 50 Prozent der Kosten übernimmt und primäres Ziel soll sein, daß die Unfallversicherungsanstalt die gesamten Kosten der Entgeltfortzahlung übernimmt.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

*(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Gritsch das Wort.)*

Abgeordneter **Gritsch** (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einen Dank für den einstimmig gefaßten Beschluß im Ausschuß, für diese politische Forcierungspolizze, wie ich sie bezeichnen möchte. Wie man weiß, hat sich der Aufgabenbereich innerhalb des Feuerwesens grundlegend geändert. Und so sind es die technischen Einsätze, die neben der Brandbekämpfung das Geschehen dominieren. Es liegt aber leider auch in der Natur der Sache, daß trotz aller Vorsicht und Sicherheitsmaßnahmen sich auch Unfälle nicht immer vermeiden lassen. Laut Statistik wurden in den letzten drei Jahren österreichweit circa 3500 Feuerwehrleute bei Unfällen verletzt. Die rechtliche Situation stellt sich leider so dar, daß ein Anspruch auf Fortzahlung des Entgeltes für den Dienstgeber nur beschränkt vorgesehen ist. Ausnahmen hat es gegeben in der Hochwasserkatastrophe in einigen betroffenen Gemeinden, wo Anträge eingebracht werden konnten. Grundsätzlich ist aber keine Entschädigung durch die öffentliche Hand vorgesehen. Deshalb bin ich auch der Meinung, den Hebel anders anzusetzen, weil es eine unbestrittene Tatsache ist, daß nach dem Entfall des Einkommensfortzahlungsgesetzes der Druck, so-

**Gritsch**

wohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer im Wirtschaftsbereich dramatisch angestiegen ist. Es ist ein Faktum, daß Freizeitbeschäftigung in vielen Betrieben ein Aufnahmekriterium darstellt, weil einfach Ausfälle, sowohl in personeller und finanzieller Hinsicht sehr schwer zu bewältigen sind. Auch aus eigener Erfahrung, ein Kleinbetrieb mit vier Mitarbeitern, zweimal Ausfall (einer zwei Monate der andere 14 Tage), das bedeutet schon 50 Prozent Ausfall. Da ist man schon Verlierer bei einem wirtschaftlichen Betrieb und nicht nur bei der Wahl. Aber es ist auch gerechtfertigt, daß auch die Wirtschaft ihren Beitrag zur Sanierung des Budgets leistet. Ist auch so geschehen. Ich kann mich aber durchaus mit der Forderung der Sozialdemokratie, nach Wiedereinführung des Einkommensfortzahlungsgesetzes anfreunden, weil die Zeit zur Entlastung insbesondere im Gewerbe, im klein- und mittelständischen Bereich, fällig ist. Und so wollen wir hoffen, daß die neue rot/schwarze Bundesregierung dahingehend in der Lage sein wird, *(Dies löst Heiterkeit unter den Abgeordneten der ÖVP-Fraktion aus.)* Akzente zu setzen und eine Steuerreform durchzuführen wie sie auch von uns Freiheitlichen gefordert wird. *(Abg. Mag. Scheucher-Pichler: Du, wenn, dann schwarz/rot. - Beifall im Hause.)*

*(Es erfolgen Zwiesgespräche in den Bänken der Abgeordneten. - Lärm und Unruhe im Hause. - Der Vorsitzende erteilt Abg. Koncilia das Wort.)*

Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Ich habe mir schon gedacht, *(Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)* nachdem das so ein ernstes Thema ist, daß ich mir meine Wortmeldung ersparen kann. Aber die Äußerung vom Herrn Abgeordneten hat mich jetzt doch bewegen zu sagen, ich hoffe - persönlich - hoffe, daß das nicht stimmt, was du angedeutet hast. Denn ich möchte nicht, daß uns das wieder passiert was uns schon einmal passiert ist und was jetzt der FPÖ passiert ist, daß die ÖVP überall dabei ist und zum Schluß nirgendwo war. *(Beifall von der FPÖ- und SPÖ-Fraktion.)* Diese Umarmungen können also sehr gefährlich sein.

Zur Sache selbst aber: Ich glaube es ist also unbestritten, daß wirklich der Bereich der Freiwilligen Feuerwehrleute immer ein größerer wird,

weil über die ursprünglichen Bereiche hinaus viele Dinge geschehen, für die auch die Feuerwehr herangezogen wird. Daher geht es mir in erster Linie darum, daß der Schutz für die Feuerwehrleute gegeben ist. Wenn die Unfallversicherung jetzt also auch einen weiteren Beitrag leisten soll, so ist es für mich schon einmal mehr auch ein Beweis, daß die Wirtschaft sich eigentlich doch irgendwo versucht, immer wieder abzusetzen und Kosten anderen hinzuschieben. Aber grundsätzlich geht es um die Versicherung der Feuerwehrleute und daher werden wir - wie im Ausschuß - auch heute hier diesem Antrag die Zustimmung geben. *(Zwischenruf aus der ÖVP-Fraktion)* Bei uns kann man eine eigene Meinung haben und wird nicht ausgeschlossen. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Sogar ein blaues Hemd hat er an! - Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

*(Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. - Der Vorsitzende schließt die Generaldebatte und erteilt dem Berichterstatter das Schlußwort.)*

Berichterstatter Abgeordneter **Lobnig** (FPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Mit dem Schlußwort möchte ich sicher auch von dieser Stelle aus allen Feuerwehrleuten für ihre Einsätze herzlich danken und ich hoffe, daß wir mit der heutigen Beschlußfassung sowohl für den Feuerwehrmann als auch für die betroffenen Betriebe eine Erleichterung erfahren werden.

Ich beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

*(Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. - Berichterstatter:)*

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, daß die Krankenstandstage, welche aus Unfällen bei Feuerwehreinsätzen resultieren, zur Gänze von der sozialen Unfallversicherung bezahlt werden.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Auch hier ist die Annahme beantragt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um Zeichen mit der

**Mitterer**

Hand! Das ist fast einstimmig gegen die Stimme von Herrn Abgeordneten Hinterleitner so beschlossen. (*Zwischenrufe aus der ÖVP*) Er hat keine Stimme abgegeben bei diesem Antrag, weder ein Zeichen mit der Hand noch war er auf seinem Platz. Wir werden das den Feuerwehrleuten auch mitteilen.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 8. ...

(*Abg. Dr. Wutte: Zur Geschäftsordnung!*) Zur Geschäftsordnung, bitte!

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Ich bitte, um folgende zukünftige Vorgangsweise. Ich weiß, wie schwierig das von diesem Platz aus ist, die Abstimmungen zu überwachen. Aber, daß manchmal bestimmte Dinge auch abgestimmt werden, wenn nicht alle am Platz sind. Aber ich bitte der guten Ordnung halber, jene, die sich nicht am Platz befinden korrekter Weise als nicht Mitstimmende zu werten und nicht als Gegenstimme. Danke!

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Es wird also im Protokoll so vermerkt.  
Wir kommen zur Tagesordnungspunkt

**8. Ldtgs.Zl. 630/2/28:****Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses betreffend Veräußerung der Liegenschaft Forstgarten Siebenhügel in Waidmannsdorf**

Herr Abgeordneter Lobnig ist der Berichterstatter. Ich darf ihm das Wort erteilen!

Berichterstatter Abgeordneter **Lobnig** (FPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Das Land Kärnten ist Eigentümerin der Liegenschaft EZ 61 der Katastralgemeinde Waidmannsdorf, bestehend aus dem Grundstück 248/1 im Ausmaß von 10.517 m<sup>2</sup>. Es geht hier um die Liegenschaft des ehemaligen Forstgartens Siebenhügel, wo auch das Land Kärnten -

wie gesagt - Eigentümer ist und diese Flächen haben bereits eine entsprechende Baulandwidmung für die Errichtung von Ein- und Zweifamilienhäusern bzw. Reihenhäusern. Es wurde auch bereits ein Teilungsvorschlag erstellt, der eine Parzellierung einmal vorläufig in acht Grundstücke im durchschnittlichen Ausmaß von 600 bis 800 m<sup>2</sup> vorsieht und eine Restfläche von 4.468 m<sup>2</sup>. Hinsichtlich dieser erforderlichen Aufschließung bzw. Abtretung von Grundflächen in das öffentliche Gut der Landeshauptstadt entstehen natürlich auch Vermessungskosten und Aufschließungskosten in der Höhe von rund 28.900 Euro und diese werden dann auch anteilig den Käufern aufgerechnet. Im Frühjahr dieses Jahres wurden durch öffentliche Bekanntmachung, daß es Veräußerungen geben soll, Angebote eingebracht und diese Angebote liegen der heutigen Beschlußfassung vor. Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

(*Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und schließt diese, nachdem keine Wortmeldung vorliegt. - Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlußwort! - Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. - Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. - Berichterstatter:*)

*Der Kärntner Landtag wolle beschließen:*

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert,

1. Die Kärntner Landesregierung wird gemäß Art. 64 Abs. 1 der Kärntner Landesverfassung ermächtigt, auf Basis des von der Abteilung 17 V unter der Zl. Bau17V-178/4/2000 erstellten Teilungsvorschlages, Stand 13.11.2002, und unter Anrechnung der aliquoten Vermessungskostenanteile sowie der Übernahme der aliquoten Aufschließungskosten, Vertragserrichtungs- und Durchführungskosten den nachfolgend angeführten Kaufwerbern folgende Grundstücke zu veräußern:
  - a) Frau Maria Lußnig, das Grundstück Nr. 248/9 im Ausmaß von 607 m<sup>2</sup> zum Preis von 205 Euro/m<sup>2</sup>,
  - b) Herrn Arnold Trampitsch das Grundstück Nr. 248/11 im Ausmaß von 656

**Lobnig**

- m<sup>2</sup> zum Preis von 205 Euro/m<sup>2</sup>,
- c) Herrn Mag. Gotfried Monsberger das Grundstück Nr. 248/10 im Ausmaß von 632 m<sup>2</sup> zum Quadratmeterpreis von 195 Euro,
- d) weiters das Restareal (zu unterteilen nach einem vom Käufer vorzuschlagenden Unterteilungsvorschlag) im Ausmaß von ca. 2.914 m<sup>2</sup> dem Kaufwerber Baumeister Müller zum Preis von 175 Euro/m<sup>2</sup>.
- Der Kaufpreis ist jeweils binnen 14 Tagen nach Vertragsunterfertigung in bar zu entrichten, andernfalls gesetzliche Verzugszinsen zur Anrechnung kommen.
2. Der kostenlosen Abtretung von rund 547 m<sup>2</sup> Grundfläche aus der EZ 61 KG Waidmannsdorf zugunsten des öffentlichen Gutes der Landeshauptstadt Klagenfurt zum Zwecke der Verbreiterung der Baumschulgasse und der Schaffung eines Fußweges wird gemäß Art. 64 Abs. 1 der Kärntner Landesverfassung zugestimmt.
3. Weiters wird gemäß Art. 64 Abs. 1 der Kärntner Landesverfassung die Kärntner Landesregierung, der Landeshauptstadt Klagenfurt (unter Einschluß des Abtretungsrechtes zugunsten eines Dritten) eine Option betreffend den käuflichen Erwerb des Grundstückes 248/1 im Ausmaß von 728 m<sup>2</sup> auf Basis eines Kaufpreises von zumindest 175 Euro und zu den oben angeführten weiteren Kaufbedingungen einzuräumen. Als Frist für die Ausübung dieser Option wird der Zeitraum von maximal 15 Monaten ab Fertigung des Optionsvertrages bestimmt. Sollte diese Option innerhalb dieser Frist vom Berechtigten nicht in Anspruch genommen werden, wird die Kärntner Landesregierung ermächtigt, den Verkauf dieses Grundstückes an einen anderen Interessenten zu einem, diesem späteren Verkaufszeitpunkt entsprechenden, aufgewerteten Kaufpreis durchzuführen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Ich mache die Abgeordneten noch einmal darauf aufmerksam, es ist natürlich so, wenn zu erwarten ist, daß einstimmige Beschlüsse da sind, ist es nicht so heikel, aber es kann einmal passieren, daß es dann auf jede Stimme darauf ankommt. Ich bitte wirklich, dann von den Plätzen und mit einem deutlichen Handzeichen die Zustimmung zu geben.

Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich zum Zeichen der Zustimmung die Hand zu erheben! - Das ist einstimmig so beschlossen. (*Zwischenruf aus der ÖVP-Fraktion*) Zweifelsfrei! (*Abg. Mag. Scheucher-Pichler: Ganz klar!*) Es war nämlich bei der Abstimmung über die Spezialdebatte nicht so einstimmig.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**9. Ldtgs.Zl. 217-5/28:****Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales und Gesundheit zur Regierungsvorlage betreffend den Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft 1999/2001**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Kollmann. Ich darf ihm das Wort erteilen!

Berichterstatter Abgeordneter **Kollmann** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Ausschuß für Soziales, Familie und Gesundheit hat in der 60. Sitzung nach eingehender Diskussion diesen Kinder- und Jugendanwaltschaftsbericht zur Kenntnis genommen.

Die Tätigkeit der Kinder- und Jugendanwaltschaft ist in Anlehnung an das Jugendwohlfahrtsgesetz per Landesgesetz auch geregelt. Durch diese Bestimmung wird es auch ermöglicht, einen Kinder- und Jugendanwalt, dem es auch ermöglicht wird, über das Bundesland hinaus auch die Rechte der Kinder und Jugendlichen zu vertreten. Es wurde auch auf Bundesebene und auch mit dem Beschluß des Jugendwohlfahrtsgesetzes im Lande Kärnten die Kinderrechtskonvention als ein Dokument unterschrieben, das allen Kindern und Jugendlichen



**Kollmann**

ein Leben in Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit sichern soll. Und wenn man die Kinderrechtskonvention, den Artikel 12 anschaut oder liest, dann steht auch drinnen: "Jeder Mensch hat das Recht, seine eigene Meinung zu sagen - auch wir Kinder." Und Kinder müssen geschützt werden. Es kommt vor, daß Kinder von ihren Eltern oder anderen Personen vernachlässigt, gequält, mißhandelt oder sexuell mißbraucht werden. Diese Kinder brauchen besonderen Schutz und Unterstützung. Beratungsstellen helfen weiter den Familien und den Kindern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kinder- und Jugendanwältin des Landes Kärnten, Frau Magister Astrid Liebhauser, hat in ihrer zehnjährigen Tätigkeit nicht nur die Anwaltschaft aufgebaut, sondern auch die Hilfestellung für die Betroffenen unbürokratisch, rasch und flexibel gestaltet. Und wir alle wissen und haben das sicherlich in vielen Diskussionen selbst miterlebt, wenn das Gespräch unmöglich wird, können viele Mißverständnisse Probleme hervorrufen, die dann von einem Problem speziell im Kindheitsbereich zu einer Katastrophe werden. Der Kinder- und Jugendanwalt des Landes Kärnten versucht herauszufinden, wo der Schuh drückt und wie geholfen werden kann, den Kindern und den Jugendlichen aus einer verfahrenen Situation, die sich eben gestaltet hat, wieder herauszukommen. Und sie sucht den persönlichen Kontakt auch zu allen, die zu einer Verbesserung dieser Probleme wesentlich beitragen können bzw. auch wollen. Und ich glaube, das ist etwas sehr Positives.

Auch Opferschutz bei Gewalt und Prävention sind wichtige Teile ihrer Arbeit und die Kinder und Jugendlichen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es fand so beispielsweise auch ein Projekt, das die Kinder- und Jugendanwaltschaft miterarbeitet hat im Lande Kärnten, wo viele andere Bereiche auch Organisationen mitgewirkt haben, nämlich die Broschüre "Schwierige Kinder - bunte Vögel" hat so großen Anklang gefunden, daß das Unterrichtsministerium auch diese Broschüre angefordert hat, daß auch der ORF in "Willkommen Österreich" diese Broschüre vorgestellt hat, und daß auch 1.800 Pädagoginnen in Österreich diese Broschüre angefordert haben.

Und ich glaube etwas ganz besonderes soll ja

auch in diesem Bericht miterwähnt werden, nämlich die Initiative der Kinder- und Jugendanwältin im März 1998, nämlich in Zusammenarbeit mit dem Jugendwohlfahrtsreferat beim Amt der Kärntner Landesregierung, nämlich mit der Rechtsanwaltskammer auch eine kostenlose Beratung und Vertretung von minderjährigen Gewaltopfern herbeizuführen. Das ist etwas, das seinesgleichen gesucht hat. Im Jahre 2001 wurde nämlich erst dann vom Bundesministerium für Soziales und Generationen eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, um das, was hier notwendig ist und in den Bundesländern zum Teil schon aufgebaut wurde, auch per Gesetz oder zumindest einen Arbeitskreis zu schaffen, daß hier das auch übernommen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Frau Magister Liebhauser hat in Kooperationen mit verschiedenen Anbietern im Lande Kärnten im psychosozialen Bereich ein Konzept erarbeitet für die Prozeßbegleitung für Kinder und Jugendliche in Kärnten und auch das ausgearbeitet. Hier wird über die Information, über den Ablauf und die Auswirkung einer Anzeige bis hin zur Vermittlung einer kostenlosen Vertretung durch Juristen vor Gericht und die Geltendmachung von Schadenersatzanspruch für die Kinder und Jugendlichen, daß dieser Rechtsanwalt das auch kostenlos für die Familien und für die Kinder dann auch leisten wird.

Der vorliegende Bericht spiegelt nämlich die Arbeit einer ausgezeichneten Kinder- und Jugendanwältin wider, in der Person von Magister Astrid Liebhauser und ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ich habe gedacht einen Orden!)*

*(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Warmuth das Wort.)*

Abgeordnete **Warmuth** (FPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Nach dieser sehr umfassenden Berichterstattung hoffe ich, daß auch mir noch ein paar zusätzliche Argumente einfallen. Ich werde es auf alle Fälle versuchen.

Auch ich danke namens der freiheitlichen Fraktion für diesen sehr umfassenden Bericht. Es ist seitens der Kinder- und Jugendanwältin sehr

## Warmuth

engagiert gearbeitet worden. Der Zielsetzung, die Rechte und Interessen von Jugendlichen zu vertreten sowie konkrete Hilfestellung den Kindern und Jugendlichen in schwierigen Lebenssituationen zu geben, wurde darin im hohen Ausmaß entsprochen.

Dahingehend garantieren Aktivitäten wie Einzelfallerarbeitung von Antigewaltstrategien, Mediationsprojekte, Mitwirkung in Arbeitskreisen und überregionale Konferenzen sowie Schulbesuche ein Arbeitspensum, das bedarfsgerecht ausgerichtet war. Bezeichnend ist auch die hohe Nachfrage in den Jugendhilfsmaßnahmen, da laut Bericht die Anzahl der jugendlichen Selbstmörder stark angestiegen ist. Es wurden über 1.200 Schülerinnen kontaktiert, und das mit steigender Tendenz. Zudem wurden 77 % der Fälle telefonisch bearbeitet, da diese meist sehr pressant sind und rasche Behandlung erforderten.

Eine traurige Tatsache ist auch, daß in Kärnten jährlich zirka 3.000 Delikte im Kindesmißbrauch stattfinden. Hier ist anzusetzen mit Opferschutz in der Aufklärungsphase und im Strafverfahren, mit begleitender therapeutischer Betreuung. Durch eine gezielte Bewußtseinsbildung in der Bevölkerung und in den öffentlichen Einrichtungen zur Sensibilisierung des Themas in den pädagogischen und medizinischen Berufen muß eine verstärkte Ausbildung zur Erkennung von Symptomen bei Gewaltmerkmalen durchgeführt werden. Ziel muß auch sein, daß zwischen Kindergärten, Schulen, Ärzten, Polizei, Rechtsanwälten und Psychologen verstärkt kooperiert wird, um so helfend und präventiv für die ängstlich Betroffenen handeln zu können.

Geschätzte Damen und Herren! Daher danken wir auch unserer Kinder- und Jugendanwaltschaft, die durch den Arbeitskreis "Initiative gegen sexuellen Mißbrauch" wertvolle konkrete Hilfe vor Ort leistet!

Erfreulich ist auch die Initiative des Kindergarteninspektorates des Landes, wo in einer einjährigen Vorbereitungszeit mit Psychologinnen, Ärzten, Kinderbetreuungsexperten und der Kinder- und Jugendanwaltschaft eine Broschüre erarbeitet wurde, die den angesprochenen Pädagogen mehr Sicherheit im Umgang mit dem Thema "Kindesmißbrauch" gibt.

Sinnvoll und zukunftsorientiert sind auch die Projekte der Mediation. Insbesondere durch die Änderung der Novelle zum Kindschaftsrecht wurde durch die Mitwirkung der Kinder- und Jugendanwaltschaft eine wesentliche Verbesserung für Kinder erreicht. Durch Mediatoren im juristischen und psychologischen Bereich können im Scheidungsfall der Eltern jene Lösungen zustande kommen, die auch den Kindern ein zufriedenstellendes Miteinander mit beiden Elternteilen ermöglichen.

Als wichtig erscheinen mir auch die Projekte im Rahmen der Schulmediation. Gewalt an Schulen und Aggressionsdelikten unter Jugendlichen sind aufgrund gesellschaftspolitischer Entwicklung im Ansteigen. Schulmediationsprojekte in Kärnten führen dazu, daß Jugendliche wichtige Schlüsselqualifikationen (wie Konfliktmanagement, soziale Kompetenz und Verantwortungsbewußtsein) erwerben können. Ziel dieser Projekte ist, in Streitfällen mit Hilfe von ausgebildeten Mediatoren selbständig eine für beide Seiten zufriedenstellende Lösung im Konflikt zu finden.

Geschätzte Damen und Herren! Die Freiheitlichen bezeichnen den vorliegenden Bericht als "gelungen"! Um die Arbeit mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft auch in den ländlichen Bezirken zu optimieren, sollten gemeinsam mit den sozialen Gesundheitssprengeln monatliche Sprechstunden in den bestehenden Einrichtungen angeboten werden. Dabei geht es darum, vorhandene Strukturen so zu nutzen, damit nicht das ständig steigende Sozialbudget des Landes zusätzlich belastet wird. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Wulz das Wort.)*

Abgeordnete **Wulz** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Beim Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft fällt einem auf, daß die Arbeit der Kinder- und Jugendanwaltschaft sehr umfangreich ist und in viele Bereiche hineingeht. Ein besonderes Projekt ist auch die "Schulmediation". Gerade in Schulen steigt ja die Gewaltbereitschaft, aber auch "Mobbing" wird immer öfter zum Thema in Schulklassen. Hier anzusetzen war und ist

## Wulz

Ziel der Kinder- und Jugendanwaltschaft. Die Projekte, die durchgeführt wurden, haben auch dazu beigetragen, daß die Jugendlichen mit Konflikten umzugehen lernen.

Gewalt wird durch diese fachliche Beratung und Arbeit im Vorfeld abgewendet. Wie lange und wie arbeitsintensiv das ist, zeigt das Projekt am Ingeborg-Bachmann-Gymnasium. Hier wurden in einem Zeitraum von drei Jahren 25 Schwerpunkte gesetzt. Insgesamt gab es vier Klassen. Aufgrund des Erfolges, aber natürlich auch leider aufgrund des Bedarfes hat die Nachfrage von Schulen zugenommen. Ich denke, daß man hiermit den richtigen Weg gegangen ist und Personen, die jeden Tag mit den Schülern und Schülerinnen zusammenarbeiten, nämlich, die Pädagogen, durch Ausbildungslehrgänge zu Schulmediationstrainern die Möglichkeit haben, vor Ort fachlich reagieren zu können.

Daß diese Projekte im Anfangsstadium sind, muß jedem klar sein. Für die Zukunft wird man vermehrt investieren müssen: an Zeit, an Personal, aber auch an Geld. Das wäre auch gerechtfertigt, denn es geht ja schließlich um unsere Kinder. Das ist ja nur ein Bereich des Berichtes. Wenn man die Statistik betrachtet, so kann man auch feststellen, daß vermehrt Mädchen mit ihren Anliegen Kontakt suchen. Das ist wahrscheinlich auch darauf zurückzuführen, daß an zweiter Stelle der Kontaktaufnahme mit 19,5 und 80 % sexuelle Gewalt der Grund ist. Ein Thema, das man auch gründlich diskutieren sollte - wobei die Stellungnahme der ständigen Konferenz der Kinder- und Jugendanwältinnen Österreichs zu berücksichtigen ist -, ist die beabsichtigte Novelle des Jugendgerichtsgesetzes. Hier wird empfohlen, Begleitmaßnahmen zur Entschärfung zu erwägen; zum einen, weil die Entwicklung ... (*Lärm im Hause. - Die Rednerin wartet ab. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) ... zum einen, weil die Entwicklung auch im europäischen Raum eine andere ist und bei straffällig gewordenen Jugendlichen die Möglichkeit einer Ausbildung „Resozialisierung“ im Vordergrund stehen sollte.

Ein Wunsch von Frau Mag. Astrid Liebhauser war auch die personelle Aufstockung im Bereich der Kinder- und Jugendanwaltschaft. Bei den vielen Aufgabengebieten, die sich ergeben, ist dieser Wunsch verständlich. Und eigentlich

sollten uns die Probleme unserer Kinder und Jugendlichen wohl wichtig genug sein, um ihnen eine umfassende Beratung in diesem Bereich anbieten zu können!

Die massive Kritik vom Herrn Abgeordneten Jost während der Ausschußsitzung an Frau Mag. Astrid Liebhauser ist für mich unverständlich, da - wenn man sich mit dem Bericht genau befaßt - gute Arbeit geleistet wurde. Meine Antwort darauf ist: Das kann ein Land wie Kärnten sich nicht leisten, denn unsere Jugend ist unsere Zukunft! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Sablatnig das Wort.*)

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Grundsätzlich muß es erlaubt sein, wenn die Frau Jugendanwältin als Auskunftsperson im Ausschuß für Soziales anwesend ist, daß man zu allen Dingen Fragen stellt, auch wenn es kritische Fragen sind. Es kann sich niemand die Fragen aussuchen, aber die Jugendanwältin hat ja selber die Möglichkeit, die Fragen zu beantworten, wovon sie auch Gebrauch gemacht hat.

Geschätzte Damen und Herren! Mir ist schon klar, warum die Frau Kollegin Wulz hier das Thema angesprochen hat. Es geht darum, daß wir uns voll zur Jugendanwaltschaft bekennen. Der Bericht wurde umfassend vorgelegt; er entspricht dem gesetzlichen Auftrag. Der Bericht stellt auch umfangreich dar, welche Aufgaben eine relativ kleine Gruppe von Mitarbeitern zu bewältigen hat. Das wird von mir auch anerkannt. Ich habe mich mit diesem Bericht intensiv auseinandergesetzt, weil es um unsere Jugend geht und weil die Jugendanwaltschaft deshalb eingerichtet wurde, damit die Jugend zu ihrem Recht kommt. Vor allem geht es um Übergriffe gegenüber Jugendlichen. Und da muß jemand die Möglichkeit haben, sich mit der Jugendanwaltschaft in Verbindung zu setzen.

Was mir das letztmal aufgefallen ist - und deshalb habe auch ich mir erlaubt, einige Fragen zu stellen -, das ist das sogenannte Schulmediatorenprojekt. Wir haben in Kärnten weit über 100 Schulen, die davon betroffen sind. Wenn es in sechs Schulen solche Projekte gibt, ist flächen-

## Sablatnig

deckend nichts passiert. Man kann nicht sagen, daß sich die Situation der Jugendlichen und der Jugendrechte verbessert hat, wenn man von weit über 100 Schulen in 6 Schulen irgendwelche Pilotprojekte in den letzten drei Jahren durchgeführt hat. Deshalb war meine Frage an die Frau Jugendanwältin, wie sehr man mit den bestehenden Strukturen in Kooperation steht. Das hat sie mir nicht bestätigen können. Es gibt vor allem im Pflichtschulbereich (in jeder Hauptschule beispielsweise) Betreuungslehrer, die sich ausschließlich mit dieser Thematik zu befassen haben, die Lehrgänge zu absolvieren hatten, um in Konfliktsituationen, in persönlich kritischen Situationen der Jugendlichen, bei der Problembewältigung mitzuwirken. Sie hat verneint, daß es hierbei eine Kooperation gibt. Auch die Frage mit dem schulpsychologischen Dienst wurde dahingehend beantwortet, daß es keine Kooperation gibt.

Deshalb meine ich, bevor ich in diesem Land wieder neue Dienstposten für die Jugendanwaltschaft fordere, überlege ich mir einmal: Welche Strukturen haben wir in Kärnten zur Bewältigung dieser Aufgaben? Und wenn die bestehenden Strukturen überfordert sein werden, dann sind wir gerne bereit, auch diesen Posten dazuzugeben, damit diese Aufgaben bewältigt werden können.

Ich halte viel davon, wenn man auch in den Bezirksstädten Sprechstunden abhält, daß jene Menschen, die mit Problemen an die Jugendanwaltschaft herantreten wollen, die Möglichkeit dazu haben. Aber ich möchte nur festhalten, daß es von unserer Seite her gewünscht wird, daß es eine enge Kooperation mit den Betreuungslehrern und eine enge Kooperation mit dem schulpsychologischen Dienst geben soll. Nach der Vorlage eines weiteren Berichtes werden wir feststellen, daß es wieder vier, fünf, sechs Schulen sein werden, die von der Jugendanwältin bearbeitet werden - und die übrigen, über 100 Schulen werden gar nicht wissen, daß es eine Jugendanwaltschaft gibt. Daher sollte die Jugendanwaltschaft nicht als Dienstleister auftreten sondern als Berater der bestehenden Strukturen. Hier würde man wesentlich mehr erreichen, in einer sehr kurzen Zeit. Ich glaube, daß die Zeit drängt, daß dieses Angebot an alle Schulen herangetragen wird. *(Beifall von der ÖVP-*

*Fraktion)*

*(Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. - Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlußwort.)*

Berichterstatter Abgeordneter **Kollmann** (SPÖ):

Hohes Haus! Ich glaube, daß diese Koordinationsarbeit, die die Kinder- und Jugendanwältin macht, sehr wertvoll ist. Ich meine, daß gerade dem, was Kollege Sablatnig gesagt hat, auch Rechnung getragen wird mit der Koordination, daß das als Ausnahme passiert, daß sie eben nicht in allen Schulen mit diesem Mitarbeiterstab, mit einem Sachaufwand von 18.000 Euro pro Jahr - das kann man nachschauen -, das erfüllen kann. In diesem Lichte sollten wir das sehen!

Ich beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

*(Der Antrag wird einstimmig angenommen. - Berichterstatter:)*

Der Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht 1999 bis 2001 der Kinder- und Jugendanwältin des Landes Kärnten wird zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

*(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Es wird also auch bei dem anderen, dem fraglichen Tagesordnungspunkt, Einstimmigkeit schriftlich festgehalten sein. Herr Abgeordneter Hinterleitner, ich darf also beruhigen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 10:

Mitterer

**10. Ldtgs.Zl. 191-17/28:**

**Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales und Gesundheit zur Regierungsvorlage betreffend den Tätigkeitsbericht samt Rechnungsab-schluß für das Jahr 2001 des Kärntner Krankenanstaltenfonds**

Die Frau Abgeordnete Wulz ist die Bericht-  
statterin. Ich darf ihr das Wort erteilen!

Berichterstatterin Abgeordnete **Wulz** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Tätigkeitsbericht des Kärntner Krankenanstaltenfonds ist sehr umfangreich und soll einen umfassenden Einblick in die Entwicklung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung in Kärnten geben. Im Kapitel 2 und 3 werden die organisatorischen Grundlagen dargestellt. Kapitel 4 umfaßt die wichtigsten Beschlüsse der beiden Landeskommis-sionen im Jahre 2001 zusammen. Die finanzielle Gebarung wird im Kapitel 5 dargestellt und Kapitel 6 beschäftigt sich mit den Control-lingauswertungen. Kapitel 7 befaßt sich mit dem Jahresbericht 2001 des Fachbeirates für Qualität und Integration und im Kapitel 8 wird ein kurzer Statusbericht der Leistungsangebotsentwicklung im Kärntner Gesundheitswesen gegeben.

Aus dem Bericht geht hervor, daß das Land Kärnten an den Kärntner Krankenanstalten im Jahre 2001 einen Beitrag von 10,57 Millionen Euro geleistet hat. Die Kärntner Gemeinden leisteten auf Basis der Umsatzsteuer 7,15 Millionen Euro im Jahr 2001. Bei der Entwicklung der Patientenzahl kann man eine Steigerung feststellen, außer bei jenen Patienten die länger als 28 Tage im Krankenhaus verweilen. Auch im Intensivbereich stellte man im Jahr 2001 einen Rückgang fest. Wenn man sich die Entwicklung der Endkosten der Krankenanstalten je stationären Patienten anschaut, so liegen wir in Österreich bei 3.380,- und in Kärnten bei 3.079,65 Schilling. Alles in allem ist dieser Bericht sehr umfangreich und ausführlich und ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

*(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Sablatnig das Wort.)*

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Der Tätigkeitsbericht des Krankenanstaltenfonds 2001 liegt vor. Er gibt eine umfangreiche Grundlage für gesundheitspolitische Überlegungen, insbesondere deshalb, weil in dieser Unterlage sehr viel statistisches Material aufgearbeitet ist, vor allem die gesamte Entwicklung in den einzelnen Krankenanstalten, dann die Finanzierung der einzelnen Krankenanstalten in unserem Bundesland, die Verweildauer, die LKF-Punkte-Verrechnung. Ich möchte mich nicht mit allen Punkten auseinandersetzen. Ich halte es für eine wertvolle Grundlage, insbesondere dann, wenn man diesen Fondsbericht oder diese Fondsberichte über mehrere Jahre gegenüberstellt, dann sieht man auch die Entwicklung in unserem Bundesland, in welche Richtung sie geht. Und daraus können auch gesundheitspolitische Maßnahmen abgeleitet werden.

Für mich ist der wesentliche Punkt im Bereich der sogenannten "Strukturmittel", nicht von der Summe her, sondern von der Möglichkeit, wo der Strukturfonds Beschlüsse fassen kann, um Geldmittel für die Lenkung von Maßnahmen freizusetzen. Es wurden im Jahr 2001 91,6 Millionen Schilling für Strukturmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Hier möchte ich festhalten, daß wir seit zwei Jahren erstmalig eine flächen-deckende Notarztversorgung in Kärnten haben. Und diese Notarztversorgung wurde im Jahr 2001 mit 25,5 Millionen aus den Strukturmitteln des Krankenanstaltenfonds finanziert. Das hat da eine ganz kluge Überlegung, daß, wenn ein Patient eine Akutversorgung braucht, dann muß er nach internationalen Gepflogenheiten innerhalb von 25 Minuten spätestens eine Versorgung erfahren können, ganz gleich in welcher Region unseres Landes er sich befindet. Und das war der Grund, diese Notarztversorgung zu entwickeln und das führt dazu, daß der Patient rascher medizinische Hilfe bekommt und dadurch die Verweildauer in den Krankenhäusern kürzer wird bzw. der Krankheitsverlauf in der Regel einen anderen Verlauf nimmt, als würde die notärztliche Versorgung später eintreten. 27 Prozent der Strukturmittel gehen in diesen Bereich.

Wir haben die Hauskrankenpflege massiv aus-  
geweitet. Und wenn man davon spricht, daß man

**Sablatnig**

krankenhausentlastende Maßnahmen haben will, muß man die dezentralen extramuralen Strukturen entwickeln. Und in diesem Bereich sind insgesamt 34,9 Millionen Schilling investiert worden. Das sind 38 Prozent. Ich halte diese Maßnahmen für die einzig mögliche Maßnahme, die Krankenanstalten zu entlasten und somit auch von der Arbeitsbelastung her, nicht nur von der materiellen Situation her zu entlasten, um für jene Patienten mehr Zeit zu haben die eine Akutversorgung in den Krankenanstalten brauchen. Für die Pflegeheime sind 16 Millionen Schilling aufgewendet worden. Das sind Strukturmittel für die Schaffung und Errichtung von Pflegeheimen. Wir wissen, wenn jemand nicht in ein Pflegeheim kommen kann weil keines vorhanden ist, muß er im Krankenhaus versorgt sein und das ist die teuerste Lösung.

Für die ambulante Therapie und Rehab-Einrichtungen wurden 9 Millionen aufgewendet. Für die sozialmedizinische Beratung relativ wenig - 123.000,- Schilling und für die Gesundheitsförderung 5,8 Millionen Schilling. Und hier bin ich bei einem Punkt, der für mich ganz wesentlich ist. Es gibt in Kärnten zwei Institutionen, die sich ganz intensiv mit Gesundheitsförderung, mit Gesundheitsprävention, befassen. Eine Institution wird relativ gut gefördert, die zweite - die sogenannte "Kärngesund"-Institution - die die niedergelassenen Ärzte im Rahmen der Ärztekammer ins Leben gerufen haben, haben eine Förderung im Jahr 2000 bis 2002 beschlußmäßig bekommen. Es ist aber so, daß offensichtlich die Auszahlung für das Jahr 2002 noch nicht erfolgt ist. Ich mache nur darauf aufmerksam, daß es am 13. Dezember eine Sitzung des Krankenanstaltenfonds geben wird, wo wir in diesem Fonds diese Problematik ansprechen werden, denn es ist die beste Maßnahme, daß auch die "Berufenen" für die Gesundheitsumsetzung in Kärnten diese Aufgabe wahrnehmen. Und es ist ja nicht von ungefähr, daß wir in Kärnten sogenannte "Vorsorgemuffel" sind. In Vorarlberg gibt es etwa 15 - 16 Prozent der Bürger, die an gesundheitlichen Vorsorgemaßnahmen teilnehmen. Und in Kärnten ist es gerade die Hälfte davon. Und da denke ich, daß auch die vertrauensbildenden Maßnahmen über die niedergelassenen Ärzte gestärkt werden sollten. Und ich meine, daß wir diese Aktion "Kärngesund" der Ärztekammer unterstützen sollten. Die Ärzte bekom-

men ja dafür keine Gegenleistung aus diesem Topf. Sie würden nur die Gesundheitsvorsorge stärker und besser bewerben können. Das halte ich für eine kluge und vorausschauende Gesundheitspolitik für dringend notwendig. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

*(Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, erteilt der Vorsitzende der Berichterstatterin das Schlußwort. - Die Berichterstatterin verzichtet auf das Schlußwort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. - Dieser Antrag wird einstimmig so angenommen.)*

Berichterstatterin Abgeordnete **Wulz** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Der Rechnungsabschluß und der Tätigkeitsbericht des Kärntner Krankenanstaltenfonds für das Jahr 2001 wird zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand! - Auch das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**11. Ldtgs.Zl. 548-2/28:****Bericht und Antrag des Ausschusses für Europa- und Föderalismusfragen betreffend EU-Weißbuch "Jugendpolitik"**

Der Herr Abgeordnete Volautschnig ist der Berichterstatter. - Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abgeordneter **Volautschnig** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das EU-Weißbuch zur Jugendpolitik ist kürzlich erschienen und wie wir im Ausschuß feststellen konnten auch hinlänglich bekannt. Und es beinhaltet eine Reihe von sehr wichtigen Maßnahmen, vor allem jene, die den Stellenwert der

## Volautschnig

Jugend im gesellschaftlichen Bereich darstellen. Es wäre wichtig, diese Maßnahmen und Ansätze einer breiten Öffentlichkeit und vor allem hier im regionalen Bereich durch Informationskampagnen der Jugend näherzubringen, um eben soviel wie möglich von diesen Aussagen parziti ..., eh parziti ..., parzizipi ... (*Es wird ihm das Wort richtig vorgesagt.*) partizipieren - danke - zu können.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

*(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Mag. Dr. Kaiser das Wort.)*

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Das Weißbuch "Jugend", ein neuer Impetus für Europas Jugend, wurde im Auftrag der zuständigen Kommissarin für Jugendfragen, Vivian Reding, erstmals veröffentlicht, erstmals veröffentlicht vor exakt genau einem Jahr. In diesem Weißbuch über Jugendpolitik werden verschiedene Ebenen angesprochen, deren Hauptziel es ist, der Jugend die Beeinflussung von für sie relevanten Dingen zu ermöglichen. Es behandelt, und das ist auch neuartig in einem Weißbuch für die Europäische Kommission, auch Themen, die sich momentan nicht in den Verträgen wiederfinden. Schwerpunkt ist die Teilnahme junger Menschen an der gesellschaftlichen Gestaltung, durch Involvierung in Konsultationsprozesse auf allen politischen Ebenen sicherzustellen bzw. dort, wo es bereits der Fall ist, diese zu vergrößern. Dies soll auch zu einer verstärkten Berücksichtigung der Auswirkungen von europäischen Gesetzen, von europäischen Maßnahmen, von europäischen Programmen auf die junge Generation, die ja die Zukunft dieses Europas ist, beitragen.

Unser Antrag zielt daher darauf ab, daß dieser Konsultationsprozeß organisiert werden soll. Er soll insofern organisiert werden, daß wir Ansatzpunkte, die es im Land Kärnten gibt, wie die Arbeitsgemeinschaft von Kärntner Jugendorganisationen, wie die vielfach stattfindenden Jugendparlamente, wie die Einbindung der Landesschülervertretungen, auch davon in Kenntnis gesetzt werden und die Plattform erhalten, diese

sehr wichtigen Inhalte des Weißbuches innerhalb der Jugend zu verbreiten. Ein wichtiger Punkt und auch im engen Kontext zu verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Kärntner Landtages zu sehen, ist der Versuch, durch das Weißbuch für Jugendfragen auch die Mobilität junger Menschen zu fördern bzw. zu intensivieren. Der Europäische Freiwilligendienst, verschiedene Maßnahmen im Bereich des Jugendtourismus, Jugendaustauschprogramme, Auslandssemester für Schülerinnen, Schüler, Studierende, aber auch erstmals die Möglichkeit, Teile der Lehre im Ausland zu verbringen und damit auch interkulturelles Wissen für den Bereich der Facharbeit sich anzueignen, sind weitere Eckpfeiler dieses Weißbuches für Jugendpolitik.

Ein eigener Schwerpunkt wird dem Bereich des sozialen und des interkulturellen Lernens als jugendpolitische Priorität gewidmet. Auch hier hat Kärnten bereits Vorleistungen getroffen, wie sie sich durch die intensive Annahme des EU-Programmes "Comenius" im Bereich der Schule wiederfinden können. Ich glaube, daß gerade das Forcieren von internationalem Verstehen, von Toleranz, aber auch - wie bereits heute einmal ausgeführt - das Erlernen von Sprachen und damit den Zugang zu Kulturen zu finden, wesentlich sind und auf alle Fälle auch die Unterstützung im jeweiligen Referat der Landesregierungen, im konkreten Fall der Kärntner Landesregierung, finden müssen. Ich verweise nur darauf, daß in diesem Weißbuch für Jugendpolitik auch die besondere Förderung von Jugendlichen mit speziellen Bedürfnissen vorgesehen ist. Und gerade das nächste Jahr wird zum "internationalen Jahr der Behinderung" ausgerufen. Auch hier - denke ich - kann der Kärntner Landtag positive Akzente für die Einbindung dieser jungen Menschen in das öffentliche Leben finden.

Ich glaube, daß wir abschließend darauf hinweisen sollten, daß eine der wichtigsten Aufgaben eines Landesjugendreferates auch der internationale Aspekt ist. Ich hoffe, daß die SPÖ mit diesem Antrag, von dem ich ausgehe, daß er genauso wie im Ausschuß von den anderen Fraktionen unterstützt werden wird, eigentlich dem Landesjugendreferat die Aufgabe übergibt, als Multiplikator im Sinne der Inhalte des Weiß-

**Dr. Kaiser**

buches für Jugendpolitik tätig zu werden. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Egger das Wort.)*

Abgeordnete **Dr. Egger** (FPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Landtag! Mit dem Weißbuch über die Jugend - der korrekte Name lautet: "Neuer Schwung für die Jugend Europas" - will die Kommission einen neuen Rahmen für die Zusammenarbeit in jugendpolitischen Fragen beschreiben. Die Ziele dieses Weißbuches hat mein Vorredner, Dr. Kaiser, bereits erläutert. Ich möchte nur kurz etwas zur europarechtlichen Problematik ausführen und dann zur Umsetzung bereits in Österreich.

Grundsätzlich ist die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Jugendpolitik begrüßenswert. Problematisch erscheint uns aus nationaler Sicht jedoch, daß mit diesem Weißbuch versucht werden soll, auf die Ausrichtung und Gestaltung von Jugendpolitik auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, Einfluß zu nehmen. Wie Sie alle wissen, ist Jugendpolitik Sache der Mitgliedsstaaten und der regionalen und lokalen Entscheidungsebenen und vollzieht sich die Jugendpolitik, in Europa gesehen, in einem vielgestaltigen gesellschaftlichem Spektrum und sind hiezu in Europa historisch gesehen sehr unterschiedliche Politikansätze vorhanden. Die zentralistischen Zielvorgaben der EU für nationale, regionale und lokale Jugendpolitik laufen dem Artikel 149, Absatz 4 EV (also Europäischer Vertrag) zuwider, da hier im Bezug auf Bildungs- und Jugendpolitik jegliche Harmonisierung der Vorschriften ausgeschlossen worden ist. Und im Weißbuch werden teilweise diese Grenzen, die Befugnisse der Gemeinschaft, überschritten. Dennoch ist diese Zusammenarbeit begrüßenswert und hat sich auch Österreich bereiterklärt, dies umzusetzen. Begleitend zu diesen EU-Aktivitäten wurde auf der nationalen Ebene im Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen eine Beratungsgruppe eingerichtet, die aus der österreichischen Sicht zu behandelnde Themen erarbeitet und prozeßnational begleitet. Zudem wurde vom Herrn

Bundesminister eine Koordinationsperson bestimmt, die für die nationale Koordinierung verantwortlich ist.

Die nationale Beratungsgruppe setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern zum Teil schon genannter Jugendorganisationen zusammen. Einige Genannte sind die Vertreter der Bundesländer aus den Landesjugendreferaten, der ARGE Österreichischer Jugendinfos, der ARGE Partizipation, der Bundesjugendvertretung und einiger Teilnehmerinnen des europäischen freiwilligen Dienstes. Die Beratungsgruppe "Weißbuch" tritt alle vier bis acht Wochen zusammen und wird seitens der Fachabteilung für internationale Jugendangelegenheiten des Bundesministeriums regelmäßig über die Entwicklungen und Maßnahmen der EU betreffend Weißbuch-Prozeß informiert. Die von der Beratungsgruppe zu leistende Arbeit ist die Erarbeitung und Diskussion von inhaltlichen Themenbereichen, Umsetzungsmaßnahmen, Finanzierung, Budgetplanung und Terminkalender.

Aber auch in Kärnten beschloß das Landesjugendreferat nicht. Wie Sie wissen, ist das Landesjugendreferat die Regionalstelle für das EU-Programm "Jugend". Wir haben vor einigen Monaten einen eigenen Mitarbeiter aufgenommen, der diesen EFD-Dienst und die anderen Maßnahmen im EU-Programm "Jugend" erarbeitet. Wir haben vor kurzem die "Jugend-servicestelle neu" vorgestellt, eine umfangreiche Infomappe vorgestellt den Multiplikatoren. Es gibt laufende Infoveranstaltungen in den Gemeinden, um die Jugend auf die Europa-Programme hinzuweisen. Für 2003 ist die Ausarbeitung eines eigenen Jugendleitplanes vorgesehen. Also Sie sehen, daß das Landesjugendreferat den Erfordernissen, die uns die EU bringt, sehr wohl vieles entgegenhalten kann.

Ich finde es auch gut, daß wir europäisch zusammenarbeiten. Ich weise aber noch einmal darauf hin, daß die Befugnisse der Europäischen Gemeinschaft dort überschritten werden, wo eben die Organisation der Gemeinschaft für die Mitgliedsstaaten verbindliche Leitlinien festlegt. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*



Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Ja, das war die letzte Wortmeldung. Die Generaldebatte ist geschlossen. Der Berichterstatter hat das Schlußwort. *(Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. - Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.)* Ich bitte, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Volautschnig** (SPÖ):

*Der Kärntner Landtag wolle beschließen:*  
Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, die Inhalte des Weißbuches "Jugendpolitik" im Rahmen einer breiten Informationskampagne in Kärnten, insbesondere unter der Jugend bekannt zu machen.

Ich beantrage die Annahme.

*(Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt 11 erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

### **12. Ldtgs.Zl. 16-18/28:**

#### **Bestellung in die kollegialen Schulbehörden des Bundes (Landesschulrat Elternvertreter; Vorschlag FPÖ)**

Hohes Haus! Es liegt ein Vorschlag der FPÖ auf personelle Änderung ihrer Fraktion im Landesschulrat Elternvertreter vor. Der Bestimmungsvorschlag lautet wie folgt:

Als Mitglied wird Frau Ines Hattenberger, Hauptplatz 21, 9800 Spittal an der Drau anstelle von Frau Johanna Oberlerner bestellt. Zu ihrem Ersatzmitglied wird Frau Barbara Lanz, Ritzingstraße 16/14, 9100 Völkermarkt anstelle von Herrn Professor Diplomvolkswirt Mag. Adolf Fellner bestellt.

Als Mitglied wird Herr Gemeinderat Karl-Heinz Nadasdy, Terrassenweg 54, 9122 St. Kanzian am Klopeinersee anstelle von Herrn Josef Jandl

bestellt. Als sein Ersatzmitglied wird Herr Vizebürgermeister Karl Egger, St. Peter 11, 9800 Spittal an der Drau anstelle von Frau Anita Steuerer bestellt.

Wer damit einverstanden ist, den ersuche ich um ein zustimmendes Zeichen mit der Hand! Die Wahlzahl beträgt hier 9. Wer hier zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand! - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt

### **13. Ldtgs.Zl. 16-19/28:**

#### **Bestellung in die kollegialen Schulbehörden des Bundes (Landesschulrat Lehrervertreter, Elternvertreter; Vorschlag ÖVP)**

Hohes Haus! Es liegt ein Vorschlag der ÖVP auf personelle Änderung an ihrer Fraktion im Landesschulrat Lehrervertreter und Elternvertreter vor. Der Bestimmungsvorschlag lautet wie folgt:

Erstens Lehrervertreter: Als Mitglied wird Dipl.-Ing. Dr. Rüdiger Stonitsch, Heimgasse 21, 9020 Klagenfurt anstelle von Hauptschuldirektor Hubert Kirchbaumer bestellt. Zu seinem Ersatzmitglied wird Herr Mag. Dr. Michael Archer, Unternarrach 28, 9122 St. Kanzian anstelle von Frau Volksschuloberlehrerin Ingrid Lammer bestellt.

Zweitens Elternvertreter: Als Elternvertreter Ersatzmitglied wird Frau Volksschuloberlehrerin Ingrid Lammer, Petzenweg 5, 9400 Wolfsberg anstelle von Dipl.-Ing. Hermann Salcher bestellt.

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich zum Zeichen der Zustimmung die Hand zu erheben! Hier ist die Wahlzahl 5. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand! - Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen und zur Kenntnis genommen. *(1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Gut gemacht!)*

Ich darf, nachdem die Tagesordnung erledigt ist, nun den Schriftführer um die Verlesung des Einlaufes ersuchen!

Mitterer

## Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Der heutige Einlauf umfaßt 7 Anträge.

### 1. Ldtgs.Zl. 632-1/28:

**Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Förderung von Kindern mit Teilleistungsschwächen** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dem Kärntner Landtag ein Konzept zur Förderung von Kindern mit Teilleistungsschwächen vorzulegen.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

### 2. Ldtgs.Zl. 633-1/28:

**Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Anhebung der Ausgleichstaxe in den bundesgesetzlichen Bestimmungen** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, daß durch eine Novellierung des Behinderteneinstellungsgesetzes eine wesentliche Anhebung der Ausgleichstaxe vorgenommen wird.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

### 3. Ldtgs.Zl. 516-5/28:

**Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend verstärkte Einstellung von Behinderten im Landesdienst** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür

Sorge zu tragen, daß bei Personalaufnahmen des Landes verstärkt behinderte Menschen berücksichtigt werden.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

### 4. Ldtgs.Zl. 588-3/28:

**Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend ORF-Dokumentation zur Kärntner Geschichte** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den ORF zu ersuchen, daß der Dokumentarfilm "In der glühenden Lava des Hasses - die Nachkriegsverbrechen der Tito-Partisanen zwischen Karawanken und Hornwald" von Carl Gustaf Ströhm und Andreas Mölzer österreichweit zur selben Sendezeit wie die bereits gesendete Dokumentation "Die Kärntner Partisanen" ausgestrahlt wird.

Zuweisung: **Ausschuß für Bildung, Kultur, Jugend und Sport**

### 5. Ldtgs.Zl. 634-1/28:

**Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend bessere Kontrolle der Altenheime durch Sachverständige** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, für eine bessere Kontrolle der Alten- und Pflegeheime Sorge zu tragen. Die entsprechenden Schritte sollten in Übereinstimmung mit den Grundsätzen einer Verwaltungsvereinfachung und Kostenminimierung gesetzt werden. Aus diesem Grund ist eine Kooperation des Landes mit dem Berufsverband der Kranken- und Gesundheitspflege (IGK) anzustreben.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

**Mag. Weiß**

**6. Ldtgs.Zl. 635-1/28:**

**Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend rasche Hilfe für Unwetteropfer** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß seitens der Landesregierung und durch Verhandlungen mit der Bundesregierung der durch die letzten Unwetter in Kärnten betroffenen Bevölkerung rasch und unbürokratisch geholfen wird.

Zuweisung: **Ausschuß für Gemeinde und ländlicher Raum**

**7. Ldtgs.Zl. 320/7/28:**

**Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend "Kärngesund" Vorsorge-Projekt** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Gesundheitsreferent wird aufgefordert, das Projekt "Kärngesund" der Kärntner Ärzte zur Steigerung der Inanspruchnahme der medizinischen Vorsorge entsprechend zu fördern.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Ich bedanke mich für die Verlesung des Einlaufes. Somit ist also die Tagesordnung erledigt. Ich darf mitteilen, daß die Landtagssitzung mit dem Schwerpunkt "Budget 2003" - wie in der Obmännerkonferenz vereinbart - vom 18. bis 20. Dezember stattfinden wird und die dazu notwendige Sitzung im Finanz-, Wirtschafts- und Tourismusausschuß am 10.12. um 09.00 Uhr stattfinden wird.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

**Ende der Sitzung: 16.54 Uhr**